

# Inhalt

Editorial .....	501
Ruth Rehmann: Volksuni-Gesichter .....	505
Günther Anders: Kein Ketzer mehr .....	507

## Revolution

Georges Labica Der Begriff der Revolution .....	511
Norman Levine Der Jakobinismus und die europäische revolutionäre Tradition .....	519
Anja Weberling Politik der Frauen in der Französischen Revolution .....	531
Wolfgang Fritz Haug Die Perestrojka als Revolution — wogegen? .....	547
Dorte Marie Søndergaard Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse? .....	561
Dietmar Heubrock Argumente für eine materialistische Utopieforschung .....	568

\* \* \*

Kornelia Hauser: Der Sozialismus bleibt untröstlich. Überlegungen zu Christa Wolfs »Sommerstück« .....	579
Heiner Keupp: Der verrückte Hunger nach Psychologie. Zur Diskussion um Psychokultur und New Age .....	582
Richard Lichtman: Psychoanalyse als Prototyp der Kritischen Sozialwis- senschaften. Eine Kritik an Jürgen Habermas .....	594

<i>Intervention</i> Die Grünen und die Linke (H.G. Mittermüller) .....	607
---	-----

<i>Kongreßberichte</i> Philosophinnen; Frauenforschung; StudentInnen-Kongreß; Jugendforschung; Kritische Ökologie; Hanns Eisler; Gramsci .....	609
--	-----

<i>Besprechungen</i> Heidegger; Horkheimer; Frauen und Technik; Familie; Erwachsenen- bildung; Max Weber und die Geschichtswissenschaft; Französische Revolution; Marxismus in Lateinamerika; Staat und Revolution; Arbeitsmarktpolitik .....	619
---	-----

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	665
--	-----

**Besprechungen****Philosophie**

<i>Farias, Victor</i> : Heidegger und der Nationalsozialismus ( <i>R. Alisch</i> ) . . . . .	619
<i>Ott, Hugo</i> : Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie ( <i>R. Alisch</i> ) . . . . .	619
<i>Schwan, Alexander</i> : Politische Philosophie im Denken Heideggers ( <i>R. Alisch</i> ) . . . . .	619
<i>Horkheimer, Max</i> : Gesammelte Schriften. Band 14: Nachgelassene Schriften 1949-1972 ( <i>V. Heins</i> ) . . . . .	622

**Soziologie**

<i>Sachverständigenkommission Arbeit und Technik</i> : Arbeit und Technik. Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm ( <i>F. Haug</i> ) . . . . .	625
<i>Brecher, Deborah L.</i> : Go Stop Run. Das Frauencomputerbuch ( <i>S. Andresen</i> ) . . . . .	627
<i>Libreria delle donne di Milano</i> : Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis ( <i>K. Hauser</i> ) . . . . .	628
<i>Farge, Arlette, und Michel Foucault</i> : Familiäre Konflikte: Die »Lettres de cachet« ( <i>B. Ketelhut</i> ) . . . . .	630
<i>Schenk, Herrad</i> : Freie Liebe — wilde Ehe. Über die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe ( <i>B. Ketelhut</i> ) . . . . .	632

**Erziehungswissenschaft**

<i>Gieseke, Wiltrud, u.a.</i> : Professionalität und Professionalisierung ( <i>B. Koring</i> ) . . . . .	633
<i>Harney, Klaus, Dieter Jütting und Bernhard Koring (Hrsg.)</i> : Professionalisierung der Erwachsenenbildung. Fallstudien — Materialien — Forschungsstrategien ( <i>J. Kade</i> ) . . . . .	635
<i>Kade, Jochen</i> : Erwachsenenbildung und Identität. Eine empirische Studie zur Aneignung von Bildungsangeboten ( <i>K.A. Geißler</i> ) . . . . .	636
<i>Schwänke, Ulf</i> : Der Beruf des Lehrers. Professionalisierung und Autonomie im historischen Prozeß ( <i>B. Koring</i> ) . . . . .	637

**Geschichte**

<i>Küttler, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Marxistische Typisierung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft ( <i>H.W. Blanke</i> ) . . . . .	639
<i>Kocka, Jürgen (Hrsg.)</i> : Max Weber, der Historiker ( <i>H.W. Blanke</i> ) . . . . .	639
<i>Mommsen, Wolfgang J., und Jürgen Osterhammel (Hrsg.)</i> : Max Weber and his Contemporaries ( <i>H.W. Blanke</i> ) . . . . .	639
<i>Vovelle, Michel</i> : Die Französische Revolution — Soziale Bewegungen und Umbau der Mentalitäten ( <i>H. Geiling</i> ) . . . . .	643
<i>Babeuf, François Noël</i> : Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstands ( <i>W. Mackenbach</i> ) . . . . .	645
<i>Boehncke, Heiner, und Harro Zimmermann (Hrsg.)</i> : Reiseziel Revolution. Berichte deutscher Reisender aus Paris 1789-1805 ( <i>M. Ewert</i> ) . . . . .	647

(Fortsetzung Seite X)

## Editorial

Ist der Revolutions-Begriff passé und die Revolution reif für *Disneyland*? Blickt man nach Frankreich, könnte man es glauben. Rechtzeitig zum großen Jahrestag dominierte dort die Rede vom »Ende der Revolution«. Die Politik der Nationalisierungen von 1981 ist lange vorbei. Dem unternehmenden Individuum gilt ein regelrechter Kult. Die Einübung der Konkurrenz und der Eifer kapitalistischer »Modernisierung« beherrschen die Szene. Man bereitet sich vor auf 1992, wenn die Begrenzung des Marktanteils japanischer Autos auf drei Prozent aufgehoben wird ...

Die Dritte Welt dient dem Schönen neuen High-Tech-Kapitalismus als Kontrastkulisse. Die Befreiungsrevolution scheint in der Krise zu stecken. Vor zehn Jahren siegte die sandinistische Revolution in Nicaragua. Daß sie sich trotz des Drucks der USA — nach den mörderischen Regeln des *low intensity conflict* ausgeübt — behaupten konnte, grenzt an ein Wunder. Der Preis allerdings ist über die Maßen hoch: eine Inflationsrate von über tausend Prozent, die Ökonomie am Boden, Unterernährung, riesige Kriegsschäden. Woanders steht es noch schlimmer. Für viele Befreiungsprojekte der Dritten Welt endete der politische Aufbruch im modernisierten Gefängnis des Neokolonialismus. »Revolution« wurde gleichbedeutend mit leeren Regalen plus Diktatur.

Und die sozialistischen Länder? Das Bild ist widersprüchlich. Die blutige Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung auf der einen, der Abbau des befehlsadministrativen Systems in der Sowjetunion auf der anderen Seite. Mit der Formel »Entschlossen den bürgerlichen Liberalismus bekämpfen« rechtfertigte die chinesische Führung den Krieg gegen das eigene Volk. Daß die amerikanische Freiheitsstatue zum Symbol der Demokratiebewegung wurde, zeigt, daß der autoritäre Staatssozialismus die Kritik in symbolische Formen der kapitalistischen Führungsmacht zwingt und ihr keinen Raum gibt zu demokratisch-sozialistischer Artikulation.

Unter Deng Xiaoping nur als offiziellideologische Fassade aufrechterhalten und in der Sache niedergedrückt und marginalisiert, wird der Marxismus, selber Opfer, eilfertig mit der neuen Blutschuld belastet. Die bürgerliche Presse des Westens ruft einmal mehr den »Bankrott des Marxismus« aus. So etwa Theo Sommer in der *Zeit* (9.6.89), der nur noch die Frage offen läßt, ob dieser vermeintliche Bankrott »automatisch auch schon den Triumph der Demokratie« bedeute. Demokratie und Marxismus wurden nun wieder wie Wasser und Feuer präsentiert — eine Lehre, die durch die Perestrojka an Kredit eingebüßt hatte. Vergessen waren die Ansätze dieser anderen Sprache: Das »Nieder mit Deng Xiaoping« konnte beim China-Besuch Gorbatschows als »Hoch auf die Perestrojka« ausgedrückt werden. »Der einzige Motor, der den Erfolg der Perestrojka sichern kann«, sagt Gorbatschow, »wird noch nicht vollständig beansprucht: Ich meine Demokratie, Eigenverantwortung und aktive Einbeziehung aller und eines jeden.«

Und vielleicht wird dies einmal als geschichtlich folgenreichste Entwicklung unserer Tage gesehen werden: Daß eine Erneuerung der Revolution, ihre Zivilisierung, von der Sowjetunion ihren Ausgang nimmt ...

## Zum vorliegenden Heft

*Georges Labica*, der Herausgeber des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, entwickelt die These, daß die Preisgabe des Revolutions-Begriffs durch die Intellektuellen das Ankommen nationalistischer oder religiös-fundamentalistischer Ideologien in den benachteiligten Schichten begünstigt hat. Auch die inflationäre Verwendung des Begriffs in der Werbung ist nur möglich geworden, weil jedes ernsthafte Veränderungsprojekt aufgegeben und die Polarisierung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer als unvermeidlich akzeptiert wurde. Um so frischer taucht die Gestalt des Intellektuellen Marx auf, dessen Bündnis mit den Ausgebeuteten sich in der *Kritik der politischen Ökonomie* verdichtete, in der er zugleich seine spezifisch wissenschaftliche Produktivkraft realisierte. Das Marx-Paradigma in Erinnerung rufen heißt nicht, daß für die Erringung einer »demokratischen, also *revolutionären* Alternative«, wie Labica sagt, heute schon ein Modell existieren würde.

*Norman Levine* rekonstruiert zwei Linien in der europäischen revolutionären Tradition seit Robespierre: eine demokratisch-revolutionäre, in der die Machteroberung und -ausübung an die Volksbewegung gebunden ist, und eine elitär-verschwörungstheoretische, die die Machteroberung auf einen militärischen Handstreich reduziert und die Machtausübung einer kleinen Minderheit überantwortet. Das — nicht nur — in den USA dominierende Leninbild, das allein die zweite Linie gelten läßt und einen diktatorischen Verschwörer in der Tradition des russischen Populismus zeigt, erweist sich als Nachfahre der menschewistischen Kritik am Leninschen Revolutionskonzept.

Die von der Frauenbewegung in der Französischen Revolution erhobenen Forderungen sind, wie *Anja Weberling* zeigt, bis heute aktuell. Indem die Autorin der »Erklärung der Rechte der Frau«, Olympe de Gouges, für die volle Teilhabe der Frauen an der Regelung der Gesellschaft plädierte, griff sie implizit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung an. Die Frauen aus der Volksbewegung entwickelten eine Politik, mit der sie die neuen Formen der politischen Öffentlichkeit nutzen konnten.

*W.F. Haug* zeichnet die sowjetische Diskussion zur Frage nach, inwiefern die Perestrojka als Revolution begriffen werden kann. Ist die Bürokratie ihr Hauptfeind? Ist sie als Staatsklasse zu begreifen, die die Verfügung über die Produktionsmittel usurpiert hat? Das würde zugleich bedeuten, daß Stalins historischer Bruch mit der Leninschen Politik eine partielle Konterrevolution dargestellt hätte. Das Wiederanknüpfen an Lenin hätte dann den Sinn einer Revolutionierung im Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Der Gegensatz zur Staatsbürokratie droht sich mit der politischen Entgegensetzung von Perestrojka-Gewinnern und Perestrojka-Verlierern zu überlagern. Gorbatschow sieht den archimedischen Punkt in einer Revolutionierung der Produktionsverhältnisse, die den Produzenten in den Mittelpunkt stellt, und einer entsprechenden Demokratisierung der politischen Verhältnisse. Der Revolutionsbegriff emanzipiert sich hier vom kriegskommunistischen Paradigma.

*Dorte Marie Søndergaard* klopft Forderungen nach Gleichstellung auf ihren revolutionären Sinn ab. Der Kampf um Positionen im Produktionsbereich genügt

nicht. Wenn Frauen nicht bloß in Männerformen schlüpfen sollen, muß die herrschende Zuordnung von Produktion und Reproduktion verändert werden.


*Dietmar Heubrock* stärkt in seiner Literaturübersicht zu marxistischen Positionen in der Utopie-Forschung die These, daß die traditionelle, von Marx und Engels ausgehende Entgegensetzung von marxistischem und utopischem Denken unproduktiv gewesen sei. Anhand einer empirischen Studie zeigt er die politische Mobilisierungskraft utopischer Entwürfe.

Den Intellektuellen und KünstlerInnen, die sich in Christa Wolfs *Sommerstück* treffen, ist eine Erfahrung gemeinsam: Ihre Pläne und Entwürfe wurden ihnen »mehr oder weniger plump abgeschmettert«. *Kornelia Hausers* Lektüre zeigt individuelle Verarbeitungsweisen in einem Sozialismus, der die Demokratie noch kaum als Produktivkraft entdeckt hat. Resignation und Unmut resultieren aus der fehlenden Wirksamkeit von Eingriffen.

*Richard Lichtman*, der Verfasser einer marxistischen Re-Interpretation der Psychoanalyse, *The Production of Desire* (eine Übersetzung ist bei *Argument* in Vorbereitung), setzt sich mit der These von Habermas auseinander, wonach die Psychoanalyse als Modell kritischer Sozialwissenschaft gelten könne. Kritisiert wird insbesondere die Stilisierung der Therapie zum beispielhaften emanzipatorischen Akt.

*Heiner Keupp* zeigt, daß eine bloß ideologiekritische Denunziation von Psychokultur und New Age zu kurz greifen würde. Die gesellschaftlichen Umbruchprozesse, die den Psychomarkt gedeihen lassen, stoßen auf ein Defizit solidarischer Formen ihrer Bewältigung.

P.J.J.



6. DRITE WELT

10 Jahre Sandinistische Revolution

24 SEITEN NICARAGUA SPECIAL

Abteilung für Entwicklung

Le bestelle D.....

Home

Strasse

P.L.Z. Ort

Datum Unterschrift

Vertragsgemäß: Mir ist bekannt daß ich die Bestellung ohne Angabe von Grund und Art bis 14 Tage nach Erhalt des DRITE WELT (unter dem Namen) freigegeben habe. DITE WELT ist ein nicht-werbliches Organ für Politik und Kultur. Ich genehmige die Weitergabe der Abbestellung an die Redaktion und die Weitergabe der Daten an Dritte.

Datum Unterschrift

In DRITE WELT 6/89:  
Ende oder Durststrecke der Revolution?  
Wirtschaftskrise  
Noam Chomsky: Die sanfte Erdrosselung  
Basisdemokratie oder Parlamentarismus?  
Interview mit V. Troad  
Bonn finanziert die innere Front  
Lehren für andere Befreiungsbewegungen?  
Solidaritätsbewegung - wohin?  
Außerdem: Abrüden für Entwicklung \* Uruguay \*  
Namibia \* Mercedes Sosa \* Kurzinfos  
Im linken und alternativen Buchhandel oder direkt bei  
DRITE WELT Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51  
33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Compo verschicken und abholen an DRITE WELT Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51  
Es DRITE WELT 1989 13 DAN engl. 030/7050

kostenloser Probeheft

---

# Perestrojka — Aktualität der Revolution



Wolfgang Fritz Haug  
**Gorbatschow**  
*Versuch über den Zusammenhang  
seiner Gedanken*  
480 S., br. DM 34,—, Ln. DM 44,—

In diesem Buch findet man die erste umfassende Darstellung der Theorie der Perestrojka, analysiert wird eine in Gedanken erfaßte Praxis. Dabei geht W.F. Haug in wahrhaft grundlegender Weise auf den Vordenker dieser Praxis ein: Anhand von über einhundert Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen von Gorbatschow (nicht zu vergessen sein aufsehenerregendes Buch) wird der Denkprozeß rekonstruiert, die theoretische Umwälzung als integrales Moment der politisch-praktischen aufgewiesen.

Der Titel (eine Anspielung auf Lukács' 1924 erschienenes Buch über Lenin) deutet die Kontinuitätslinie an, die Haug von 1917 zur Perestrojka zieht. Er benennt zugleich aber auch die Differenzen, die sich aus der historischen Situation ergeben. Auch ist Gorbatschow für Haug kein genialer Einzelgänger, sondern der Exponent einer vielschichtigen politischen Kultur, an deren Freisetzung er allerdings führenden Anteil hat. Was die Perestrojka für die Erneuerung des Marxismus (nicht nur) in der UdSSR bedeuten kann, ist die zentrale Fragestellung des Buches.

»Die von den Marxisten der ganzen Welt mitzumachende Erfahrung der UdSSR besagt: Die bis in die Verästelungen hinunter staatlich verwaltete Gesellschaft ist ebenso unwillig wie unfähig, die wissenschaftlich-technische Revolution zu tragen. Das *ancien régime* der Sowjetunion wirkte wie eine gigantische Apathiemaschine. Der Ansatz zur Änderung liegt in der Aktivierung der Menschen. Diese Aktivierung ist nur zu haben auf dem Weg der Öffnung neuer Praxisfelder, in denen die Individuen und Kollektive nicht ständig gegängelt werden, sondern ihr Handeln an den effektiven Erfolgen ausrichten können.« (Aus der Einleitung)

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

Ruth Rehmann

## Volksuni-Gesichter

Das passiert mir doch jedes Mal: Ich treibe im Volksunistrom, immer auf der Suche nach irgendwas, irgendwem, betäubt vom Menschengewühl — vom Land hergereist, wo das Neue einzeln und langsam herankommt, Zeit zum Schauen, Prüfen, Einschätzen, Verknüpfen. Hier stürzt alles auf einmal über mich her, Gesichter, Stimmen und irgendwann — unvermeidlich — die Frage: schreibst du einen Bericht über die Volksuni? Heimgekehrt sitze ich fluchend über fliegenden Blättern, kann die Notizen nicht auf die Reihe bringen, weiß wieder einmal, was ich schon vorher wußte: daß nur Fetzen übrigbleiben, abgebrochene Gespräche, Leute, die man gern »richtig« kennengelernt hätte, Vorträge, die sich miteinander vermischen, ein Durcheinander im Kopf, das vielleicht fruchtbar ist oder werden kann, aber soweit bin ich noch nicht. Ich hätte ablehnen sollen. Ich hab's nicht getan, weil ich die Volksuni mag und irgendwie, wenn auch nur am Rande, dazugehören will. Was sie mir bedeutet, weiß ich am besten, wenn ich nicht hinahre und tagelang mit dem Gefühl herumlaufe, etwas Wichtiges zu versäumen. Wenn ich da bin, jedesmal mit einem sorgfältig angekreuzelten Programm, zerreiße ich mich im Zuviel, Zuschnell, Zukurz des Dreitagerennens, gebe auf, lasse mich treiben, berieseln, aufmischen. Neue Kombinationen entstehen im Kopf, Blitzeinsichten, die die Landschaft verändern, Verführung zum Andersdenken. Daraus ist kein Bericht zu machen. Was tun? — Ich halte mich an Bilder, die im Gedächtnis zur Ruhe gekommen sind, an Gesichter ...

Da ist das große schwere Antlitz von Erich Fried auf der Leinwand der Eröffnungsveranstaltung, begleitet von Gedichten und Zeugnissen, die den Lebensbogen nachschreiben. Beim Hören und Anschauen kommen Erinnerungen hoch: ich sehe ihn mit schweren Taschen herumschleppen bei der Gruppe 47, damals schon schwerfällig, belastet mit einer ungefügen Körperlichkeit und unzähligen Manuskripten, später am Stock, krank, kurzatmig, von Freunden gestützt, mühselig unterwegs zu den Menschen. Ich habe ihn nie ohne Bedrückung anschauen können, diese ungeschützte Landschaft von Gesicht, bloßgelegt, zugewandt, grenzenlos gutwillig, bereit zum Gespräch mit jedem, auch mit Michael Kühnen; die hinter dicken Gläsern verschwimmenden Augen, die ich für extrem kurzsichtig hielt, fast blind im Vertrauen, bedroht von Spott, Ausnutzung, Mißverstehen. »Paß auf!« hätte ich ihm zurufen mögen. »Halt dich zurück, sonst machen sie dich kaputt! Prüfe, an wen du dich verschwendest!«

Aber das hätte er nicht gewollt. Jetzt, beim Anblick des Gesichtes, beim Hören der Texte, begreife ich, daß er die Warnung nicht nötig hatte. Er hat gesehen, was ihm wichtig war, und getan, was er für richtig hielt. Auf seine Weise hat er sein Leben gewonnen, Liebe nicht nur gegeben, sondern auch reichlich empfangen, Mut gemacht, Hoffnung gesät. Der ununterbrochene Strom seiner Gedichte hat sich in die entferntesten Winkel des Landes verbreitet. Die Verschwendung hat ihn nicht arm gemacht. Trotz Preisgabe ist er heil geblieben. Über Krankheit und Tod hinaus. Ich kann ihn ohne Bedrückung anschauen und gern haben: Ruh' dich aus, Menschenfischer! Möge die Erde dir leicht sein!

Auf andere Weise unvergeßlich — störend, erschütternd — sind die Gesichter der zornigen Frauen auf der Plaza de Mayo in Jeanine Meerapfels Film »Des-

embarcos — es gibt kein Vergessen«. Eine von ihnen schreit ins Mikrofon, eine mächtige Matrone mit gellender Stimme und großen Gesten; ein mächtiger Zorn, unvergleichbar den uns geläufigen Formen weiblicher Wut. Kein hilfloses Geflenne, kein giftiges Nörgeln, kein hysterischer Ausbruch. Diese Frau schert sich nicht um die angenehme Erscheinung, die wohl lautende Stimme, die von Frauen geforderte Zurückhaltung. Maßlos, furchtlos, schamlos schreit sie ihre Empörung in die Menge, die in Chören antwortet, schreit zum Aufruhr gegen eine Regierung, die es nicht wagt, die Mörder zur Rechenschaft zu ziehen, gegen die Folterer in den Kasernen, gegen das tödliche Bündnis aus Militär, Oligarchie und Großmacht im Hintergrund, das durch ein Terrorssystem kalkulierter Krisen das Volk unter der Angstknute hält. Sie schreit so laut, daß es bis zu uns hinüberdringt, in die Wirtschaftsmacht BRD mit ihren Konzernen, den vergeßlichen Bürgern, bewußtlosen Nutznießern, Bündnispartnern der falschen Seite. Ihr Zorn brennt Löcher in unser Selbstverständnis, vergällt den Wohlstand, sprengt den falschen Frieden. Wir vergessen nicht! schreit sie. Und Ihr?

Da ist schließlich Jürgen Kuczynski, gut zum Anschauen, zum Staunen, wie einer im Auf und Nieder von 85 Lebensjahren ein solches Gesicht hervorgebracht und behalten hat. Ernest Mandel auf der anderen Seite des Podiums schießt ein Feuerwerk blitzender Argumente ab. Geduldig wartet Jürgen Kuczynski, bis der Moderator ihm Redezeit freigeebnet hat, dann gibt er Bescheid, freundlich, gelassen, genau zu den Knackpunkten des verklungenen Redestroms, wobei er zunächst, in unbeirrbarer Höflichkeit, Übereinstimmungen feststellt, dann, ebenso höflich, Einwände bringt und begründet, in einfacher, knapper Rede, mit Beispielen, Anekdoten, liebenswürdig, aber keineswegs gefällig. Feste Positionen werden sichtbar, eigenwillige Denkstrukturen mit Raum für Realität und Bewegung, Hoffnung, aus der er sich nicht vertreiben läßt: der Sozialismus wird siegen! Der größte Teil des Gesichtes ist Stirn, hoch und hell bis in die Mitte des Schädels hinauf. Darunter das großzügig strukturierte Gesicht mit starken Akzenten, buschige Augenbrauen, mächtig vorspringende Nase, Säcke über und unter den klugen Augen, tiefe Kerben von den Nasenflügeln zu den Winkeln des Mundes, in dem immer ein Lächeln versteckt ist. Ein Gesicht, wie man es sich im Alter wünscht, zur Ruhe gekommen und doch lebendig, Witz ohne Bosheit, Autorität ohne eitles Gespreize, ein Charme, der seine Wirkung kennt und gezielt einsetzt: wie er unangenehme Fragen mit Anekdoten entschärft. Wie er Angriffen zuvorkommt, indem er Fehler und Irrtümer einräumt, der Kritik den Wind aus den Segeln nimmt, wie die Christen mit ihrem »Wir sind allzumal Sünder«. »Schrecklich naiv« will er in der Stalinzeit gewesen sein. Schwer zu glauben bei soviel heller, kritischer Intelligenz! Steht da vielleicht ein Vorverständnis im Hintergrund? Eine Glaubensentscheidung, einmal getroffen, durch nichts und niemanden zu erschüttern? Man mag ihn so sehr, daß man ihm alles abnimmt. Das weiß er auch: ein glänzender Propagandist seiner Sache. Einer, der seinen Brecht im Hinterkopf hat: daß zum Schreiben (und Sagen) der Wahrheit List nötig ist. Was bleibt, ist der Wunsch, weiter mit Jürgen Kuczynski zu sprechen, genauer zu fragen, aufmerksamer zuzuhören, zu lernen, was dieses Leben an Einsichten und Perspektiven zu bieten hat.

Das ist die Volksuni für mich: Stein im Schuh, Unruh im Werk, Anstiftung zum Weiterdenken, Weiterfragen, Weiterhoffen, daß die Welt zu verändern ist, durch Menschen ...



Günther Anders

## Kein Ketzer mehr

Als der Bäckerlehrling G., der ein Blech mit noch heiß duftenden Kuchen hochgestemmt über den Dorfplatz trug, einen eleganten, offensichtlich aus Molusien-Stadt stammenden Herrn an der Bildsäule des Gottes Bamba einfach so vorbeischlendern sah, als wäre diese nur irgendein Stein, da traute er seinen Augen nicht. Denn so was hatte er noch nie erlebt. Da aber der Herr — es war der bekannte Arzt P. — nicht so aussah, als wenn er ihn fressen würde, nahm er sich ein Herz und fragte, halb erschrocken und halb bewundernd:

»Sie sind also ein richtiger ...?«

»Ein richtiger was?«

»Ein richtiger ... Ketzer?« ergänzte flüsternd der Lehrling.

Dr. P. war amüsiert. »Da muß ich Dich wohl enttäuschen«, antwortete er gehend, »*Ich* jedenfalls würde mich so *nicht* nennen.«

»Enttäuschen? Im Gegenteil: Bamba sei Dank!«

»Wem?«

»Dem da.«

»Und weshalb? Und Dank wofür?«

»Dafür«, stotterte der Lehrling, und die Kuchen auf dem Blech begannen zu tanzen.

»Vorsicht!« rief P.

Der Lehrling fing sich noch gerade. »Dafür, daß Sie das nicht beabsichtigt hatten. Daß Ihnen das nur so passiert ist.«

»Und was ist nur 'nur so passiert'?«

»Daß Sie an ihm vorbeigegangen sind. Absichtlich würde das ja auch niemand tun können.«

»Was?«

»Ihn *nicht* zu bemerken.« Er wies auf das Standbild. »Und nicht den ihm ...« Die angemessene Redensart fiel ihm nicht ein.

»... gebührenden Respekt zu zollen?« half Dr. P. ihm lachend aus.

»Ja, danke!« Der Junge staunte, daß gerade *der* ihm aushelfen konnte.

»Wie heißt der denn überhaupt?«

»Aber das habe ich doch schon gesagt! Bamba.« Der Junge war fassungslos über eine so kolossale Unwissenheit.

»Kennt der selbst denn seinen Namen besser als ich?«

»Wie?«

»Ob er selbst auch seinen Namen kennt?«

(Unsicher, nach langer Pause) »Weiß ich nicht.«

»Bemerkenswert. Jedenfalls interessiert es mich nicht so brennend, ihm, von dem Du noch nicht einmal weißt, ob er selbst weiß, wie er heißt, den angeblich gebührenden Respekt *nicht* gezollt zu haben.«

Der Lehrling stand mit offenem Munde. »Das interessiert Sie nicht so brennend?« wiederholte er, jedes Wort einzeln ausstoßend.

»Dann haben Sie es also doch absichtlich getan?«

»Was?«

»Dann sind Sie also doch ein Ketzer? Ein richtiger?«

»Ob ein richtiger oder unrichtiger, das ist mir auch gleich.« Und als der Junge auf diese Bemerkung hin den Mund noch weiter aufriß: »Du ahnst gar nicht, wie leicht es ist, Deinen ...«

»Bamba«

»Schön. — Also Deinen Bamba links liegen zu lassen. Das interessiert mich überhaupt nicht. Und nicht, dem Angeblichen das ihm angeblich Gebührende nicht gezollt zu haben.«

Dieses sogar zweimal verwendete Wort versetzte dem Jungen einen neuen Stoß. »Dann sind Sie also doch ein richtiger Ketzer?«

»Aber nein, mein Lieber, ich habe Dir doch soeben erklärt, eine Absicht habe ich dabei überhaupt nicht verfolgt. Und ein 'Ketzler' wäre ich?«

»Vielleicht ist das Wort nicht passend.«

»Nein, es paßt mir wirklich nicht, und es paßt wirklich nicht auf mich. Oder soll ich mich vielleicht durch eine Verneinung definieren?«

»Ich verstehe Sie nicht, mein Herr.«

»Entschuldige, mein Junge, natürlich nicht. Nicht so einfach, einfach zu sprechen. Also: soll ich mich vielleicht durch eine Verneinung benennen?«

Der Junge verstand natürlich noch immer nicht.

»Also durch Verneinung einer Sache, die ich *nicht* mitmache? Und mich durch einen Unfug definieren, mit dem ich nichts zu tun habe?«

Da war also das komische Wort »definieren« wieder. Aber diesmal muckste der Junge nicht.

»Kannst du die Flöte blasen?«

»Was?« Der Junge stolperte zwei Schritte zurück. Seine Kuchen hüpfen gefährlich. »Nein! Warum?«

»Soll ich Dich, weil Du es nicht tust, definieren als einen Nichtflötenbläser? Durch ein 'Nicht' definieren?«

Das verstand der Junge natürlich wieder nicht. Das Wort »definieren« machte ihn von neuem stutzig. Und unter dem, was P. soeben »ein Nicht« genannt hatte, konnte er sich natürlich ebensowenig vorstellen. Die ungewohnten Wörter schüchtern ihn ein.

»Ein Bäckerlehrling bist Du also? Und kein Nichtflötenspieler?«

Der Lehrling nickte, ein wenig beruhigt.

»Siehst Du. Und wie *Dein* Fall ist eben auch der meine. Nicht durch das, was ich *nicht* bin oder womit ich nichts zu tun habe ...« — er machte eine unmißverständliche wegwerfende Bewegung. »Wenn ich mich aber doch definieren muß — aber wozu eigentlich, und wer sollte mich dazu zwingen?«

Das konnte der Junge natürlich nicht beantworten.

»... dann natürlich durch das, was ich bin und was ich tue. Aus diesem Grunde laufe ich eben nicht als sogenannter 'Ketzler' herum. Als solcher fühle ich mich auch nicht. Für ein solches Gefühl hätte ich auch nur wenig Zeit. Und Verständnis überhaupt nicht.«

Der Lehrling stand noch immer mit offenem Munde. Nichts verstand er.

»Mund zu!« rief P. ihm freundlich zu. »Und schluck's!«

Den Mund schloß er nun zwar. Aber von Schlucken konnte keine Rede sein. Denn er ahnte noch nicht einmal, was er hätte schlucken sollen. »Nein«, begann P. zusammenzufassen, »*ich bin noch nicht einmal ein Ketzer.*«

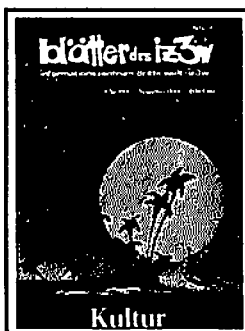
»Noch nicht einmal?« wieder blieb sein Mund offen.

»Mund zu!« kommandierte P. von neuem. »Und schluck's!«

Der Mund des Lehrlings klappte zu.

»Oder, wenn Dir das glatter eingeht: *Ich bin kein Ketzer mehr!*« Da er dieser Erklärung nichts mehr hinzuzufügen hatte, nickte er dem Jungen noch einmal ermunternd zu und ging. Der aber stand weiter vor der Bambastatue. Und wenn er nicht gestorben ist, dann steht er vor dieser auch noch heute. Mit offenem Munde.

Wovon Bamba selbst freilich so wenig Notiz nimmt wie sein steinernes Abbild. Weil er das nicht kann. Mangels Existenz.



## Die blätter über Kultur

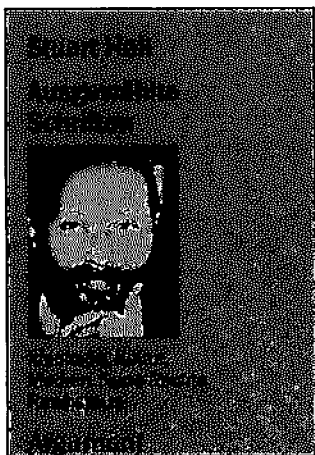
Mit Beiträgen über:  
Exotismus, Auswärtige Kulturpolitik,  
Kulturimperialismus, Capoeira in  
Brasilien, Erzähltradition in Afrika,  
Buchrezensionen u.a.

Nr. 153, Nov. 1988, 68 Seiten  
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

**8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM**  
blätter über Kultur  
zu bestellen bei: z3w, Pl. 5328  
7800 Freiburg i. Brsg.  
Profil Verlag  
Gießen

---

## Perspektiven des Anti/Ideologischen



Stuart Hall

### *Ausgewählte Schriften*

Mit einem Vorwort von W. F. Haug

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum, gefragter Autor aktueller politischer Analysen und Mitarbeiter an Fernsehfilmen (z. B. zur Konstruktion von »Rasse« in den Medien). Hall hat die Marxsche Theorie den Fragen eines sich verändernden Kapitalismus ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault (und über diese hinausgehend) um- und ausgebaut.

Diese erste Auswahl seiner Arbeiten gibt einen Überblick über sein vielfältiges theoretisches Wirken.

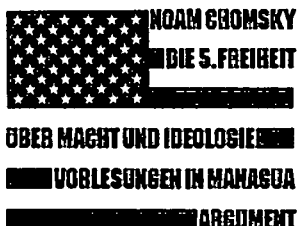
ca. 200 S., br.

Noam Chomsky

### *Die Fünfte Freiheit*

*Über Macht und Ideologie*

*Vorlesungen in Managua*



Dieser Band enthält fünf Vorlesungen, die der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky 1986 an der Universität von Managua (Nicaragua) gehalten hat. Sein zentrales Thema — der Titel deutet es an — ist die Freiheit der USA zu Raub und Ausbeutung der Dritten Welt. Mit welchen Mitteln die USA diese Freiheit verteidigten (und verteidigen), belegt Chomsky mit einer Fülle von Beispielen vor allem aus Indochina und Lateinamerika. Einprägsam entlarvt Chomsky die Kunst der ideologischen Verschleierung unbequemer politischer Tatsachen.

ca. 176 S., br.

---

# Argument

---

Georges Labica

## Der Begriff der Revolution\*

Beginnen wir mit etwas Utopie.

Kurzmeldungen. Rosenberg City (vormals New York): US-Präsident Genosse Augusto Quinteros kündigt die Zerstörung der letzten Bestände nuklearer Trägerraketen an und eröffnet das Atomwaffenmuseum; Rom: Carlotta Rogers, die Heldin des »Marsches von Urbino«, ist zur Präsidentin des Bundes mediterraner Volksrepubliken gewählt worden; Paris: der Chef der Französischen Sozialen Republik, Abderrahman Benakli, erklärt am 1. Oktober im Namen des Volksdelegiertenrats den Übergang zur 25-Stunden-Woche; Moskau: der Prozeß vollständiger Dezentralisierung kann als abgeschlossen betrachtet werden, wobei die Selbstorganisation der Arbeiter auf das Absterben des Staates deutet; Peking: die Abkommen über ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen China, Japan, Korea und Vietnam wurden um zwanzig Jahre verlängert; Lima: der Flug des ersten bemannten lateinamerikanischen Raumschiffs zur Venus war ein voller Erfolg; Antamaribo: das Bruttosozialprodukt von Madagaskar entspricht jetzt dem von Großbritannien; Beirut: die Konföderation der sozialistischen Republiken des mittleren Ostens verdrängt Sri Lanka wieder vom ersten Platz in der Produktion von Werkzeugmaschinen; Peacetown (vormals Pretoria): heute morgen wurde auf dem Nelson-Mandela-Platz die Bedürfnisanstalt aus Gold eingeweiht; die nächsten Olympischen Spiele finden in Addis Abeba statt.

Meine These ist klar: es geht um die Rehabilitierung des Revolutionsbegriffs. Ich will ausdrücklich nicht auf vorsichtige Formeln zurückgreifen wie: Denken der »Transformation« oder »Veränderung«, denn sprachliche Verschämtheit und Heuchelei müssen ein Ende haben.

1. Der Revolutionsbegriff ist der zentrale Begriff der Anthropologie. Marx verleiht ihm in den *Thesen über Feuerbach* die Bedeutung, die, durch seine Einführung in die Philosophie, eine wirkliche theoretische Revolution auslöst (vgl. Labica 1987a). Der Status, den er ihm gibt, bezeichnet ebenso den Bruch mit früheren Verwendungen (von Platon bis Montesquieu und Rousseau) — insbesondere die Überwindung des metaphorischen Gebrauchs bei Kant (»kopernikanische Wende«) — wie die Vollendung der besten philosophischen Bestrebungen (deutscher Idealismus: Fichte und Hegel) und die reale Bedeutung bestimmter historischer Umwälzungen (sogenannter kultureller, technischer und wissenschaftlicher Revolutionen). Die Revolution ist weder Rückkehr zum verlorenen Paradies noch Traum von einer ortlosen Insel noch Philosophie der Tat, ja, nicht einmal Denken der Praxis, denn diese Worte haben allzusehr, vor wie nach der

\* Vorgetragen beim Colloquium »Problèmes du marxisme: anthropologie et praxis émancipatrice« in Urbino/Italien (1988), veranstaltet vom »Centre de philosophie politique, économique et sociale« des CNRS (Paris), der Universität Urbino und dem »Istituto Italiano per gli studi filosofici«. — Es handelt sich um eine thesenförmige, nicht alle Belege ausweisende Zusammenfassung von Analysen, die der Autor an anderer Stelle ausgeführt hat.

11. Feuerbachthese, als Blendwerk fungiert. Sie ist materieller Schöpfungsprozeß, »wirkliche Bewegung« in den »Tränen der Dinge«, wie Labriola wollte, und der Menschen, und zielt auf Abschaffung des »bestehenden Zustands«. Sie ist die konkrete »Selbstkritik« (Garin 1965) im Zentrum der gelebten Widersprüche, d.h. der Klassenkämpfe. Die Tradition *kämpferischer* Philosophie, die in unserem Kulturkreis mit Platon beginnt und sich bis zur Aufklärung fortsetzt, gewinnt ihren festen Boden im *Kapital*, mit dem, wie Engels klar erkannte, der Intellektuelle Marx den Ausgebeuteten dazu »verhalf«, die ihrer »Lebens- und Kampfeslage ... entsprechende Weltanschauung« zu gewinnen (MEW 21, 494). Lediglich eine *Hilfe*, die durch diese selbst erst wirksam werden konnte, für uns heute jedoch ein Arbeitsprogramm, das es weiterzuverfolgen gilt. Man gestatte mir ein Wortspiel: Wenn Heidegger der Hirt des Seins ist, dann ist Marx das Schaf des Nicht-Seins, der Realität des Noch-Nicht im Sinne von Ernst Bloch.

2. Das Recht auf Revolution ist das einzige unveräußerliche Recht des Menschen. Es ist das einzige, das keine herrschende Legalität zurückerobern kann, im Gegensatz zum Recht auf Arbeit, zum »allgemeinen« Wahlrecht, zum Streikrecht, zu generell allen durch Arbeiterkämpfe nach und nach errungenen Rechten. Ist nicht überhaupt »das Recht auf Revolution« »das einzige *wirklich* 'historische Recht', das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen« (Engels im Vorwort zu *Die Klassenkämpfe in Frankreich*, MEW 22, 524; vgl. Labica 1987b, 100)? In der Geschichte wimmelt es seit zwei Jahrhunderten von Beispielen. Vielleicht sollten wir uns erinnern, daß es dieser Auffassung an philosophischen Bürgschaften nicht mangelt: Seit Rousseau, der in seiner Abhandlung über die Ungleichheit versicherte, daß die Macht, die den Despoten trägt, ihn stürzen kann; seit Spinoza, für den das Recht die Gewalt der Menge ist, die es den Machthabern abtritt und wieder abnimmt; seit Fichtes *Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums über die französische Revolution* (1793)<sup>1</sup>; seit Hegel, der die Bestimmungen der Philosophie mit denen der Revolution verknüpft und letztere dem Akt der Freiheit gleichsetzt<sup>2</sup>; selbst seit Kant, der die Auslöschung eines »illegalen« Beginns einräumt<sup>3</sup>; seit dem *Philosophen* Robespierre, der bei der Verhaftung der Verdächtigen ausruft, diese Aktionen seien »ebenso illegal wie die Revolution, wie der Sturz des Throns und der Fall der Bastille, so illegal wie die Freiheit selbst« (Rede vor dem Konvent am 5.11.1792). Erinnern wir zugleich an den letzten, 35. Artikel der Verfassung von 1793: »Verletzt die Regierung die Rechte des Volkes, ist der Aufstand für das Volk und jede Gruppe des Volkes das heiligste Recht und die unerläßlichste Verpflichtung.«

3. Wie der Schlaf der Vernunft stets Ungeheuer gebiert, so erzeugt die Preisgabe des Revolutionsbegriffs nur Regressionen. Das beweisen die sogenannten Neuheiten von heute. Das Wort »Revolution« erlebt eine wahre Inflation — in Werbung und Marketing. Plakate, Anzeigen, Fernsehspots wetteifern in der Proklamation des »Revolutionären«, von den Windelhöschchen bis zu Rasierklingen, Tomatensoßen, Bestsellern und natürlich den Großtaten der Mikroelektronik. In Frankreich wurde es am Vorabend der Zweihundertjahrfeiern zu einer regelrechten Obsession. Aber wir wissen ja, daß die Marktforscher weder zufällig noch

unschuldig tätig werden: In ihren Botschaften ist »Revolution« das, was ankommt. Durch Kompensation? Jedenfalls macht diese verbale Ausschweifung sich des offenen Schweigens und Verleugnens schuldig, was die politischen, sozialen und philosophischen Bedeutungen angeht. Es kommt darauf an, wer am lautesten das »Ende der Ideologien« und der »großen Erzählungen« ausruft, oder daß Revolution gleichbedeutend ist mit Totalitarismus, der Revolutionsterror mit dem Gulag und Robespierre mit Stalin. Ob dabei die Geschichte mit dem Recht konfrontiert wird, der Staat mit der Gesellschaft, die Massen mit dem Individuum, Sartre mit Aron oder Marx mit Toqueville, die Moral ist überall die gleiche: Diskreditierung des Politischen und der Bannstrahl gegen das bescheidenste Veränderungsvorhaben. Mit um so größerem Recht wird die revolutionäre oder auch nur sich auflehrende Einstellung als Sache von geistig Zurückgebliebenen dem Spott preisgegeben. Man erlaube mir ein Beispiel, das nicht irgendeiner Karikatur entnommen ist, sondern einer honorigen Neuerscheinung. J.-M. Besnier und J.-P. Thomas, zwei hervorragende junge Philosophen, bieten in ihrer *Chronologie der heutigen Ideen* (1987) folgende Diagnose an, die zunächst die »linken« Intellektuellen betrifft: apolitische Willensschwäche, Ablehnung von Idealen und Gesellschaftsentwürfen, Narzißmus, Individualismus, Angst vor der Revolution und Sicherung durch rechtliche Garantien, Abwendung vom Marxismus und »Agonie seiner Sekten«, »ein paar Unentwegten« zum Trotz, Entdeckung und sogar Apologie des Liberalismus, manchmal begleitet von »obskurster Religiosität«. Alles gut und schön, und richtig, und bestimmte Haltungen werden oft heftig kritisiert. Leider ist dann das Heilungsprogramm nach rechts weniger abgesichert als nach links (d.h. vor dem Marxismus), und unseren Autoren gelingt es nicht, die selbst aufgebaute Szenerie zu verlassen. Zuflucht und Lösung: »Der Wille zur Gesellschaft ..., der ihre gemeinschaftliche Ausgestaltung durch Diskussion und die Normen der Öffentlichkeit autorisiert«; Ermunterung der Bürger, »sich nicht von der Verfolgung des Gemeinwohls abzuwenden«, »an der Regierung teilzuhaben«, »das Individuum mit dem demokratischen Ideal« zu versöhnen ...

4. Die »Antworten« seitens der »Linken« auf diese Regressionen kommen ebensovielen Preisgaben gleich. Das gilt für das ständige Herausstellen des »Rechtsstaats«, die Verteidigung der Menschenrechte und der republikanischen Werte, die Gestalten des »Postmodernen« oder der »kommunikativen Ethik«. Ich scheue mich nicht, so viele Jahre nach Benda, bei diesem Phänomen vom »Verrat der Intellektuellen« zu sprechen. Besonders in Frankreich — doch ist es anderswo so viel anders? — hat die politische Konstellation, die jede Veränderungsvorstellung begrub, die Intellektuellen massiv wieder zusammengeführt. Mit wundervollem Eifer haben sie die eigenen Abschwörungen zur Theorie erhoben und sich oft genug in den Sesseln der Macht installiert. Der Tod des Marxismus ist ein in jedem Sinne lohnendes Unternehmen. Indem er die Verfehlungen in Bannflüche verwandelt, nicht ohne verbalen Terror, sichert er bequeme moralische, gesellschaftliche und mediengerechte Positionen, über die Konjunktur zweier Vorsilben: *Neo-* für Neue Philosophie, Neue Geschichte, Nouvelle Économie und — Nouvelle Cuisine, um vom Neoliberalismus zu schweigen, der die Rückfälle

bemäntelt; *Post-* wie Post-Kapitalismus, Post-Sozialismus oder die erwähnte Postmoderne. Der zwanzigste Geburtstag von 1968 ist Anlaß für das lärmende Konzert kleiner Meister, die die Erinnerung an ein massenhaftes Beben tilgen und seine subversivsten Wirkungen zum Gespött machen. Unaufhörlich leistet der herrschende Diskurs Trauerarbeit. Bekanntlich spart sie weder die — auch für die reuigen Revolutionäre — beispielhaften Kämpfe von gestern aus (Kuba, Algerien, Vietnam ...) noch die von heute (Nicaragua, Palästina ...). Es erstaunt keineswegs, wenn unter diesen Umständen in den am stärksten benachteiligten Schichten nationalistische, rassistische und sogar offen faschisierende Ideologien entstehen. Man verstehe mich richtig. Ich will hier nicht der Intelligenz den Prozeß machen und ihr eine Verantwortung unterschieben, die sie um so weniger hat, als ihre Einstellung nur das Symptom historischer Umstände ist, die anderswo analysiert sind (Kritik des Stalinismus und der »sozialistischen« Bürokratien, Globalisierung der Warenverhältnisse u.a.). Ich halte mich an meine Ausgangsthese, den *Begriff* der Revolution, an eine Sache der Intellektuellen also, wo ihre Rolle von Interesse ist. Nehmen wir ein Paradigma, auf das Arno Münster (1986) hingewiesen hat, indem er die Positionen von Bloch und Benjamin im Moment der Volksfront in Beziehung setzte. Der erste befürwortet deren Politik. Der zweite kommt in seinem *Passagen-Werk* auf die französischen Revolutionen zurück, die er als »heilsame Unterbrechungen«, als »Zeichen der Erlösung« und »spektakuläre Haltepunkte« in einer geschichtlichen Entwicklung festhält, die Entfremdungen nährt. Er liest noch einmal Blanqui und verleiht seiner Skepsis hinsichtlich einer Bewegung Ausdruck, die ihm eher defensiv als offensiv scheint, wobei die Schwärmerei für das demokratisch-republikanische Modell (notabene: das gilt auch für die Politik der stalinistischen III. Internationale) für ihn das Einschlafen revolutionärer Fähigkeiten zur Folge hat. Das ist es. Freilich geht es nicht um die Volksfront und die Hoffnungen, die sie mit gutem Grund hervorgerufen hat, sondern um die Fortsetzung einer Verwaltung des in der Krise oder auch nicht in Krise befindlichen Kapitalismus.

5. Denn die aktuelle Zurücknahme des Begriffs der Revolution (und allgemeiner: des Politischen) ist der Situation, die sie zu reflektieren sucht, strikt unangemessen. Gewiß gibt es seit der griechischen Polis keine Demokratie ohne Mängel, und trotzdem muß man von den eigentümlichen Krankheiten unserer modernen westlichen Demokratien Notiz nehmen. Als erstes vom Widerspruch zwischen ihrem herrschenden Diskurs, der trotz einiger Nuancen von der Rechten bis zur Linken herrscht, und ihren Praktiken.

Dieser Diskurs beruht auf der Annahme der »Krise«, oder vielmehr ihrer Interpretation als schicksalhaft und von unausweichlicher Logik. Die Zielsetzungen sind um drei Reizwörter gruppiert: es geht um

- Übereinstimmung bezüglich der wirtschaftlichen Optionen der Verwaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, der Verteidigung und Hochrüstung, der Nuklearindustrie, der Nord-Süd-Verhältnisse (»Dialog«) und der europäischen Integration (vor allem im Hinblick auf 1992); in Frankreich bezüglich der aus der V.Republik hervorgegangenen Institutionen;
- Solidarität, die in Gesellschaft und Betrieb die Konflikte verblassen läßt (die



Rede ist nur noch von »Sozialpartnern«; »neue Arme« und »neue Reiche« (die weitaus weniger Erwähnung finden als jene) sind zu gemeinsamen Anstrengungen aufgerufen; der Klassenkampf gilt natürlich als überholt;

- Opfer, die das Infragestellen der sozialen Sicherung und der Arbeiterrechte nötig macht, durch die Mobilität, die Unsicherheit der Arbeitsplätze, die »Jobs« und ganz allgemein durch alle Formen sozialer Ausschließung (Arbeitslose und Migranten).

Das politisch-journalistische Vokabular registriert in seinen unterschiedlichen Tonarten die Situation in bezeichnender Manier:

- zynisch: »duale Gesellschaft«, geteilt in »Gewinner« und »Verlierer«; »mediengerechte Politik«; Politik als »schmutziges Geschäft«;
- dem Anschein nach neutral: »Konsumgesellschaft«, »Kommunikationsgesellschaft«; in Frankreich im Gegensatz zwischen der »politischen Klasse (classe politique)«, deren Mitglieder die Machtausübung tatsächlich, zuweilen erblich, konfisziert haben, und der »bürgerlichen« oder »Zivilgesellschaft« (société civile), aus der man ein paar Außenseiter kooptiert (seltsames Schicksal eines von Hegel zu Gramsci gewanderten Begriffs!);
- offen apologetisch: die juristische Ideologie bleibt, durch die Kampagnen für »Menschenrechte«, herrschende Ideologie; Proklamation des Humanismus und des »Rechtsstaats«.

Die Merkmale der bourgeoisen Demokratie, nennen wir sie beim Namen, sind um nichts weniger offensichtlich und werden von scharfsichtigen Beobachtern als solche dargestellt, nicht selten in offiziellen Kommissionsberichten. Ich beschränke mich auf eine einfache Auflistung, die jeder nach Belieben ausschmücken mag und wofür es an Belegen nicht mangelt:

- die Unterwerfung unter die öffentlichen und privaten Mächte seitens einer Klassenjustiz, die an ihren Rechtsverleugnungen krankt, seitens der Presse und der Medien, die ihrerseits dem König Geld ergeben sind;
- die Aufrechterhaltung und, für manche, die Verschärfung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und Kulturen, vor dem Arbeitsplatz, der Steuer, der Entlohnung, der Ausbildung (Anstieg des Analphabetismus);
- das Aufkommen rassistischen Verhaltens;
- die Unterordnung unter den herrschenden, nordamerikanischen Imperialismus;
- die systematischen Geheimhaltungspraktiken im Bereich der Militär-, Finanz- und Außenpolitik;
- die politischen Finanzskandale, die heutzutage das umfassen, was Kriminalisierung des Kapitals genannt werden muß (Reinwaschen der Profite aus Drogenhandel und Prostitution);
- die Versklavung wissenschaftlicher Forschung für die Interessen des Staates und der Multis, die jene meist dominieren;
- schließlich die Gefahr der atomaren Zerstörung, die kein Phantasma der Ökologen ist.

Die Durchsetzung der »dualen Gesellschaft«, die in New York, Santiago oder Mexiko schon so sichtbar ist, spottet über den Konsens, das Humanitätsgedusel und die hölzernen Degen der guten Intellektuellen-Gewissen.

6. Der Revolutionsbegriff wird um so aktueller. Dies hat nichts mit Nostalgie zu tun, denn kein Modell, keinerlei Erfahrung, und sei es aus der allerjüngsten Vergangenheit, kann uns als Richtlinie oder auch nur als Anregung dienen; mit Voluntarismus ebensowenig, denn noch immer haben wir nicht die letzte Schaufel Erde auf Dogmatismen, Offenbarungen und Katechismen geworfen. Die notwendigen Selbstkritiken, die ein halbes Jahrhundert von Theorien und Praktiken der revolutionären Bewegung durcharbeiten haben, mit ihren Verdiensten und Verirrungen, und die von ihnen zutagegeförderte Schuld — all das hat wenig Bestand vor den Notwendigkeiten unserer Zeit und kann sich in keinem Fall an deren Stelle setzen. Eine neue Rationalität der Politik und die Definition einer demokratischen, also *revolutionären* Alternative — die in Wahrheit nirgends vorprogrammiert ist, im Westen so wenig wie im Osten, im Norden so wenig wie im Süden —, nur das ist heute auf der Tagesordnung. Diese nennt sich immer noch »die Welt verändern« oder »das Leben ändern«, wie die Surrealisten sagten, darin realistischer als viele unserer modischen Denker. Mit einer modalen und zeitlichen Differenz, derjenigen der *Dringlichkeit*. Es mangelt nicht an Grundlagen in der »wirklichen Bewegung«, auch wenn diese das am wenigsten Erkennbare der Diagnose und das für die Meisterdenker der Substitution Unsichtbarste sind. Sie rühren bei uns, wo die Gewalt sich in institutioneller Legalität verbirgt, von der Stärke demokratischer Traditionen und Praxen her, die durch jahrhundertelange Kämpfe erobert wurden, von neuen Formen des Protests, die ebenfalls die Forderung nach Gleichheit erneuern, und zwar auf einem, sprechen wir es aus, höherem Niveau politischen, sozialen und kulturellen Bewußtseins, das der Falle des Konsensus ein Schnippchen schlagen kann. Also von dem, was man ruhig als *Elemente des Kommunismus* im Heute bezeichnen sollte. Die Forderungen nach selbstverwalteter (Macht-)Kontrolle, die die klassischen Organisationen aufzunehmen hatten, sind davon nur ein Aspekt. Zu unserem Begriff der Revolution, der radikalen, von den Verhältnissen erzwungenen Veränderung, was immer ihre Formen und Mittel sein mögen, gegenwärtig nicht vorhersehbar, weil die Intellektuellen die Geschichte, und sei es ohne ihr Wissen, nur machen, indem sie sich den Massen anschließen, zum Begriff Revolution bleibt zu sagen, daß seine Preisgabe volens nolens nur Verrat oder den Umständen geschuldete Blindheit im Dienste der Herrschenden und ihrer Herrschaft ist. Meister, und Freund, Brecht hat stets recht, wenn er uns an unsere drei Aufgaben erinnert: die bürgerliche Ideologie zu kritisieren (er sagt: »zu durchlöchern«), die Kräfte zu studieren, »die 'die Welt bewegen'«, und »die reine Theorie weiterzuentwickeln« (»Wo zu braucht das Proletariat die Intellektuellen«, GW 20, 54).

Welche Anthropologie könnte diese Problematik ignorieren? Welche emanzipatorische Praxis könnte dieser »Mission« (noch ein Wort von Marx) ausweichen? Wir *müssen* den Begriff der Revolution rehabilitieren, dieses unverjährrbare Recht, was immer die etablierten Ordnungen sagen, selbst wenn wir weder dessen Herren noch Garanten sind. Es ist auch die Wahl einer *philosophischen* Tradition. Wenn mein Beitrag mit den akademischen Gepflogenheiten gebrochen hat, wenn er polemisch erschien, dann will ich — nicht zur Entschuldigung, sondern um mich dessen zu rühmen — mit Vater Heraklit entgegenn, daß Polemos Herr über alle Dinge ist, auch über die Ideen. In Urbino wie in Ephesos.

*Nachtrag* (Januar 1989). — Aus der nicht zu bewältigenden Masse von Debatten, die das 200jährige Jubiläum der Revolution auslöste, greife ich eine heraus, die für meinen Beitrag symptomatisch ist. Auf eine Erklärung des Staatspräsidenten, man habe die Französische Revolution als »einen Block« zu nehmen (ein schon von Clemenceau verwendeter Ausdruck), die der Regierungsbeauftragte für die Zweihundertjahrfeier aufgriff (J.N. Jeanneney in *La revue des deux mondes* 12/88), repliziert der Denker der »neuen« Rechten Jean-Marie Benoist langatmig, daß »1989 der Anlaß sein muß, der Deklaration der Menschenrechte zu gedenken und zugleich feierlich vor der Geschichte die Greuel der Revolution zu verdammen, die das Muster waren für alle Scheußlichkeiten, von denen unser Jahrhundert besudelt ist« (*Le Monde*, 15. und 18.1.89). Jack Lang, der sozialistische Kultur-(und 200-Jahr-Feier-)Minister, antwortete wiederum auf eine Frage nach dem »Revolutionsterror« (TF 1, 19.1., und Presseberichte vom 21.1.): »Mich interessiert, daß unsere gesamte Nation die beiden Dinge feiern kann, über die wir uns, ungeachtet unserer jeweiligen Geschichten, einig sind: die Volkssouveränität und die Menschenrechte.« Kein Kommentar. Nur, daß beim »Block« die Frage seiner Abgrenzung bleibt: 1794 (Sturz Robespierres), 1795 (Direktorium), 1799 (Konsulat), 1804 (Kaiserreich) ... 1815 ... Aber bekanntlich ist der Preis des »Blocks« wie bei der Gänseleber nicht abhängig von der Größe.

*Aus dem Französischen von Thomas Laugstien*

## Anmerkungen

- 1 Vgl. besonders Kapitel IV »Von begünstigten Volksklassen überhaupt, in Beziehung auf das Recht einer Staatsveränderung«, das die Fichtesche Vertragstheorie darstellt.
- 2 Vgl. die These von Joachim Ritter (1965, 18), »es gibt keine zweite Philosophie, die so sehr und bis in ihre innersten Antriebe hinein Philosophie der Revolution ist wie die Hegels«.
- 3 Woran André Tösel (1988) mit Nachdruck erinnert hat. Siehe besonders die zitierte Stelle aus der *Metaphysik der Sitten* (Rechtslehre II.1, Allg.Anm.A): »Übrigens, wenn eine Revolution einmal gelungen, und eine neue Verfassung gegründet ist, so kann die Unrechtmäßigkeit des Beginnens und der Vollführung derselben die Untertanen von der Verbindlichkeit, der neuen Ordnung der Dinge sich, als gute Staatsbürger, zu fügen, nicht befreien, und sie können sich nicht weigern, derjenigen Obrigkeit ehrlich zu gehorchen, die jetzt die Gewalt hat.«

## Literaturverzeichnis

- Besnier, J.M., und J.P.Thomas, 1987: *Chronique des idées d'aujourd'hui*. Paris
- Brecht, B., GW = *Gesammelte Werke*. Frankfurt/M. 1967
- Garin, E. (Hrsg.), 1965: *La concezione materialistica della storia*. Bari
- Labica, G., 1987a: *Karl Marx: Les Thèses sur Feuerbach*. Paris
- ders., 1987b: *Le paradigme du Grand-Hornu*. Paris
- MEW = *Marx-Engels Werke*. Berlin DDR 1956ff.
- Münster, A., 1986: *Le paradigme révolutionnaire français dans les »Passages parisiens« de W. Benjamin et dans la pensée d' E. Bloch*. In: H. Wismann (Hrsg.): *Walter Benjamin et Paris*. Paris
- Ritter, J., 1965: *Hegel und die französische Revolution* (1957). Frankfurt/M.
- Tösel, A., 1988: *Kant révolutionnaire*. Paris

---

# Auf dem Weg zur Emanzipation

Jutta Held (Hg.)



Frauen im Frankreich  
des 18. Jahrhunderts:  
Amazonen, Mütter,  
Revolutionärinnen

Argument

## *Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts: Amazonen, Mütter, Revolutionärinnen*

Hrsg. von Jutta Held

Die Entwicklung feministischer historischer Forschung hat es erreicht, daß die Geschlechterverhältnisse kein Randproblem mehr darstellen. Gerade das »Private« kann der Angelpunkt der Geschichte, der sozialen Umstrukturierungen sein.

Der Aspekt, unter dem in diesem Band vor allem die französische Geschichte des 18. Jahrhunderts befragt wird, erweist sich im Hinblick auf eben die »Geschlechterverhältnisse« als äußerst facettenreich und eröffnet interessante, bisher weitgehend verschwiegene Problembereiche. Es geht um die sozialen Veränderungen, Diskus-

sionen und Kontroversen, die in diesem Zeitabschnitt die Frauen betrafen.

Entdeckt wird in den Beiträgen, die in der Mehrzahl von namhaften amerikanischen Historikerinnen und Literaturwissenschaftlerinnen stammen, ein nur am Rande zur Kenntnis genommenes Wirkungsfeld von Frauen: ihre produktive Arbeit an der Seite des Mannes, sei es im Handwerksbetrieb, sei es als Land- oder Heimarbeiterin.

Thematisch spannt sich der Bogen von den »frondeuses« der Hocharistokratie, die die politische Opposition gegen den König mitführten, bis hin zu den Textilarbeiterinnen von Caux, Normandie und den revolutionären Frauen des Volkes von Paris. Ausschnitthaft wird auch die wohl hervorragendste kulturelle Leistung der Frauen angesprochen — die der literarischen Tätigkeit. Ein Beitrag unternimmt es, den Symbolwert der Frau und des weiblichen Körpers in der wissenschaftlichen Illustration herauszuarbeiten. Auf diese Weise werden sowohl die soziale Position der Frauen als auch die Diskussionen, deren Gegenstand sie waren, rekonstruiert.

Zeitlich reichen die Beiträge von der Regierungszeit Ludwig XIV. bis zur Französischen Revolution.

Zwei Aufsätze, die die Brücke zu Deutschland schlagen, lassen noch einen Blick auf die nachrevolutionären Verhältnisse zu.

AS 158, 11 Abb., 148 S., DM 18,50

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

Norman Levine

## Der Jakobinismus und die europäische revolutionäre Tradition<sup>1</sup>

Franco Venturi, der in seinem Buch *Roots of Revolution* (1966) Lenin als russischen Jakobiner bezeichnete, trug damit zur Herausbildung einer amerikanischen Schule der Lenin-Interpretation bei. Da in den fünfziger und sechziger Jahren in den USA eine eigenständige Beschäftigung mit Marx nicht existierte, war das damalige Marxismusverständnis durch Russologen und deren »Kreml-Blick« geprägt. Diese Russologen wußten zwar eine Menge über Rußland und die russozentrische Umgebung Lenins, sehr wenig jedoch über den deutschen Marxismus und seine Einflüsse auf Lenin (vgl. Levine 1988). Auch Richard Pipes und Adam Ulam, die zu den vornehmsten Vertretern dieser Richtung gehören, ließen sich von Venturi anregen und etikettierten Lenin als russischen Jakobiner (vgl. Pipes 1969; Ulam 1960 u. 1965). Die Behauptung, Lenin sei von dem mehr gewerkschaftlich-demokratischen Ideal von Marx und Engels abgewichen und habe sich statt dessen in die Tradition des »politischen Messianismus« und Totalitarismus gestellt (vgl. Talmon 1961), wurde in den sechziger und siebziger Jahren zur herrschenden Lehre. Diese Lehre besteht aus drei zentralen Aussagen: Lenin habe geglaubt, (1) daß die Revolution aus einer Verschwörung hervorgehe; (2) daß diese Verschwörung von einer kleinen Zahl von Leuten aus der politischen Intelligenz durchgeführt werden müsse; (3) daß nach der Revolution eine Diktatur dieser Intelligenz zu errichten sei, die sich auf keine vom Volk gewählte Versammlung stützt und sich auch künftig im Selbstlauf reproduzieren wird. Im folgenden zeige ich, daß die Rede vom »russischen Jakobinismus« ein Widerspruch in sich ist und daß die Auffassung Lenins als russischen Jakobiner diesen Widerspruch verkleistert.

Ich behaupte, daß die jakobinische Tradition in zwei Richtungen zerfällt: in einen plebejischen Jakobinismus auf dem linken und in ein diktatorisches jakobinisches Erbe auf dem rechten Flügel. Der plebejische Jakobinismus ist mit Robespierres Öffnung zur Linken und seinem Bündnis mit den demokratischen Kräften in Frankreich verbunden; die Jakobiner werden zu den Verfechtern der Sansculotten und der »Enragés«. Der diktatorische Jakobinismus wurzelt in der Konzentration der Macht beim Wohlfahrtsausschuß. Er wird fortgesetzt von Babeuf und der »Verschwörung der Gleichen« von 1796, und erst Babeuf kappt die Verbindung zum plebejischen Jakobinismus und setzt eine Handvoll Verschwörer an seine Stelle. Die babouvistische Synthese aus Verschwörung und diktatorischem Jakobinismus wird von Philippe Buonarroti weitergeführt. Von hier aus läuft die Linie zu Auguste Blanqui und zu dem russischen Volkstümler Peter Tkatschow, der eben kein russischer Jakobiner, sondern Blanquist war. Nochmal: »Russischer Jakobinismus« ist ein Widerspruch in sich und sollte durch den Ausdruck »russischer Blanquismus« ersetzt werden. Lenin war kein Blanquist, sondern setzte seine Hoffnungen auf den plebejischen Jakobinismus oder das Bündnis mit der radikalen Demokratie. In seinen Schriften zwischen 1895 und 1905 lehnte er die Verschwörer-Taktik der Volkstümler scharf ab. Für ihn lief das wahre revolu-

tionäre Erbe vom plebejischen Jakobinismus über Marx, Tschernyschewski, den Bernstein-Kritiker Plechanow zum Bolschewismus.

### Der Jakobinismus in Frankreich

Georges Rudé nennt in seiner Robespierre-Biographie drei entscheidende Situationen, in denen sich die Jakobiner mit der radikal-demokratischen Bewegung verbünden. Am 10. August 1792 stürzt die Kommune von Paris die französische Monarchie und ruft zur Bildung eines Nationalkonvents auf. Obwohl Robespierre an der Vorbereitung zur militärischen Belagerung der Tuilerien keinen Anteil hat, wird er von seiner Sektion in die Kommune gewählt und fordert dort die Wahl eines Konvents auf der Basis des Allgemeinen Wahlrechts für Männer (vgl. Rudé 1975, 30f.). Mit den radikalen Demokraten Roux und Hébert gehört Robespierre zu denjenigen, die entschieden für die Hinrichtung des Königs am 21. Januar 1793 eintreten. Der Ausschluß der Gironde aus dem Konvent am 2. Juni 1793 wäre ohne die Unterstützung durch die Pariser Sektionen und Sansculotten nicht möglich gewesen. Dieser Ausschluß ebnete den Jakobinern den Weg zur Kontrolle des Konvents und führte im August desselben Jahres zur Verabschiedung der Verfassung. Für ihre Unterstützung beim Aufbau der Jakobiner-Hegemonie wurden Sansculotten und »Enragés« mit dem Gesetz über das Allgemeine Maximum belohnt, das eine für die ganze Nation verbindliche Lohn- und Preisgrenze festsetzte (vgl. ebd., 36f.). War der Konvent durch das Bündnis mit den radikalen Demokraten zur Einrichtung einer Jakobiner-Republic geworden, so führten die Unterdrückung der Pariser Sektionen, die Verhaftung von Roux und die Hinrichtung Héberts zum Verlust der Unterstützung durch die Sansculotten. Ohne Verbündete konnte Robespierre dem 9. Thermidor nichts entgegensetzen (vgl. Rudé 1977). Das Pariser Volk hatte Robespierre an die Macht gebracht, und obwohl dieser kein Anhänger von Jacques Roux war, war der Aufstieg der Jakobiner zur herrschenden Macht im Konvent allein mit der Unterstützung der Pariser Massen möglich gewesen.

Im plebejischen Jakobinismus waren für Robespierre Volkssouveränität und Rousseauismus mit Demokratie verbunden. Im diktatorischen Jakobinismus agierte Robespierre als die führende Persönlichkeit der Schreckensherrschaft. Ich behaupte nun, daß sich diese beiden Formen nicht wechselseitig ausschließen, denn die plebejischen Aspekte beziehen sich auf den »Prozeß« der Machteroberung, die diktatorischen hingegen auf den Jakobinismus »an der Macht«. Im »Prozeß« der Machteroberung verbündeten sie sich mit den plebejischen demokratischen Elementen, während die Jakobiner »an der Macht« die Souveränität des Volkes ignorierten. Wenn man sagt, die Jakobiner hätten diktatorisch gehandelt, so schließt das nicht automatisch aus, daß sie auch plebejisch handelten.

Im folgenden verwende ich den Ausdruck »Diktatur« im Sinne Hal Drapers.<sup>2</sup> Der Diktaturbegriff der Jakobiner meint demnach eine kurze Periode von »Notverordnungen«, d.h. in Übereinstimmung mit der Verfassung bewilligte außerordentliche Vollmachten während einer Regierungskrise, nach deren Beendigung die verfassungsmäßige Regierung wieder eingesetzt wird. Damit stellen sich zwei Fragen: Wer übt die Diktatur aus? Welche Vollmachten hat sie? Die Diktatur

wurde in der Hauptsache vom Wohlfahrtsausschuß ausgeübt. Wenn auch Robespierre hier die tonangebende Gestalt war, kann man doch nicht von einer Einmann-Diktatur sprechen. Jedes der zwölf Mitglieder des Ausschusses hatte seinen Zuständigkeitsbereich. Die Diktatur war nicht das Ergebnis der Aktion einer kleinen Minderheit. Gerade weil ihre Legitimität nicht auf einer kleinen Gruppe basierte, konnte sie vom Konvent gestürzt werden. Der Wohlfahrtsausschuß war eine vom Konvent gebilligte und auf der Verfassung beruhende Körperschaft. Er war kurz nach der Einführung des Revolutionstribunals am 10. März 1793 gegründet worden, nachdem Dumouriez unter dem Eindruck des hingerichteten Ludwig XVI. Verrat beging und seine Truppen gegen den Konvent marschieren lassen wollte, um Ludwig XVII. zum neuen Monarchen zu erklären (vgl. Bouloiseau 1983). Erst am 27. Juli 1793 wird Robespierre zum Nachfolger Dantons ernannt. Das Gesetz vom 4. Dezember 1793 stattete sowohl den Wohlfahrtsausschuß wie den Allgemeinen Sicherheitsausschuß mit außerordentlichen Vollmachten aus. Der jakobinische Wohlfahrtsausschuß war also nicht die Diktatur einer Minderheit, sondern ein von der Verfassung legitimiertes Exekutivorgan; in ihm verkörperte sich die konstitutionelle Diktatur der nationalen Verteidigung. Es geht hier, wohlgemerkt, nicht um die Bewertung einzelner Aktionen des Ausschusses, sondern um seinen Ursprung.

Die Jakobiner kamen nicht durch eine Verschwörung an die Macht. Der Wohlfahrtsausschuß war durch ein vom Volk gewähltes Parlament eingesetzt worden und insofern Ausdruck von Rousseaus Demokratietheorie. Die modernen Verschwörungstaktiken gehen dagegen auf die Freimaurerbewegung im 18. Jahrhundert zurück. Die Verschwörung ist dem Beispiel einer Geheimgesellschaft nachgebildet: eine Minderheit aufgeklärter Leute glaubt sich auf Grund ihrer intellektuellen Überlegenheit dazu berechtigt, im Namen der andern zu handeln. Robespierre war kein Verschwörer. Diese Form der politischen Taktik wird von Bauef und Buonarroti verkörpert.

Die Jakobiner benutzten den Staat, um sozial-ökonomische Veränderungen durchzusetzen. Ferenc Feher argumentiert, daß die Geburtsstunde des modernen Totalitarismus in dem Moment schlägt, wo die Jakobiner Ökonomie und Politik miteinander verknüpfen, wo die Politik zum Mittel wird, um soziale Ungleichheiten zu beheben (Feher 1988).<sup>3</sup> Ich stimme dem nicht zu, aber die Behauptung, die Jakobiner benutzten den Staat, um die ökonomischen Wünsche ihrer politischen Klientel zu befriedigen, ist deshalb nicht hinfällig. Die Festlegung des Allgemeinen Maximums, die Verteilung von Ländereien der katholischen Kirche und der emigrierten Adligen unter die ehemals besitzlosen Bauern sind Beispiele dafür, wie der Staat in den gesellschaftlichen Umbau eingreift, um die ökonomisch Benachteiligten ins Kleinbürgertum zu integrieren. Meine Auffassung unterscheidet sich aber auch von der kommunistischer Historiker (vgl. etwa Markov 1976). Robespierre wird hier als Plebejer und zugleich als Begründer einer demokratischen Diktatur gesehen. Sie würden gerne in dem Robespierre von 1793 den Lenin von 1905 und im Wohlfahrtsausschuß die revolutionär-demokratische Diktatur erkennen. Der Wohlfahrtsausschuß war aber das Ergebnis einer verfassungsmäßigen Entscheidung und nicht eines Aufstands. Doch auch wenn Robespierre keine im Leninschen Sinn revolutionär-demokratische Diktatur von

1905 im Jahre 1793 installierte, stand er an der Spitze einer Bewegung, die sich zeitweilig mit den plebejischen Elementen verbündete. Andere marxistische Forscher lehnen Markovs extreme Auffassung ab, sehen aber in Robespierre nicht den Praktiker der demokratischen Diktatur, sondern den Ausgangspunkt des revolutionären Erbes des 20. Jahrhunderts, zu dem auch Lenin gehört. Georg Lukács sieht in den Jakobinern die Quelle der plebejischen revolutionären Kräfte, die Vereinigung von städtisch proletarischer und agrarisch bäuerlicher Revolution (vgl. *Der junge Hegel*, 1948, Werke Bd. 8, Neuwied, West-Berlin 1967, Kap.1). Schon früher äußerte sich Gramsci zu den plebejischen Aspekten der Jakobinertaktik (vgl. Femia 1981). Das jakobinische Bündnis zwischen Bauern und städtischem Kleinbürgertum diente ihm als Modell für die Revolution in Italien. In *Die süditalienische Frage* begriff Gramsci das Bündnis zwischen dem Proletariat des Nordens und den Bauern des Südens als eine in der Tradition des Jakobinismus stehende revolutionäre Koalition (vgl. Buci-Glucksmann 1981, 60ff.).

Die Erben Rousseaus, die im Eigentum zwar die Quelle sozialer Ungleichheit erkannten, befürworteten dennoch Maßnahmen zur massenhaften Verbreitung des Kleineigentums. Sie waren Anhänger der republikanischen Traditionen im Westen, die in Athen ihre Wurzeln hatten und im 18. Jahrhundert in der politischen Vorstellungswelt unabhängiger Bauern fortlebten — genügsame, tugendhafte, ihren staatsbürgerlichen Pflichten treu ergebene und ihre Heimat verteidigende Leute, wie John Pocock für England gezeigt hat (1976). Sie waren die Stimme Senecas in der auftauchenden kapitalistischen Welt, und sie mußten scheitern, wie Marx in der *Heiligen Familie* gezeigt hat, als sie die Lösungen für die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im alten Rom suchten (MEW 2, 128f.).

### Der Babouvismus

Während Robespierre seine Diktatur nur mit der Unterstützung durch das demokratische Pariser Volk ausüben konnte, versuchte Babeuf durch eine Verschwörung an die Macht zu kommen.<sup>3</sup> Die Verschwörung von 1796 ist der verzweifelte Versuch, den ins Stocken geratenen revolutionären Impetus der Massen durch die Aktion einer kleinen Führungsgruppe zu ersetzen. Der Babouvismus entsteht aus dem Scheitern des Links-Jacobinismus und der politischen Unterdrückung, die die besiegten Rebellen von 1795 in die Gefängnisse gebracht hat (vgl. Deppe 1970). Im Falle eines Erfolges rechnete Babeuf nur mit einer Diktatur von kurzer Dauer. Die Verschwörer forderten etwa das Inkrafttreten der Verfassung von 1793 und wollten die Selbstauflösung ihrer Diktatur in der Verfassung verankern. Buonarroti behauptete zwar, daß die Verschwörer sich das Recht vorbehielten, die für den Nationalkonvent wählbaren Mitglieder festzulegen, aber auch er sprach sich für die Begrenzung der Diktatur und ihre Auflösung aus, sobald die Volkssouveränität wieder hergestellt wäre. Babeuf wollte eine Erziehungsdiktatur, weil ein unterdrücktes und in Unwissenheit gehaltenes Volk nicht in der Lage sei, sich selbst zu regieren. Selbstbestimmung setze Bildung und moralische Qualitäten voraus.



## Der Buonarrotismus

Buonarroti veröffentlichte sein Buch *Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit* 1828 in Brüssel (dt. Stuttgart 1909). Mit der Niederlage der revolutionären Kräfte nach dem Thermidor und der Restauration der Bourbonen waren die europäischen Radikalen von der Diktatur sehr viel mehr angetan als von den Möglichkeiten eines Aufstands. Indem Babeuf und Buonarroti die Erziehungsdiktatur von ihren Ursprüngen in der Volksrevolution abkoppelten, initiierten sie einen Prozeß, den Blanqui mit der Aufhebung ihrer zeitlichen Beschränkung vollenden sollte. Darüber dürfen die Unterschiede zwischen Babeuf und Buonarroti nicht aus dem Blick geraten. Bei Buonarroti treten plebejischer und diktatorischer Jakobinismus bereits deutlich auseinander.<sup>4</sup> Der aus der Tradition des italienischen Freimaurertums kommende Buonarroti lebt in einer Zeit, in der die Enttäuschung über das revolutionäre Potential des Volkes den Ton angibt. Der Buonarrotismus bildet den Ausgangspunkt für den Aufstieg des diktatorischen Jakobinismus zur politischen Theorie. Babeuf lieferte eine politische Ideologie<sup>5</sup>, die aber erst auf Grund der Propagierung Babeufs und seines Kreises durch den unermüdlichen Buonarroti mit der nach 1830 in Europa sich herausbildenden Tradition von Aufstand und Diktatur zusammenwächst.

## Der Blanquismus

Blanqui gab der Bewegung zum rechtsgerichteten diktatorischen Jakobinismus ihre definitive Form. In den 1868 verfaßten *Instruktionen für den Aufstand* (dt. Frankfurt/M. 1968) löste er den Jakobinismus vollständig aus seiner Verankerung in den demokratischen Kräften. Blanqui zerschneidet das Band zwischen seinem und Robespierres Verständnis der Diktatur: eine blanquistische Diktatur geht nicht aus einer demokratischen Erhebung oder einer verfassungskonformen Ermächtigung hervor, sondern basiert allein auf militärischer Verschwörung. Blanqui militarisierte das linke Revolutionskonzept der Jakobiner und verbannte die Vorstellung einer sich selbst auflösenden Diktatur — sie war nicht mehr Erziehungsdiktatur, sondern Regierung.

Dennoch existieren Verbindungen zwischen Babeuf/Buonarroti und dem blanquistischen Modell. Blanqui verkörpert den Typ des Berufsrevolutionärs, den Buonarroti kreierte hat (vgl. Kool 1967, 76-108); außerdem gehört Blanqui zu den gründlichen Lesern seines Buches (Deppe 1970, 20). Beide sind geprägt von der Restaurationsepoche, und beide gehören dem politischen Untergrund an, der in den zwanziger und dreißiger Jahren seine Blüte hat. Buonarroti führt in den zwanziger Jahren die Tradition von Babeufs »Gesellschaft der Gleichen« fort, Blanquis »Gesellschaft der Jahreszeiten« entsteht ein Jahrzehnt später. Am 12. Mai 1839 besetzt er mit fünfhundert bewaffneten Rebellen das Rathaus. Der Handstreich ist gedacht als Signal zu einem allgemeinen Volksaufstand in Paris. Insofern steht Blanqui hier ganz in der Tradition Babeufs, wobei noch hinzukommt, daß er die Notwendigkeit der Diktatur auf eine kurze Zeitspanne begrenzt. Die demokratischen Kräfte verweigerten indessen die Gefolgschaft, und der heroische Akt endete als Farce (vgl. Deppe 1970, 60-73). Die Enttäuschung über die ausbleibende Unterstützung reißt eine unüberbrückbare Kluft zwischen

dem revolutionären Subjekt (der blanquistischen Elite) und den demokratischen Kräften auf. War für Babeuf und Buonarroti der Zusammenhang von offener Massenaktion und geheimer Verschwörung selbstverständlich, verliert der alte Blanqui alle Verbindung mit der Tradition des plebejischen Jakobinismus und setzt allein auf den Militärputsch, dessen Rechtfertigung als eigenständiger politischer Form in der Schrift von 1868 geliefert wird (ebd., 97-136). Der Volkstümler Tkatschow wird zum Erben dieses auf Blanqui zurückgehenden rechten Jakobinismus (vgl. KWM, Bd.1, 169).<sup>6</sup>

Die sozialistische Bewegung im 19. Jahrhundert kennt also zwei revolutionäre Katechismen: Buonarrotis Schrift *Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit* von 1828 und Blanquis *Instruktionen für den Aufstand* von 1868. Repräsentiert Buonarroti die revolutionäre Entwicklungslinie des Nationalkonvents, so gibt Blanqui der Enttäuschung über die Niederlagen von 1839, 1848 und 1870/71 Ausdruck. Die Niederlage der Pariser Kommune steigert noch den Kredit der zwei Jahre früher erschienenen Schrift. Mit der Pariser Kommune endet eine ganze Epoche europäischer radikaler Geschichte. Friedrich Engels zieht die Folgerungen aus dieser Entwicklung in der berühmten Einleitung von 1895 zu Marx' *Klassenkämpfen in Frankreich*, wo er den Barrikadenkampf für die westeuropäischen Länder als veraltet ablehnt (MEW 22, 519ff.), die Möglichkeit einer Bauernrevolution in Rußland aber offenläßt (vgl. Bouvier 1982, 293-301). Blanqui war Kommunist und dachte genau wie Robespierre, daß die soziale Umwälzung vom Staat ausgehe, statt umgekehrt die Eroberung der Macht zur Voraussetzung für den Umbau der Gesellschaft zu machen. Der Blanquismus wird vom Proletariat getragen. Blanqui redete vom Klassenkampf, nicht von einem — im biblisch-babouvistischen Sinne — Kampf zwischen Reich und Arm, sondern von einem Kampf der Eigentümer gegen die ausgebeutete Arbeiterklasse. Er verschaffte damit der Sprache des Klassenkampfes Eingang in die sozialistische Terminologie des 19. Jahrhunderts.

## Der Tkatschowismus

Tkatschow steht für die Verschmelzung des russischen Volkstümlertums mit dem rechtsgerichteten diktatorischen Jakobinismus. Von der Anwendung diktatorischer Methoden versprach er sich die Erfüllung eines alten Traumes der Volkstümler: die Erhaltung und Ausweitung des *mir*.<sup>7</sup> Denn für Tkatschow war wie für Robespierre, Babeuf, Buonarroti und Blanqui die Eroberung der Staatsmacht die Voraussetzung für den Beginn der sozialen Revolution. Mit Tkatschow verlassen wir das revolutionäre Frankreich und begegnen einer ganz anderen Welt. Im folgenden geht es indessen weder um die verschiedenen Strömungen im russischen Volkstümlertum noch um die Spaltung zwischen Slavophilen und »Westlern«, sondern um Tkatschows Taktik und politische Strategiebildung.<sup>8</sup>

Mit Deborah Hardy bin ich der Meinung, daß Tkatschow Anhänger Blanquis war (Hardy 1977).<sup>9</sup> Seine Hinwendung zum Blanquismus hängt mit der Zerschlagung der revolutionären Bewegung in Frankreich und dem Mißerfolg der Tschaikowski-Bewegung 1874 in Rußland zusammen. Der Utopismus des von ihr unternommenen »Kreuzzugs zum Volke«, dessen Idealismus in Tschernyschews-

kis Roman *Was tun?* eingefangen wird, wurde von den skeptischen und konservativen Bauern zurückgewiesen. Mitte der siebziger Jahre, auf dem Höhepunkt von Tkatschows publizistischen Aktivitäten, war die Tschaikowski-Bewegung erschöpft. Für Tkatschow gab es nur noch eine politische Option: den Blanquismus. Seine Zeitschrift *Tocsin* wurde zur Bibel des diktatorischen Jakobinismus in Rußland. Im Gegensatz zu Babeuf, Buonarroti und dem frühen Blanqui glaubte Tkatschow nicht, daß das Volk irgendeine Rolle bei der Eroberung der Macht spielen könnte. Das Eingreifen der demokratischen Kräfte nach dem von wenigen Auserwählten durchgeführten Handstreich schien ihm ebenso entbehrlich wie die Sanktionierung der vollzogenen Machtergreifung durch das Volk. Tkatschow steht am Ende einer Entwicklung, die bei Babeuf-Buonarroti begann: Die Verschiebung des revolutionären Subjekts von der Masse zu einer Elite, die die Eroberung der Macht völlig autonom durchführt, ist perfekt. Auch seine Bestimmung der Erziehungsdiktatur als »Ausübung« der Regierungsgewalt negierte das Erbe Babeufs und Buonarrotis, indem ihr jede zeitliche Selbstbegrenzung fremd war (vgl. Hardy 1977, 275). Die Reste der Vergangenheit schienen so drückend und die Rückständigkeit des Volkes so groß, daß seine Selbstregierung in eine unbestimmte Zukunft vertagt wurde.<sup>10</sup>

Tkatschows Verschwörung galt nicht den Interessen des russischen Proletariats, das in den siebziger Jahren des 19. Jahrhundert noch kaum existierte. Während Blanqui im entwickelten kapitalistischen Frankreich politische Ökonomie studierte und vom Klassenkampf schrieb, träumte Tkatschow von der Wiederkehr des Gemeinwesens in der Gestalt des *mir*. Bewegungen, die sich von der Massenaktion abtrennen, glauben im Staat den Ausgangspunkt des gesellschaftlichen Umbaus zu erkennen. Blanqui und Tkatschow faßten die Erziehungsdiktatur als einen revolutionären Staat, mit dem dieser Umbau mühelos auszuführen wäre.

## Lenin

Um Lenins Haltung gegenüber dem Jakobinismus-Problem in der Zeit zwischen 1895 und 1905 zu verstehen, muß man sich den historischen Rahmen der Debatte vergegenwärtigen. In den Reihen der deutschen Sozialdemokratie gehörte Eduard Bernstein zu den ersten, die das jakobinische Vermächtnis als geheimbündlerisch und diktatorisch brandmarkten.<sup>11</sup> Bernstein, der eingefleischte Fürsprecher parlamentarischer Taktik, der unter dem Eindruck der Bismarckschen Sozialisten-Gesetze schrieb, betrieb die Delegitimierung der revolutionären Tradition und versuchte, die deutsche Sozialdemokratie vom revolutionären jakobinischen Erbe abzuspalten. Die im 20. Jahrhundert in Mode gekommene Interpretation des Jakobinismus als Diktatur geht also auf den Revisionismus zurück. Bernsteins Auffassung fließt dann in den Menschewismus ein. Da die Menschewisten Rußland weder 1905 noch 1917 für die Revolution reif glaubten, lag die Kompromittierung der historischen Taten der Jakobiner auch in ihrem Interesse. An diesem Punkt waren sich Menschewisten und deutsche Revisionisten einig. Die Jakobinismus-Frage in der russischen Sozialdemokratie kam dann auf dem Zweiten Parteitag 1902-03 auf den Tisch. Pavel Axelrod machte sie zum Unter-

scheidungskriterium zwischen Menschewisten und Bolschewisten (vgl. Dan 1970, Ascher 1977). Axelrod bediente dabei folgende logische Gleichung: Jakobinismus = Diktatur (Wohlfahrtsausschuß und Schreckensherrschaft) = Blanquismus (plus Verschwörung). Die Bezeichnung Lenins als Jakobiner beruht also auf der menschewistischen Interpretation des Jakobinismus und möchte Lenin als diktatorischen Blanquisten treffen. Wladimir Akimow, der ebenfalls am zweiten Parteitag teilnahm, hinterließ eine aufschlußreiche Analyse dieser Kontroverse (vgl. Frankel 1983, 139f.). Auch er gibt eine menschewistische Interpretation der Debatte, wobei er Axelrods Gleichung die »Diktatur des Proletariats« hinzufügt. Vom menschewistischen Standpunkt aus galt das Konzept der Diktatur des Proletariats, auch wenn sie im Bündnis mit der Bauernschaft auftrat, als blanquistisch.

Lenins Erwiderung auf Axelrod und Akimow findet sich in seinem Buch *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904).

»Nichts als *Opportunismus* drücken diese 'furchtbaren Worte' Jakobinerum usw. aus. Der Jakobiner, der untrennbar verbunden ist mit der *Organisation* des Proletariats, das sich seiner Klasseninteressen *bewußt geworden ist* — das ist eben der *revolutionäre Sozialdemokrat*. Der Girondist, der sich nach Professoren und Gymnasiasten sehnt, der die Diktatur des Proletariats fürchtet, der vom absoluten Wert der demokratischen Forderungen säuselt — das ist eben der *Opportunist*. Nur Opportunisten können auch heute noch in Verschwörerorganisationen eine Gefahr sehen, nachdem der Gedanke von der Einengung des politischen Kampfes bis zur Verschwörung tausendmal in unserer Literatur widerlegt, längst vom Leben widerlegt und verworfen worden ist, nachdem die kardinale Bedeutung der politischen Massenagitation geklärt und bis zum Erbrechen wiedergekaut worden ist. Die reale Grundlage der Angst vor Verschwörungen, vor dem Blanquismus ist nicht dieser oder jener hervortretende Zug der praktischen Bewegung ..., sondern die girondistische Furchtsamkeit des bürgerlichen Intellektuellen, dessen Mentalität bei den heutigen Sozialdemokraten so oft durchbricht. Nichts ist komischer als diese Anstrengungen der neuen 'Iskra', ein *neues Wort* zu sagen (...), das uns vor der Verschwörertaktik der französischen Revolutionäre der vierziger und sechziger Jahre warnen soll« (LW 7, 386f.).

Unter »Gironde« versteht Lenin den opportunistischen, nicht-revolutionären Flügel der russischen und westeuropäischen Sozialdemokratie. Der Ausdruck »Jakobiner« steht für den revolutionären Flügel. Waren die Menschewisten zu Kompromissen mit der Dynastie der Romanows bereit, arbeiteten die Bolschewisten konsequent für deren Abschaffung. Lenin unterscheidet zwischen Blanquismus und Jakobinismus. Der »Blanquismus« geht für ihn nicht auf die Zeit zwischen 1792-94 zurück, sondern beginnt in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Der Jakobinismus entspricht der revolutionären Demokratie, die wiederum mit der Mobilisierung des Volkes verbunden ist. Lenin unterscheidet in der Geschichte des europäischen Radikalismus seit der Französischen Revolution scharf zwischen zwei Linien: dem Vermächtnis des plebejischen Jakobinismus, das von Robespierre ausgeht und über Marx zum Bolschewismus läuft, und dem Erbe der Gironde, das im Menschewismus weiterlebt.

Wenn Lenin den Ausdruck »Plebejertum« benutzte, so tat er das in der Absicht, eine direkte Verbindung zwischen sich selbst und Marx herzustellen. Er kannte Marx' Artikel aus der *Neuen Rheinischen Zeitung*, in dem dieser von der »plebejischen Manier« des Jakobinismus gesprochen hatte (MEW 6, 107). Wenn Marx vom Plebejertum sprach, so wollte er damit die historische Kontinuität

zwischen Jakobinismus und römischem Republikanertum betonen. Er wollte zeigen, daß der Kampf für Demokratie eine lange Tradition und in Robespierre seinen modernen Nachfolger gefunden hatte. Lenin stellte den Bolschewismus in diese westeuropäische Tradition und sah in ihm die Fortsetzung der französischen Demokratie und des deutschen philosophischen Humanismus.

Die Revolution von 1905 veranlaßte Lenin zu einer Erweiterung seiner Definition. Nunmehr stand »Jakobinismus« auch für Regierungsbeteiligung im Gegensatz zur menschwistisch-girondistischen Politik der Machtenthaltung. Einer der zentralen Punkte auf dem dritten Parteitag (April-Mai 1905) betraf nämlich die Frage, ob die russischen Sozialdemokraten in einer provisorischen revolutionären Regierung die Macht mit anderen teilen sollten. Die Bolschewisten sprachen sich für die Übernahme von Regierungsverantwortung aus, während die Menschwisten dagegen waren. Auf dem Parteitag sagte Lenin:

»Die 'Iskra führt Frankreich als Beispiel an. Es war aber ein jakobinisches Frankreich. Während einer Revolution mit dem Jakobinertum schrecken wollen ist die größte Abgeschmacktheit. Die demokratische Diktatur ist, wie ich schon sagte, nicht eine Organisation der 'Ordnung', sondern eine Organisation des Krieges. Selbst wenn wir Petersburg eroberten und Nikolaus guillotinierten, hätten wir einige Vendées vor uns. Marx hat das ausgezeichnet verstanden, als er 1848 in der 'Neuen Rheinischen Zeitung' an die Jakobiner erinnerte. Er sagte, der Terrorismus von 1793 sei nichts als eine plebejische Manier gewesen, mit dem Absolutismus und der Konterrevolution fertig zu werden. Auch wir ziehen die 'plebejische' Manier, mit der russischen Selbstherrschaft fertig zu werden, vor und überlassen der 'Iskra' die girondistischen Manieren. Die russische Revolution hat eine noch nie dagewesene günstige Situation vor sich ... Diese Situation läßt einen erfolgreichen Ausgang des Aufstands erhoffen.« (LW 8, 389)

1905 versteht Lenin unter »Jakobinismus« also Teilnahme an einer Regierung, die auf der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung basiert, auf einem Bündnis von Proletariat und Bauernschaft. Eben in der Weise, wie die Jakobiner 1793 die Verteidigung der Revolution durchgeführt hatten, verlangt das Leninsche Jakobinertum die demokratische Abschaffung des Zarismus und die Niederwerfung der Konterrevolution. Zu diesem Zweck nimmt er die »plebejische Manier« der Machtausübung in Anspruch, verlangt aber nie die Einrichtung eines Ausschusses, sondern sucht nach Formen, in denen der souveräne Wille der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck kommen kann. In dem einige Monate später geschriebenen Buch *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* (Juli 1905) identifiziert er erneut das »plebejische Jakobinertum« mit der Idee einer Demokratie, die aus dem die Revolution verteidigenden Bündnis von Arbeitern und Bauern entsteht. Entschieden applaudiert Lenin den Bestrebungen dieses Bündnisses, »der 'allgemeinen russischen Volksrevolution' den Stempel ihres Klassenkampfes, den Stempel der proletarischen Konsequenz, der proletarischen Entschlossenheit, des 'plebejischen Jakobinertums' aufzudrücken« (LW 9, 110). Auch in Lenins Schriften aus dem Jahre 1905 taucht das römische und französische revolutionäre Bild des »Volkstribunen« auf: »Wer die Aufgaben des politischen Kampfes herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Volkstribunen in einen Trade-Union-Sekretär.« (Ebd., 101)

1917 stoßen wir erneut auf Lenins positive Beziehung zum »plebejischen Jakobinertum«. Der Artikel »Kann man die Arbeiterklasse mit dem 'Jakobinertum' schrecken?« (LW 25, 112ff.) enthält eine dritte Verwendungsweise:

»Die Historiker der Bourgeoisie sehen im Jakobinismus ein Fallen ('abgleiten'). Die Historiker des Proletariats sehen im Jakobinertum einen der *Höhepunkte* im Befreiungskampf der unterdrückten Klasse. Die Jakobiner gaben Frankreich die besten Vorbilder der demokratischen Revolution und der Abwehr der gegen die Republik verbündeten Monarchen. Es war den Jakobinern nicht beschieden, einen vollständigen Sieg zu erringen, hauptsächlich deshalb, weil das Frankreich des 18. Jahrhunderts auf dem Kontinent von allzu rückständigen Ländern umgeben war, und weil es in Frankreich selbst keine materiellen Grundlagen für den Sozialismus gab, keine Banken, keine kapitalistischen Syndikate, keine maschinelle Industrie und keine Eisenbahnen. 'Jakobinertum' in Europa oder an der Grenze zwischen Europa und Asien im 20. Jahrhundert wäre die Herrschaft der revolutionären Klasse, des Proletariats; es könnte, unterstützt von der armen Bauernschaft und gestützt auf die vorhandenen materiellen Grundlagen für das Voranschreiten zum Sozialismus, nicht nur all das Große, Unvergängliche und Unvergeßliche vollbringen, was die Jakobiner des 18. Jahrhunderts vollbrachten, sondern auch den endgültigen Sieg der Werktätigen in der ganzen Welt herbeiführen.« (Ebd., 113f.)

Lenin verwendet hier »Jakobinismus« synonym mit der Idee einer demokratisch-revolutionären Kriegführung. So wie die Jakobiner zur »Volkserhebung« (*levée en masse*) aufriefen, so wie sie die Revolution gegen die Invasion von außen mithilfe eines Bündnisses von Revolution und Volk zu verteidigen suchten, so glaubte Lenin, daß die plebejisch-revolutionäre Kriegführung nicht nur den Sieg der Proletarier und Bauern in Rußland sichern, sondern auch zur Befreiung der Völker in der Dritten Welt führen würde. 1793 gelang den Jakobinern die Vereinigung von Volk und Revolution, getragen von einem demokratischen Imperialismus. 1917 hoffte Lenin auf die Ausstrahlungskraft einer erfolgreichen kommunistischen Revolution auf die unterdrückten Völker aller Länder. Er gebrauchte den Ausdruck Jakobinismus in drei strategischen Bedeutungen: revolutionäre Demokratie, demokratische Unterdrückung der Konterrevolution und revolutionäre Außenpolitik. Immer ist der Sinn plebejisch: nur das Volk kann revolutionäres Subjekt sein. Seine Schriften zeigen eindeutig, daß er sich in drei grundlegenden Punkten von der Tradition Blanqui-Tkatschow unterscheidet: statt für Aktionen von Minderheiten spricht er sich für Massenaktionen aus; statt Revolution auf Grund einer Verschwörung befürwortet er den Volksaufstand; schließlich lehnt er eine sich selbst einsetzende diktatorische Regierung nach der Machtübernahme ab — 1905 sprach er sich für eine »demokratische Diktatur von Arbeitern und Bauern«<sup>12</sup> aus, 1917 forderte er »alle Macht den Sowjets«.

*Aus dem Amerikanischen von Peter Jehle*

## Anmerkungen

- 1 Ich bin der »German Fulbright Commission« und ihrem Direktor Ulrich Littmann zu Dank verpflichtet für die großzügige Unterstützung meines Forschungsaufenthalts von September 1988 bis Februar 1989. Ebenso danke ich dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin und seinen Leitern Dietrich Herzog und Hans-Dieter Klingemann.
- 2 Hal Draper gehört zu den besten Marxkennern in den USA. Seine Studie zum Marxschen Begriff der »Diktatur des Proletariats« (1986) bildet den dritten Band einer Untersuchung der Marxschen Revolutionstheorie. Drapers Forschungen, die für die USA einen entscheidenden Fortschritt bedeuten, wurden bislang zu Unrecht kaum zur Kenntnis genommen.

- 3 Auch ideologische Differenzen trennten die »Gesellschaft der Gleichen« von den Jakobinern (vgl. Fischer 1975). Während Robespierre der Sprecher des Kleinbürgertums war, repräsentiert Babeuf den Gedanken des Agrarkommunismus, des *Agrargesetzes*, d. h. der Nationalisierung des Bodens und seiner gerechten Aufteilung unter die Landarbeiterklasse. Babeuf steht zwischen Robespierre und Blanqui, denn einerseits lehnt er Robespierres Verteidigung des Privateigentums ab und spricht sich für Enteignungen aus, andererseits aber kennt er noch keine »ökonomischen Klassen« oder das Industrieproletariat. Sein Kommunismus steht noch in der Linie des moralisierenden Kommunismus des 17. und 18. Jahrhunderts: die Gesellschaft scheint ihm ein biblischer Kampf zwischen arm und reich, und das Eigentum glaubt er aus Egoismus und Diebstahl entstanden.
- 4 Dennoch verbindet die beiden Richtungen die Orientierung auf den Staat als der entscheidenden Triebkraft der Gesellschaftsveränderung. — Arthur Lehning zeichnet ein genaues Bild von Buonarrotis fieberhaften Aktivitäten zur Gründung immer neuer Geheimgesellschaften. Er vor allem verbreitete das Ideal einer auf Verschwörung basierenden Revolution (vgl. Lehning 1970).
- 5 Buonarroti ist wie Babeuf Anhänger des Agrarkommunismus. Seine Erziehungsdiktatur war nicht die Diktatur einer Klasse. Ebenso war für beide selbstverständlich, daß die politische Revolution der sozialen vorausgeht.
- 6 Der Stichwortartikel »Blanquismus« im *Kritischen Wörterbuch des Marxismus* ist vorzüglich. Der Verfasser Labica unterscheidet hier sorgfältig zwischen Blanquismus und Jakobinismus.
- 7 Russisch für »Dorf« und »Friede«; bezeichnet außerdem die traditionelle Institution des dörflichen Gemeindeigentums. An ihr entzündet sich in den 80er und 90er Jahren eine umfangreiche Diskussion zwischen »Volkstümlern« und »Marxisten« um die Frage, ob sie zum Ausgangspunkt einer direkten kommunistischen Entwicklung werden kann, die den kapitalistischen Entwicklungsweg vermeidet (vgl. KWM, Bd.5, »Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg«).
- 8 Zur Frage des Voluntarismus und Anarchismus bei Tkatschow vgl. das vorzügliche Buch von A. Walicki, *Controversy over Capitalism*, Oxford 1981.
- 9 Hardys Buch bewegt sich zwar im Rahmen der US-amerikanischen Schule, die Lenin dem russischen Jakobinismus zuordnet, enthält aber dennoch einige exzellente Passagen zu Tkatschows Auffassung des Revolutionsprozesses und seinen Ausführungen zum Charakter der Erziehungsdiktatur (Hardy 1977, 273). — Im übrigen basiert die Interpretation dieser Schule nicht nur auf historischen, sondern auch auf logischen Irrtümern. Ulam und Pipes argumentieren nach folgendem Syllogismus: Tkatschow (Blanqui) war Jakobiner. Lenin war Anhänger Tkatschows. Also war Lenin Jakobiner. Abgesehen von der problematischen Einordnung Lenins als Anhänger Tkatschows, wird der Ausdruck »Jakobiner« nicht klar definiert. Der Grund für diese Unklarheit liegt darin, daß weder Ulam noch Pipes zwischen rechtem und linkem Jakobinismus unterscheiden. Wie bei Talmon ist Jakobinismus immer diktatorischer Jakobinismus. Und folglich ist ein Jakobiner immer ein rechter Jakobiner.
- 10 Astrid von Borcke (1977) folgt wie Hardy der Auffassung von Pipes und Ulam, anerkennt aber gelegentlich mit schlechtem Gewissen, daß Tkatschow kein Links-Jacobiner, sondern Blanquist war.
- 11 Vgl. auch die Einleitung von Wilhelm Bloss zu Buonarrotis *Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit* (Stuttgart 1909). Bloss, der zu einem der wichtigsten Historiker in der deutschen Sozialdemokratie wurde, schrieb diese Einleitung bereits vor der Revisionismus-Debatte. Seine Arbeiten zur Französischen Revolution blendeten die revolutionären Aspekte der französischen Arbeiterbewegung aus und ließen allein den parlamentarischen Weg gelten. Entsprechend wurde auch von ihm der Jakobinismus als diktatorisch abgelehnt.
- 12 Die amerikanische Schule der Lenin-Interpretation hat nicht nur Lenins Verhältnis zum Jakobinismus verzerrt dargestellt, sie hat auch seine Auffassung der Bauernfrage nicht verstanden. Ulam und Pipes behaupten, daß Lenin erst 1905 das revolutionäre Potential der Bauernschaft entdeckt habe. In meinem Aufsatz »The Ideology of Anti-Bolshevism« habe ich diese Auffassung als falsch nachgewiesen (in: *The Journal of Peasant Studies*, April-June 1982). Zusammengekommen ergeben meine drei Aufsätze — der eben genannte, der vorliegende und »The Germanization of Lenin« (in: *Studies in Soviet Thought*, Jan. 1988) — eine umfassende Kritik dieser Richtung.

## Literaturverzeichnis

- Ascher, Abraham, 1977: Pavel Axelrod. New York
- Borcke, Astrid v., 1977: Der Ursprung des Bolschewismus: Die jakobinische Tradition in Rußland und die Theorie der revolutionären Diktatur. München
- Bouloiseau, Marc, 1983: The Jacobin Republic. London
- Bouvier, Beatrix, 1982: Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Bonn
- Buci-Glucksmann, Christine, 1981: Gramsci und der Staat. Köln
- Dan, Theodore, 1970: The Origins of Bolshevism (übers. v. J. Carmichael). New York
- Deppe, Frank, 1970: Verschwörung, Aufstand und Revolution. Köln
- Draper, Hal, 1986: Karl Marx's Theory of Revolution: The »Dictatorship of the Proletariat«. New York
- Fehér, Ferenc, 1988: The Frozen Revolution. Cambridge
- Femia, Joseph, 1981: Gramsci's Political Thought. Oxford
- Fischer, Peter (Hrsg.), 1975: Babeuf. Der Krieg zwischen Arm und Reich. West-Berlin
- Frankel, Jonathan, 1983: Akimov. Cambridge
- Hardy, Deborah, 1977: Petr Tkachev: The Critic as Jacobin. Seattle
- Kool, Fritz (Hrsg.), 1967: Dokumente der Weltrevolution. Bd.1, Olten
- Kritisches Wörterbuch des Marxismus, hrsg. v. G. Labica u. G. Bensussan, West-Berlin 1983ff. (zit. KWM)
- Lehning, Arthur, 1970: From Buonarroti to Bakunin. Leiden
- Levine, Norman, 1988: »The Germanization of Lenin«, in: Studies in Soviet Thought, Jan.
- Markov, Walter, 1976: Volksbewegungen der Französischen Revolution. Frankfurt/M.
- Pipes, Richard, 1969: »The Origins of Bolshevism: The Intellectual Evolution of Young Lenin«, in: ders. (Hrsg.), Revolutionary Russia. New York, 33-66
- Rudé, Georges, 1975: Robespierre. London
- ders., 1977: Die Volksmassen in der Geschichte. Frankfurt/M.
- Talmon, Jakob, 1961: Die Geschichte der Totalitären Demokratie. Köln
- Ulam, Adam, 1960: The Unfinished Revolution. New York
- ders., 1965: The Bolsheviks. New York
- Venturi, Franco, 1966: Roots of Revolution. New York

## Hinweis auf weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Heiner Goebbels: Prince and the Revolution. Argument 175 (1989)
- Erik Nohara: Geistige Wurzeln der Revolution in Nicaragua. Argument 173 (1989)
- Gerhard Armanski: Archaik und Utopie. Argument 172 (1988)
- Klaus Segbers: Überlegungen zu einer Dialektik der Perestrojka. Argument 170 (1988)
- Wolfgang Fritz Haug: Gorbatschow — oder Revolution wider die Apathiemaschine. Argument 170 (1988)
- José Manuel Ruiz Marcos: Nicaragua — überlebt die Revolution? Argument 165 (1987)
- Zhao Baoxu: Horizontale und vertikale Dezentralisation der Macht in China. Argument 165 (1987)
- Hansgeorg Conert: Revolutionäre Reform? Zu Gorbatschows Projekt. Argument 162 (1987)
- Michael Jäger und Gudrun Kohn-Wächter: Carmen und die Revolution. Argument 153 (1985)
- Georges Duby: Frauen und die feudale Revolution. Argument 150 (1985)
- Perry Anderson, Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye: Politik des radikalen Realismus. Argument 148 (1984)
- Giulio Girardi: Marxismus und revolutionäre religiöse Bewegungen. Argument 148 (1984)
- Wolfgang Fritz Haug: Strukturelle Hegemonie. Argument 129 (1981)



Anja Weberling

## Politik der Frauen in der Französischen Revolution

»Hier beginnt also die Geschichte des neuzeitlichen Feminismus und bleibt von nun an mit der Geschichte der bürgerlichen Gleichheitsforderungen verknüpft.« (Gerhard 1987, 131)

»Diese Frauen-Rechte stellten aber mehr dar als die Beanspruchung bloßer bürgerlicher Rechte im Sinne der späteren bürgerlichen Frauenbewegung. Denn der Rechtsanspruch der Frauen der Französischen Revolution wurzelte noch in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Familienökonomie.« (Ferrari u.a. 1985, 280)

Zwei Einschätzungen zu den Kämpfen der Frauen in der Französischen Revolution, die in ihrer Gegensätzlichkeit auf die Bandbreite damaliger frauenpolitischer Aktivitäten verweisen. Ute Gerhard bezieht sich auf die rechtlichen Forderungen, die 1791 in der »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« von Olympe de Gouges ihren programmatischsten Ausdruck fanden. Ferrari u.a. untersuchen die Brotrevolten, mit denen Frauen entscheidend in den Verlauf der Revolution eingriffen. Indem das erste Urteil den Neubeginn betont, das zweite den Handlungsrahmen der »alten Welt« hervorhebt, verweisen sie zusammen darauf, daß der gesellschaftliche Umbruch, in dem die Artikulation von »modernen« und »traditionellen« Rechtsansprüchen kurzzeitig nebeneinander auftrat, auch vom Standpunkt der Frauen eine wichtige historische Zäsur darstellt.

Wer — ohne Vorwissen und ohne weitgespannte Erwartungen — zum ersten Mal nach den weiblichen Taten in der Französischen Revolution sucht, ist beeindruckt von dem Reichtum an Spuren. Rechte für Frauen blieben nicht mehr allein Thema der exklusiven, intellektuellen Debatte in den Salons, die oft Frauen unterhielten, sondern wurden, ausgehend von den konkreten Erfahrungen von Frauen, Gegenstand vielstimmiger Forderungen. Bereits in den Beschwerdeheften, die Anfang 1789 anlässlich der Einberufung der Generalstände überall in Frankreich aufgesetzt wurden, meldeten sich Frauen zu Wort und forderten für sich Verbesserungen in Ehe, Ausbildung und Beruf. Nur sehr vereinzelt formulierten sie ihre politische Rechtlosigkeit als Problem. Während der ganzen Revolutionszeit sollte diese Frage nie im Zentrum stehen, und dennoch finden wir Frauen überall im politischen Leben aktiv. Sie entwickelten eine rege Petitionstätigkeit, sprachen zu ihrer Vertretung in den Versammlungen, die die Revolution geschaffen hatte, und beeinflussten von deren Tribünen aus die Diskussionen durch Kommentare, Beifalls- und Unmutsbekundungen. Frauen verwandelten traditionelle Dankprozessionen in politische Demonstrationen, leisteten Pressearbeit und gründeten feministische Zeitschriften, von denen eine neben der politischen sogar die Gleichheit der Frauen »an sexuellen Freuden« propagierte (ebd., 274). Und schließlich agierten neben karitativen auch entschieden politische Frauenclubs. Eine oszillierende und ohne jegliches verbrieftes politisches Recht an vielen Orten arbeitete, sich Gehör verschaffte und untereinander ebenso wie mit den jeweils führenden politischen Organen in Auseinandersetzungen verstrickt war.

## Der Kampf um Brot

Führend und massenhaft traten Frauen vor allem in den Brotaufständen in Erscheinung. Versorgungsunruhen, die häufig in der »taxation populaire« gipfelten, d.h. dem Verkauf der Waren zu einem von den Massen selbst festgesetzten, als »gerecht« angesehenen Preis, waren eine traditionelle, in den Jahrhunderten zuvor häufig eingesetzte Protestform der Armen. Entgegen der aufkommenden Doktrin des Wirtschaftsliberalismus, die den Markt dem »freien«, profitträchtigen Spiel der Kräfte überlassen wollte, verteidigten die unteren Volksschichten zäh ein Wirtschaftsverständnis, nach dem die Obrigkeit durch strenge Reglementierungen und Kontrolle des Getreidehandels eine ausreichende Versorgung der Armen zum »gerechten Preis« zu gewährleisten hatte (*moral economy* nach Thompson 1979). Blieben in Notzeiten behördliche Eingriffe aus oder ließen sie keine spürbare Erleichterung erkennen, griffen die Massen gegenüber Bäckern, Aufkäufern, Händlern und Müllern selbst zur direkten Aktion, vielfach unter Billigung der lokalen Verwaltungsträger, was in der Strafverschonung der AkteurInnen seinen Niederschlag fand. Darin nahmen Frauen als diejenigen, deren Arbeit und Erfindungsreichtum in der Beschaffung der Lebensmittel ausschlaggebend für das Überleben der Familie waren (z.B. Scott u.a. 1984), seit jeher eine zentrale Stellung ein. Zudem konnten Frauen Teuerungen kaum durch eine Erweiterung ihrer Verdienstsquellen ausgleichen, da sie erheblich geringere Chancen als Männer auf dem Arbeitsmarkt hatten und, wenn sie Arbeit fanden, niedrig entlohnt wurden (Ferrari u.a. 1985, 261). Minutiös registrierten sie die leisesten Anzeichen für Versorgungskrisen, wie sie sich in ungewöhnlich langen Schlangen vor den Bäckereien oder Preissteigerungen zeigten. Die Schlangen und Märkte waren auch der Ort, wo Neuigkeiten und Gerüchte kursierten und den Anstoß zu kollektiven Aktionen gaben.

Die Forderung nach Brot »sollte sich als das stärkste Band erweisen, das die einzelnen sozialen Gruppen der Sansculotten während der Revolution zusammenhielt« (Rudé 1961, 34). Die von Frauen initiierten Erhebungen markierten zugleich bedeutsame politische Einschnitte. Als Tausende von Pariserinnen aller Schichten am 5. Oktober 1789 nach Versailles zogen, um eine Garantie für die Brotversorgung der Hauptstadt zu verlangen, erreichten sie zusammen mit der Nationalgarde, die nach einigen Stunden des Zögerns gefolgt war, weitaus mehr als dies. Der König mußte seine bisherige Weigerung aufgeben und die Erklärung der Menschenrechte sowie die August-Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen, die dem Feudalsystem den ersten Schlag versetzten. Am 6. Oktober gab er den Rufen der noch immer in Versailles verharrenden Menge nach und siedelte mit der königlichen Familie und der Nationalversammlung nach Paris über. Dies war mehr als nur ein symbolischer Erfolg, da von nun an die Beratungen der Nationalversammlung der wachsamsten Beobachtung und oftmals intervenierenden Einflußnahme des zu gutem Teil weiblichen Publikums auf den Tribünen ausgesetzt waren (ebd., 88). In der Versorgungsfrage hatten die Frauen im September 1793 mit der Durchsetzung des »Allgemeinen Maximums« Erfolg, das Preisbindungen für alle wichtigen Bedarfsgüter, allerdings auch Höchstgrenzen für Löhne festsetzte. Die Durchführung dieser Bestimmungen stieß jedoch

nicht nur auf erhebliche Widerstände von Seiten der Bauern und Händler und blieb daher lückenhaft. Sie wurden auch bereits ein Jahr später, im Dezember 1794, von der bürgerlich liberalen Thermidor-Regierung aufgehoben, die seit dem Sturz Robespierres am 24. Juli 1794 die Macht übernommen hatte. Die nun einsetzende sprunghafte Teuerung trieb viele in Elend und Verzweiflung, ließ die Zahl der Erkrankungen, der Hungertoten und Selbstmorde in die Höhe schnellen. Noch einmal ergriffen Frauen die Initiative. In den Aufständen im April und Mai 1795 zogen sie mit der Losung »Brot und die Verfassung von 1793« vor den Konvent. Doch waren die Kräfte schon zu geschwächt, fehlte der Volksbewegung die organisatorische Stärke, die sie noch 1793 besessen hatte, und die Belagerung wurde niedergeschlagen. Mit dem Scheitern der Volksbewegung im Prairial-Aufstand 1795 verschwanden auch die Frauen für Jahrzehnte aus der politischen Auseinandersetzung — nicht ohne den Druck massiver, speziell gegen Frauen gerichteter Maßnahmen der Regierung. Das Verbot für Frauen, sich auf der Straße zu versammeln und an politischen Zusammenkünften teilzunehmen, sowie die Verfolgung zahlreicher Aktivistinnen waren Schluß- und Höhepunkt in der Zurückdrängung der Frauen aus dem Politischen, die bereits im Herbst 1793 eingesetzt hatte.

Ferrari u.a. haben betont, daß erst die massive Repression der Frauen und ihrer spezifischen ökonomischen Belange »der Anerkennung der politökonomischen Normen der bürgerlichen Gesellschaft und der gleichzeitigen Privatisierung und Entpolitisierung der Handlungsnormen der Frauen zum Durchbruch« verholfen habe (281). Mit der Durchsetzung der bürgerlichen wirtschaftspolitischen Leitlinien sei die Sicherung der Reproduktionsbedingungen nicht mehr als Frage gesellschaftlicher Regelung verhandelt, sondern »öffentlich zur weiblichen Privatsphäre erklärt« worden (ebd.). Der Widerspruch zwischen einer weitgehend weiblich besetzten »Reproduktionssphäre« und einer marktbestimmten Ökonomie, die dem menschlichen Leben und seiner Erhaltung gegenüber gleichgültig ist, bestehe aber nach wie vor. Insofern erkennen die Autorinnen die Politik der Frauen »sowohl als ein historisches Widerstandspotential gegenüber dem Alleinanspruch der Bourgeoisie während der Französischen Revolution, als auch als Ausdruck einer feministischen Gesellschaftsutopie, die heute in ihrem realutopischen Gehalt von Bedeutung ist.« (282)

Spätestens seit Tschernobyl ist die gesellschaftspolitische Brisanz und Aktualität von »Versorgungsfragen« wieder ins Bewußtsein gerückt, diesmal in neuer Form als Kampf gegen die Verseuchung der Lebensmittel. Die staatliche Verwaltung der Katastrophe, die sich durch Verschwiegenheit, Desinformation und Beschwichtigung auszeichnete, erschütterte das Vertrauen in staatliche und politische Autoritäten. Wieder waren es vor allem Frauen, die, vor die Unmöglichkeit gestellt, weiter für die Gesundheit ihrer Familien Sorge zu tragen, für eine gesellschaftliche Umorientierung in Richtung »Leben« demonstrierten und schlagartig die Notwendigkeit eigenen Eingreifens erkannten: »Ich bin zu lange eine leise Mutter gewesen!« (Mähren 1986, 29) — in den Worten Irmtraud Morgners: »Wenn die Frauen sich länger mit privater Verantwortung bescheiden und öffentliche an Spezialisten delegieren, handeln sie unverantwortlich.« (1983, 378) Damit stellte sich zugleich die Frage nach dem Verhältnis von Frauen und Staat,

nach Wegen und Verhinderungen politischer Machtentfaltung von Frauen mit erneuter Dringlichkeit (vgl. z.B. Scheich 1986, Stopczyk 1986). Läßt sich auch für diese Frage ein »realutopischer Gehalt« aus der Frauenpolitik der Französischen Revolution gewinnen?

## Bürgerinnen

Eine Beobachtung von Dominique Godineau, die die führende Stellung der Frauen in den Massenbewegungen relativiert, stimmt zunächst skeptisch. Godineau fragt nach einer geschlechtsspezifischen Aufgabenverteilung innerhalb der Erhebungen und macht folgendes, häufig wiederkehrendes Aktionsmuster aus, das den ZeitgenossInnen als charakteristisch für die Volksbewegung galt: »Die Frauen erheben sich, die Männer folgen ihnen (mit ihren Waffen!), die Frauen unterstützen fortan die Männer — auf ihre Weise. Die den jeweiligen Geschlechtern eigenen Aktivitäten sind durch eine Art Pendelbewegung zu beschreiben, innerhalb derer die Frauen sich am Ende selbst 'auslöschen' (aber nicht verschwinden), aber wo die Wechselbeziehung zwischen den Geschlechtern grundlegend ist.« (1988, 151) Die Bewegungen der Geschlechter zeigen sich gegenläufig zueinander. Die Frauen, die anfangs im Vordergrund stehen und das Geschehen vorantreiben, »verlieren sich« im Laufe der Erhebung »im Schatten der männlichen Aktivitäten« (150). So erscheint das Eingreifen der Frauen nur kurzfristig an Krisenpunkten bestimmend, danach geht die Initiative auf die Männer über. Godineau zeigt, daß Führung in den Bewegungen keine feste Größe ist, sondern selbst in Bewegung. Die öffentliche Artikulation der Frauen bürgt nicht für ihre dauerhafte Präsenz im Politischen.

Andererseits überschritten Frauen gerade in den Massenerhebungen das traditionelle Protestrepertoire der Brotrevolten und erprobten neue politische Handlungsmöglichkeiten (Applewhite u.a. 1980). Exemplarisch zeigt dies der Bericht der 42jährigen »faiseuse de ménage« Madelaine Glain vor der Untersuchungskommission des Châtelet, die die Vorgänge um den »Zug der Frauen nach Versailles« aufklären sollte (ebd., 15f.). Sie erklärte, daß sie wie viele anfangs von der Menge gezwungen worden sei, sich dem Zug anzuschließen. Dann aber in Versailles angekommen — es war bereits später Nachmittag —, habe sie sich zusammen mit den anderen Frauen Einlaß in die Nationalversammlung verschafft und dort ihre Forderung vorgebracht. Später sei sie mit zwei weiteren Frauen und Maillard, einem »Eroberer der Bastille«, den die Frauen an die Spitze ihres Marsches gesetzt hatten, nach Paris zurückgekehrt, um im Rathaus und anschließend im Distrikt l'Oratoire Bericht zu erstatten (Bericht in: Applewhite u.a. 1979, 47f.). Die unfreiwillige Demonstrationsteilnehmerin Madelaine Glain übernahm damit völlig neue politische Funktionen. Als Sprecherin vor den Repräsentanten des Volkes und als Delegationsmitglied bewegte sie sich gleich anderen Frauen, die an diesem Tag in der Nationalversammlung mitdiskutierten und das einzige Mal während der Revolutionszeit auch über ein Gesetz (bzgl. des Getreidehandels) mit abstimmten, in einem neuen politischen Rahmen.

In der Sicherung der Versorgung beanspruchten Frauen zunehmend die revolutionären Einrichtungen zur Durchsetzung ihrer Interessen und erweiterten die

eher defensive Aktionsform direkter Revolte, die auf die Wiederherstellung einer gestörten Ordnung zielte, um eigenständige Initiativen (Petersen 1988). Sie drangen jetzt verstärkt auf eine langfristige politische Lösung der wirtschaftlichen Probleme und hatten dabei um so mehr Spielraum und Erfolg, je stärker die sansculottische Volksbewegung das Geschehen in den Pariser Sektionen und der Kommune bestimmte. Die nun durchweg — von Männern — gewählten und aus der Nachbarschaft bekannten Beamten der eigenen Sektion und die seit Juli 1792 allabendlich stattfindenden Sektionsversammlungen bildeten die erste Anlaufstelle für Beschwerden, Anzeigen und Anträge. Obwohl die zahlreich anwesenden Frauen in den Versammlungen kein Stimmrecht besaßen, wußten sie sich hier wie auf der nächst höheren Ebene, den ebenfalls täglichen Sitzungen des Generalrates der Pariser Kommune, einzumischen: durch Indienstnahme der — bekannten — Abgeordneten, mittels Zurufen von den Tribünen oder durch Petitionen, deren Abfassung bereits erheblich mehr Aufwand, Absprache und nicht zuletzt Schriftkundigkeit erforderte. Schließlich konnten die Pariser Frauen über die Legislative bzw. den Konvent auch Druck auf die landesweite Gesetzgebung ausüben. Das koordinierte und weiträumige Vorgehen der Frauen vor und während der Ladenstürme im Februar 1793 zeigt deutlich, wie sehr ihr Aktionsradius bereits gewachsen war, und wie sie institutionelle Initiativen mit direkten Aktionen der Selbsthilfe verbanden, um die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu zwingen. Zwischen dem 21. und 24. Februar 1793 waren wiederholt Delegationen von Frauen beim Generalrat der Pariser Kommune und dem Konvent vorstellig geworden, um Preisfestsetzungen für die notwendigen Gebrauchsgüter, besonders für Seife, und durchgreifende Maßnahmen gegen Wucherer und Hamsterer zu fordern. Obwohl die Gremien die Bedeutung des Problems anerkennen mußten, versuchten sie, seine Erörterung zu verzögern. Sehr deutlich fiel in dieser Hinsicht die Antwort des Jakobinerclubs aus, als Bürgerinnen der Sektion des Quatre-Nations die Benutzung seines Versammlungsraumes beantragten, um Maßnahmen gegen den Wucher zu diskutieren. Mit der Begründung, daß die Diskussion solcher Fragen Unruhe säe, und daß sich die Sache von allein erledige, wenn erst die Freiheit erobert sei, lehnte der Club das Gesuch ab und löste damit einen Tumult auf den Zuschauerrängen aus (Protokoll d. Sitzung v. 22.2.1793 in Applewhite u.a. 1979, 126f.). Als der Konvent schließlich die Bearbeitung des Versorgungsproblems vertagte, gingen die Frauen zu »taxations populaires« über: »Man vertagt uns auf Dienstag [den 26. Februar]. Wir aber, wir vertagen uns auf Montag. Wenn unsere Kinder von uns Milch verlangen, können wir sie auch nicht auf Übermorgen vertrösten.« (Zit. n. Petersen 1987, 154) Die folgenden Ladenstürme erfaßten fast ganz Paris.

Weniger auffällig, aber nicht minder engagiert beteiligten Frauen sich an Bewegungen, in denen Versorgungsfragen gar keine oder nur eine geringe Rolle spielten. Als im Juli 1791 nach der gescheiterten Flucht des Königs die Zukunft der Monarchie in Frage stand, unterzeichneten auf dem Marsfeld auch viele Frauen die Petition, die eine Volksabstimmung in dieser Sache erzwingen wollte. Sofern sie nicht schreiben konnten, was für die große Mehrzahl und für mehr Frauen als Männer galt, setzten sie ein Kreuz oder ließen andere, etwa ihre Kinder, für sich signieren (Applewhite u.a. 1980, 16f.). Im Sommer 1793, als die

neue Verfassung zur Abstimmung vorlag, teilten viele Frauen auch ohne Stimmrecht dem Konvent ihre Stellungnahme mit (Godineau 1988, 151).

Ob von den Tribünen aus, in den Clubs oder in schriftlichen Eingaben, im politischen Alltag übten Frauen die ihnen offiziell verweigerten aktiven Bürgerrechte patriotischer Wachsamkeit und Intervention dennoch aus. Zu diesen zählte auch das Recht auf Bewaffnung, »eines der wesentlichen und dauerhaftesten Anliegen der weiblichen Sansculotterie« (ebd.). Die nachdrücklich erhobenen Forderungen nach einer militärischen Ausbildung für Frauen mögen quer zu heutigen feministischen Orientierungen liegen, die eher im Militarismus selbst sexistische Züge erkennen und sich von weiblicher Machtentfaltung friedensstiftende Impulse erhoffen — ein Gedanke, der z.B. häufig in der Quotierungsdebatte geäußert wird. Erinnern wir uns aber an die von Godineau aufgezeigte »Pendelbewegung« zwischen Frauen und Männern in den Erhebungen, läßt sich die Forderung nach Bewaffnung auch als Durchbrechung dieses Aktionsmusters lesen: Sobald die Frauen selbst Waffen tragen, um ihren Ansprüchen die nötige Durchschlagskraft zu verschaffen, setzt die »Pendelbewegung« aus.

### Frauenclubs

Wichtigste Maßnahme, um der politischen Einmischung von Frauen Kontinuität zu verleihen, war die Gründung eigener Clubs: »In der Überzeugung, daß es keine Freiheit ohne Werte und Normen gibt« (Satzung zit. n. Applewhite u.a. 1979, 161; Übers.d.Verf.), eröffneten die Revolutionären Republikanerinnen 1793 in Paris ihre Gesellschaft, in der sich etwa 200 bis 300 Frauen aus dem sansculottischen Milieu organisierten. In Reaktion darauf, daß viele Gesellschaften Frauen nur auf den Zuschauerrängen Platz nehmen ließen, hatten sie sich vorwiegend in der Provinz bereits seit 1790 in eigenen Zirkeln zusammengeschlossen. In den Anfangsjahren hauptsächlich von Frauen der oberen Schichten getragen und zu großen Teilen mit karitativen Aufgaben beschäftigt, radikalisierten sich die Frauenclubs in den Jahren 1792/93. Erklärtes Ziel der Revolutionären Republikanerinnen, die sich überwiegend zum linken Flügel der Volksbewegung um die *Enragés* rechneten, war es, die revolutionären Errungenschaften gegen die Feinde im Innern zu schützen, »während unsere Brüder die Grenzen verteidigen« (Gründungsaufruf zit. n. Petersen 1987, 180). Zu diesem Zweck forderten sie alle Bürgerinnen über 18 Jahre auf, sich zu bewaffnen und als gegenseitiges Erkennungszeichen die Nationalokarde zu tragen (ebd.). Die Gesellschaft, in deren sorgfältig ausgearbeiteter Satzung u.a. die monatliche Rotation der Ämter festgelegt war, begriffen sie als politischen Ort, der Lernen und Aktion miteinander verbinden sollte. In der Satzung beschrieben sie als ihre Absicht, »sich selbst zu unterweisen, die Verfassung und die Gesetze der Republik zu lernen, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten auseinanderzusetzen, der leidenden Menschheit zu helfen und alle Opfer von Willkür zu verteidigen. Sie wollen jedweden Egoismus, Argwohn, Rivalität und Neid bekämpfen und ihrem Namen Ehre machen.« (Zit. n. Applewhite u.a. 1979, 161; Übers.d.Verf.)

Daß diese Zielsetzung, auch in ihrer potentiell feministischen Sprengkraft, über die eigenen Reihen hinaus verstanden und begrüßt wurde, zeigt eine

Laudatio, die Bürgerinnen der Section des Droits de l'homme anlässlich einer Schenkung für die Revolutionären Republikanerinnen hielten. Darin sagten sie:

»Eure Gesellschaft ist ein Teil der Gesellschaft, und sie ist nicht der unbedeutendste. Freiheit findet hier eine neue Schule; Mütter, Ehefrauen und Kinder kommen hierher, um zu lernen und einander in der Ausübung gesellschaftlicher Tugenden anzuspornen. Ihr habt ein Glied aus der Kette der Vorurteile gebrochen. Für Euch existiert das Vorurteil nicht länger, das Frauen in die eng umgrenzte Sphäre ihres Haushalts verbannt und so aus der Hälfte der Menschen teilnahmslose und vereinzelt Wesen macht.« (zit. nach ebd., 176; Übers.d.Verf.)

Im Vergleich zu diesem revolutionären Auftakt nahm die Rede in ihrem Verlauf allerdings eine unerwartete Wendung. Zwar betonten die Frauen der Section des Droits de l'homme, daß die Erklärung der Menschenrechte für beide Geschlechter gelte, die Arbeitsteilung zwischen ihnen wollten sie jedoch nicht verändert sehen. Während Männer alle wichtigen öffentlichen Ämter wahrnehmen sollten, sei es erste Verpflichtung der Frauen, die Aufgaben im privaten Bereich, »die süßen Pflichten von Ehefrauen und Müttern« (177; Übers.d.Verf.), zu erfüllen. Erst die »Mußestunden«, die den Frauen darüber hinaus noch blieben, sollten sie der öffentlichen Wachsamkeit widmen und sich so als Bürgerinnen doppelt nützlich erweisen. Während diejenigen, die dem Schweigen der Frauen das Wort redeten, bevorzugt mit dem Schreckensbild argumentierten, die Frauen würden Haushalt und Familie vernachlässigen oder gar verlassen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit für die gesellschaftliche Regelung engagierten, tauchte dieser Gedanke auf seiten politisch aktiver Frauen gar nicht auf. Unter den Revolutionären Republikanerinnen riefen einflußreiche Frauen selbst zu der Art weiblichen Patriotismus auf, der in der Erfüllung der häuslichen Arbeiten und der Erziehung guter BürgerInnen liege. Claire Lacombe etwa, eine der dominierenden Frauen im Club, ermahnte in einem Antrag vor der Legislative im Juli 1792 die Mütter:

»Und Euch, Familienmütter, würde ich tadeln, verließet Ihr Eure Kinder, um meinem Beispiel zu folgen. Während ich meine Pflicht im Kampf gegen die Feinde des Vaterlandes erfülle, tut Ihr die Eure, indem Ihr Euren Kindern die Gefühle vermittelt, die alle Franzosen von Geburt an haben sollten — die Liebe zur Freiheit und den Abscheu vor Tyrannen.« (zit. n. Applewhite u.a. 1979, 156; Übers.d.Verf.)

In ihrem Protest gegen die Auflösung der Gesellschaft entgegneten die Revolutionären Republikanerinnen dem Vorwurf, der Club fördere die Vernachlässigung der häuslichen Aufgaben, mit dem Hinweis, er versammle zu großem Teil Familienmütter in seiner Mitte (Konventsitzung v. 5.II.1793 in: ebd., 218). Die Frage, ob Frauen für den häuslichen Bereich Verantwortung zu tragen hätten oder nicht, wurde gar nicht erst gestellt. In ihrer Satzung stellten die Revolutionären Republikanerinnen jedoch eindeutig fest, »daß man gesellschaftliche Pflichten wahrnehmen muß, um seine häuslichen Pflichten angemessen erfüllen zu können« (zit. nach ebd., 161; Übers.d.Verf.). Wie bereits an ihrer »Reproduktionspolitik« ersichtlich, kämpften Frauen somit gegen eine »Privatisierung« ihres Einflusses und wiesen statt dessen darauf hin, daß individuelle und allgemeine Lebensgestaltung nicht unabhängig voneinander gedacht werden können.

## Volkssouveränität

Wo immer Frauen sich in öffentliche Angelegenheiten einmischten, nahmen sie ein Verständnis für sich in Anspruch, nach dem in letzter Instanz das Volk über die Regelung der allgemeinen Belange zu entscheiden und zu wachen hat (Applewhite u.a. 1989). In dem Bewußtsein, daß im Extremfall der Aufstand legitimes Mittel des souveränen Volkes sei (Soboul 1962), traten sie als dessen Teil in den »journées révolutionnaires« in Erscheinung. In Petitionen und Anträgen machten die Frauen die Abgeordneten entschieden darauf aufmerksam, daß ihre Legitimität sich allein aus dem Willen des Volkes herleite und nur so lange währe, wie sie sich als dessen Vertreter erwiesen. So schloß eine Abordnung von Bürgerinnen aller 48 Sektionen am 25. August 1793 ihre Beschwerde vor dem Pariser Generalrat drohend mit den Worten: »Ihr habt unser Vertrauen erhalten, verschenkt es nicht.« (zit. n. Petersen 1987, 203) Wie selbstverständlich schlossen sich die Sprecherinnen mit ein in das souveräne Volk, als hätten sie gar nicht bemerkt, daß sie selbst von der Wahl der Vertreter, die sie für sich in Anspruch nahmen, ausgeschlossen waren. Auf das Recht des Volkes, nicht das der Frauen, berief sich auch Claire Lacombe, als sie Anfang Oktober 1793 vor dem Konvent die Gesellschaft der Revolutionären Republikanerinnen gegen den Vorwurf einer männlichen patriotischen Gesellschaft verteidigte. Diese hatte die Auflösung des Frauenclubs beantragt mit dem Argument, seine Aktivitäten entsprächen den konterrevolutionären Bestrebungen einer Marie-Antoinette oder Charlotte Corday. Darauf erwiderte Claire Lacombe:

»Unser Geschlecht hat nur ein Ungeheuer hervorgebracht [Ch. Corday; Anm.d.Verf.]; seit vier Jahren aber werden wir von zahllosen Ungeheuern des männlichen Geschlechts verraten und zerrissen. Unsere Rechte sind die des Volkes, und wenn wir unterdrückt werden, werden wir Widerstand dagegen zu leisten wissen.« (Zit. n. Lytle 1954, 23; Übers.d.Verf.)

Die Worte Claire Lacombes hatten nur aufschiebende Wirkung: am 30. Oktober 1793 verbot der Konvent, veranlaßt durch weitere Tumulte und Denunziationen gegen die Revolutionären Republikanerinnen, alle Frauenclubs. Zur Begründung legte der Abgeordnete Amar als Sprecher des Sicherheitsausschusses in einer Grundsatzrede dar, daß es natürliche Beschaffenheit und Bestimmung den Frauen nicht erlaubten, politische Verantwortung zu übernehmen. Als der Abgeordnete Charlier einwandte, daß diese Argumentation den Prinzipien des Naturrechts widerspreche, wurde die Diskussion allerdings sofort auf eine pragmatischere Ebene verlagert: »Zumindest während der Revolution« sei ein Verbot der Frauengesellschaften aus Gründen des allgemeinen Wohls und der öffentlichen Ruhe gerechtfertigt: »das festgestellt, möge man mir nicht länger von Prinzipien reden« (zit. n. Petersen 1987, 225). Damit war zugleich ein entscheidender Schritt gegen die autonome Volksbewegung und ihre Prinzipien von Volkssouveränität und direkter Demokratie getan. Die Auflösung der Frauenclubs steht am Beginn der stückweisen Demontage der Einrichtungen sansculottischer Selbstverwaltung, und es mag von taktischem Kalkül der Revolutionsregierung zeugen, an der Stelle des schwächsten Widerstandes anzusetzen (George 1976, 436). Denn keineswegs zeichneten sich die Sansculotten durch einen besonders ausgeprägten Feminismus aus: Auch sie verweigerten ja den Frauen das Wahlrecht,



und viele gute Patrioten sahen die Frauen lieber bei Herd und Kindern als in ihren Versammlungen (Soboul 1962, 148f.). Die Rede von den Rechten des souveränen Volkes schloß ebensowenig wie die Menschenrechtserklärung die Frauen mit ein. Solange die Prinzipien jedoch mit allgemeingültigem Anspruch im Raum standen, kämpften die Frauen um ihren Anteil daran, und indem sie, gestützt auf ihre Schlüsselstellung innerhalb der Familienökonomie, sich selbst als souveränes Volk artikulierten, stellten sie der männlichen Verengung des Begriffs ihren eigenen Anspruch entgegen. Den experimentellen Charakter revolutionärer Politik, »jene Punkte, von denen aus Macht ausgeübt werden konnte, und auch die Strategien und Taktiken solcher Machtausübung (vervielfachte)« (Hunt 1989, 76), konnten die Frauen nicht nur zu ihrer ökonomischen Interessenvertretung nutzen. Darüber hinaus entwickelten sie Ansätze einer eigenen kollektiven politischen Tradition. Nicht zufällig appellierte der Gründungsaufbruch des Clubs der Revolutionären Republikanerinnen an die »Heldinnen« vom Marsch nach Versailles: »Frauen des 6. Oktober, kommt wieder heraus!« (zit. n. Petersen 1987, 179). Indem die Frauen politisches Handeln mit politischem Lernen verknüpften, um als souveränes Volk agieren zu können, erinnert ihre Einmischung an eine Bewegung, wie sie Rosa Luxemburg für die Arbeiterklasse entwarf:

»Jeder Schritt vorwärts im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse muß zugleich eine wachsende geistige Verselbständigung ihrer Masse, ihre wachsende Selbstbetätigung, Selbstbestimmung und Initiative bedeuten.« (GW 3, 38)

Neben der Berufung auf die »weibliche Natur« diente im Oktober 1793 ironischerweise gerade die mangelnde politische Erziehung der Frauen als Argument, um ihren Ambitionen die Spitze zu nehmen (Rede Amars in: Petersen 1987, 223f.). In etwas abgewandelter Form gehört der Hinweis auf fehlende Voraussetzungen und Qualifikationen auch heute noch zum Standardrepertoire, um Frauen aus Entscheidungspositionen herauszuhalten. Andererseits ist die Frage, wie Frauen, konfrontiert mit politischen Regelungsformen, die dafür keine Räume vorsehen, eine eigensinnige Vermittlung und Aneignung politischer Kompetenzen leisten können, höchst aktuell. Die Frauenpolitik in der Französischen Revolution, wenn auch nur kurzzeitig und in organisierter Form von einer Minderheit getragen, weist auch in dieser Hinsicht ein utopisches Element auf.

## Ende der Bewegung

Selbst wenn wir in Rechnung stellen, daß die politische Bewegung der Frauen unter den gegebenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen kaum Chancen der Durchsetzung hatte, erstaunt doch die Leichtigkeit, mit der ihrer Entwicklung der Boden entzogen werden konnte. Ende Oktober 1793 unternahmen, soweit bekannt, allein die Revolutionären Republikanerinnen einen Versuch, gegen die Auflösung ihrer Gesellschaft zu protestieren (George 1975, 436). Als am 5. November eine Delegation vor dem Konvent erschien, konnte sie sich jedoch noch nicht einmal Gehör verschaffen (Konventsitzung in: Applewhite u.a. 1979, 218). In der Folgezeit startete »eine wahre publizistische

Hetzkampagne, die gegen politisch aktive Frauen schlechthin gerichtet war« (Petersen 1987, 212), wobei die Hinrichtungen von Olympe de Gouges, Manon Roland, einer der zentralen Figuren unter den GirondistInnen, und Marie-Antoinette der Propaganda zusätzlichen Zündstoff lieferten. Obwohl ganz unterschiedlichen politischen Strömungen zugehörig, konnten sie doch alle als abschreckendes Beispiel politischer »Hybris« von Frauen präsentiert werden. Ein Jahr später, als Frauen zuerst das Rederecht und dann selbst die Anwesenheit in gemischtgeschlechtlichen Clubs verboten wurde, wird ebenfalls nicht von nennenswertem Widerstand berichtet (George 1975, 436f.). Ohne neue Räume hinzugewonnen zu haben, verloren die Frauen mit der Systematisierung des Wahlsystems selbst diejenigen Nischen politischer Einflußnahme, die ihnen noch das Ancien Régime gewährt hatte (vgl. z.B. Abray 1975, 54; Opitz 1985, 298). Darüber hinaus waren auch die leichten rechtlichen Verbesserungen, die Frauen für sich durchgesetzt hatten, nicht von langer Dauer. Der besonders durch Einführung des Scheidungs- und Neuregelung des Erbschaftsrechts erweiterte Bewegungsraum der Frauen wurde unter dem Code civil vollständig wieder eingeschränkt (Pope 1980, 220ff.; Abray 1975, 58f.). Die Einführung einer Grundschulzeit auch für Mädchen war über den Entwurf 1795 ohnehin kaum hinausgekommen (Grubitzsch 1983, 182f.).

Ein wichtiger Faktor, der einem massiveren Auftreten der Frauen des »menu peuple« enge Schranken setzte, waren sicher die ungeheuren ökonomischen Belastungen, die ihre Kräfte beanspruchten und zunehmend erschöpften (Hufton 1984). Infolge der Exilbewegung des Adels waren sie als Bediente und Beschäftigte in den Luxusindustrien bereits zu Anfang der Revolution stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Zugleich schlug die geplante Neuerrichtung eines staatlichen Unterstützungswesens vollständig fehl, während das traditionelle Netz der Armenfürsorge bereits zerstört war. Seit Kriegsbeginn 1792 verschärfte sich die Lage weiter, und als in den Jahren 1795/96 die Not ihren Höhepunkt erreichte, hatte der zermürende Kampf gegen die Verelendung ihrer Familien bereits die Hoffnungen zerrieben, die viele Frauen in die Revolution gesetzt hatten.

Aber auch unter den Protagonistinnen feministischer Politik, häufig finanziell abgesicherte Frauen und, z.B. als Schauspielerin oder Schriftstellerin, Angehörige sozialer »Randgruppen«, vermochten feministische Politikentwürfe über ihre sozialen und politischen Gegensätze hinweg keinen solidarischen Bezugspunkt zu stiften. Besonders drastisch illustriert das eine Attacke gegen Théroigne de Mericourt, die sich durch ihr Engagement in den »journées révolutionnaires« und durch Aufrufe zu Frauenvereinigungen hervorgetan hatte (Grubitzsch 1986). Im Mai 1793 wurde sie wegen ihrer girondistischen Gesinnung von den Revolutionären Republikanerinnen verprügelt. Auch Olympe de Gouges, durch monarchistische Äußerungen mißliebig geworden, wurde als Konterrevolutionärin von den Revolutionären Republikanerinnen angezeigt, die ihre eigene Auflösung wiederum vor allem den hartnäckigen Interventionen der Pariser Marktfrauen verdankten, zum Teil aber auch untereinander politische Differenzen über Denunziationen ausgetragen hatten (Denunziationen gegen Lacombe in: Applewhite 1979, 178ff.). Trugen die Gegensätze unter den Aktivistinnen auf diesen Wegen zu ihrer gegenseitigen Schwächung bei, sind sie andererseits einmal mehr

ein Beispiel dafür, daß »die Frauenbewegung oft nicht kongruent zur revolutionären Bewegung verlief und ihre unterschiedlichen Facetten mit den traditionellen politischen Kategorisierungen nicht immer problemlos zu erfassen sind« (Steinbrücke 1989, 82).

### Freiheit und Gerechtigkeit

Vor diesem Hintergrund blieb, ganz im Gegensatz zu ihrer historischen Ausstrahlungskraft, Olympe de Gouges' »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« ihren ZeitgenossInnen nahezu unbekannt. Unabhängig davon, wie ihre Rolle während der Revolution beurteilt werden mag, ob eher kritisch als isolierte Theoretikerin (z.B. Godineau, Abray) oder beifällig als mutige Pionierin, die quer zu allen politischen Opportunitäten ihre Sache vertrat (z.B. Hassauer 1987), ist ihre Relevanz für die Geschichte der Frauenbewegung unumstritten. Tatsächlich liest sich ihr »feministisches Manifest« nicht nur als kühner Entwurf ihrer Zeit, der klar beim Namen nennt, was viele aktive Frauen vielleicht nur als undeutliche Ahnung bewegte, sondern passagenweise wirkt der Text wie ein Eingriff in aktuelle Debatten (vgl. Gerhard 1987). Ausgehend von der Bestimmung, daß die Nation »nichts anderes darstellt als eine Vereinigung von Frauen und Männern« (Art.3, zit. n. Schröder 1979), entwirft Olympe de Gouges konsequent eine Gesellschaft, die tatsächlich in allen ihren Bereichen als ein Projekt von Männern und Frauen erkennbar ist. Indem sie die volle Teilhabe der Frauen an der Regelung der Gesellschaft (Präambel, Art.6, 10, 13, 14) und in allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit (Postambel in: ebd., 45) beansprucht, plädiert sie implizit für eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Erst durch die Quotierung sind manche ihrer Forderungen in die Reichweite gesetzgeberischer Maßnahmen gerückt, z.B., wenn sie in Artikel 13 feststellt: »Hat die Frau teil an allen Pflichten und Lasten, dann muß sie ebenso teilhaben an der Verteilung der Posten und Arbeiten, in niederen und hohen Ämtern und im Gewerbe.« Ähnlich wie in Art.14 und anders als etwa in Art.6 und 10 wird hier nicht nur das grundsätzliche Recht auf Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Positionen eingeklagt, sondern die adäquate, »gerechte« Verteilung der Positionen selbst. Solche Bestimmungen, die weniger an dem Grundsatz rechtlicher Gleichheit anknüpfen als an dem der Gerechtigkeit, verweisen auf de Gouges« eigenwillige und untraditionelle Verknüpfung von Freiheit und Gerechtigkeit:

»Freiheit und Gerechtigkeit bestehen darin, den anderen zurückzugeben, was ihnen gehört. So wird die Frau an der Ausübung ihrer natürlichen Rechte nur durch die fortdauernde Tyrannei, die der Mann ihr entgegengesetzt, gehindert. Diese Schranken müssen durch Gesetze der Natur und Vernunft revidiert werden.« (Art.4; dazu Gerhard 1987, 135ff.)

Die mögliche Sprengkraft eines solchen Freiheitsverständnisses deutet sich heute in den von konservativer Seite geführten Attacken gegen die Quotierung an (vgl. Haug 1988).

Entdecken wir derart in Olympe de Gouges' Erklärung bis heute gesellschaftspolitische Brisanz, gibt uns eine Bankanzeige jüngsten Datums erneut zu denken. Wenn Ute Gerhards Vermutung richtig ist, daß die einzig weithin bekannte Sentenz daraus: »Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, also muß sie

auch das Recht haben, die Tribüne zu besteigen« deswegen überliefert ist, weil dieser Anspruch auf politische Teilhabe so »beunruhigend und ungeheuerlich provozierend« gewirkt haben muß (1987, 139), so gibt uns der Wortlaut der Anzeige einen Einblick in das, was gegenwärtig als anstößig empfunden wird.

Unter der Überschrift »Olympia de Gouges« heißt es belehrend in dem zweispaltigen Informationstext:

»Erstmals mit der französischen Revolution zum Ende des 18. Jahrhunderts entstand die organisierte Frauenbewegung als Bestrebung zur Beseitigung dieses Widerspruchs [zwischen der Bedeutung der Frau für die Gemeinschaft und ihrer rechtlichen Stellung; Anm.d.Verf.] und zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen, beruflichen und privaten Leben. Der 'Erklärung der Menschenrechte', der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit folgte die von Olympia de Gouges formulierte 'Erklärung der Frauenrechte'. Als die Anführerinnen der Frauenbewegung von ihren Geschlechtsgenossinnen jedoch das Anliegen männlicher Kleidung verlangten, um auch die äußere Unterscheidung der Geschlechter zu beseitigen, verlor die Revolutionsregierung in Paris die Geduld: sie entzog den Frauen das Versammlungsrecht und schloß ihre Debattierclubs.

Damit erlitt die Frauenbewegung zwar einen Rückschlag, doch waren die von Olympia de Gouges erhobenen Ansprüche nicht mehr zurückzudämmen. In den wirtschaftlich und wissenschaftlich entwickelten Ländern christlicher Prägung setzten die Frauen ihre Gleichberechtigung durch. (...)

Heute liegt ein erheblicher Anteil des privaten Vermögens in den Händen von Frauen ... Als Bankkunden sind Frauen daher hoch geschätzt, außerdem sind sie als Mitarbeiter der Banken unersetzbar. Ohne Frauen wären moderne Banken nicht mehr denkbar. Ihnen zu danken als Mitarbeiter und als Kunden ist daher für uns Banken keine Phrase, sondern ein aufrichtiges Anliegen.

Nicht zu verwechseln ist jedoch die Gleichberechtigung der Frau mit dem ideologischen Versuch, die typischen Unterschiede äußerlich zu verwischen und einzuebnen, denn nur aus dem Spannungsverhältnis zwischen Mann und Frau, nur aus ihrer natürlichen Verschiedenheit, kann sich eine erfüllte Lebensgemeinschaft entwickeln, können Leistungsanreize erwachsen, auf denen seit Jahrhunderten die christlich-abendländische Kultur ruht. Aus dieser Spannung entstehen Zuneigung, Mäßigung und Ausgleich, die wirksamsten Mittel gegen die Neurose der Industrielwelt und der modernen Massenverführung.« (Anzeige der Weberbank im *Tagesspiegel*, zit. n. Steinbrügge 1989, 83)

Von unerwarteter Seite wird hier die Revolution der Frauen publik gemacht und zugleich, mit den Worten Furets, für beendet erklärt. Die Anzeige läßt sich un schwer als Versuch entziffern, Geschichte zurechtzustutzen auf das verträgliche Maß. Allein die Erwähnung der Hinrichtung von Olympe de Gouges — im Text vornehm Olympia genannt — hätte die aufgezeigte Kontinuität von der »Erklärung der Frauenrechte« bis zur Weberbank empfindlich gestört. Statt ihres Rechtskataloges wird erstaunlicherweise »das Anliegen männlicher Kleidung« als revolutionäre Tat vorgeführt. Auf welche historischen Vorgänge wird damit ange spielt?

### Kampf um Symbole

Am 21. September 1793 erließ der Konvent ein Gesetz, das alle Frauen, die ohne die Nationalkokarde angetroffen wurden, mit hohen Strafen belegte (Erlaß in: Applewhite u.a. 1979, 197f.; zum Kokardenstreit Petersen 1987, 196ff.). Diese verbindliche Bestimmung, der im Juni bereits eine Empfehlung der Pariser

Kommune vorausgegangen war, reagierte auf öffentliche Unruhen, die sich seit dem Sommer 1793 an der Kokarde entzündet hatten. Männer waren Anfang April des Jahres gesetzlich dazu verpflichtet worden, sie als Zeichen ihrer patriotischen Gesinnung gut sichtbar an der Kleidung zu tragen. Um Frauen, die gleiches taten, entbrannten in den Straßen dagegen heftige Auseinandersetzungen. Besorgt um die öffentliche Ordnung und allgemeine Stimmung, die wegen Versorgungsschwierigkeiten und der prekären politischen und militärischen Lage ohnehin schon aufgeheizt war, berichteten die polizeilichen Beobachter über heftige Dispute, Beschimpfungen und Menschaufläufe bis hin zu handfesten Schlägereien. In dem »Kokardenkrieg« mischten sich politische und ökonomische Rivalitäten mit dem Kampf um die gesellschaftliche Stellung der Frauen. Zu den nachdrücklichsten Verfechterinnen der Kokarde zählte der Club der Revolutionären Republikanerinnen, der sich in dieser Sache die Unterstützung weiterer Gesellschaften und Sektionsversammlungen gesichert hatte. Massive Gegnerschaft kam aus dem Lager der Pariser Marktfrauen, die nicht nur in politischer Hinsicht mit den radikalen Republikanerinnen differierten, sondern auch gegen deren ökonomische Forderungen nach Preisfestsetzungen als geschäftsschädigend opponierten. Sie wehrten sich gegen die Verordnung von oben, indem sie vorübergehenden Frauen die Kokarde abschnitten. Und schließlich provozierte die Kokarde Männer und Frauen verschiedenster politischer Strömungen, indem sie auf der symbolischen Ebene Frauen gleich Männern als politische Subjekte kenntlich machte. Nach Susanne Petersen lassen die erhaltenen Äußerungen darauf schließen, »daß zumindest viele Männer in den kokardetragenden Frauen echte Konkurrentinnen sahen, die bald schon Anspruch auf politische Gleichberechtigung stellen würden. So wie in diesen Septembertagen sorgte die Gleichberechtigung von Frauen in keiner anderen Revolutionsphase für Wirbel in der Öffentlichkeit.« (1987, 199)

Das Gesetz vom September verschärfte die Auseinandersetzungen eher als daß es sie schlichtete. War seine Durchsetzung einerseits ein Erfolg für die Revolutionären Republikanerinnen, der einen Höhepunkt in der Zuspitzung der Gegensätze markierte, so scheint es andererseits zugleich der Anfang vom Ende politischer Einflußnahme von Frauen zu sein. Gut einen Monat später verbot der Konvent alle Frauenclubs. In manchen historischen Arbeiten wird daher der Kampf um die Kokarde als ein etwas skurriles Szenario dargestellt, das den Streit für die politischen Rechte auf einen Nebenschauplatz verlagerte und letztlich nur die Spaltung unter den Frauen vorantrieb; ein Pyrrhussieg also für die Revolutionären Republikanerinnen, der ihren eigenen Untergang beschleunigte (George 1975; Johnson 1980; Racz 1951/52; Abray 1975). In zeitgenössischen Berichten wird dagegen ein enger Zusammenhang zwischen der symbolischen und rechtlichen Ebene hergestellt:

»Es ist ein neuer Zankapfel, den Übelgesonnene unter uns geworfen haben. Sie erregen in den Frauen den Wunsch, die politischen Rechte der Männer zu teilen. Wenn sie die Kokarde tragen, so sagen sie, werden sie auch Bürgerrechte fordern, werden sie in unseren Versammlungen abstimmen, mit uns die Verwaltungsposten teilen wollen, und aus diesem Interessen- und Meinungsstreit wird eine unseren Absichten günstige Unordnung entstehen.« (Polizeibericht v. 21.9.93 in: Petersen 1987, 205)

Zu beachten ist hier die Formulierung, daß nicht die Forderung nach der Kokarde, sondern das Tragen der Kokarde über sich selbst hinausweise und die Frauen zu weiteren Forderungen bewegen werde. Das Symbol scheint so eng und allgegenwärtig mit politischer Partizipation verknüpft gewesen zu sein, daß ein Tragen dieses Emblems unter Absehen von seinem gesellschaftlichen Bedeutungsgehalt nicht vorstellbar war. Noch im März 1800 war dieser symbolische Anspruch so präsent, daß das napoleonische Konsulat Frauen das Tragen der Kokarde verbot:

»Wenn wir aus dem Tragen der Kokarde eine respektable Institution machen wollen, dürfen wir nicht länger die Bestimmung der Geschlechter verwechseln.« (Zit. n. Hassauer 1988, 279)

Doch auch ZeitgenossInnen sahen in der Kokarde nur den ersten Schritt, der weitere Schritte nach rechtlicher Gleichstellung provozieren könnte. Bemerkenswert ist es daher, wie sich im Anzeigentext dieses Dominanzverhältnis umkehrt: Noch nach 200 Jahren wird der Kampf um die Symbole als bedrohlich empfunden, während die rechtliche Gleichstellung wie selbstverständlich bejaht wird. Zugleich wird das, was als politischer Kampf gefochten wurde, verschoben und als kulturelle Frage neu formuliert: Aus dem Tragen der Kokarde wird schlicht das Anlegen männlicher Kleidung. So scheint die symbolische Ebene nicht nur auf einen Mangel an Rechten zu deuten (z.B. Steinbrügge 1989, 80f.), sondern zugleich ein Mehr zu beinhalten, das in rechtlichen Bestimmungen nicht aufgehoben ist und in die Alltagskultur von Männern und Frauen hineinreicht.

## Literaturverzeichnis

- Aby, Jane, 1975: *Feminism in the French Revolution*. In: *The American Historical Review* 80, 43-63
- Applewhite, Harriet B., Mary Durham Johnson und Darline Gay Levy (Hrsg.), 1979: *Women in Revolutionary Paris 1789-1795*. Urbana
- Applewhite, Harriet B., und Darline Gay Levy, 1980: *Women of the Popular Classes in Revolutionary Paris*. In: C. R. Berkin, C. M. Lovett (Hrsg.): *Women, War & Revolution*. New York, 9-35
- dies., 1989: Reaktionen auf den politischen Aktivismus der Frauen des Volkes im revolutionären Paris von 1789 bis 1793. In: J. Held (Hrsg.): *Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts*. West-Berlin
- Ferrari, Ruth, Annette Kuhn und Wilma Wirtz-Weinrich, 1985: *Frauen fordern ihre Rechte (1789-1795)*. In: H. Grubitzsch u.a. (Hrsg.): *Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert*. Düsseldorf, 257-285
- George, Margaret, 1976: *The World Historical Defeat of the Républicaines Révolutionnaires*. In: *Science and Society* 40, 410-437
- Gerhard, Ute, 1987: *Menschenrechte auch für Frauen. Der Entwurf der Olympe de Gouges*. In: *Kritische Justiz* 2, 127-149
- Godineau, Dominique, 1988: *Freiheit, Gleichheit und die Frauen*. In: IMSF (Hrsg.): *Die Französische Revolution 1789-1989 — Revolutionstheorie heute*. Frankfurt/M., 147-158
- Grubitzsch, Helga, 1983: »Wissen heißt leben ...« *Der Kampf der Frauen um die Bildung zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Frankreich)*. In: I. Brehmer u.a. (Hrsg.): *Frauen in der Geschichte*. Bd. 4. Düsseldorf
- dies., 1986: *Théroigne de Méricourt — Revolutionärin, Minerva oder Hure der Nation? Lebenswirklichkeit und biographische Legenden einer revolutionären Frau*. In: J. Dalhoff u.a. (Hrsg.): *Frauenmacht in der Geschichte*. Düsseldorf, 206-217
- Haug, Frigga, 1988: *Gleichstellungskämpfe in der BRD*. unveröff. Msk.
- Hassauer, Friederike, 1988: *Gleichberechtigung und Guillotine: Olympe de Gouges und die feministische Menschenrechtsklärung der Französischen Revolution*. In: U. Becher, J. Rösen (Hrsg.): *Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive*. Frankfurt/M., 259-291

- Hufton, Olwen, 1984: Weiblicher Alltag. Die Schattenseiten der Französischen Revolution. In: C. Honegger, B. Heintz (Hrsg.): *Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen*. Frankfurt/M., 138-159
- Hunt, Lynn, 1989: *Symbole der Macht. Macht der Symbole*. Frankfurt/M.
- Johnson, Mary Durham, 1980: *Old Wine in New Bottles. The Institutional Changes for Women of the People During the French Revolution*. In: C. R. Berkin, C. M. Lovett (Hrsg.): *Women, War & Revolution*. New York, 107-143
- Luxemburg, Rosa, 1984: *Gesammelte Werke*. Bd.3. Berlin/DDR
- Lytle, Scott H., 1954: *The Second Sex (September, 1793)*. In: *The Journal of Modern History*. Vol.26, 14-26
- Mähren, Elke, 1986: *Ich bin zu lange eine leise Mutter gewesen. In: Tschernobyl hat unser Leben verändert*. Reinbek, 29-34
- Morgner, Irmtraud, 1983: *Amanda. Ein Hexenroman*. Darmstadt, Neuwied
- Opitz, Claudia, 1985: »Die vergessenen Töchter der Revolution« — Frauen und Frauenrechte im revolutionären Frankreich von 1789-1795. In: H. Grubitzsch u.a. (Hrsg.): *Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert*. Düsseldorf, 287-312
- Petersen, Susanne, 1987: *Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution*. Köln
- dies., 1988: *Die Versorgungsfrage und die Französische Revolution*. In: IMSF (Hrsg.): *Die Französische Revolution 1789-1989 — Revolutionstheorie heute*. Frankfurt/M., 133-146
- Pope, Barbara Corrado, 1980: *Upper-Class French Women After 1789*. In: C.R. Berkin, C.M. Lovett (Hrsg.): *Women, War & Revolution*. New York, 215-236
- Racz, Elizabeth, 1951/52: *The Women's Rights Movement in the French Revolution*. In: *Science and Society*, Vol. 19, 151-174
- Rudé, George, 1961: *Die Massen in der Französischen Revolution*. München
- Thompson, Edward P., 1979: *Die »sittliche Ökonomie« der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert*. In: D. Puls (Hrsg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert*. Frankfurt/M., 13-80
- Scheich, Elvira, 1986: *Frauenpolitik nach Tschernobyl*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, H. 18, 21-30
- Schröder, Hannelore (Hrsg.), 1979: *»Die Frau ist frei geboren«*. Texte zur Frauenemanzipation. Bd.1: 1789-1970. München
- Scott, Joan W., und Louise A. Tilly, 1984: *Familienökonomie und Industrialisierung in Europa*. In: C. Honegger, B. Heintz (Hrsg.): *Listen der Ohnmacht*. Frankfurt/M., 99-137
- Soboul, Albert, 1962: *Die Sektionen von Paris im Jahre II*. Berlin/DDR
- Steinbrügge, Lieselotte, 1989: *Von Strickweibern und anderen Revolutionärinnen. Frauen in der Französischen Revolution*. In: H.J. Neyer (Hrsg.): *Vive la Révolution. Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit*. West-Berlin
- Stopczyk, Annegret, 1986: *Vom Ausstieg aus der männlichen Zivilisation*. In: *Tschernobyl hat unser Leben verändert*. Reinbek, 188-203

---

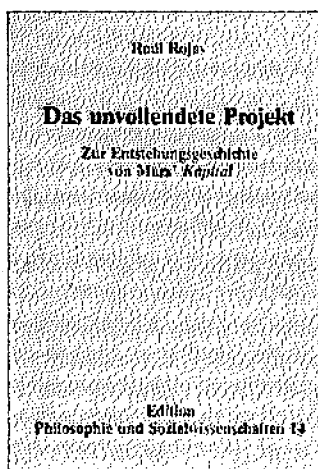
# Aktualität des Marxismus



## Die »Linie Luxemburg - Gramsci«

Zur Aktualität marxistischen Denkens

Argument-Sonderband AS 159  
148 S., br., DM 18,50/15,50 f. Stud.  
Mit der Absicht, herrschende Vorurteile über zwei Klassiker des Marxismus zu korrigieren, dokumentiert der Band zehn Vorträge, die 1985 in Hamburg auf einem Kongreß mit dem Titel »Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg« gehalten wurden. Die Beiträge erblicken die Gemeinsamkeit der beiden Theoretiker in einer Konzeption des Marxismus, die von den Tabus und Fehlern der eigenen Organisation nicht haltmacht, damit die überwältigende Mehrheit der »subaltern Gehaltene« zu politischem Handeln bewegt werden kann.



Raúl Rojas

## Das unvollendete Projekt

Zur Entstehungsgeschichte von Marx' Kapital

Edition Philosophie und Sozialwissenschaften EPS 14

380 S., br., DM 28,—

Dies Buch begreift und analysiert *Das Kapital* im Zusammenhang mit seinen historischen und theoretischen Voraussetzungen. Das Marxsche Projekt wird in eine Reihe von theoretischen Krisen eingebettet, auf die es eine wissenschaftlich-revolutionäre Antwort gibt, die unvollendet und an manchen Stellen in sich widersprüchlich ist.

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument



Wolfgang Fritz Haug

## Die Perestrojka als Revolution — wogegen?

### Vorbemerkung

In *Argument* 170 (»Projekt Perestrojka«, August 1988) brachten wir Teile einer früheren Fassung einer Arbeit zur Theorie der Perestrojka, die im Juni 1989 als Buch erschienen ist.<sup>1</sup> Jener Vorabdruck endete mit Überlegungen, ob die Perestrojka als Revolution-von-oben zu begreifen sei. Es wurde gezeigt, daß Gorbatschow aus dem Scheitern Chruschtschows die Schlußfolgerung gezogen hat, daß die Einbeziehung des Volkes die Schlüsselfrage ist. »Das Machtsubjekt der Perestrojka«, hieß es im letzten Abschnitt, »ist ein komplexes aggregiertes Subjekt, das zugleich von 'unten' und von 'oben' den riesigen Apparat des 'bürokratischen Zentralismus' (1988e)<sup>2</sup> in die Zange nimmt.« (*Argument* 170, 504) Wir bringen im folgenden aus dem Buch eine gekürzte Fassung des 10. Kapitels, das an diese Frage anschließt und die Frage nach dem Wogegen und den Gegnern der Perestrojka stellt.

### 1. Revolution ohne Antagonismus?

»In der sowjetischen Gesellschaft gibt es keine politische Opposition gegen die Perestrojka, und in diesem Sinn sind alle auf einer Seite der Barrikade.« (Butenko 1987b)

»Die wirkliche Aktivierung der Konservativen steht noch bevor.« (G. Popow 1988b, 698)

Wenn die Perestrojka eine Revolution ist oder auch nur eine revolutionäre Reform, dann muß sie zu einem Umsturz sozialer Herrschaft führen. Gegen welche soziale Kraft richtet sie sich? Gegen welchen Widerstand muß sie sich zu behaupten suchen? Wo ist der antagonistische Widerspruch und der widersprechende Antagonist? Welches ist ihr Haupthindernis?

Die erste Antwort lautet negativ: Es wäre schlimm, »wenn die Passivität von seiten des Volkes zum Haupthindernis geworden wäre« (1987b, 83). Doch hört man auch das Gegenteil: »Je mehr man über das mögliche Schicksal der Perestrojka nachdenkt, desto klarer wird, daß der Hauptfeind nicht die Apparatschiki und Bürokraten sind ..., sondern letzten Endes unsere kollektive soziale Schmarotzerhaltung« (Bestuschew-Lada 1988). Indes sind Bürokratismus und Apathie keine einander ausschließenden Gegensätze bei der Suche nach dem »Hauptfeind« der Perestrojka, sondern so komplementär wie das Subjekt und das Objekt eines bestimmten Typs von Herrschaft. Das Hauptproblem ist daher »nicht 'die Trägheit in uns'«, sagte Batkin am Vorabend der 19. Unionspartei-konferenz, sondern die Tatsache, daß es »bis jetzt noch keine anderen Formen der Perestrojka außer den apparatmäßigen« gibt (Batkin 1988, 246). Denn die »apparatmäßige« Fesselung der Perestrojka ist das Problem, nicht die vermeintliche Revolution-von-oben, die ja am Apparat vorbei und »unten« ankommen wollen muß.

Eines ist sicher: »Unten« hat die Perestrojka zunächst eine »Revolution der Erwartungen« (1987g, 187) ausgelöst. Früher Hingenommenes wurde nicht länger hingenommen. Die Protagonisten der Perestrojka antworteten darauf, indem sie die Erwartung einer Revolution schürten. Die Behebung des Übels wurde nämlich zumeist von der Führung als eine Art Versorgungsleistung erwartet. Kurz, ein passiver Klientelismus-von-unten, komplementär zum alten Paternalismus, herrschte vor. Die Ausrufung der Umgestaltung produzierte »ursprünglich ... etwa folgende Erwartungen: Ein guter Mann werde kommen, alles werde wie von selbst laufen, und die Wohltaten würden einem wie Manna vom Himmel in den Schoß fallen.« (1988a, 81f.) Das fügte sich ins Bild einer Revolution-von-oben, die, was die Massen betraf, *passive Revolution* wäre. Aber das Warten auf den Guten Zaren würde zum Warten auf Godot werden. So drohte die revolutionäre Zündung von oben zu verpuffen. Sollte der Funke überspringen, mußte erreicht werden, »daß die Menschen nicht länger im Glauben an ein Wunder« verharren (1988q). »Das gesellschaftliche Bewußtsein muß von solch negativen Einstellungen wie dem Glauben an den 'Guten Zaren' und an eine allmächtige Zentralgewalt, die von oben her Ordnung schafft und die Umgestaltung realisiert, befreit werden. Dies ist nämlich die höchste Form sozialen Schmarotzertums. Viele sind nicht mehr gewohnt, selbständig zu handeln und angemessen zu arbeiten.« (Ebd.) Auf der Ebene der Republiken geißelt Gorbatschow die entsprechende Einstellung, bei der die eigentlich Verantwortlichen sich sagen, »wenn wir einander nicht trauen, dann soll eben der 'liebe Gott' in Person der Unionsregierung uns regieren« (1988j). — Alles hing davon ab, ob sie begreifen würden, daß die Perestrojka ein langer Weg war, dazu einer, auf dem sie selbst handeln mußten.

Die Appelle jagen einander, und streckenweise sieht es nach einer von oben betriebenen »Revolution des Bewußtseins« (Thesen 1988) oder einer »kulturellen Revolution« aus. Protagonisten wie Antagonisten dieser »Revolution« machen sich unfaßbar, werden aus Worten geformt und zerfallen wieder. Das liegt daran, daß es kein festliegendes »Wesen« der Perestrojka gibt, weil sie nicht nur etwas ständig Umkämpftes und aus den Kräfteverhältnissen dieser Kämpfe immer wieder verändert Resultierendes ist, sondern weil sie Unterschiedliches, ja Gegensätzliches zugleich ist und sein muß: Revolution gegen die Verwaltung und Verwaltung dieser Revolution, gefährlichstes Risiko am Rande des Chaos. Einerseits geht es um die »Zerschlagung veralteter gesellschaftlicher Mechanismen« (1988s) und um die Delegitimierung und Entmachtung derer, die an ihrer Erhaltung interessiert sind. Aber das ist nicht alles. »Gleichzeitig müssen wir verschiedene vernachlässigte Probleme bezüglich Wirtschaft, Sozialbereich, Nationalitätenfragen, Umweltschutz etc. lösen.« (Ebd.) Versuchen wir, uns über das Wogegen und das Worumwillen der Perestrojka, ihre Protagonisten und Antagonisten mehr Klarheit zu verschaffen.

Gelegentlich wird der klassische Protagonist beschworen und behauptet: »Als Triebkraft der Umgestaltung tritt die Arbeiterklasse in Erscheinung, die ihren revolutionären Traditionen treu bleibt.« (G. Smirnow 1988, 23) Aber nein, sagt die Soziologin der Perestrojka, es ist keine *soziale Revolution*, »sagen wir, der Arbeiter und Bauern gegen die Mitarbeiter des Apparats oder des Handels- und

Dienstleistungsbereichs«, sondern »eine Revolution des radikal und demokratisch gesinnten Teils unserer Gesellschaft ... gegen den konservativen und reaktionären Teil ... unter zunehmender Einbeziehung von Gruppen ohne definitive Haltung« (Saslawskaja 1988, 61). Die Arbeiterklasse verteilt sich auf alle drei Gruppen: Vorkämpfer, Gegner und Zuschauer der Perestrojka. Aber was wäre das für eine Revolution, die von Gesinnungen und Haltungen ohne Klassenbasis getragen wird und gegen andere Gesinnungen und Haltungen gerichtet ist?

Die Soziologen der Perestrojka ermittelten als »Träger« der Perestrojka und des Widerstands gegen sie jeweils »ganze Gruppen von Menschen sowie die Systeme der Verflechtungsbeziehungen und Wechselwirkungen« (Janizki 1988, 128). Solche Formationen sind weder durch Klassenkategorien noch durch den Platz in der »organisatorischen Struktur der Gesellschaft (Betrieb, Einrichtung, Amt)« eindeutig determiniert, sondern eher, wie Janizki meint, durch Mentalitäten mit den Polen »Egoismus« vs. »Idealismus« bzw. langfristige Sozialinteressen (ebd., 128f.). Zum Beispiel »aus Idealismus, d.h. eher entgegen den eigenen Gruppeninteressen« handeln die Perestrojka-Anhänger aus dem Apparat (Saslawskaja 1988, 49). In der »Gruppe der politischen Führer der Gesellschaft«, die »den real regierenden Kern der KPdSU und des Sowjetstaats darstellt«, dominieren die Machtinteressen, die so umfassend sind, daß sie mit denen des Landes konvergieren können. »Die Hauptinteressen der Vertreter dieser Gruppe tragen politischen Charakter, wobei sich zwei Komponenten, eine gesellschaftliche und eine persönliche, herausstellen lassen.« (Ebd., 50f.) Die gesellschaftliche zielt auf die Entwicklung des Landes, die persönliche auf die eigne Machtstellung. Diese wiederum läßt sich »auf zwei grundsätzlich verschiedenen Wegen sichern und stärken: Entweder durch eine hocheffektive theoretische und organisatorische Tätigkeit ... oder aber durch die Bildung von Gruppierungen, deren Mitglieder einander infolge ihrer sozialen und verwandtschaftlichen Beziehungen unterstützen.« (Ebd., 51) Solche Bestimmungen entscheiden in ihrer Kombination über die Stellung eines Führungsmitglieds zur Perestrojka.

Die Sache wird noch verwickelter, fragt man, die Gruppe der »Neutralen«<sup>3</sup> übergehend, nach den Gegnern der Perestrojka. Der »Kampf« wird nämlich oft gleichsam gestisch beschworen, als Kampf unter Abstraktion von einem konkreten Gegner. »Wenn die Umgestaltung tatsächlich eine Fortsetzung der Revolution ist, wenn wir jetzt eine tatsächlich revolutionäre Politik treiben, dann ist ein Kampf unvermeidlich.« (1988a, 12) Aber oft verschwinden die Machtfrage und das zu Bekämpfende im Nebel. Die Perestrojka, sagte Gorbatschow in einer Rede vor Jugendlichen, ist »ein Prozeß der Erneuerung und des revolutionären Suchens. Genau genommen leben wir in der Epoche einer friedlichen Revolution, der zweiten nach der Geburt des Sozialismus.« (1988i) Was »die Formen dieses Kampfes und seine Teilnehmer« (1988a, 12) angeht, so seien sie »keine einander antagonistisch gegenüberstehenden, rivalisierenden Seiten mit entgegengesetzten Klasseninteressen« (ebd.). Dies wird immer wieder eingeschärft: »Selbstverständlich nimmt dieser Kampf bei uns nicht die Form von Klassenantagonismen an.« (1988b, 91) »Eher kann man da von Gruppen-, von vorübergehenden Interessen, ja manchmal sogar von Ambitionen sprechen, falls man Ambitionen überhaupt zu den Interessen zählen kann.« (1988a, 12) Dem widerspricht Tatjana

Saslawskaja. Sie ermittelt einige soziale Gruppen, die sich politisch als *Reaktionäre* profilieren und von denen sie sagt: »Die Gruppeninteressen stehen in diesem Fall den gesellschaftlichen antagonistisch gegenüber.« (Saslawskaja 1988, 57)

Es ist, als ginge es Gorbatschow um die Formierung einer möglichst gegensatzlosen und dennoch zu höchster Anspannung motivierten Formation. »Wir alle sind Teilnehmer an der riesigen, schöpferischen Arbeit zur Umgestaltung unseres Landes.« (1988a, 12) Aber was ist das für ein sonderbarer Kampf, bei dem alle auf derselben Seite der Barrikade stehen? Ist es der Kampf gegen eine Struktur, von der die sie besetzenden und quasi besitzenden Gruppen möglichst abgespalten werden sollen? In diesem Sinn bestimmt A. Jakowlew (1988b) »die Quellen des Widerstands gegen die Perestrojka«: »Heute ist auch jener Widerstand sichtbar, der tiefe und ernsthafte Ursachen hat, da er vom umzugestaltenden Material selbst ausgeht: von den gesellschaftlichen Beziehungen, der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur und von der politischen und rechtlichen Regelung der Lebensweise.« (A. Jakowlew 1988b) Dieser Bestimmung eines gleichsam strukturellen Antagonisten entsprechen die Formen des »Kampfes«, die mehr zivilgesellschaftlichen Lebensformen als denen einer Revolution gleichen. »Deshalb wird der Kampf bei uns die Form von Diskussionen, von ideologischen Auseinandersetzungen haben, die dem Ziel dienen, sich in der Situation zurechtzufinden und sich über unsere Aufgaben Klarheit zu verschaffen.« (Ebd.) Nicht von ungefähr kommt Gorbatschow im Kontext auf »sozialistischen Meinungspluralismus« zu sprechen, den man in der Sowjetunion »zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten« empfinde (1988b, 91). Ähnlich formuliert es Ministerpräsident Ryschkow: Es gibt einen »heftigen Kampf, der sich täglich und stündlich zwischen veralteten, vielfach dogmatischen, und neuen, modernen Vorstellungen darüber abspielt, wie die sowjetische Gesellschaft aussehen und wie sie gelenkt werden soll und wie die Menschen in ihr leben können« (Ryschkow 1988). Die Soziologen der Perestrojka haben auf Grund ihrer Analyse der Bestimmungsgründe dafür, ob jemand zum Anhänger oder zum Gegner der Perestrojka wird, eine Strategie für dieses zivilgesellschaftliche Ringen entworfen, die auf einer Art Soziologie der menschlichen Ressourcen und ihrer Vermehrung beruht. Weil die Maßnahmen »von den Menschen vor allem durch das Prisma ihrer Gruppenwerte und -normen aufgenommen« werden (Janizki 1988, 129), bedarf es einer »Ökologie der Umgestaltung«, bei der es um die Unterstützung von Gemeinschaftstypen geht, »die Träger und Vorkämpfer der Umgestaltung sind« (ebd., 141).

## 2. Perestrojka-Verlierer vs. -Gewinner: Polarisierung und Gegnerformationen

Scheint die Perestrojka keinen sozialen Antagonisten zu haben, so hat sie jedenfalls Gegner und Feinde, wenige offene, viele verdeckte. Manche sind nur partiell dagegen. Zum Beispiel hat die Umgestaltung der Landwirtschaft offenbar eine »Gegenbewegung der Wirtschaftsexperten und der Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe« (1988t) auf den Plan gerufen. Da sind vor allem die

»Traditionalisten«, die sich an alte Artikulationen klammern, »'Beweiner des Sozialismus', die sich nur schwer von der Vergangenheit trennen können« (A. Jakowlew 1988b) und an der Negation des Sozialismus durch den repressiven Staat sowie an seinem wirtschaftlichen Versagen vorbeisehen. Die Säuberung der »sozialistischen Werte« vom »Rost des Bürokratismus«, ihre Rehabilitierung in aller Augen, erscheint ihnen als Abgehen von diesen Werten (1988b, 101). Nur zu gern verwechseln sie die Aufdeckung der Schäden mit dem Schaden. »In Zukunft werden sich die Bestrebungen noch verstärken, die Unordnung in der Wohnung auf die eingeschaltete Lampe, die alles beleuchtet, zu schieben.« (G. Popow 1988b, 698) Da ist ferner »eine kleine, begrenzte Schicht, die wir als 'bewußte Stalinisten' bezeichnen können«, bestimmt »durch die Angst, einen gewissen Lebenskomfort zu verlieren, der durch die alten Verhältnisse gesichert war«; zum Beispiel können »im ZK-Apparat des Komsomol sehr viele überhaupt nicht auf neue Art arbeiten. Diese Leute verstehen sehr wohl, daß es für sie aus ist, wenn die 19. Unionsparteikonferenz die vorgesehenen Beschlüsse faßt. Ihr politischer Einfluß wird vollkommen zerstört werden. Durch das neue Wahlsystem ... würden ihre Chancen gleich null sein.« (Loginow 1988, 70) So verfallen, wie Gorbatschow sagt, einige in »Panik und schreien um Hilfe« angesichts der »derzeit vor sich gehenden Demokratisierung und der Entwicklung der öffentlichen Meinung.« (1988f) G. Popow warnt davor, »die Macht der konservativen Kräfte zu unterschätzen, die im Verlauf von Jahrzehnten mit Milliarden an Volksgeldern großgefüttert wurden. Sie haben es gelernt, die Massen zu manipulieren, und sie an die Rolle passiver Vollstrecker gewöhnt.« (G. Popow 1988b, 697) Doch besteht kein starrer Determinismus von Gruppenzugehörigkeit und Einstellung zur Perestrojka.

Das ist anders bei korrupten und parasitären Gruppen, wo die Gruppeninteressen »den gesellschaftlichen antagonistisch gegenüberstehen« (Saslawskaja 1988, 60). Das sind Gruppen, die mittels Sabotage die Perestrojka »auf jede Art und Weise in Verruf zu bringen suchen«, Arbeiterstimmungen ausbeutend (1988b, 119). Angesichts der schlechten Versorgung mit Waren, »an denen es im Land keinen Mangel gibt«, kommt man zum »Schluß, daß jemand Interesse an einer derartigen Lage hat oder zumindest kein Verantwortungsgefühl besitzt« (1988l). »Wir steigern die Produktion, und alles verschwindet wie in einem 'schwarzen Loch' in unserem Handel, bei der Gemeinschaftsverpflegung, Lagerung und Verarbeitung.« (Arbatow 1989) Das Interesse ist nicht unbedingt gegen die Perestrojka als solche gerichtet. Wenn »die Verfechter der Perestrojka schreiben, der Bürokrat und der Genossenschafter seien natürliche Feinde« (Radsichowski 1989), so trifft dies nur begrenzt zu, und die Formen können sich korrupt kombinieren: »Ein Teil der Beamtelite und die mit ihr liierten Geschäftemacher aus der Schattenwirtschaft« zielen auf ihren Typ Perestrojka: der alte Monopolismus plus Apparat-Privilegien plus Möglichkeit, Geld zu verdienen und auszugeben; Kooperativen dienen dann etwa als Geldwaschanlagen. Das wäre, würde es herrschend, die »erweiterte Reproduktion« der Stagnation: Der als Genossenschaftler maskierte Dieb gibt nun »Schmiergelder den 'nützlichen' Beamten, bekommt rechtswidrig ein Monopol, spekuliert. Klar, daß er immer teurer verkaufen wird als der Staat. Das wäre also die erste Gefahr: das Herauskommen und die

Verstärkung der alten Bürokraten- und Schiebermafia unter dem Aushängeschild einer 'Kooperative', eine doppelte Unterdrückung und eine doppelte Versklavung des Verbrauchers und doppelte Privilegien für die Diebe: die alten Privilegien der Protektion und der standesmäßigen Ungleichheit plus neue Privilegien des Geldes und des 'pseudooffenen Marktes'.« (Ebd.) Weil das einzige Mittel gegen diese Perversion der Perestrojka das ist, »jeden Schritt zur Entfaltung des Marktes mit einem Schritt zur Stärkung der Demokratie, zur Beschneidung der ökonomischen und sonstigen Privilegien der Beamten auszugleichen« (ebd.), werden diese korrupten Perestrojka-Gewinnler zugleich Gegner der wirklichen Perestrojka sein.

Von ihnen heben sich die nichtkorrupten Gewinner der Umgestaltung ab: die Findigen und Erfolgreichen, die irgendeinen produktiven Beitrag zur Gesellschaft günstig verwerten können. Radsichowski stellt sich vor, daß für viele Anhänger der Perestrojka »die Losung 'Bereichert euch!' zum moralischen Motto wird« und vor allem unter der Jugend das »Geldfieber« grassieren, ja daß eine veritable Periode ursprünglicher Akkumulation anbrechen wird. »Es wird eine Schicht von Neureichen aufkommen, schon vergleichbar mit den westlichen. Das werden nicht nur Genossenschafter sein, sondern auch Fußballer, Schauspieler, Schriftsteller, Computerexperten.« (Ebd.) Angesichts solcher neureicher Minderheiten werden Verschlechterungen desto drastischer empfunden oder relative Verbesserungen nicht wahrgenommen und breite Schichten für antagonistische Mobilisierungen ansprechbar. »Umgestaltungsverlierer« aller Art können derart zum Bestandteil eines »explosiven Gemischs« werden (Müller u.a. 1987, 26). Zum Gegner kann man werden durch soziale Entwurzelung oder ein (sei es auch nur prestigemäßiges) Absinken. Vor allem die Deklassierung bisher Gehobener wirkt in diesem Sinn. »Menschen, die ihr gewohntes soziales Gesicht verloren und kein neues gefunden haben«<sup>4</sup>, bilden »ein wie absichtlich geschaffenes Milieu für diverse Demagogen und extremistische Gruppen mit profaschistischem Profil« (Radsichowski 1989). Der Neid angesichts der Umgestaltungsgewinnler wird immer neue Gruppen diesem Gemisch zuführen.

Gefährlich werden die heterogenen Gruppen, wenn sie sich zusammenschließen, vor allem wenn sie national artikulierte Konfliktpotentiale für sich funktionalisieren können. Da lauert immer noch der großrussische Chauvinismus, von dem Lenin gefürchtet hatte, »daß der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch« (LW 36, 591). Dann fungiert am Ende »a dislike of liberals, pro-Westerners, and Jews« als einigendes Band einer paradoxen »uneasy coalition between anti-Communist conservatives and neo-Stalinists« (Laqueur 1988), die eine Reihe von Zeitschriften dominiert. Gefährlich wird es nicht zuletzt, wenn sich Konfliktpotentiale von »rechts«<sup>5</sup> und »links« überlagern. »Als Gegner wirklich radikaler Reformen«, lautet eine derartige Botschaft von rechts, die der linken Ungeduld ein denkwürdiges Echo gibt, »erweist sich vor allem M.S. Gorbatschow selbst« (Orlow 1988, 8). »Ja, da haben sich die richtigen Brüder zusammengetan, sie holen sich von jeder Seite die Argumente, die sie brauchen.« (1988q)

### 3. Revolution gegen den bürokratischen Apparat?

Unterscheidet man nicht zwischen der Herrschaftsfunktion der Partei und den Herrschaftsstrukturen *in* der Partei, bringt man es allenfalls zu dem Paradox: »Die Veränderung geht auch diesmal von der herrschenden Schicht, der Partei, aus und schlägt ihr nicht weniger vor, als darauf zu verzichten, herrschende Schicht zu sein.« (Rossanda 1988) Aber wieso und wie sollte die Partei eine »Revolution« gegen sich selber anführen? Abgesehen davon, daß solche Selbstabdankung von Herrschenden ein wahrhaft idealistischer Akt wäre — das Wort Revolution wäre kaum der richtige Name dafür.

Gorbatschow benennt das Wogegen folgendermaßen: »Der Schlag ist gegen die bürokratisch-administrativen Methoden gerichtet«, gegen »ihre Träger wie deren Interessen« (1988a, 20). Lenins Wende vom Kriegskommunismus zur NÖP, gegen Widerstand und Verratsvorwürfe durchgeführt, von Gorbatschow immer wieder als Quelle von Hinweisen für die Perestrojka genutzt, verhilft auch hier zur Artikulation: Wenn der Apparat blockiert, wird »ein Kampf unvermeidlich« (Lenin, zit. 1987c). Dem entspricht eine Zielsetzung, die in den Thesen zur Vorbereitung der 19. Unionsparteikonferenz ein umzustürzendes Machtverhältnis nennt: »Realisiert werden muß das Prinzip der strikten Unterstellung und Rechenschaftspflicht des Apparats gegenüber den gewählten Parteiorganen.« Im Referat zur Parteikonferenz stellte Gorbatschow die Machtfrage folgendermaßen: Schluß soll sein mit dem Kommandieren der gewählten Vertreter durch die Hauptamtlichen des Apparats.<sup>6</sup> Es gilt, den Vorrang der Gewählten wiederherzustellen. Daraus erhellt ein schon etwas klareres Bild. Die Gewählten, de jure Vertreter der Parteibasis, würden demnach versuchen, im Bündnis mit dieser Basis und unter Mobilisierung weiterer Teile der Öffentlichkeit dem aus Hauptamtlichen bestehenden Apparat die Vorherrschaft über das Parteigeschehen zu entreißen. Freilich ist dies Bild noch immer idealisiert; denn wenn der Apparat seit der Wende der dreißiger Jahre die Auswahl der Führenden fest in der Hand hat, ist es nicht überzeugend, die Ausgewählten als Gegeninstanz zum sie auswählenden Apparat zu begreifen. Immerhin versteht man in dieser Perspektive deutlicher, was in den *Thesen* vorsichtig-andeutend zur Kaderpolitik gesagt ist: »Das formale Nomenklaturdenken bei der Auswahl und beim Einsatz der Kader ist nicht mehr zeitgemäß.« (Thesen 1988)

Das Problem der innerparteilichen Herrschaft ist verknüpft mit dem der gesellschaftlichen Herrschaftsfunktion der Partei und der Ausübungsweise ihrer Macht. Ein wesentliches Element der seitherigen Machtstruktur bestand darin, daß der Parteiapparat die Sowjets als politische Entscheidungsinstanz und die staatliche Exekutive als operative Exekutivinstanz mehr oder weniger substituierte und unmittelbar Fragen von »Wirtschaftsleitung und Verwaltung« entschied (Thesen 1988, V.). Was im Verhältnis von Partei und Staat jetzt anstehen soll, ist die »exakte Trennung ihrer Funktionen« und die verfassungsmäßige und rechtliche Begrenzung des Partei-Handelns (ebd.). Wenn die Partei diese Reform führt und durchführt — worin bestünde dann die Revolution? Wäre es nicht einfach ein Kampf zweier Linien in der Partei? Und andererseits: Wenn die Partei herrschaft über Staat und Wirtschaft das Problem darstellt, warum kann dann die »Verstaat-

lichung gesellschaftlicher Organisationen« (These IX) eine Deformation genannt werden? Oder ist, indem der Staat zur Parteisache gemacht worden ist, die Partei zur Staatssache geworden? Aber wenn die Partei diese Deformation in einer Reformation aufhobe, warum wäre das als Revolution zu fassen? Und wie genau hängt diese Front zusammen mit jener im gleichen Atemzug beschriebenen anderen Deformation der Partei als ganzer (vgl. Kap. 5 meines Buches), die aus der Partei der Werktätigen eine Partei über den Werktätigen hat werden lassen?

Vieles deutet darauf hin, daß der Umsturz im Verhältnis von Staat und Gesellschaft der revolutionäre Sinn der Perestrojka ist: Wenn bisher der Staat über die Gesellschaft herrschte, mit der Partei als gefangener Herrin dieses Systems, so schickt sich nun die Gesellschaft an, den Staat zu *ihrem* Staat zu machen. Die Partei, die in beiden Sphären zu Hause ist, würde gleichsam ihr Standbein wechseln und sich zur primär gesellschaftlichen Organisation wandeln. »Sollte es uns gelingen«, reflektiert Migranjan, »den Übergang des Staates unter die Kontrolle der Gesellschaft schmerzlos, auf friedlichem Wege, von oben, unter der Führung der Partei vorzunehmen, würde dies ein einzigartiger Fall sowohl in der politischen Theorie, als auch in der Weltgeschichte ... sein.« (Migranjan 1988, 143)

#### 4. Exkurs über die Unabschaffbarkeit der Bürokratie

Eine List der Vernunft, der die Protagonisten der Perestrojka mit dialektischer Vernunft bewußt auf die Sprünge geholfen haben, ist der zur öffentlichen Tatsache beförderte Diskurs, daß der »Apparat«, die »Bürokratie« der »Hauptfeind« der Perestrojka ist. Wenn, wie Gorbatschow im Anschluß an Lenin sagt, der Kampf gegen den blockierenden Apparat unvermeidlich wird — wäre demnach dieser nun doch der gesuchte Antagonist? So scheint es Kuczynski zu sehen: »Wir nennen solche Widersprüche antagonistisch, die nicht durch Synthese zu einem neuen Besseren führen können, sondern deren eine Seite vernichtet werden muß. Sozialistische Verwaltung und Bürokratie sind ein antagonistischer Widerspruch. Die Bürokratie muß vernichtet werden.« (Kuczynski 1987) Ähnliche Töne werden in der einschlägigen Resolution der 19. Unionsparteikonferenz angeschlagen, wo von der »Ausmerzung des Bürokratismus« oder der »Ausräumung sämtlicher Elemente des Bürokratismus« die Rede ist. Ihre Evidenz verliert diese Ansicht, setzt man sie Gegenargumenten aus, die schon Lenin gebracht hatte. G. Popow (1988a) hat die Resolution in diesem Punkt als »unreal« angegriffen. Er geht davon aus, daß ein Bürokratismus, »der den Staat von den Werktätigen losreißt, das staatliche Eigentum seinen wahren Besitzern entfremdet«, der so-wjetischen »Variante des sozialistischen Aufbaus als reale Gefahr eigen« ist. Diese Tendenz (nicht ihr Übergewicht) ist eine Folge von Lenins Weg, den Kapitalismus zu überspringen, denn dessen »Preis ... bildet die ständige Gefahr einer Los-trennung der Macht von der Gesellschaft«. Der Rückblick auf Lenins Argumentation lohnt sich. Lenin setzte sich 1921 mit M. Sokolow auseinander, der geschrieben hatte: »Die Selbsttätigkeit der Massen ist nur dann *möglich*, wenn wir das Geschwür, das man bürokratische Haupt- und Zentralverwaltungen nennt, *vom Angesicht der Erde vertilgen*.« Lenin: »Das ist schon in der Fragestellung falsch. Ein derartiges Geschwür kann man nicht 'entfernen'. Man kann es nur



*ausheilen*. Chirurgie ist in diesem Fall ein Absurdum ...; nur *langsames Ausheilen* — alles übrige ist Scharlatanerie oder Naivität ... Das riecht nach Doktrinarismus ... Der Kampf gegen den Bürokratismus in einem bäuerlichen und völlig ausgepowerten Land erfordert lange Zeit.« (LW 35, 467f.) Das Bürokratieproblem spitzte sich für Lenin nach mehreren Seiten zu. Er sah bürokratische Formen den Parteiapparat prägen, sah »die Tendenz, die administrative Seite zu übertreiben, die man aber mit der wissenschaftlichen Seite, mit der Erfassung der breiten Wirklichkeit, mit der Fähigkeit, Menschen zu gewinnen, usw. nicht verwechseln darf« (LW 36, 585). Bei Parteiführern wie Stalin und Trotzki sah er, wie sie mehr und mehr zum Administrieren hinneigten<sup>7</sup>. Strukturell sah Lenin das Verhältnis zwischen Apparat und politischer Partei (Basis und Führung) sich verkehren.

Die zur Frage der Bürokratie beschlossene Resolution der 19. Unionspartei-konferenz artikuliert das Problem nur teilweise richtig. Die Orientierung zur Bürokratie-Abschaffung ist, »solange es den Staat, den Apparat, die hauptamtlichen Leiter gibt« (Popow 1988a), nicht nur uneinlösbar, sondern auch gefährlich, denn eine derart »abstrakte Fragestellung ... verhüllt den wahren Gegner« (ebd.). Bestenfalls lassen sich »historisch bestimmte Formen« von Bürokratismus vernichten, mehr anzuzielen ist unreal. »Und die Schwierigkeiten bei der Lösung einer unrealen Aufgabe können zum Argument zugunsten einer Beibehaltung der überlebten Formen der Verwaltungsbürokratie werden.« (Ebd.) Popow bestimmt präzise erreichbare (und unbedingt zu erreichende) Ziele im Kampf gegen den Bürokratismus. Der Apparat drosselt die Umgestaltung; nach Erkenntnis der Unabwendbarkeit der Perestrojka »ist er bestrebt, ihr Anführer zu bleiben, indem er der Perestrojka solche Formen und ein solches Tempo aufzwingt, die es diesem Apparat gestatten sollen, allmählich aus einem Apparat der Hemmung zu einem Apparat der Entwicklung zu werden, indem er alle Nachteile aus dieser Verschleppung auf die Schultern des Volkes abwälzt, indem er das Volk der aktiven Rolle in der Perestrojka beraubt und damit deren entscheidendste, deren progressivste Variante unmöglich macht« (G. Popow 1988a). Popow deutet an, daß der irrealer Verbalradikalismus der Resolution gegen den Bürokratismus eine Bewegungsform desselben in seinem Widerspruch zur Perestrojka sein könnte. Eine historische Erinnerung gießt Wermut in den Wein der verbalen Bürokratiekritik. Eine spezielle Resolution zum Kampf gegen die Bürokratie ist zum letzten Mal auf der 16. Unionspartei-konferenz, ausgerechnet »im Wendejahr 1929«, beschlossen worden. Damals ging es um Eliminierung der NÖP-Reste und den Aufbau des Befehlssystems, letztlich um den Übergang zum Stalinismus. Da der Staat (mit seiner unvermeidlichen Bürokratie) sowohl ein Gegengewicht zum Markt bildet als auch selber ein Gegengewicht in diesem findet, führte seine weitgehende Abschaffung zu einem jähen Machtsprung und Funktionswechsel der Bürokratie. Natürlich ist die jetzige Situation dem gerade entgegengesetzt. »Jetzt öffnet die Resolution den Weg zur Demontage des Bremsmechanismus und zum Abriß seines bürokratischen Apparats.« Bürokraten aber, schließt Popow, fürchten keine Resolutionen, »nur geheime Abstimmungen und echte Wahlen« (G. Popow 1988a). Das aber bezeichnete genau die von der Partei-konferenz gebilligte nächste Etappe der politischen Reform.

## 5. Ist die Revolution mehr als eine Metapher?

Der Status des Revolutionsbegriffs ist in seiner Mehrschichtigkeit, seinem Ausweichen von einer Bedeutung zur andern, seinen mitgeführten Unklarheiten symptomatisch. Anatolij Butenko hat darauf aufmerksam gemacht, daß Losungen wie »Mehr Sozialismus! Mehr Demokratie!« oft mit uneingestandenem Voraussetzungen vertreten werden. Die so reden, »geben sich den Anschein, als ob sie nicht verstünden oder aber nicht sehen wollten, daß sich im Ergebnis derartiger Formeln, Losungen und Appelle in der sowjetischen Gesellschaftswissenschaft ein ständig größer werdender Komplex logischer Widersprüche aufbaut sowie eine Anzahl von Verlegenheiten und noch ungelösten Fragen erhalten bleiben, die ... desorientieren.« (Butenko 1988, 640) Die erste dieser ungelösten Fragen ist eben die nach der Bedeutung des Revolutionsbegriffs, wenn auf die Perestrojka angewandt. Unvereinbar scheint dieser Sprachgebrauch jedenfalls mit dem Marxschen Revolutionsbegriff, »demzufolge nach der politischen Revolution der Arbeiterklasse und dem Behaupten der neuen Ordnung der Satz gilt: 'Wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die *gesellschaftlichen* Evolutionen aufhören, *politische Revolutionen* zu sein' (MEW 4, 182).« (Butenko 1988, 640f.) Dies deutet darauf hin, »daß entweder Marx Unrecht hatte, oder aber wir die Perestrojka nicht nach Marx als Revolution bezeichnen dürfen« (ebd., 641).

Entsprechend scheint G. Smirnow (1988, 21f.), Leiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, die Begriffe »Revolution« und »revolutionär« in bezug auf die Perestrojka unangemessen zu finden: »Warum können wir uns nicht mit dem relativ harmlosen und gewohnteren Terminus Reform begnügen? Oder handelt es sich vielleicht wirklich um eine Reform, und die Wörter 'Revolution', 'revolutionär' benutzen wir eher als Sinnbild, als Metapher, um die Ernsthaftigkeit der Vorhaben, den entschlossenen Charakter unserer Absichten zu betonen?« Für Smirnow geht es bei der Umgestaltung der Sowjetgesellschaft »nicht um eine gesellschaftspolitische Revolution, bei der die Grundlagen der ökonomischen Verhältnisse der alten Ordnung vernichtet und eine grundsätzlich neue politische Macht errichtet wird, die die Interessen der stürzenden Klasse vertritt« (ebd., 22). Seine Deutung geht aus einer Serie von Kontinuitätsbegriffen hervor: »Es geht ... um Festigung ... konsequentere Anwendung ... weitere Festigung ... Vertiefung ... Entwicklung« (ebd.). Im Unterschied zur seinerzeitigen Kollektivierung der Landwirtschaft gebe es jetzt keine antagonistischen Klassen. Diskutabel scheint ihm dagegen die — von Gorbatschow vorgenommene — Eindeutung der Perestrojka in eine Phasenfolge der Revolution. Revolution wäre sie dann nur im Sinne einer »authentischen Fortsetzung« derselben (Grigorewa 1988). Wäre am Ende die Rede vom revolutionären Charakter der Perestrojka vor allem Rhetorik, worin sich »das Streben Gorbatschows und seiner Anhänger nach einem *radikaleren Bruch* mit den ererbten Strukturen« (Timmermann 1988, 582) artikuliert? Sollte man präziser von »Liberalisierung« (Kuczynski 1987<sup>8</sup>) sprechen?

Butenko hat drei Bedeutungen in der Bezeichnung der Perestrojka als Revolution analysiert, die mit Phasen der Herausarbeitung der Umgestaltung selbst

zusammenhängen. Zunächst überwog der metaphorische oder rhetorische Gebrauch in dem Sinne, »daß die Identifizierung von Perestrojka und Revolution eine schöne und inhaltsreiche Vorstellung war, die es erlaubte, klarer und überzeugender die ganze Kompliziertheit und Gewichtigkeit jener Veränderungen aufzudecken« (Butenko 1987b). Auf der zweiten Stufe »begann man anzuerkennen, daß die Perestrojka eine Revolution schon im Sinne einer qualitativen Umgestaltung der Gesellschaft ist«, wenngleich »nicht in dem Sinne, daß sie, wie es bei einer sozialen Revolution, bei gesellschaftspolitischen und sozialökonomischen Umwälzungen der Fall ist, sowohl die politische Macht wie auch die sozialökonomische Ordnung ändert.« (Ebd.) Auf der dritten Stufe — und sie war seit dem Januarplenum von 1987 mit Gorbatschows berühmter Rede erklommen und ausgebaut durch das Juniplenum desselben Jahres — war es »schon offensichtlich, daß auch eine solche Einschränkung nicht in allem gerechtfertigt ist ... Wenn wir die Perestrojka mit immer größerer Gewißheit eine Revolution nennen, und durchaus nicht im metaphorischen Sinn«, so denkt man dabei drei Aspekte zusammen: 1) Revolutionär ist die Perestrojka, insofern sie eine »qualitative ... Umgestaltung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens bedeutet — von der materiell-technischen Basis bis zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Bewusstseins«, kurz, bestimmt durch den Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise (ebd.). 2) Revolutionär ist die Perestrojka ferner, weil sie auf dem *Bruch* mit der alten Ordnung beruht, sich also diskontinuierlich in die Geschichte des Sozialismus einschreibt. Denn es geht ihr ja »nicht darum, den gegenwärtig entwickelten Sozialismus mit seinem historisch entwickelten Wesen auf eine neue Stufe seiner eigenen Entwicklung zu heben, sondern darum, das Wesen des Sozialismus selbst zu ändern und umzubauen«. Dazu genügt es nicht, den Sozialismus »von Entstellungen und Deformationen ... zu säubern, vielmehr muß in Theorie und Praxis seine neue Struktur aufgezeigt werden, sein erneuertes Wesen, das in vielem früher nicht vorausgesehen wurde, das jedoch alle fortgeschrittenen Errungenschaften der Gegenwart in sich verkörpert«. 3) »Die Perestrojka tritt als revolutionärer Prozeß auf, da sie nur als Ergebnis eines sozialen Kampfes verwirklicht werden kann, als zu verwirklichende Umgestaltung nicht nur 'von oben', sondern auch 'von unten'. Er ist eine Wende, die von der Führung initiiert wurde und die von ihr geleitet wird, die aber von den Werktätigen selbst verwirklicht wird und die ohne ihre selbständigen Handlungen undenkbar ist, eine Wende, die den Widerstand alles Überlebten bricht und die den Widerstand ... all jener überwindet, die ... die Perestrojka behindern.« (Butenko 1987b)

Aber hier, bei der Bestimmung des die Revolution treibenden Antagonismus, bleibt Butenko so unklar wie Gorbatschow: »Es versteht sich, daß es nicht richtig wäre, den sozialen Kampf um die Perestrojka — dafür und dagegen — als Klassenkampf aufzufassen« (ebd.). Butenko begründet dies mit dem Fehlen einer »politischen Opposition gegen die Perestrojka«. Aber das ist einerseits nur eine Erscheinungsform der bestehenden gesellschaftlich-politischen Mechanismen, und andererseits nur ein vorübergehender Zustand, dessen Beendigung von der Veränderung der politischen Institutionen wie vom Artikulationsprozeß der »Konservativen« abhängt. Noch »haben die Konservativen keine Führer« (G. Popow 1988b, 699). Das wird kaum so bleiben. So ist es keine tragfähige

Begründung, wenn Butenko die Negation des Klassencharakters der Perestrojka und ihrer Gegner damit begründet, daß in der manifesten Arena der offiziellen Politik »alle auf einer Seite der Barrikade« seien. Butenko spricht die Unklarheit dieser Begründung verblüffend klar aus: »Aber man darf nicht übersehen — der Bürokratismus und die Bürokratie, der Konservatismus und die Konservativen, der Dogmatismus und die Dogmatiker, die Betrüger und Veruntreuer, die Verteidiger von Protektion und Gleichmacherei, die Leute mit klar ausgedrückten persönlichen Ambitionen — all dies sind reale soziale Kräfte, die gegen die Perestrojka und für die Bewahrung der alten Ordnung auftreten.« (Ebd.) Und das tun sie ja wohl in der einen oder andern Form auf der »anderen Seite der Barrikade«.

Offenbar hängt es am Klassenbegriff. Das zu stürzende befehlsadministrative System und seine Träger scheinen sich klassenanalytisch nicht begreifen zu lassen. Die Auffassung herrscht vor, auf den »mächtigen bürokratischen Partei- und Staatsapparat« passe der Begriff Klasse nicht, »da sich die marxistische Klassen- definition auf das Verhältnis zu den Produktionsmitteln stützt«, wieso man nur von »einer gewissen, zahlenmäßig starken Zwischenschicht« sprechen könne (V. Frolow 1988, 518). Aber verfügte diese vermeintliche »Zwischenschicht« denn nicht — wenn schon nicht *de jure*, so doch *de facto* — über die Produktionsmittel? Lag es nicht doch nahe, die für die alte Ordnung spezifischen Charaktermasken und Einkommensformen von der faktischen Stellung zu den Produktionsmitteln her zu denken? Auch wenn die Kluft zwischen den darüber Verfügenden und denen, über die dabei mitverfügt wurde, durch »sozialistisch« artikuliert Zuwendungen und sozialpolitische Kompensationen und Sicherungen annehmbarer gemacht war, so bestand doch in der Frage der Verfügung ein Herrschaftsverhältnis, also auch ein zumindest latenter Antagonismus. L.I. Goldin ist einer der wenigen, bei denen, wie Helmut Fleischer (1988) sagt, die Frage nach den Möglichkeitsbedingungen der Perestrojka »zu einem Stück akuter Gesellschaftsanalyse« wird: »Eine 'klassenanalytische' Betrachtung führt auf die gesellschaftliche Realität der Bürokratie, welche die Trägerschicht des nachrevolutionären Systemzustands der UdSSR darstellt. Die Rede ist also nicht mehr vom 'Bürokratismus' als einer Unart von Verwaltungsleuten, sondern akkurat von der Bürokratie als Korporation und den Bürokraten als ihren Repräsentanten. Sie sind deutlich als eine Machtelite von Gegnern der Perestrojka ins Auge zu fassen ... Dieser Widerpart hat nicht nur den Genuß materieller Privilegien, sondern mehr noch den einer Machtstellung, eines feudalen Sich-alles-erlauben-Könnens, einer genüßlichen Herabsetzung der Würde von Abhängigen, einer habituell ihm entgegengebrachten Schmeichelei und Euphorie.« (Fleischer 1988, 16)

Die den alles beherrschenden Staat *de facto* kontrollierende Schicht im *Staatssozialismus* mit seiner »staatlichen Produktionsweise« (H. Lefebvre) könnte demnach doch als »Staatsklasse« begriffen werden, die freilich nicht einfach nach dem Muster anderer herrschender Klassen in anderen Gesellschaftsformationen gedacht werden darf. Was Marx nicht vorhergesehen hatte, war die Struktur des Staatssozialismus selbst. Nun konnte, mit den nötigen Weiterentwicklungen, sein Revolutionsbegriff versuchsweise angewandt werden. Indem Gorbatschow — wie Butenko und viele andere — die unter Stalin errichtete alte

Ordnung durch Trennung und Entfremdung der Produzenten von den Produktionsbedingungen, der Verfügung darüber, sowie von der Politik und der Ideologie her begreift — was tut er anderes als der Umgestaltung, die diese Entfremdung allseitig aufzuheben bestrebt ist, einen Klassensinn zuzusprechen? Was die Produktionsverhältnisse und ihren gesellschaftlichen Überbau angeht, bedeutete eben Stalins *Bruch mit der Leninschen Politik* auch eine partielle Konterrevolution. Denn gerade wenn man in aller Klarheit begreift, daß es Stalins »Sozialismus«, d.h. der »staatlich-bürokratische, der Kasernenhofsozialismus« war und »nicht der, den die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus vorausgesehen hatten«, hat, wie Butenko sagt, die Orientierung, »zur Leninschen Konzeption des Sozialismus zurückzukehren«, ihren guten Sinn (Butenko 1988, 642f.). Wenn man begreift, daß die Oktoberrevolution Leninscher Prägung durch Stalins Entwicklungsdespotie — was die Stellung der Werktätigen in der Produktion und in der Politik, nicht dagegen, was das Privateigentum an Produktionsmitteln angeht — *zurückgenommen* worden war, dann besitzt das Wiederanknüpfen an die Leninsche Revolution einen revolutionären Sinn. In genau diesem Sinn bedeutet dann die Perestrojka in der Tat, »daß die sozialistische Oktoberrevolution weitergeführt wird« (Butenko 1987b). Schließlich erliegt man auf der Grundlage einer modifizierten klassenanalytischen Sicht weniger leicht der Gefahr, den Hauptgegner der neuen Revolutionsphase zu unterschätzen. »Einer Erneuerung der Gesellschaft stehen nicht Tölpel und mangelhaft Ausgebildete im Polit-Set<sup>9</sup> gegenüber, sondern Leute, die sich dessen voll bewußt sind, womit die Perestrojka sie bedroht. Sie sind in höchstem Maße daran interessiert, daß eine Konsolidierung der Kräfte der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft nicht zugelassen wird.« (Goldin 1987)

Zugleich geht sie über eine bloße Wiederaufnahme weit hinaus, indem sie den Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise im Sozialismus anvisiert. In diesem Sinn bedeutet die Perestrojka die revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, um diese zu Formen der Bewegung und Entwicklung der neuen Produktivkräfte zu machen. In der langen Zeit der Vorbereitung der Perestrojka hatte die revolutionstheoretisch für Marx zentrale Idee einer wachsenden Unverträglichkeit der Produktionsverhältnisse mit den wissenschaftlich-technischen Produktivkräften für den theoretisch denkenden Teil der sowjetischen Führung immer mehr an Gewicht gewonnen. Bei Gorbatschow kündigt sich die revolutionäre Reichweite der Perestrojka an in seiner Polemik gegen »die vereinfachte Auslegung der bekannten These von der Übereinstimmung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sozialismus«, wobei er von der immer drückender werdenden Erfahrung ausging, daß jene Übereinstimmung sich »nicht von selbst reproduziert« (1984a, 89). Aus dem von Aganbegjan geleiteten Forschungsinstitut von Nowosibirsk »kam das Memorandum, das den Zustand durch eine wachsende Kluft zwischen den in den dreißiger Jahren etablierten Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, die 50 Jahre vorangeschritten waren«, charakterisierte (Shanin 1988, 87). Das war die Anzeige »einer rasch herannahenden revolutionären Situation«, und sie wurde so verstanden von »einem wachsenden Kreis besser ausgebildeter Verwalter, Technologen und Forscher — ein Establishment, aber ein sehr spezieller Flügel desselben, der sich

immer mehr mit dem Gedanken einer Revolution von oben anfreundete. « Diese Emergenzbedingungen der Perestrojka müssen verstanden werden (Shanin 1988, 87). Sie zeigen die revolutionäre Dimension im Ansatz, wenngleich — bliebe es dabei — ins illusionäre Muster einer Revolution-von-oben eingelassen.

### Anmerkungen

- 1 W.F.Haug, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*. West-Berlin 1989, Argument-Verlag (480 Seiten, kart. 34 DM, Ln. 44 DM).
- 2 Zitate ohne Verfasserangabe stammen von Gorbatschow. Die Literaturnachweise, auf die wir aus Platzgründen verzichten mußten, finden sich im Buch.
- 3 »Ausschließlich auf ihre persönlichen bzw. rein familiären Interessen bedacht, mit geringer Kultur und sozialer Erfahrung, ist diese Gruppe durch soziale Passivität gekennzeichnet.« (Saslawskaja 1988, 56) Solche Einstellungen sind »für den trägsten und passivsten Teil der Gruppe der körperlich Arbeitenden besonders typisch« (ebd., 58).
- 4 Desto wichtiger wird für die Perestrojka »die Perspektive ... für jeden einzelnen ..., daß er in der erneuerten Gesellschaft einen Platz finden wird, der seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht« (Janizki 1988, 143).
- 5 Eigentlich spielen die Begriffe rechts/links im Sprachgebrauch der Perestrojka verrückt (vgl. zum folgenden: 1988a). Als »rechts« bezeichnet man die Dogmalinken; sie sind gegen Privatinteressen, Markt, Pluralismus und denken vom Sicherheitsgesichtspunkt. — Gegen diejenigen, die Gorbatschow als »Rechten« abqualifizieren, sagt Mandel (1988): »Wenn Gorbatschow 'rechts' ist, waren dann Breschnew oder sogar Stalin 'links'?«
- 6 Rossana Rossanda verwandelt auch dieses nachvollziehbare Problem in ein Paradox, indem sie die Apparatherrschaft mit Parteiherrschaft zusammenwirft: Gorbatschow will ihrer Meinung nach, daß »die Aufgaben der Partei und diese selbst als 'Schicht' brüsk beschnitten werden« (Rossanda 1988). Sie sieht nicht, daß das Beschneiden der Apparatmacht die Partei als solche wiederherstellen soll.
- 7 »Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren« und zur »Wut« (LW 36, 591) wurde nach Lenins Einschätzung untragbar durch den Mangel zivilgesellschaftlicher Tugenden, daher mußte man Stalin ersetzen durch jemanden, der »toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist« (ebd., 580). — Trotzki: »ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen« (ebd., 579).
- 8 Bei der Diskussion mit Mandel auf der Westberliner Volksuni 1989 von mir mit dieser Äußerung konfrontiert, wies Kuczynski sie zurück und bekannte sich emphatisch zum revolutionären Charakter der Perestrojka (vgl. *Konkret*, Juli 1989).
- 9 »Der Neologismus 'Politset' klingt wie das englische 'Jetset', er ist jedoch mit dem russischen 'set' = Netz gebildet.« (Fleischer 1988, 17)

Dorte Marie Søndergaard

## Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse? <sup>1</sup>

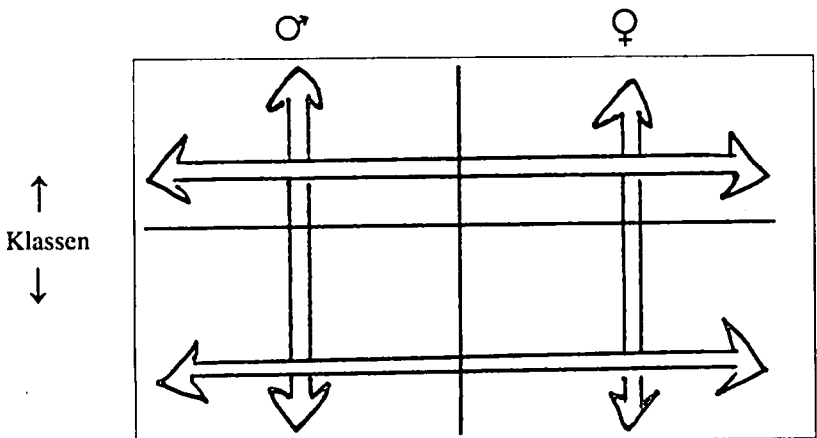
In Dänemark gibt es Gewerkschaften für akademische Berufe, von denen die meisten Gleichstellungsausschüsse haben. Untersuchungen dieser Ausschüsse in den verschiedenen akademischen Arbeitsbereichen haben ergeben, daß Männer die höheren Löhne und Tarifizuschläge bekommen; schneller Karriere machen; gesicherte Arbeitsplätze haben (Frauen sind dagegen zu einem hohen Anteil in ungeschützten Arbeitsverhältnissen oder machen Teilzeitarbeit); den größten Einfluß und die meiste Macht haben; höhere Renten bekommen; sogar mehr Kinder haben als ihre weiblichen Kolleginnen: nämlich durchschnittlich 1,6 gegenüber den Frauen mit 1,2! Wohlgemerkt: Wir schreiben das Jahr 1988 und sprechen über den sehr hoch qualifizierten Teil der arbeitenden Bevölkerung.

Selbstverständlich versuchen die in den Gewerkschaften organisierten Frauen, gegen diese Ungerechtigkeiten anzugehen, hauptsächlich indem sie *Forderungen* in die Tarifverhandlungen einbringen. So wurden in den letzten Jahren vor allem folgende Forderungen gestellt und diskutiert: Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs für Frauen und Männer bei voller Bezahlung und Urlaubsvertretung; die *Verpflichtung* für Männer, Vaterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen; die Möglichkeit bezahlter Kurzurlaube, um erkrankte Kinder zu versorgen; Quotierung (verbindlich oder zunächst nur mit empfehlendem Charakter) für alle Betriebs-ebenen und die Besetzung in den Ausschüssen; höhere Arbeitgeberkosten bei Arbeitsverträgen ohne Sozialversicherung; Trainingsprogramme für Frauen, in denen sie sowohl auf den Arbeitsmarkt als auch auf die Arbeit in der Gewerkschaft vorbereitet werden (etwa Schreiben von Bewerbungen und Politikschulung). Gemeinsam fordern Frauen *und* Männer: generelle Verkürzung der *täglichen* Arbeitszeit; allgemeine Tarifizuschläge statt individuell ausgehandelte »Belohnungen«; Garantie für Weiterqualifizierung.

Die Forderungen nach Quotierung und Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub für Männer sind neu in der Debatte der Gleichstellungsausschüsse und bisher von keiner Gewerkschaft in ihre politische Strategie aufgenommen worden. Das ist typisch für die Wirkung der Gleichstellungsausschüsse in ihren Organisationen. Zunächst müssen die Forderungen den Ausschuß selbst, dann die lokale Gewerkschaft passieren und schließlich vom jeweiligen Gewerkschaftsverband auf nationaler Ebene akzeptiert werden. Aber selbst wenn sie auf diesem Wege den Verhandlungstisch erreichen, gehören sie zu den Forderungen, die als erste gestrichen werden. Dennoch halte ich die Kämpfe der Frauen auch in den Gewerkschaftsstrukturen für notwendig. Ich will mich hier nicht weiter mit dem Problem von Frauenpolitik in den existierenden Strukturen befassen, sondern mir geht es um die *Perspektiven* von Gleichstellungsforderungen, d.h. ich will fragen, welche Vorstellungen einer künftigen Gesellschaft unseren Forderungen nach Gleichheit zugrunde liegen. Wenn wir uns nicht darüber im klaren sind, welche »Gleichheit« wir wollen und welche *Bedingungen* als Voraussetzung von Gleichheit, besteht die Gefahr, auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, die nichts mit unseren Utopien zu tun hat.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der es ein Problem ist, sich für Kinder zu entscheiden. Kinder bedeuten Einschränkungen und Belastungen für die Eltern, die aber nicht gleichmäßig auf die Geschlechter verteilt sind. Nach wie vor sind es die Frauen, die durch die Reproduktionsarbeit besonders belastet sind. Zunächst dadurch, daß sie bekanntermaßen doppelte Arbeit leisten müssen. Zum anderen erlernen sie schon als Mädchen Fähigkeiten für den Bereich der Reproduktionsarbeit. So machen sie Erfahrungen und bilden Persönlichkeitsstrukturen heraus, die widersprüchlich sind: Frauen entwickeln Fähigkeiten wie Wissen über Zusammenleben und über Interaktionsformen von Menschen, die für eine menschliche Gesellschaft nötig sind. Zugleich entwickeln sie diese Fähigkeiten aber im Rahmen von Unterdrückung und lernen zugleich, passiv und unsichtbar zu sein, Konflikte zu vermeiden usw. Wohin wollen wir diesen Widerspruch treiben? In welche Gesellschaft führt uns die Gleichstellung der Geschlechter, die Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse?

Lange Zeit war in den Diskursen der Arbeiterbewegung der Begriff der Revolution eindeutig bezogen auf den Klassenwiderspruch als grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruch und zielte auf den Umsturz der Eigentumsverhältnisse, also des Produktionsbereiches. Im Zuge der Entwicklung der neuen Frauenbewegung haben Feministinnen in diesen Diskurs eingegriffen. Es gibt mittlerweile eine umfangreiche Literatur und unzählige Debatten über das Verhältnis und den Zusammenhang von Klassen- und Geschlechterwiderspruch. Für meine Überlegungen hier reicht ein einfaches Schema, um die Verschränkung der beiden Herrschaftsverhältnisse deutlich zu machen:



Ergänzte man dieses Schema durch weitere Dimensionen — wie Rasse, Dritte Welt versus westliche Länder, oder auch: sexuelle Präferenz —, dann könnte man ein Schema zusammenstellen, mit dem deutlich würde, daß ein weißer, heterosexueller Mann im Kapitalismus die größte Macht und den größten Wohlstand genießt, während die schwarze, lesbische Arbeiterin aus Afrika auf allen Ebenen am schlechtesten gestellt ist.

Wenn ich jetzt die zukünftigen Gesellschaftsmodelle vorstelle, die den aktuellen Kämpfen um Gleichstellung zugrundezuliegen scheinen, gehe ich den umge-



kehrten Weg im Vergleich zum orthodoxen Marxismus: Ich gehe vom *Geschlechterverhältnis* aus und frage, welche Konsequenzen dessen Veränderung für den Produktionsbereich hat. Grundbedingung für alle Modelle ist die Realisierung *ökonomischer Gleichheit* und *gleicher Verteilung von Macht*. Ich zeige im folgenden in drei Zukunftsmodellen, wie sich Produktions- und Reproduktionsbereich und ihr Verhältnis zueinander bei Einhaltung dieser Bedingungen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Organisation der Geschlechterverhältnisse verändern.

### Gleichheit nach männlichem Vorbild

In dieser Gesellschaft haben Männer und Frauen die gleichen Persönlichkeitsstrukturen und Fähigkeiten. Im Prinzip verrichten sie gleiche Arbeit, tragen gleiche Kleidung. Kultur, Sprache, soziale Umgangsweisen usw. sind geschlechtsunspezifisch. Kurz gesagt, gilt für alle, was für Männer gegenwärtig Gültigkeit hat. Unterschiede bestehen nur auf der Ebene biologischer Funktionen wie Schwangerschaft, Geburt und Stillen. Aber schon jetzt ist vorstellbar, daß die Bio-Technologie auch diese Unterschiede wird beseitigen können. Wie können wir uns eine Gesellschaft vorstellen, in der diese Vorstellungen realisiert sind?

Ein Hauptgrund für die Entstehung der männlichen Form ist die Tatsache, daß Männer im Zuge der Industrialisierung von der im Privaten verrichteten Reproduktionsarbeit abgetrennt wurden und im Produktionsbereich in Strukturen kapitalistisch organisierter Produktion leben. Dieses kapitalistische Produktionssystem mag in einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt sein (vgl. USA und Dänemark oder auch BRD), aber es hat einige verallgemeinerbare Grundzüge: die Lohnarbeits-Struktur, in der die Lohnarbeitenden vom Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen sind; zentralistische Strukturen, große Produktionseinheiten; Hierarchien im Produktionsbereich und in der Politik — ausgestattet mit unterschiedlichen Möglichkeiten der demokratischen Einflußnahme; spezielle Erziehungsinstitutionen für die Aufzucht neuer BürgerInnen, getrennt vom Arbeitsplatz; Wohn- und Lebensräume getrennt vom Produktionsbereich.

Wenn wir wollen, daß Frauen so werden wie Männer, müssen wir große Teile dieses Produktionssystems erhalten. Nun basiert seine Funktionsfähigkeit aber wesentlich auf der Unterdrückung der Frauen, die wir an ihrem Ausschluß aus ökonomischen und politischen Machtbereichen und ihrer Abschiebung in den privat organisierten Reproduktionsbereich festmachen. Wenn also die Geschlechter wie in diesem Modell gleichgestellt sein sollen, dann müssen wir eine Lösung für die Organisation des Reproduktionsbereiches finden.

Eine Möglichkeit wäre, die Reproduktion innerhalb des Produktionsrahmens nach Prinzipien der Lohnarbeit zu organisieren. Das hieße z.B., Lohn und Altersversicherung für Reproduktionsarbeit einzuführen, also Lohn für Gebären, Tarifzuschläge für neunmonatiges Austragen des neuen Bürgers/der neuen Bürgerin, kostenlose Arbeitskleidung (Schwangerschaftskleider). Für die Zeit nach der Ankunft der neuen Bürgerin/des neuen Bürgers: große zentrale Hege-Institutionen mit Menschen, die für die qualifizierte Arbeit der Kinderaufzucht bezahlt werden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen würden in diesem Bereich

selbstverständlich dieselben sein wie in anderen, so daß es keine Basis mehr für geschlechtliche Arbeitsteilung gäbe.

Eine andere Lösung wäre, die Organisation der Reproduktionsarbeit im Privaten zu lassen. Eine Konsequenz davon könnte die Aufspaltung der Frauen sein. Einige würden sich optimal qualifizieren und im Produktionsbereich arbeiten (die Möglichkeiten dazu könnten durch Quotierung geschaffen werden). Für sie könnte Reproduktionsarbeit dadurch minimiert werden, daß sie z.B. einfach keine Kinder gebären. Oder andere Frauen würden angestellt, die die Reproduktionsarbeit verrichteten. Wir hätten dann auf der einen Seite »egalitäre Frauen«, die sich auf gleicher Ebene wie Männer qualifizierten und arbeiteten. Auf der anderen Seite hätten wir auf Grund geringer Qualifikation schlecht bezahlte Reproduktionsarbeiterinnen. Diese verrichteten entweder die Reproduktionsarbeit von anderen Männern und Frauen — oder ihre eigene — im privaten Heim.

Eine dritte Variante der Lösung des Problems der Reproduktionsarbeit ist, daß weiter die einzelnen Familien dafür zuständig sind; damit wäre auch der Konflikt der Geschlechter um die Regelung von Produktion und Reproduktion in die Kleinfamilie verlagert: die einzelne Frau müßte täglich die Übernahme eines Teils der Reproduktionsarbeit durch ihren Mann erkämpfen. In dem Maße, in dem sie sich durchsetzen könnte, hätten sie beide doppelte Arbeit und wären beide im Konkurrenzkampf mit anderen Lohnarbeitenden ohne Kinder benachteiligt. Wir müssen also feststellen, daß die private Lösung der Reproduktionsarbeit unser Vorhaben der Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse zum Scheitern brächte. Bei beiden Lösungen ist immer einem Teil der Zugang zu den ökonomischen Ressourcen und Macht verbaut. Wenn wir uns hingegen entschließen würden, die Reproduktionsarbeit im Rahmen der Produktion zu regeln, dann müßte die kapitalistische Gesellschaft stark sozialdemokratisch oder fast sozialistisch organisiert sein.

### **Gleichheit in der Differenz**

Dieses Modell basiert hauptsächlich auf den gängigen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Männer und Frauen haben getrennte Arbeitsbereiche, folglich auch getrennte Ausbildungen, unterschiedliche Persönlichkeitsstrukturen, Interessen, soziale und kulturelle Formen usw. — vielleicht sogar getrennte Lebensbereiche. Wie werden wir nun eine Gesellschaft organisieren, die optimale Voraussetzungen für diese Geschlechtertrennung schafft und dennoch für alle gleiche ökonomische Bedingungen und Partizipation an Macht ermöglicht?

Auch für dieses Modell sind unterschiedliche Möglichkeiten vorstellbar: Wenn die Reproduktionsarbeit als weiblicher Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit privat organisiert bliebe, dann müßten wir Löhne für Hausfrauen einführen (in gleicher Höhe wie für Lohnarbeitende). Außerdem müßten Hausfrauen-Organisationen gegründet werden, die mit den Repräsentanten des Produktionsbereichs auf gleicher Ebene Politik machten. Wir müßten sehr strenge Regelungen haben, um den Hausfrauen Macht und Einfluß zu garantieren (etwa ein striktes Quotierungssystem). Als zweite Möglichkeit könnte man sich auch vorstellen, daß die Frauen eine eher gemischte Struktur bevorzugten, in der weiterhin

ein Teil der Reproduktionsarbeit im privaten Bereich verrichtet würde und ein anderer Teil im öffentlichen Bereich, etwa in sozialen Institutionen, Schulen usw., in denen dann aber ausschließlich Frauen arbeiteten. Für beide Möglichkeiten gälte: gleiche ökonomische Gesetzmäßigkeiten im Reproduktions- wie im Produktionsbereich; gleiche Repräsentation in den politischen Institutionen.<sup>2</sup> Dieses Modell produziert aber neue Widersprüche. So ergibt sich ein Problem daraus, daß die Frauen sich fürs Politikmachen qualifizieren müßten. Das bedeutet, daß der passive, Konflikte vermeidende Teil ihrer »Weiblichkeit« verschwinden müßte, also genau der Aspekt der Reproduktionsfähigkeiten, der aus der Unterdrückung kommt. Die Frauen müßten sich ändern.

Was bedeutet das für ihre Kompetenzen in der Reproduktionsarbeit? Und es gibt ein weiteres Problem: wenn Frauen den gesamten Bereich der Kinderaufzucht übernähmen, gäbe es Schwierigkeiten mit den Knaben, die von den Frauen nichts für ihre zukünftige Welt der Arbeit lernen könnten. Manche Kulturen mit geschlechtsbedingter Arbeitsteilung lösen dieses Problem, indem sie die Knaben, sobald sie ein gewisses Alter erreicht haben, den Männern übergeben. Aber diese Gesellschaften sind meistens weniger komplex als unsere. Vielleicht könnten die Frauen das Erfahrungsdefizit ausgleichen, indem sie sich sehr viel Wissen aneignen. In Anbetracht der sich weiter verstärkenden Arbeitsteilung zwischen theoretischer und praktischer Arbeit fällt es nicht schwer, sich Ausbilderinnen vorzustellen, die den Produktionsbereich nur aus der Theorie kennen. Mit diesem Modell wäre es möglich, den Reproduktionsbereich ein Stück weit mit kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten zu regeln. Da es allerdings schwer ist, in diesem Bereich z.B. Profit zu machen, müßten staatliche Instanzen genügend ökonomische Ressourcen vom Produktions- in den Reproduktionsbereich dirigistisch überführen und den Zugang von Frauen zur Macht garantieren. Ein rein kapitalistisches System würde also auch diese Gesellschaft ausschließen; gestärkt würde der Staat.

### **Gleichheit in der Androgynität**

Beide Geschlechter sind für alle Bereiche zuständig und verrichten die gleichen Arbeiten. Sie haben die gleichen Persönlichkeitsstrukturen, Interessen, sozialen und kulturellen Formen usw. Das biologische und soziale Geschlecht wäre kein Kriterium mehr für die Verteilung von Aufgaben und Positionen in der Gesellschaft. Vielleicht würde es nicht einmal mehr bei sexuellen Kontakten eine Rolle spielen. Nur die biologischen Funktionen wie Schwangerschaft, Entbindung, Stillen machten auch hier noch einen Unterschied. Diese menschlichen Wesen wären weder wie Frauen noch wie Männer. Sie hätten sich von ihrem ursprünglichen »Wesen« wegentwickelt zu einer integrierten »Männlichkeit« und »Weiblichkeit«. Wie müßte eine Gesellschaft aussehen, in der sich Frauen und Männer in dieser Weise entwickeln könnten?

Wenn Männer »weibliche« Fähigkeiten entwickeln sollen, dann müssen sie im Reproduktionsbereich leben und arbeiten. Wenn Frauen »männliche« Fähigkeiten entwickeln sollen, dann müssen sie im Produktionsbereich arbeiten. Wenn nun diese beiden Bereiche von Fähigkeiten zusammenwachsen sollen zu einer

dritten Form, dann müßten wir die Trennung zwischen Reproduktions- und Produktionsbereich aufheben und einen Rahmen finden, in dem beide Bereiche geregelt werden. Wir müßten demnach die Produktion in einer Weise organisieren, in der nicht Profitmachen der Motivationsfaktor für alle Handlungen wäre. Wenn nämlich die Kinder an der Produktion teilnähmen, ihre Erziehung und Qualifizierung auch weiterhin in die Produktion mit einbezogen würden, müßten wir die hohe Geschwindigkeit und die starke Konkurrenz verringern oder ganz vermeiden. Dabei denke ich Qualifikation nicht nur als Ausbildung von Fähigkeiten z.B. für den Berufsbereich. Ich meine auch die Aneignung »gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit«. Wenn also Reproduktions- und Produktionsbereich integriert wären, müßte z.B. auch Zeit für die Beaufsichtigung der Kleinkinder sein und dafür, sie spielerisch an die Arbeit heranzuführen. Wir müßten die Produktion wohl in kleineren Einheiten organisieren und Lebens- und Arbeitsbereich verbinden. Dies hätte die Dezentralisierung von Macht zur Folge. Entscheidungen gingen von konkreten überschaubaren Lebenssituationen aus; die Regelung des Gemeinwesens wäre in die Hände der BürgerInnen gelegt. Selbst die zukünftigen Verantwortlichen könnten in Entscheidungsprozesse — zumindest als Lernende — einbezogen sein. Diese Gesellschaft wäre weder wie eine kapitalistische Gesellschaft noch eine sozialistische, zumindest nicht im Sinne der zur Zeit real existierenden.

Man könnte natürlich noch weitere Modelle durchspielen. Aber diese drei sind es, die — wenn auch unausgesprochen — am deutlichsten den aktuellen Debatten um Gleichheit zugrunde liegen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Forderungen der Gewerkschaftsfrauen, müssen wir feststellen, daß die meisten auf das erste Modell hinauslaufen: Schaffung von Gleichheit, indem sich Frauen Männerformen aneignen, Belassen der Reproduktionsarbeit im Privaten, lediglich verbunden mit einigen Erleichterungen für die dafür verantwortlichen Frauen. Die Gewerkschaftsforderungen tasten nicht grundsätzlich die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion an bzw. zwischen Produktions- und ReproduktionsarbeiterInnen. Die Forderungen stellen zudem keineswegs die Abschiebung der Reproduktionsarbeit ins Private in Frage. Sie machen uns jetzt deutlich, daß wir in einer Weise in den Strukturen gefangen sind, die es uns erschwert, Ideen zu entwickeln und für grundlegendere Änderungen zu kämpfen. Es gilt aber, über den Rahmen der quantitativen Forderungen nach weniger Arbeitszeit und mehr Lohn hinauszudenken, um unsere utopischen Ziele zu erreichen. Vielleicht wäre es zusammen mit der Frauenquote auf allen Ebenen im Produktionsbereich genauso wichtig, Männer in die Reproduktionsarbeit »hineinzuquotieren«. Reproduktionsarbeit ist ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Arbeit. Sie ist auch von Sozialisten entweder vergessen oder in ihrer Wichtigkeit völlig unterschätzt worden.

Die neue Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre setzte sich vor allem dafür ein, die Frauen vom Reproduktionsbereich in den Produktionsbereich zu bringen. Jüngere Frauen in der Dänischen Frauenpartei (vgl. Anm. 2) sagen inzwischen: Es ist richtig, daß ihr die Frauen in den Produktionsbereich geschickt habt, aber ihr habt dabei den Reproduktionsbereich vergessen! Dort sind die Bedingungen für die Aufzucht von Kindern, die Versorgung der Kranken und

alten Leute noch immer miserabel. Leider ziehen diese Frauen aus ihrer Kritik oft die Konsequenz, sich immer weiter ins Private zurückzuziehen. Man kann ihnen Kurzsichtigkeit, fehlende Analysefähigkeit oder die Vergeudung von zwanzig Jahren Kampf für Frauenbefreiung vorwerfen — man kann aber auch versuchen, die Botschaft in ihren Haltungen zu lesen und darüber nachzudenken, wie die Probleme, auf die sie hinweisen, gelöst werden könnten, ohne die Strukturen der Unterdrückung zu festigen. Ich glaube, wir müssen letzteres tun! Wir als Gewerkschaftsfrauen müssen unsere Ziele sehr deutlich machen und vermitteln, auf welche Gesellschaftsutopie unsere Forderungen und politischen Strategien hinauslaufen. Auch wenn viele Frauen in den Produktionsbereich gehen, sind die Grundfesten des kapitalistischen Systems noch solange nicht erschüttert, wie Reproduktionsarbeit un- oder unterbezahlt in der Privatform organisiert werden kann.

Quotierung bedroht noch nicht das System, wie sich in Norwegen und Skandinavien gezeigt hat. Dort wurde die Quote ohne große Kämpfe durchgesetzt, während sie in der BRD immer noch auf harten Widerstand stößt. Der Grund dafür liegt wohl im Unterschied der beiden kapitalistischen Systeme. Die Einführung der Quote durch den »skandinavischen sozialdemokratischen Verwaltungskapitalismus« hat die Lebensbedingungen für skandinavische Frauen sicher sehr verändert im Vergleich zu denen für bundesdeutsche Frauen. Die »kulturelle Revolution der Frauen« wurde in einem weit höheren Maße zugelassen. Unser System hat sozusagen konsequent mit »repressiver Toleranz« auf die Forderungen nach Gesellschaftsveränderung reagiert und ihnen die radikalen Spitzen abgebrochen, die auf die alten Fundamente zielten.

Die »kulturelle Revolution« der Frauen während der siebziger Jahre bedeutete hauptsächlich eine Wiedereingliederung in den Produktionsbereich, so daß nun eine Menge skandinavischer Frauen bereitstehen, um sich mühelos ins System einzupassen und der Leistungsgesellschaft ihre Loyalität bekunden. Diese Situation macht deutlich, daß wir längerfristig denken und uns unserer Perspektiven sehr bewußt sein müssen. Für welche Utopie wollen wir arbeiten? Was wollen wir mit einer Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse erreichen?

*Aus dem Englischen von Sabine Fröhlich*

## **Anmerkungen**

- 1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem »Nordic Forum«, einer Konferenz skandinavischer Frauen, im Juli 1988 in Oslo.
- 2 Die Gesellschaft auf Grund eines solchen Ergänzungsverhältnisses der Geschlechter zu organisieren, war die Vorstellung der alten Dänischen Frauenbewegung und kehrt nun in der neuen Frauenpartei wieder, die sich im Herbst 1988 mit dem Ziel gegründet hat, ins Parlament zu kommen.

## Argumente für eine materialistische Utopieforschung

### Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Utopie-Diskussion

Aktuelle politische Entwicklungen bringen Sozialwissenschaftler nicht selten in arge Verlegenheit; zuständig für schnell gefragte Deutungsmuster, stehen sie den zu deutenden Phänomenen zunächst selbst eher verwirrt gegenüber, wie die Diskussion um die neuen sozialen Bewegungen vor einigen Jahren gezeigt hat (vgl. Brand 1985a, 11f.). Paradoxerweise kann die Ungleichzeitigkeit mitunter sogar soweit gehen, daß die wissenschaftliche Auseinandersetzung ihren Höhepunkt zu einem Zeitpunkt erreicht, zu dem das erklärungsbedürftige Phänomen bereits wieder an politischer Aktualität verloren hat (vgl. Huber 1988; Nelles 1984, 425). Eine vergleichbare Entwicklung scheint sich gegenwärtig im Umgang mit der Utopie abzuzeichnen. Nachdem vor etlichen Jahren das auf Ernst Bloch (1959) zurückgehende Wort von der »konkreten Utopie« in Kreisen der Alternativbewegung eine große Rolle gespielt und zu einer Vielzahl friedlich miteinander konkurrierender Lebensentwürfe geführt hat, ist seit kurzem auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung um Begriff und Gehalt der Utopie in Gang gekommen. Nach den Utopie-Produzenten haben jetzt die Sozialwissenschaftler das Wort, während für die ästhetische Theorie und Praxis der Postmoderne die Utopie-Frage geschichtlich bereits wieder überholt ist (vgl. hierzu Metscher 1987). Auf einige Eigentümlichkeiten der beginnenden Utopie-Diskussion hat Hermand hingewiesen, als er die einsetzende Phase der »Verwissenschaftlichung« folgendermaßen charakterisierte:

»Obgleich kaum noch echte, 'universal' orientierte Utopien geschrieben werden, gibt es immer vielfältig verästelte Wissenschaftszweige, die sich mit positivistischem Sammeleifer und reaktionärer Freude am Historisch-Vergangenen mit dem Phänomen des 'Utopischen als solchem' beschäftigen: es katalogisieren, den verschiedensten typologischen und strukturalistischen Schemata unterwerfen oder es zu einem 'literarischen' Genre neutralisieren« (1981, 7).

Diese Tendenz findet sich auch in der zur Zeit wohl aktuellsten Zusammenfassung des momentanen Standes der Utopieforschung (Voßkamp 1985), in der die *politische* Bedeutung utopischen Denkens allenfalls am Rande gestreift wird. Zwar läßt sich auch unter Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und Provenienz sehr schnell Einigkeit darüber erzielen, daß die Negation und Kritik gegenwärtiger Verhältnisse ein konstituierendes Merkmal der Utopie ist, doch werden die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die politische Theorie und Praxis in der Regel nicht weiter entfaltet.

### Ansätze einer marxistischen Utopie-Diskussion

Daß der Einstieg in die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Utopie-Diskussion nicht immer ganz freiwillig erfolgte, sondern eher durch die vorangegangene politische Praxis aufgezwungen wurde, belegt anschaulich eine ausführlich dokumentierte Gesprächsrunde des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zum Thema »Notwendigkeit utopischer Programmatik heute?«, in

der die Bedeutung utopischen Denkens »für den Marxismus und die Arbeiterbewegung heute in der BRD« (Jung 1985, 85) im Sinne einer marxistischen Positionsbestimmung aufgearbeitet werden sollte.

Der vorab bekundeten Offenheit marxistischer Positionen für neu entstehende soziale Fragen und Bewegungen scheint die negative Besetzung des Utopie-Begriffes in der marxistischen Theorie und der damit verbundene Traditionalismus jedoch noch immer entgegenzustehen. Nach wie vor bestimmt die historische Kritik Engels' an den utopischen Sozialisten über weite Strecken auch die Auseinandersetzung mit aktuellen Formen und Inhalten utopischen Bewußtseins aus marxistischer Sicht bis hin zu der Behauptung, daß *allen* utopischen Konzeptionen »die Wiederherstellung des Utopischen als Philosophie *in der offenen oder verdeckten Ablehnung des Sozialismus* als Wissenschaft und/oder als Realität (gemeinsam ist)« (Steigerwald 1985, 92; Hervorh.d.Verf.). Einer derart rigorosen Ablehnung des Utopischen widerspricht allerdings Deppe (1985), der in einem historisch jeweils konkret bestimmbareren »utopischen Überschuß« einen wesentlichen Beitrag zur Geschichtsmächtigkeit der Arbeiterbewegung sieht und den herrschenden Utopie-Verlust als ein »Zeichen der Schwäche der Arbeiterbewegung« (1985, 96) erkennt. Damit knüpft Deppe an Überlegungen an, die bereits vor Jahren Negt veranlaßt hatten, vor der Gefahr eines »Besetzens« politischer Phantasie mit reaktionären politischen Inhalten zu warnen und in Erinnerung zu rufen, daß die faschistische Umfunktionierung von kollektiven Phantasien nur gelingen konnte, »weil der Sozialismus vergleichbare Utopien und Hoffnungen, Gegenutopien, Gegenhoffnungen nicht hinreichend vermittelt hat« (1977, 292).

Offenbar ist die Warnung Negts ungehört verhallt, denn in der gegenwärtigen Situation sehen sich marxistische Wissenschaftler erneut mit der Tatsache konfrontiert, daß sie das Feld der Utopie weitgehend kampflos nicht nur konservativen Politikern (vgl. hierzu Naumann 1985), sondern gleichzeitig auch den neuen sozialen Bewegungen überlassen haben:

»Es ist für Marxisten irritierend, daß durch die grün-alternative Bewegung allgemein-menschliche Ziele, die der Kommunismus sich zu einem großen Teil zu eigen gemacht hat, im Gewande der Utopie auftreten.« (Sörgel 1985, 97)

Damit gerät die marxistische Sozialwissenschaft vorläufig in ein arges Dilemma: Einerseits hat sie, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt eng verbunden, jahrelang und trotz deutlicher Warnungen einen konsequenten Utopie-Verzicht geübt und sich gegen die romantischen Utopien der Alternativbewegung gewehrt, indem sie ihnen die wissenschaftliche Prognose als überlegen gegenüberstellte. Andererseits sieht sie sich nunmehr gleichzeitig gezwungen, die geschichtliche Zukunft, und sei es in der Form utopischen Denkens, gegen die Geschichtslosigkeit und Endzeitstimmung der Postmoderne verteidigen zu müssen (vgl. Metscher 1987). — In dieser Situation, in der sich das traditionelle Ausspielen der Wissenschaft gegen die Utopie bitter rächt, versucht Sandkühler zu retten, was noch zu retten ist, indem er einen Kompromiß vorschlägt:

»... die Phantasie des Neuen, der Traum der befreiten Menschheit, der Vorgriff in die sozialistische Zukunft sind gerechtfertigt, soweit wissenschaftliche Erkenntnis das nach Maßgabe der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung Mögliche benennt.« (1985, 89)

Dieser Kompromißvorschlag muß ihm jedoch selbst etwas halbherzig erschienen sein, da er gleich die Frage »Soweit — also doch ein Vorrang der Wissenschaft?« anschließt. Tatsächlich setzt Sandkühler in seinen weiteren Ausführungen Utopie nach sozialistischem Verständnis mit Prognose gleich und recurriert damit auf eine Abgrenzung zwischen verschiedenen »Momenten der Zukunftsforschung« (Schwendter 1984), die sich vorzugsweise an den zugrunde liegenden Methoden des Zugriffs auf die Zukunft orientiert (vgl. Picht 1967). Während sich die *Prognose* in erster Linie wissenschaftlicher Methoden bedient, um bei Kenntnis möglichst aller relevanten Faktoren die Wahrscheinlichkeit des Eintretens zukünftiger Entwicklungen bestimmen zu können, hat die *Planung* einen stärker instrumentellen Charakter, indem sie auf eine praktische Nutzung gewonnener Erkenntnisse hin angelegt ist. Die *Utopie* wiederum will im allgemeinen aus der Kritik des Bestehenden heraus ebenfalls eine Veränderung durch Praxis, orientiert sich jedoch mehr an umfassenderen Zukunftsbildern und -phantasien. Indem Sandkühler Utopie und Prognose gleichsetzt, unterwirft er das utopische Bewußtsein den strengen Maßstäben wissenschaftlicher Methodik und verschonkt damit deren spezifische Denkformen und Arbeitsmittel. So gesehen, erweist sich die Frage »Utopie oder Wissenschaft« tatsächlich als falsch gestellt; sie wird aber nicht, wie angekündigt, durch ein Und-Verhältnis korrigiert, sondern unter der Hand durch das Einsetzen eines Gleichheitszeichens einseitig aufgelöst.

Diese momentane Hilflosigkeit im Umgang mit der Utopie ist sicher in erster Linie der Tatsache geschuldet, daß der mühsame Versuch einer marxistischen Positionsbestimmung — wie eingangs bemerkt — durch die Auseinandersetzung mit einer nicht in der marxistischen Tradition stehenden politischen Praxis mehr oder weniger aufgezwungen wurde. Damit bietet sich aber auch die Chance, aus marxistischer Perspektive »zu einer *neuen* Positionsbestimmung gegenüber dem Problem der Utopie und des utopischen Bewußtseins zu kommen« (Metscher 1987, 7; Hervorh.d.Verf.). Metscher begründet dies zunächst mit der Existenz utopischer Bewußtseinsformen auf der Seite des Subjekts, wo Fragen der Lebensweise und der Sinnfindung am unmittelbarsten mit Utopie verbunden sind. Nicht zuletzt weil »die Hegemoniefähigkeit einer theoretischen Konzeption nicht aus ihrer abstrakten Richtigkeit und Wahrheit resultiert, sondern aus ihrer Fähigkeit, neue Bedürfnisse und Themen aufzugreifen und diese zu einem theoretischen und politisch-ideologischen Gesamtkonzept zu vermitteln« (Jung 1985, 85), sollte nicht nur der — nach Ernst Bloch so benannte — »Kältestrom« der polit-ökonomischen Analyse im Marxismus beheimatet sein, sondern auch der utopische »Wärmestrom«, »muß auch ein Denken von Zukunft, und zwar über das jeweils pragmatisch Erreichbare und sozial-ökonomisch wie politisch Mögliche, ja auch über die *wissenschaftliche* Prognostik hinaus im Marxismus seinen Ort haben« (Metscher 1987, 4).

### Argumente für die politische Kraft der Utopie

*Kulturtheorie.* — Diese von Metscher mit Zielrichtung auf den Bereich der Kunst und der Ästhetik formulierte Perspektive läßt sich mühelos auch auf den



Zusammenhang der gesamten (individuellen und kollektiven) Lebenspraxis beziehen. Erste Ansatzpunkte für diese These ergeben sich aus den bisherigen Versuchen einer materialistischen Kulturtheorie, die in Teilbereichen der spontan realisierten Lebensweise — mitunter latent — bereits vorhandenen »Umwälzungspotenzen« in Richtung auf eine zumindest individuell befriedigende Lebenspraxis herauszufiltern. Unter den Restriktionen kapitalistisch geformter Lebensverhältnisse lassen sich solcherart »Umwälzungspotenzen« am ehesten noch dort identifizieren, wo »Individuen sich subjektiv freiwillig und hochmotiviert engagieren — vom Organisieren im Vereinsvorstand bis zum Briefmarkensammeln, vom Eisenbahnmodellbau bis zur Erforschung der Lokalgeschichte« (Maase 1980, 140). Diese inmitten des oft grauen Alltags angesiedelten Augenblicke einer geglückten Lebensweise stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den individuellen Utopien als »der Vorstellung davon, was man für sich, für ein befriedigendes und erfülltes Leben erreichen möchte, wie man selber als Persönlichkeit sein will und was einem daher an realen und möglichen Tätigkeiten besonders fruchtbar erscheint« (ebd.). Eine wichtige Erkenntnis der materialistischen Kulturtheorie ist die, daß solche Tätigkeiten nicht vollständig durch die Anforderungen des kapitalistisch geprägten Produktions- und Reproduktionsbereiches vereinnahmt werden, sondern gerade auf Grund ihrer Widersprüchlichkeit Platz bieten für utopische Momente der Lebensgestaltung.

Im Zusammenhang mit der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen hat Brand (1985b) in Anlehnung an Beck (1983) diese Widersprüchlichkeit und die daraus resultierenden Formen politischer Mobilisierung konkreter herausgearbeitet. Demnach hat sich in den westlichen Industriegesellschaften auf dem Boden eines vergleichsweise hohen Lebensstandards ein »Individualisierungsschub von bislang unbekannter Reichweite und Dynamik vollzogen« (Brand 1985b, 314), in dessen Folge sogenannte »postmaterielle« Bedürfnisse (persönliche Entfaltung, Mitbestimmung und dergleichen) an Bedeutung gewinnen konnten. Als gegenläufige Tendenz zeichnet sich jedoch gleichzeitig eine »Homogenisierung der individuellen Lebensbedingungen« (Brand 1985b, 314) ab, die durch Massenkonsum, Technisierung der Arbeitswelt und ähnliche Normierungsprozesse charakterisiert ist. Das gleichzeitige Aufeinandertreffen beider Entwicklungen bereitete den Nährboden für die spezifischen Formen einer politischen Mobilisierung innerhalb der entstandenen neuen sozialen Bewegungen. Nicht zufällig stehen Versuche, »eine autonome, der herrschenden funktionellen Rationalität zuwiderlaufende Lebensgestaltung zu realisieren« (Nelles 1984, 428), im thematischen und politisch-praktischen Mittelpunkt der neuen sozialen Bewegungen. Das vor diesem Hintergrund aktualisierte utopische Moment reicht als gemeinsamer Nenner sicher nicht aus, um von der Entstehung einer »neuen sozialen Klasse« (Kriesi 1987) zu sprechen, beleuchtet aber erneut die tendenziell politisierende Kraft utopischer Momente der Lebensgestaltung, wie dies bereits vor Jahren von der materialistischen Kulturtheorie erkannt wurde.

*Tätigkeitstheorie.* — Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Begründung der potentiell politisierenden Kraft des Utopischen leistete die materialistische Tätigkeitstheorie. Ausgehend von der Frage nach der biographischen Entwicklungsdynamik (Kruse 1985) versucht sie, im Rückgriff auf das Tätigkeits-Konzept der

sowjetischen Psychologie (vgl. Leontjew 1977), die Herausbildung bestimmter Handlungsmuster in der Auseinandersetzung des einzelnen mit seiner sozialen Realität näher zu bestimmen. Dabei zeigte sich, daß die biographische Entwicklung trotz ihrer inneren subjektiven Logik (vgl. Henkel u. Roer 1985) nicht widerspruchsfrei verläuft — im Gegenteil (vgl. Kruse 1985, 49). Eine der wichtigsten Ursachen von Orientierungskrisen ist eine in der Lebenspraxis auffindbare »Diskrepanz zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit« (Haselmann 1984, 142), die insbesondere dann vorliegt, wenn individuell besonders bedeutsame Grundbedürfnisse nicht realisiert werden können. Diese Diskrepanz zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit läßt sich folgerichtig auch als konflikthafte Verhältnis zwischen Utopie und Lebenspraxis beschreiben (vgl. Heubrock 1988a). Wie tätigkeitspsychologische Analysen gezeigt haben, führen konflikthafte Utopie/Lebensstil-Komplexe nicht notwendig zu sozialer Isolation (Jantzen 1985, 282), sondern unter Umständen auch zu einer progressiven Neustrukturierung der persönlichen Identität (Haselmann 1984) und gegebenenfalls sogar zu partiell politischen Handlungsmustern bis hin zu politischem Protest (Fietkau 1984).

Die Richtung der biographischen Neustrukturierung und damit die Möglichkeit der Entwicklung politischer Handlungsmuster hängt zum einen von der jeweiligen Lebenssituation einer Person, ihren Ressourcen und Fähigkeiten, ihrem Alter und ihrer Schichtzugehörigkeit (Kaplonek u. Schroeter 1979) ab, zum anderen aber auch davon, inwieweit es gelingt, »die neu zu entwickelnde und dann die zunächst nur vorgestellte Perspektive praktisch zu realisieren, das heißt in reale Möglichkeit umzusetzen, bis diese Wirklichkeit wird« (Haselmann 1984, 207). Das damit explizit angesprochene utopische Entwicklungsmoment hat eine um so größere Realitätsmächtigkeit, je enger sich die Anbindung des einzelnen an soziale Bewegungen gestaltet (vgl. Heubrock 1988b). Soziale Bewegungen bieten dem einzelnen, vor allem in der Phase einer biographischen Neustrukturierung, den Schutz einer Gruppe und die Erfahrung praktischer Solidarität und vermindern damit das tatsächliche oder befürchtete Risiko, das mit der »Unsicherheit über die konkrete alltägliche Wirklichkeit einer alternativen Sozialform« (Haselmann 1984, 207) stets verbunden ist.

*Utopieforschung.* — Diese Argumente für eine Sichtweise, in der individuellen und kollektiven Utopien ein politisierendes Moment zugeschrieben wird, konnten in Ansätzen auch empirisch gestützt werden. Im Rahmen eines Forschungsprojektes über den Einfluß von Utopien auf die Lebenspraxis junger Erwachsener (Heubrock 1988a) wurden schriftliche Berichte über den utopisch gewünschten Alltag und den tatsächlich realisierten Lebensstil ausgewertet, miteinander verglichen und in mehrwöchigen Gruppendiskussionen ausführlich exploriert. Dabei konnte die erwartete »Diskrepanz zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit« (Haselmann) in der Weise weiter spezifiziert werden, daß in den Utopien kompensatorische und protestorientierte Handlungsmuster gegenüber resignativen an Bedeutung gewannen, kollektive Formen der Lebensorganisation gegenüber individuellen zunahmen, und der Anteil politischen Engagements größer war. Diese nachgewiesenen Diskrepanzen zwischen Utopie und Lebenspraxis lassen sich, durch die qualitative Analyse der Gruppendiskussionen zusätzlich gestützt, als Ausdruck der Kritik an den gegenwärtigen Lebensverhält-

nissen und als Wunsch nach einer stärker kollektiven Organisation interpretieren.

Auch wenn ein dezidiert politisches Engagement selbst in den Utopien insgesamt keine überragende Bedeutung gewinnen konnte, so scheinen individuelle und gesellschaftliche Utopien doch ein *Protestpotential* zu enthalten. Inwieweit das Umschlagen dieses latent vorhandenen Potentials in politische Veränderungspraxis tatsächlich gelingt, dürfte von verschiedenen Faktoren abhängen, von denen sich in der referierten Untersuchung die Erfahrung von zumindest teilweiser Realisierbarkeit der Utopie, die Erfahrung von Solidarität und die Akzeptanz konflikthafter Lebensverhältnisse als bedeutsam herauskristallisierten. Eine auf Utopien gestützte Veränderungspraxis zeigt sich beispielhaft in dem grundlegenden Wandel der Lebensorientierung junger Frauen. Der Schritt für Schritt mühsam erkämpfte Anspruch auf persönliche Autonomie und materielle Unabhängigkeit führte unter anderem zu einer ausgeprägten Berufsorientierung, die gleichzeitig die soziale Isolation einer Hausfrauen-Existenz durchbricht und die Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen einfordert (vgl. Zoll u.a. 1989, 126ff.). Hier zeigen sich auch Unterschiede in den Utopien von Männern und Frauen am deutlichsten. Untersucht man die Lebensstil- und Utopie-Berichte junger Erwachsener hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Besonderheiten (vgl. Heubrock u. Lübberts 1989), so fällt vor allem die größere Bedeutung kollektiver Lebensformen in den Utopien von Frauen auf, während Männer nicht nur in ihrer gegenwärtigen Lebenspraxis, sondern auch in ihren Utopien weiterhin eine individualistische Lebensweise bevorzugen. Die von Zoll u.a. (ebd.) als Ausdruck eines »neuen kulturellen Modells« ausgedeutete »kommunikative Grundhaltung« jüngerer Menschen scheint demnach insbesondere von Frauen als *Veränderungspraxis* begriffen zu werden. Daß sich hier möglicherweise auch ein Wandel in den politischen Durchsetzungsstrategien andeutet, zeigt sich unter anderem darin, daß ein dezidiert politisches Engagement — soweit es in klassischer Weise als Teilnahme an Demonstrationen, Partei- oder Gewerkschaftsarbeit und dergleichen operationalisiert wird — in den Utopien von Frauen eine nur sehr geringe Bedeutung hat und auch eine klare Protest-Haltung seltener anzutreffen ist. Dagegen finden sich in den Utopien von Frauen stärker kompensatorische Handlungsmuster, während Männer entweder Protest *oder* resignative Tendenzen zeigen. Versteht man in Anlehnung an Fietkau (1984) unter Kompensation den Versuch, in einzelnen Teilbereichen der Lebenspraxis selbstbestimmte Aktivitäten zu entfalten, so deuten diese Ergebnisse<sup>1</sup> auf eine Dichotomie männlicher und weiblicher Politikformen hin. Einer Orientierung am »großen Wurf« theoretischer Konzeption setzen Frauen offenbar die schrittweise Veränderung der eigenen Lebenspraxis als politische Strategie entgegen. Ob eine solche Strategie — wie F. Haug befürchtet — Isolation und Vereinzelnung als »Hauptursache der Unterdrückung von Frauen« (1984, 697) reproduziert oder aber als Ansatzpunkt einer dynamischen, im besten Sinne konkreten Utopie gegen vorzeitige Enttäuschung und Resignation immunisiert, wäre ein lohnender Untersuchungsgegenstand einer materialistischen Utopieforschung.

## Konsequenzen für die sozialwissenschaftliche Utopie-Diskussion

Die Ergebnisse der drei angeführten Arbeitsrichtungen materialistischer Wissenschaft sind für die aktuelle Diskussion in mehrfacher Hinsicht instruktiv. Zum einen scheinen gravierende Defizite in der Einschätzung der politischen Dimension neuer sozialer Bewegungen insbesondere darin zu liegen, daß über die individuellen Handlungsmotive, die zu politischer Aktivität, Resignation oder Abstinenz führen, nach wie vor relativ wenig bekannt ist. Außer allgemeinen strukturellen Merkmalen (jüngere Professionelle aus sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen, Träger »postmaterieller« Wertmuster; vgl. Kriesi 1987) liegen kaum verlässliche Informationen darüber vor, welche Bedingungen letztendlich einen Politisierungs- oder Entpolitisierungsprozeß begünstigen oder hemmen. Diese Lücke wurde lange Zeit durch die »Unzufriedenheits«-Hypothese vorläufig gefüllt, deren Tragfähigkeit aber auf Grund uneinheitlicher empirischer Befunde zunehmend ins Wanken gerät (vgl. hierzu zusammenfassend Prester 1987, 22ff.). Neuerdings wird auch das inhaltlich verwandte und in der politischen Praxis beliebte Konzept der »Betroffenheit« in seiner Bedeutung für politisches Handeln insgesamt in Frage gestellt, da es sich weder als analytische Kategorie eigne noch über die zugrunde liegenden Handlungsmotive Auskunft zu geben vermöge (Nelles 1984, 427). Obwohl Weede zurecht darauf hingewiesen hat, daß »der Zusammenhang zwischen sozialpsychologischen Theorien und makropolitischen Erklärungsansätzen ziemlich locker (ist)« (1975, 423), scheint die Rezeption neuerer tätigkeitspsychologischer Ansätze zur Herausbildung grundlegender Handlungsmuster als Folge von Orientierungskrisen und die Frage nach dem Einfluß konflikthafter Utopie/Lebensstil-Komplexe lohnend zu sein. Gerade der im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen immer wieder diskutierte »gemeinsame Nenner«, die Realisierung neuer Lebensformen, ist besonders eng mit der Frage nach der politischen Bedeutung utopischen Bewußtseins verbunden und sollte folgerichtig auch von dieser Seite her aufgegriffen werden.

Zum anderen haben die Erfahrungen mit verschiedenen Konzepten einer Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung gezeigt, daß ohne die Kategorie der »objektiven Möglichkeit« und ihre Vermittlung letztendlich keine Einsicht in die Notwendigkeit politischen Handelns erzielt werden kann: »Kategorien wie die der objektiven Möglichkeit und des objektiven Interesses ... bestimmen jedoch nicht nur den Maßstab für die Deutung von Handlungen und Vorstellungen der Arbeiter, sondern haben zugleich die Funktion von *Lernmotivkategorien*.« (Negt 1975, 95; Hervorh.d.Verf.)

Gelingt es nämlich nicht, »illusionäre oder auf entfremdeten Interessen beruhende Vorstellungen und Handlungen, die Erbteil der bestehenden Klassengesellschaften sind, von denjenigen zu unterscheiden, die mit der historischen Entwicklungstendenz objektiv übereinstimmen, dem einzelnen aber nur durch Antizipation eines freien und gerechten Gesellschaftszustandes verständlich zu machen sind« (Negt 1975, 84), so können auch Motivstrukturen, die zu politischem Handeln führen, nicht entwickelt werden. Damit gewinnt auch die von Ernst Bloch (1959) vorgenommene Ausdifferenzierung der Kategorie *Möglichkeit* eine

unmittelbar politische Bedeutung: Utopisches Bewußtsein, das »nicht nur ein armseliger, abstrakter psychologischer Wunschtraum bleibt, sondern vermittelnd und vermittelt in die Geschichte selbst eingreift« (Bloch 1978, 133), muß nicht nur konkret, sondern auch realistisch sein; es muß sich also auf eine objektiv-reale Möglichkeit beziehen, deren Aneignung sich in der politischen und Lebens-Praxis nur jeweils schrittweise vollziehen kann. Für die sozialwissenschaftliche Diskussion bedeutet dies, utopische Lebens- und Gesellschaftsentwürfe, wie sie im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen entstanden sind, vermehrt daraufhin zu untersuchen, ob ihnen ein Utopie-Verständnis nach Art eines »anything goes« oder als prozeßhafte Verwirklichung echter Möglichkeit zugrunde liegt.

Hier könnte auch ein lohnender Ansatzpunkt für die gegenwärtige marxistische Positionsbestimmung zur Bedeutung utopischen Denkens liegen. Die Frage nach dem jeweils konkret zu analysierenden Gehalt utopischer Entwürfe ist fruchtbarer als ein generelles, dem vielfach noch immer vorherrschenden Traditionalismus verbundenes Verdikt über *die* utopische Denkform schlechthin.

### Utopien von Arbeit und Leben als Handlungsfeld materialistischer Wissenschaft

Vor allem die durch Deppe (1985) und Metscher vorgezeichnete Diskussionslinie, utopische Entwicklungsmomente als potentiell geschichtsmächtige Kraft zu begreifen, könnte marxistische Positionen in der anstehenden Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeitswelt (vgl. Alheit u.a. 1986, Heubrock 1988c, Negt 1985, 198ff.) wesentlich stärken. Hierbei lassen sich zwei Entwicklungsstränge erkennen. Die eine Richtung neigt dazu, utopische Entwicklungsmomente außerhalb des Arbeitssektors anzusiedeln und in die durch gewerkschaftlich erkämpfte Arbeitszeitverkürzungen gewonnene Freizeit zu verlagern:

»Die gesellschaftlichen Räume, in denen Menschen bedeutsame soziale Konflikterfahrungen machen und ihr Selbst- und Wirklichkeitsverständnis ausbilden, verlagern sich zunehmend von den Betrieben nach außerhalb. Das bedeutet gewiß nicht, daß der Betrieb aufgehört hat, das wichtigste Organisationszentrum der Gewerkschaften zu sein; es heißt aber, daß die Gewerkschaften sich nicht auf den Betrieb beschränken dürfen, sondern die Interessen der Arbeiter auch in ihrem *außerbetrieblichen Lebenszusammenhang* organisieren müssen« (Negt 1986, 16; Hervorh.d.Verf.; ebenso auch Negt 1985; kritisch hierzu F. Haug 1987).

Das hieraus abgeleitete kulturpolitische Mandat der Gewerkschaften, das sich in einer der Arbeitswelt gegenübergestellten »Lebenswelt« aktualisieren soll, tritt damit zunächst in Konkurrenz zu den vorerwähnten sozialen Bewegungen, die das »Private« bereits vor Jahren als bevorzugten Raum der Realisierung neuer Lebens- und Kommunikationsformen propagiert haben.

Die zweite Richtung versteht weiterhin die Auseinandersetzungen um die Arbeit und innerhalb der Arbeitswelt als den Ort, an dem eine »Utopie der Arbeitsgesellschaft« mit »neue(n) Formen des Zusammenlebens und Arbeitens« (Haug 1986, 188) zu entwickeln ist:

»Eine wichtige politische Aufgabe wäre es, ein anderes Modell von einem Arbeitsleben als allgemeinen Anspruch zu verankern. Eine Zusammensetzung der Arbeitszeit aus gesellschaft-

licher Erwerbsarbeit, aus politisch-gesellschaftlicher Arbeit und aus individueller Erhaltung und Entwicklung wäre zu diskutieren, im einzelnen auszugestalten und in den heute durchsetzbaren Anteilen zu bestimmen.« (Ebd., 187)

Ansätze hierfür ergeben sich — so widersinnig dies auf den ersten Blick erscheinen mag — gerade aus den Individualisierungstendenzen innerhalb der Arbeitswelt (vgl. hierzu Beck 1986; Brock 1988). Das persönliche Interesse an der Arbeit, die starke Verknüpfung von persönlicher Identität und Arbeitssituation, hat bei vielen Beschäftigten zu einem »arbeitsorientierten Lebenskonzept« (Heinz 1988) und damit zu einem Verwischen der klassischen Grenzen zwischen fremdbestimmter Existenzform in der Arbeit und selbstbestimmter Existenzform in der Freizeit geführt. Eine enge Verbindung von Arbeit und »privaten« Interessen, die Hoffnung, »in und vermittels der Berufstätigkeit eigene Vorstellungen, Wünsche und Pläne realisieren zu können« (Kloas u.a. 1985, 160), vermag gerade die persönliche Motivation zu mobilisieren, die für innerbetriebliche Aktivierungs- und Politisierungsprozesse unverzichtbar ist. Konkrete Ansatzpunkte für eine derartige Politisierung der Arbeitserfahrung werden sich vor allem dann ergeben, wenn das Bedürfnis nach kooperativen Arbeitsformen in Widerspruch tritt zu der noch verstärkt zu erwartenden »Auflösung kollektiver Zusammenhänge in der Arbeit« (Peter 1987).

Hier ergeben sich auch Ansatzpunkte, die oben erwähnte Dichotomie von Arbeitswelt und Lebenswelt, die über weite Strecken noch spürbare Konkurrenz zwischen den neuen sozialen Bewegungen und einem erweiterten kulturpolitischen Mandat der Gewerkschaften schrittweise aufzulösen. Als wesentliche Ursache für die Berührungängste zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen macht Nelles (1984) einen fundamentalen Unterschied im politischen und kulturellen Anspruch aus, in der Gegenüberstellung von Gleichheit auf der einen und von Individualität und Besonderheit auf der anderen Seite. Aber gerade diese Blockbildung verliert in dem Maße ihre Berechtigung, indem sich einerseits die Gewerkschaften den Individualisierungstendenzen innerhalb der Arbeitswelt immer weniger entziehen können, und indem auf der anderen Seite die von den sozialen Bewegungen hervorgehobene individuelle Autonomie sich als Scheinautonomie erweist. Die für diesen Fall von Kriesi (1987) prognostizierte Annäherung der neuen sozialen Bewegungen an die Arbeiterbewegung ist in Ansätzen bereits spürbar. Und hierbei ist es sicher nicht zufällig, daß gerade Utopien von Arbeit und Leben den Ausgangspunkt aktueller Standortbestimmungen innerhalb der Linkskräfte bilden (vgl. Alheit u.a. 1986, Spoo 1988).

Darüber hinaus zeichnet sich aber auch die Notwendigkeit ab, den gewonnenen »Raum für die Konkretisierung einer Lebensweise, in der die Arbeit erleichtert ist, neue vielseitige Bildungsanforderungen, demokratische Selbstbestimmung und Kontrolle von unten, Kreativität und Innovationsfähigkeit des einzelnen möglich werden« (Deppe 1985, 96), produktiv zu nutzen, das heißt, Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie einer weiteren »Homogenisierung der individuellen Lebensbedingungen« (Brand 1985, 314) wirksam begegnet und gleichzeitig eine erfüllte Lebenspraxis im Sinne der materialistischen Kulturtheorie realisiert werden kann. Hierzu ist eine materialistische Utopieforschung notwendig,

die — über wissenschaftliche Prognostik hinausgehend — die Nahtstelle zwischen individuellen Utopien und kollektiven Organisationsformen als politisches Potential aufgreifen und weiterentwickeln muß.

## Anmerkungen

- 1 Die Auswertung der Ergebnisse, auf die hier Bezug genommen wird, ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Eine detaillierte Darstellung und Analyse befindet sich in Vorbereitung (Heubrock u. Lübbers 1989).

## Literaturverzeichnis

- Alheit, Peter, Gerd Lobodda und Jörg Wollenberg, 1986: Wie wir leben wollen. Krise der Arbeitsgesellschaft, Widerstand, Reform und Perspektiven. Hamburg
- Beck, Ulrich, 1983: Jenseits von Stand und Klassen? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen. In: Soziale Welt, Sonderheft, 35-74
- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst, 1959: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt/M.
- Bloch, Ernst, 1978: Tendenz — Latenz — Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe. Frankfurt/M.
- Brand, Karl-Werner, 1985a: Einleitung. In: ders. (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Darmstadt, 9-19
- ders., 1985b: Vergleichendes Resümee. In: Ebd., 306-334
- Brock, Ditmar, 1988: Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbeußtsein. Über Wandlungstendenzen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung. In: Soziale Welt 39, 413-434
- Deppe, Frank: 1985: Utopisches Denken und Klassenautonomie heute. In: Marxistische Blätter 23, 94-97
- Engels, Friedrich, 1962: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 19. Berlin (DDR), 181-228
- Fietkau, Hans-Joachim, 1984: Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie. Weinheim
- Haselmann, Sigrid, 1984: Gesellschaftliche Beziehungsform und psychosoziale Kränkungen. Eine tätigkeitspsychologische Grundlegung. Frankfurt/M.
- Haug, Frigga, 1984: Tagträume. Dimensionen weiblichen Widerstands. In: Das Argument 147, 681-698
- dies., 1986: Zeit der Privatisierungen? Verarbeitungen gesellschaftlicher Umbrüche in Arbeit und Lebensweise. In: Das Argument 156, 174-190
- dies., 1987: Zeit für uns. Zu Oskar Negts Buch über Arbeitszeitverkürzung. In: Das Argument 164, 483-494
- Heinz, Walter R., 1988: Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt. Jugendliche zwischen Modernisierungsversprechen und Beschäftigungsrisiken. In: Das Argument 168, 198-207
- Henkel, Dieter, und Dorothee Roer, 1985: Thesen zu einer Theorie psychischer Störungen ausgehend von der Tätigkeitspsychologie Leontjews. In: G. Feuser u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie V. Köln 56-60
- Herman Jost, 1981: Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens. Königstein/Ts.
- Heubrock, Dietmar, 1988a: Utopie und Lebensstil. Eine empirische Untersuchung zur Bedeutung von Ernst Blochs Konzept der »konkreten Utopie« für eine materialistisch-psychologische Utopieforschung. Köln
- ders., 1988b: Utopie und Alltag: Entwicklungsmomente in der alltäglichen Krise. Vortrag auf dem Kongreß für Klinische Psychologie und Psychotherapie am 23.2.1988 in West-Berlin
- ders., 1988c: Individualisierung der Arbeitswelt und gewerkschaftliches Handeln. Msk.

- Heubrock, Dietmar, und Britta Lübbers, 1989: Utopien von Männern und Frauen (Arbeitstitel; i.Druck)
- Jantzen, Wolfgang, 1985: Selbstorganisation, Ontogenese des psychischen Abbilds und Psychosomatik. In: *Gestalt Theory* 7, 273-290
- Jung, Heinz, 1985: Utopie als Zukunftsdenken heute? In: *Marxistische Blätter* 23, 85-88
- Kaplonek, Hanna, und Roswitha Schroeter, 1979: Psychische Probleme als Problem der Lebensbewältigung. In: Keupp, Heiner (Hrsg.), *Normalität und Abweichung. Fortsetzung einer notwendigen Kontroverse*. München, 277-311
- Kloas, Peter-Werner, Gertrud Kühnlein und Angela Paul-Kohlhoff, 1985: Auswirkungen der Verwertungskrise von Berufsausbildung auf die Zukunftsorientierung Jugendlicher. In: E.-H. Hoff u.a. (Hrsg.): *Arbeitsbiographie und Persönlichkeitsentwicklung*. Bern, 154-164
- Kriesi, Hanspeter, 1987: Neue Soziale Bewegungen: Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner. In: *Politische Vierteljahresschrift* 28, 315-334
- Kruse, Otto, 1985: Entwicklungsdynamik und Biographie. Überlegungen zu einer Theorie biographischer Entwicklung in der Psychologie A.N. Leontjews. In: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis* 17, 42-55
- Leontjew, Aleksej N., 1977: *Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit*. Stuttgart
- Maase, Kaspar, 1980: Zur Untersuchung kultureller Aspekte im Alltag. In: W.F. Haug u.a. (Hrsg.), *Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur*. Berlin (West), 137-151
- Metscher, Thomas, 1987: Zukunft in der Vergangenheit. Die geistige Krise der Gegenwart und das Problem utopischen Bewußtseins. In: *Kultur und Gesellschaft*, Juli/August, 3-5
- Naumann, Klaus, 1985: »Konservative Utopie«?! — Überlegungen zu einem Aspekt des konservativen Hegemoniepotentials (Thesen). In: *Marxistische Blätter* 23, 101-103
- Negt, Oskar, 1975: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*. Frankfurt/M.
- ders., 1977: Phantasieverbot von links? Zur Aporie von Bild und Begriff. In: ders., *Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral*. Frankfurt/M., 284-296
- ders., 1985: *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*. Frankfurt/M.
- ders., 1986: *Krise, Politik und Utopie. Jenseits der »Arbeitsgesellschaft«?* In: Alheit u.a. (Hrsg.): *Wie wir leben wollen. Krise der Arbeitsgesellschaft, Widerstand, Reform und Perspektiven*. Hamburg, 10-20
- Nelles, Wilfried, 1984: *Kollektive Identität und politisches Handeln in Neuen sozialen Bewegungen*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 25, 425-440
- Peter, Lothar, 1987: *Eine historisch neue Qualität. Thesen zu neuen Technologien und Veränderung der Arbeit*. In: *Forum Wissenschaft* 4, 4-7
- Picht, Georg, 1967: *Prognose, Utopie, Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt*. Stuttgart
- Prester, Hans-Georg, 1987: *Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Eine sozialpsychologische Analyse der politischen Beteiligung*. Bern
- Sandkühler, Hans Jörg, 1985: *Utopie oder Wissenschaft? Thesen gegen eine falsch gestellte Frage*. In: *Marxistische Blätter* 23, 89-92
- Schwendter, Rolf, 1984: *Zur Geschichte der Zukunft. Zukunftsforschung und Sozialismus*, Bd. 2. Frankfurt/M.
- Sörgel, Angelina, 1985: *Zur Rolle der Utopie in Ideologie und Politik der Grün-Alternativen und der neuen sozialen Bewegungen*. In: *Marxistische Blätter* 23, 97-100
- Spoo, Eckart (Hrsg.), 1988: *Wie weiter? Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik*. Hamburg
- Steigerwald, Robert, 1985: *Besetzung des Utopie-Begriffs in der Nachkriegszeit bis heute (Thesen)*. In: *Marxistische Blätter* 23, 92-94
- Weede, Erich, 1975: *Unzufriedenheit, Protest und Gewalt: Kritik an einem makropolitischen Forschungsprogramm*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 16, 409-428
- Zoll, Rainer, Henri Bents, Heinz Brauer, Jutta Flieger, Enno Neumann, und Mechtild Oechsle, 1989: »Nicht so wie unsere Eltern!« Ein neues kulturelles Modell? Opladen



Kornelia Hauser

## Der Sozialismus bleibt untröstlich

### Überlegungen zu Christa Wolfs *Sommerstück*\*

»Die Erfahrung wird vom Denken buchstabiert, aber sie ist auch die Arbeit des Gefühls, des Traums, der Vorstellungskraft. Gefühlen eignet Realismus, sie sind real Gewordenes: abgelagertes Denken, Gewußtes ins Unterbewußtsein gesunken; ein Potential, das das Denken unterstützt und mit ihm kollidiert, das es lähmt oder ermutigt zur Utopie und steigert zur Vision« (Volker Braun)

Geschrieben hat Christa Wolf ihr Buch bis 1982/83, Teile davon parallel zu *Kein Ort. Nirgends*. Darin ging es um zwei — Kleist und Günderode —, die »ihre Stirn an der gesellschaftlichen Mauer der Wirklichkeit wundrieben« (Anna Seghers). In *Sommerstück* verbringen befreundete Intellektuelle und KünstlerInnen gemeinsam einen Abschnitt Zeit und erfinden eine neue gemeinsame dritte Sache: einfach leben. Eingeengt zwischen grauem Alltag und der »Schuld, daß sie ihre Pläne, Entwürfe, da man sie ihnen mit mehr oder weniger Aufwand, mehr oder weniger plump abgeschmettert hatte, einen nach dem anderen zurückgezogen, beiseitegelegt hatten« (95), kamen sie aufs Land und lassen sich jetzt von Naturverläufen berühren, sehen der Dorfbevölkerung beim Leben zu, empfinden das Glück, zusammen (gemeinsam) zu sein; sie ersinnen unentwegt Anlässe für Feste, die die Sinne berauschen. Veröffentlicht hat Christa Wolf das Buch in Zeiten des Aufbruchs, der aus einem anderen Land kommt und der das ihre auf Grund einer anderen als »der« Mauer nicht schon erreicht hat.

Sie führt individuelle Verarbeitungsweisen eines Sozialismus vor, der die Massenproduktion von Demokratie noch nicht freigegeben hat. »Ganz deutlich, bedrängend sogar, spürten sie doch bei aller Lebensfülle einen Vorrat in sich, der niemals angefordert wurde, ein Zuviel an Fähigkeiten und Eigenschaften, die sie für nützlich und brauchbar hielten, die eine Vergangenheit und, so hofften sie immer noch, eine Zukunft hatten, aber keine Gegenwart ... Sie waren es, die nicht gebraucht wurden.« (191) Wenn diese Intellektuellen über sich nachdenken, denken sie über ihre Produktionsbedingungen — als Möglichkeiten und Be- oder Verhinderungen — nach. Auf diesem Hintergrund läßt sich auch eine formationsspezifische Dimension der Forderung nach »Recht auf Arbeit« entziffern: unter kapitalistischen Verhältnissen wäre sie die Einschreibung der menschlichen Nützlichkeits für das Gemeinwesen in die Rechtsprechung. Die Vernutzung der in Arbeitskraft angelegten Nützlichkeits sichert den einzelnen erst das Überleben. Die Forderung kann also als »Recht auf Überleben« gesprochen werden. Unter sozialistischen Bedingungen finden wir eine neue Verknüpfung vor: Indem die Nützlichkeits selbstverständlich ist und nicht mehr angstbesetzt an die individuelle Reproduktion gebunden wird, kann sie selbst ins Zentrum rücken; sie wird befragbar und der ausbezahlte Lohn nicht als Antwort verstanden. Partizi-

\* Wolf, Christa: *Sommerstück*. Luchterhand-Verlag, Frankfurt/M. 1989 (216 S., Ln., 29,80 DM)

pation und Nützlichkeit müssen sich verbinden können, der »gesellschaftliche Nutzen« wird zu einem Projekt, zu dem sich potentiell alle verhalten können müssen. Das Recht auf Arbeit wird so zum Recht auf Einmischung in die eigenen Angelegenheiten, die alle angehen. Diese Seite ist die hoffnungsvolle in *Sommerstück* — nicht im Schreibduktus von Christa Wolf, weil deutlich wird, daß eine Gesellschaft sich die Probleme stellen muß, die sie zu lösen hat, und daß einige Gesellschaftsmitglieder — Intellektuelle — sich die Aufgabe von »Problemträgern« anzumessen haben; sie müssen die Probleme zum Sprechen bringen, ihren Zusammenhang herstellen, sie in Bewegung bringen.

Die andere Seite ist die Dorfbevölkerung. Da erfor ein Postbote, weil ihm die Bäuerin nicht die Tür aufmachte und argwöhnte, er sei bloß betrunken. Einige Jugendliche ließen eine Katze in einem Vogelbauer verhungern. Die Förstersfrau ist Trinkerin und geldgierig; der Förster, »dem das Hemd weit aus der Hose hing« (110), möchte seinen Gewehrschrank zeigen (und tut es mehrmals), der jedoch leer ist. Die Gruppe kann solchen sozialen Zusammenbrüchen nur zusehen; sie ist gleichzeitig involviert, ähnlich wie in ein Theaterstück, in das plötzlich Zuschauer einbezogen werden. »Die rote japanische Quitte jenseits der Straße paßte in unsere nüchterne Gegend wie der rotglühende Irrsinn in eine unauffällige Familie. Wie der gefiederte Essigstrauch, den sie im Vorgarten mitten auf den Rasen gesetzt hatten, zu Forsythie, Holunder und Lupinen. Fremdes Gewächs, wie wir.« (29) Das »Zuviel« an Sehnsucht und Wollen bei der Gruppe der Intellektuellen trifft auf ein »Zuwenig« bei der Dorfbevölkerung. »Ellen erinnerte sich an die Menschenströme, die bei Kriegsende über die Straßen Mecklenburgs und als Rinnsale in die Bauernhäuser gespült worden waren, und zu denen sie gehört hatte. Nun dreißig Jahre später begegnete ihr das menschliche Strandgut, das nicht wieder hatte flott werden können.« (112) Man kann darüber streiten, ob die Bilderwahl von Christa Wolf trifft, was sie meint. »Flottwerdendes« Gut treibt auf dem offenen Meer, von Wind und Wellen bewegt, ohne Selbstbewegung. Aber sie führt den Gegensatz von Stadt und Land vor in einem bestimmten Sozialismus. Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten existieren in den Städten, als bräuchte der Staat das Bauern-Volk nicht als Sozialisten. Das »ewig Alte« und das »schon Neue« treffen sich in der Ablehnung des Vorhandenen. Jene, denen Sozialismus nie eine Hoffnung war, und diese, denen er eine Notwendigkeit und ein Versprechen wurde, können zusammen zu widerständigen Kräften werden. Allein die Machtlosigkeit von Intellektuellen und Dorfbevölkerung verhindert ihr unmittelbares Wirksamwerden.

Die Leseerfahrungen sind nachdrücklich: Privatisierung wird vorgeführt als Herstellung des »guten Lebens«; es ist produktiv, Generationen übergreifend, sinnlich in den Genüssen und liest sich auf der Folie kapitalistischer Bedingungen wie der Anfang eines Lebens, das noch kommen soll. Trotz vieler Gegensätze scheint diese Gruppe vergemeinsamt. »Ein Alleinsein würde kommen, gegen das wir einen Vorrat an Gemeinsamkeit anlegen wollten« (10). Vom Standpunkt der ProduzentInnen ist ihr »gutes Leben« jedoch das vorläufige Ende eines gemeinsamen Projekts: »Jetzt, da Luisa abgereist, Bella uns für immer verlassen hat, Steffi tot ist, die Häuser zerstört sind, herrscht über das Leben wieder die Erinnerung.« (7) Sie bilden eine ausgeschlossene Gesellschaft, in der jede einzelne

zweifelt und verzweifelt; z.B. Ellen, die Schriftstellerin: »Selbstvertrauen'. Es war ihr ganz und gar genommen worden« (72); z.B. Luisa: »Jeder Wunsch, der in ihr aufstieg, mußte sich, ehe sie ihn aussprechen konnte, in eine Schuld verwandeln« (115); z.B. Bella, die Dichterin: »Pflegte ihren Haß auf den Geliebten« (118). Die Probleme wirken nur auf den ersten Blick unpolitisch, Christa Wolf legt frei, daß alle Dimensionen des Lebens von einer Lähmung gezeichnet sind: Wer nichts wünschen kann, weiß nichts zu fordern; wer den geliebten Mann hasen muß, verweigert auferlegte Haltungen wie Warten und Gefühle wie Imstich-gelassenwerden und beharrt. Ellens Überlegungen sind den politischen Bedingungen am nächsten: »Ist mir die Frau im Tschad wirklich kaum etwas anderes als der Mann im Mond, fragte Ellen sich. Und seit wann habe ich alle die Frauen und Männer aufgegeben, die nach meinem Engagement verlangen? Seit mir klar ist, daß ich den Allernächsten um mich herum nicht helfen kann?« (137) Christa Wolf gibt als Begründung für Resignation und Unmut die fehlende Wirksamkeit von Eingriffen an und schließlich das Nichtgebrauchtwerden von Eingriffen für diesen konkreten Sozialismus.

Die Frauen in *Sommerstück* werden abwechselnd in der ersten und dritten Person Singular reflektiert. Jede denkt über die anderen nach und setzt sich zu ihnen ins Verhältnis. Das ist auch atemberaubend geschrieben, weil eine große Lust und Zärtlichkeit deutlich wird, in den anderen die besten Seiten zu entdecken und festzuhalten. Die Beziehungen unter den Frauen sind sorgfältig und verbindlich. Das Verhältnis zum anderen Geschlecht kommt in seinen auch stützenden Aspekten vor, als Sorge füreinander, aber mehr noch werden Gräben sichtbar. So vergeschlechtlicht Christa Wolf das Wort Leidenschaft; der Mann Jan artikuliert sie als begehrenden Körper, als Beziehung zum anderen Geschlecht; der Frau Ellen ist sie der Stich »in ihrem Innern ..., mit dem ihr Körper ihr anzeigte, wenn sie auf den Grund erschüttert war« (23) — also ein Selbstbezug. Eine weitere Stärke liegt m.E. in der Beschreibung von sozialen Szenen, soweit darin Personen aktiv vorkommen, die zur Gruppe gehören. Wir können mit einem fünfjährigen Mädchen den Handwerker dabei zusehen, wie sie sich beim Geschichtenerzählen selbst konstruieren, mit Bedeutung versehen, weiterfahren und allwissend auftreten; gebrochen von der Unwissenheit des Kindes, wirkt die männliche Attitüde ironisch, nicht einfach lächerlich. Ihr Sinn im sozialen Gefüge wird gleichsam sichtbar.

Das *Sommerstück* ist über weite Strecken ein Stück über Trauer, die entsteht, wenn man wirkungslos bleibt. Es kann auch als Mahnung verstanden werden, daß, wenn die intellektuellen Kräfte ausgeschlossen werden von der Bestellung der Zukunft, sie die Zukunft verlieren und so sich. Die Zerstörung individueller Produktionsbedingungen für ProduzentInnen ist auch ein Element der Verunmöglichung einer demokratischen Zukunft dieses DDR-Sozialismus. So ist das Buch keineswegs als Absage an die eigene Gesellschaftsformation zu lesen, Christa Wolf ist ganz unbescheiden, aber angeschlagen. »Das sozialistische Projekt legt das Potentielle in die Hände der Menschen. Wenn der sozialistische Staat mehr Macht haben will, muß er ihnen mehr Macht überlassen.« (Haug, W.F.: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Hamburg, West-Berlin 1989, 377)

Heiner Keupp

## Der verrückte Hunger nach Psychologie

### Zur Diskussion um Psychokultur und New Age\*

Zunächst einige *zusammenfassende Thesen*, die anschließend ausgeführt werden:

1. Wir haben eine Phase hinter uns, in der ein expansiver Psychomarkt entstanden ist. In sein Angebot haben sich verstärkt esoterische Heilslehren eingelagert, die uns den Aufbruch in ein neues Zeitalter versprechen, in dem das allgemeine Unglück unseres Alltags endgültig überwunden werden kann. Die kritische Analyse von Psychokultur und New Age ist lange Zeit nicht über eine Denunziation der unseriösen Anbieterseite des Psychomarktes hinausgekommen. Kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn begriffen, sind die gesellschaftlichen Bedingungen, die zu einer verstärkten Nachfrage nach psychokulturellen Deutungsmustern und Alltagshilfen führen.

2. Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation, die für die Subjekte weitreichende Folgen zeitigt. Es handelt sich um den Prozeß einer gesellschaftlichen Freisetzungsdynamik, der die Lebensformen radikal enttraditionalisiert. Das Subjekt der Moderne wird zunehmend und notwendigerweise zum aktiven Gestaltungs- und Organisationszentrum seiner sozialen Beziehungen und Lebenspläne.

3. Dieser Freisetzungsprozess ist ambivalent: Er ermöglicht die Ablösung und Überwindung von einengenden und kontrollierenden Sozialformen, die Wahl eigenständiger Lebensmuster, Emanzipation aus zugeschriebenen Rollen. Aber er bedeutet zugleich auch eine zunehmende Krisenhaftigkeit von Identitätsbildungsprozessen. Die Freisetzung wird häufig mehr als Verlust, denn als Chance erlebt.

4. Der gesellschaftliche Freisetzungsprozess läßt sich als Individualisierung beschreiben, die als Voraussetzung für eine reflexive und emanzipatorische Subjektivität gelten kann, ohne die gesellschaftliche Selbstorganisation nicht möglich ist. Dieser Freisetzungsprozess schafft aber auch die Basis für eine »Kultur des Narzißmus«, für einen alles überlagernden Selbstbezug.

5. Die Angebote des Psychomarktes versprechen nicht nur Hilfen bei der Überwindung schmerzlicher Identitätskrisen, sondern bieten die Chance, den Selbstbezug als Lebensform zu inszenieren und zu perfektionieren. In diesem Sinne funktionierten sie als psychologische Modernisierungsagenturen, die gesellschaftlich funktionale Sozialcharaktere befördern. Die Deutungsmuster des New Age-Denkens schöpfen aus der Erosion klassischer Theorie- und Sinnsysteme, aber mit der Verkündigung neuer Paradigmen und geschlossener Weltbilder

\* Dieser Text geht auf einen Beitrag zurück, den ich für den Gesundheitstag in Kassel im Mai 1987 vorbereitet habe. In einer ersten Fassung ist er abgedruckt in meinem Sammelband »Riskante Chancen« (Asanger Verlag, Heidelberg 1989). Die vorliegende Fassung ist überarbeitet und wesentlich erweitert.

schaffen sie neue Gehäuse an Hörigkeit mit dem Versprechen das »alte« zu verlassen.

6. Psychosoziale Praxis, die sich als Alternative zur Partizipation an der Psychokultur versteht, sollte danach fragen, wie sie mit ihren fachlichen Ressourcen Menschen bei der Bearbeitung ihrer Krisen und der Bewältigung ihrer psychosozialen Probleme unterstützen kann. Dies bedeutet vor allem auch die Arbeit an den angstvollen Fixierungen an traditionellen Lebensmodellen, die in schmerzvollen Sozialisierungsprozessen zu »inneren Modellen« geworden sind. Und dies bedeutet zugleich die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen und Ressourcen für die Erprobung von neuen Lebensmustern. In der psychosozialen Praxis kommt es darauf an, die Dialektik von individueller Subjektivierung und solidarischer Vernetzung aufzunehmen und Praxisformen zu entwickeln, in denen beides möglich ist.

### **Psychologie im Alltag**

Die Rede von der »Psychokultur« kreist um mindestens zwei unterschiedliche Phänomenbereiche und unterstellt zugleich einen inneren Zusammenhang zwischen ihnen: Sie bezieht sich auf ein differenziertes System von Anlässen, Institutionen und professionellen Spezialisierungen, die sich als System der psychosozialen Versorgung bezeichnen lassen, einerseits; und auf ein schwer eingrenzbares Feld der Nachfrage und Nutzung von Dienstleistungen aus diesem System sowie der vermehrten Immission von psychologischen Deutungsmustern in die Alltagskultur andererseits. Es fehlt nicht an Versuchen, den Zusammenhang dieser Phänomene in eingängigen Modellen zu deuten.

Eines der populärsten Erklärungsmodelle sieht in der Psychokultur den zweifelhaften Erfolg der professionellen psychosozialen Anbieterseite: Die psychologische Durchdringung der Alltagskultur und die wachsende Nachfrage nach psychosozialen Dienstleistungen seien Belege für eine erfolgreiche Kolonialisierung der Alltagskultur durch die sich etablierenden psychosozialen Professionen. Tatsächlich hat sich das beraterische, therapeutische und rehabilitative Instrumentarium und Angebot nicht nur differenziert und modernisiert, sondern es ist auch näher an die Lebenswelt gerückt und wohl auch partiell in diese inkorporiert worden. Mit der Psychologie ist in dieses System eine Disziplin und Profession integriert worden, die im besonderen Maße Modernisierungsfunktionen wahrnimmt.

Diese professionelle Ebene wird von einer massenhaften Einwanderung psychologischer Deutungsmuster in den Alltag getragen, weshalb viele Analysen die Dominanz des psychologisierenden Selbstbezugs zum prägenden Merkmal der gegenwärtigen soziokulturellen Situation erklären. Für Richard Sennett hat sich der Weltbezug der Menschen in markanter Weise verändert: »Die Gesellschaft wird heutzutage einzig in psychologischen Kategorien gemessen« (1983, 380). Die typischen Subjekte der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft werden als »psychologischer Mensch« (Rieff 1966) oder als »homo psychologicus« (Lasch 1980) charakterisiert, deren Sinn- und Orientierungssuche sich fast ausschließlich auf das »Selbst« richtet, auf das »wahre Selbst«. Sie verhalten sich

entsprechend der emphatischen Empfehlung der humanistischen Psychologie: »Unsere Heimat liegt innen, und dort sind wir souverän« (Bugenthal 1985, 216). Entstanden ist die »Welt der Psys« (Castel et al. 1982), die »Therapie-Gesellschaft« (Kursbuch 82/1985), in der der »psychologische Mensch« seine Heimat gefunden hat. Traditionelle Werthaltungen, die das Subjekt auf die Verwirklichung externer Ziele ausrichtete, verlieren an Bedeutung, und die Suche nach Echtheit und Authentizität richtet sich nach innen. Menschen wollen in ihrem Handeln ein getreues Abbild ihres »inneren Selbst« darstellen (Trilling 1983). Beobachtet wird, daß die Menschen heute eine Art »Tanz um das goldene Selbst« aufführen« (Beck 1985, 108).

Hier ist nun erneut die Frage aufzunehmen, ob wir es bei dem Entstehen der Psychokultur mit dem zweifelhaften »Triumph der Therapeutik« (Rieff 1966) zu tun haben. Ist sie ein beweiskräftiges Faktum für die Bereitschaft der Menschen, sich von psychosozialen Instanzen eine neue Sicht der Dinge vermitteln zu lassen, deren Deutungsmuster sich anzueignen und zu »verwenden«? Martin L. Gross bejaht diese Frage, wenn er das Entstehen einer »psychologischen Gesellschaft« unter der Kontrolle der Psy-Experten vermutet. Auf dem Hintergrund der nachlassenden Bindungsfähigkeit der »protestantischen Ethik« hätten die moderne Psychologie und Psychiatrie mit durchschlagendem Erfolg ihre Alternative angeboten:

»Heute können wir einen von der Psychologie gelenkten Menschen erleben. Seine Fühler sind ständig nach Ratschlägen von Fachleuten ausgestreckt, die sich nicht schlecht dafür bezahlen lassen, daß sie ihm sagen, was er aus sich und anderen machen soll, wie er am besten lebt, ja sogar empfindet.« (Gross 1984, 8)

Der konservative Kulturkritiker kann sich in seiner umfassenden Abrechnung mit der »psychologischen Gesellschaft« durchaus auch auf Gewährsleute aus den Psy-Professionen selbst stützen (vgl. Wallach und Wallach 1983). Allerdings müssen diese Abrechnungsversuche mit dem als gefährlich eingeschätzten Erfolg psychosozialer Professionen Voraussetzungen machen, die Zweifel an ihrem agententheoretischen Universalismus aufkommen lassen. So bezieht sich Gross auf David Riesman, wenn er von einem »neuen Menschentyp westlicher Prägung« spricht. Offensichtlich ist der Siegeszug der Psy-Professionen ohne die Wandlungsprozesse, die den Hintergrund für veränderte Persönlichkeitsstrukturen im entwickelten Kapitalismus bilden, nicht plausibel zu erklären.

In den zeitgenössischen Analysen spätkapitalistischer Vergesellschaftung (etwa bei Daniel Bell, Christopher Lasch, Richard Sennet, Robert Bellah oder Drew Westen) steht die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für die Herausbildung eines »postmodernen Sozialcharakters« im Zentrum. Er soll die »sozialpsychologische Infrastruktur« für jene Wünsche und Bedürfnisse bilden, die zu einer wachsenden Nachfrage nach Dienstleistungen aus dem psychosozialen Sektor geführt haben. Diese Analysen gehen — bei aller Unterschiedlichkeit ihrer politischen Ausrichtung und der Akzentuierung im einzelnen — von einer »Erosionskrise« (Negt 1984) des bürgerlichen Sozialcharakters aus, der in seinen Grundzügen durch die Matrix der protestantischen Arbeitsethik bestimmt war. Es würde sich statt dessen eine »hedonistische« Alltagsethik entwickeln, die durch keine kollektiven Projekte mehr reguliert wird. Es entstehe eine »Kultur

des Narzißmus« (Lasch 1980; vgl. zu diesen kulturtheoretischen Debatten Duibel 1985, 21ff.). War die protestantische Ethik des aufstrebenden Kapitalismus von Max Weber als ein »stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit« beschrieben worden, als verinnerlichte Verzicht- und Leistungsethik, so sei der »postmoderne Sozialcharakter« eingesponnen in ein »ungreifbares und zugleich undurchdringliches Netz 'weicher' sozialer Kontrollen« (ebd., 35).

Sie bilden kein System von externen Zugriffen auf das Subjekt, die dieses als Zwang und Einengung erlebt, sie bilden vielmehr »Normalisierungspraxen im Alltag«, die auf einem Prozeß der »Selbstvergesellschaftung« beruhen (Haug 1986, 71). Die Nachfrage nach Beratung, Therapie und anderen Dienstleistungen des psychosozialen Systems wird von den Konsumenten aus eigener Initiative getätigt. Die im System der psychosozialen Versorgung (vor allem in der Anstaltspsychiatrie) einst so bestimmenden Elemente der »Fremdvergesellschaftung«, die als externe Zwangsmaßnahmen von den Subjekten erfahren wurden, werden immer seltener. Die simplifizierenden agenstheoretischen Deutungen der Psychokultur haben diese entscheidende Bedingung der Ausweitung psychosozialer Dienstleistungen und Deutungen völlig ausgeklammert.

### Ambivalenz der gesellschaftlichen Freisetzung

Wenn man den »verrückten Hunger nach Psychologie« (Nelson 1976, zit. n. Wachte 1983, 196), der die Menschen in den spätkapitalistischen Gesellschaften dem Psychomarkt zutreibt, nicht einer raffinierten Angebotssteuerung der Psychoprofessionen anlasten kann, dann sind für seine Entstehung andere Gründe namhaft zu machen.

Dem Psychologen, der sich von den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen nicht abschottet, fällt auf, daß sich Soziologen und Politologen zunehmend mit dem Individuum beschäftigen. Beim Blick in soziologische Journale fällt ihm die Häufung von Themen der folgenden Art auf: »Wege zum Ich vor bedrohter Zukunft« (Rosenmayr 1985), »Zweifel am Fortschritt und Hoffen aufs Individuum« (Ramstedt 1985) oder »Individualisierung als Hoffnung und Verhängnis« (Baethge 1985). Entdecken Soziologen nun endlich, daß das Individuum der Dreh- und Angelpunkt, auf jeden Fall der analytische Ausgangspunkt jeder sozialwissenschaftlichen Analyse zu sein hat?

Bei genauerer Lektüre der entsprechenden Arbeiten wird deutlich, daß wir es nicht mit einer sich vermehrenden Anhängerschaft des methodologischen Individualismus im Sinne von Homans oder Opp zu tun haben. Soziologen entdecken das Subjekt in einem anderen Sinne als die Psychologie. Sie analysieren einen sich verstärkenden »Freisetzungsprozeß« aus traditionsbestimmten Lebensformen und -entwürfen, der die Individuen in einem Maße zu Entscheidungsträgern ihrer eigenen Lebensorganisation macht, wie es in diesem Umfang historisch noch nie möglich war. In diesem Freisetzungsprozeß stecken Risiken und Probleme von neuer Qualität, aber auch Chancen zur Realisierung von Vorstellungen und Utopien für »ein Stück eigenes Leben«.

Neben anderen hat sich vor allem Georg Simmel mit dem Phänomen der Individualisierung beschäftigt, und viele seiner Aussagen haben einen erstaunlichen

Aktualitätsgehalt. Nehmen wir beispielhaft seine Formulierung, die für die »Suche nach dem wahren Selbst«, das ein so zentrales Merkmal der aktuellen Psychokultur ist, eine treffende Charakterisierung darstellt:

»Durch die ganze Neuzeit geht das Suchen des Individuums nach sich selbst, nach einem Punkt der Festigkeit und Unzweideutigkeit, dessen es bei der unerhörten Erweiterung des theoretischen und praktischen Gesichtskreises und der Komplizierung des Lebens immer dringlicher bedarf und der eben deshalb in keiner der Seele äußeren Instanz mehr gefunden werden kann« (Simmel 1957, 266).

Die Entwicklungsdynamik der Industriegesellschaft erklärt Simmel vor allem aus dem Zusammenwirken der beiden Grundprinzipien der Funktionalisierung und der Individualisierung. Gesellschaftliche Differenzierung über arbeitsteilige Strukturen erfordert von den Individuen zunehmende Spezialisierung. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zergliedert Lebenszusammenhänge und segmentiert das Leben zeitlich und räumlich. Das führt nach Simmel dazu, daß der moderne Mensch je nach konkretem Handlungsziel unterschiedlichen Gruppen (Simmel spricht in diesem Zusammenhang von »Kreisen«) zugehört. Individualität im soziologischen Sinne wird durch die jeweils »individuelle Kreuzung der sozialen Kreise« (zit. n. Rammstedt 1985, 491) konstituiert. Die jeweilige Schnittmenge von sozialen Beziehungen wird zum unverwechselbaren Markenzeichen einer Person. Sie setzen das Subjekt aber auch unter den permanenten Druck, für seine Konstellation pluralisierter Lebenswelten Kohärenz herzustellen, die Widersprüche zwischen ihnen auszuhalten und eine Identität aufzubauen, die die Kontinuität und Besonderheit der Person durch die segmentierten Lebenswelten hindurch ermöglicht. »Das Leben in der modernen Gesellschaft verlangt uns 'Realitätsarbeit' und 'Identitätsarbeit' ab. Wir müssen mit Hilfe strukturierter Merkmale unserer Existenz, wie es 'Lebenspläne' sind, stabile Weltbilder konstruieren und uns gleichzeitig als unverwechselbare Individuen darstellen« (Cohen und Taylor 1977, 23).

Individualisierung beschreibt einen Prozeß, der mit der Konstitution der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbunden ist. Wodurch unterscheiden sich die aktuell diskutierten Freisetzungsprozesse von jenen früheren, durch die die kapitalistische Gesellschaftsformation überhaupt erst möglich geworden ist? Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise bedeutete eine Auflösung der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse. Die gesellschaftliche Herstellung der »freien Lohnarbeiterexistenz« hat Menschen aus ihren traditionellen Lebenszusammenhängen herausgerissen, hat sie von ihrem Grund und Boden und aus ihren Herkunftsregionen getrennt, hat gewaltige Wanderungen in die neuen Industriezentren angestoßen. Aber dieser permanente Freisetzungs- und Vereinzelungsprozeß hat nicht zu einer Individualisierung geführt, sondern mündete in der Kollektiverfahrung der Verelendung und Ausbeutung. Die gemeinsame Erfahrung der fortschreitenden Verschlechterung der Lebenslage hat zur Solidarisierung und zum Zusammenschluß der Arbeiterklasse geführt. Individualisierung war der Prozeß, durch den sich das bürgerliche Subjekt herausbildete und dieser Prozeß beruhte entscheidend auf Kapitalbesitz und dessen Vermehrung.

Der Freisetzungsprozeß hat eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung und einen



Lebensstandard zur Voraussetzung, der den Entfaltungsspielraum des einzelnen vergrößert und zugleich die Notwendigkeit der Solidargemeinschaft aus der existentiellen Not heraus abgebaut hat. Nehmen wir dafür nur drei Indikatoren. Die Lebenszeit hat sich um mehrere Jahre verlängert, die Erwerbsarbeitszeit ist seit den fünfziger Jahren um mehr als ein Viertel gesunken, und die Reallöhne sind erheblich gestiegen. Entscheidend hat sich das Verhältnis von Arbeits- und Reproduktionszeit verändert. Mehr verfügbare finanzielle Möglichkeiten können in einer gewachsenen Freizeitwelt verbraucht werden. Hiermit ist nicht eine Verbesserung von Lebensqualität behauptet, sondern zunächst nur das Faktum beleuchtet, daß die kollektiv erreichte Absicherung von Risiken und die veränderte Reproduktionssituation die Klassenbindungen gelockert haben. Behauptet ist ebensowenig ein Abbau sozialer Ungleichheit, diese läßt sich in den relativen Einkommens- und Besitzunterschieden als fast unverändert nachweisen. Festgestellt ist eine Niveauverschiebung, die der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung eine Existenzbasis gesichert hat, die nicht mehr von Not und Elend bestimmt ist.

Eingebettet in und abgepuffert durch diese Ressourcen der spätkapitalistischen Wohlfahrtsstaaten hat die Dynamik von Arbeitsmarktprozessen zu einem Individualisierungsschub geführt, zu einem »sozialen und kulturellen Erosions- und Evolutionsprozeß von beträchtlicher Reichweite« (Beck 1983, 42). Dieser spezifische Freisetzungsvorgang wird von Beck als »Arbeitsmarkt-Individualisierung« bezeichnet, die sich »im Kreislauf von Erwerb, Anbietung und Anwendung von Arbeitskompetenzen entfaltet«. Die Folgen dieser Freisetzungsprozesse gehen für die Subjekte über die Veränderungen äußerer Lebenskonturen hinaus. Sie fordern eine veränderte innere Ausstattung, um durch eine sich partikularisierende Welt und die ständig geforderten situativen Umstellungen ohne Zerfall der Person durchzukommen. Stabile Handlungsorientierungen, Koordinaten, die für ein Leben lang sichere Bezugspunkte liefern könnte oder das Anknüpfen an Modellen aus der eigenen Elterngeneration sind kaum mehr möglich. Die Subjekte werden zum »Dreh- und Angelpunkt der eigenen Lebensführung« (Beck 1985, 88).

»Wir sind darauf angewiesen, die 'Drehbücher' unseres individuellen Lebens selber zu schreiben, die 'Landkarten' für unsere Orientierung in der Gesellschaft selber zu zeichnen, über unsere Biographie, unsere Persönlichkeit, unser Selbstverständnis selber 'Regie zu führen'. Unser Tages- und Lebenslauf ist gleichsam eine unstete und manchmal auch unsichere 'Wanderung', die wir so durch eine Vielfalt von Lebens-Welten unternehmen. Wir modernen Menschen sind nicht mehr 'zuhause' in einem stimmigen Sinn-Kosmos, wir ähneln eher Vagabunden (oder allenfalls Nomaden) auf der Suche nach geistiger und gefühlsmäßiger Heimat.« (Hitzler 1985, 349)

Der Individualisierungsprozeß, der im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft von vornherein angelegt war, hat in seiner Dynamik mittlerweile unsere Gesellschaft ganz durchdrungen und alle gesellschaftlichen Schichten erfaßt. Wichtig scheint mir, diesen soziokulturellen und psychosozialen Veränderungsprozeß nicht nur als Verfallsgeschichte zu beschreiben, in der bewährte und liebgeordnete Lebensformen unterminiert und zermahlen werden. Er eröffnet auch die Chance für neue Lebensformen. Der Transformationsprozeß führt zu gesellschaftlicher

Desintegration, und diese wiederum erweitert die Spielräume für die Individualität, für Traditionsbrüche, die neue Lebensperspektiven eröffnen können. Diese »Befreiung« hat aber auch ihren Preis. Das ständige Aushandeln müssen ist anstrengend, ist ein kaum zu befriedigender Krisenherd, jedenfalls solange keine neuen kollektiven Sinnhorizonte entstanden sind. Seine Bewältigung erfordert bei den Subjekten psychosoziale Ressourcen, die längst nicht immer vorhanden sind.

### Die Problematik der »neuen Übersichtlichkeit«: New Age

Die psychosoziale Praxis liefert beständig Anschauungsmaterial für die Kostenseite der gesellschaftlichen Freisetzungsprozesse. Menschen sind in ihrer Subjektstruktur von jenen »Kindheitsmustern« bestimmt, denen zunehmend die gesellschaftliche Paßform abhanden kommt. Auf diesem Hintergrund erhalten die auf dem Psychomarkt angepriesenen »Leitfäden« ihre eigene Attraktivität: Sie versprechen Sicherheiten und Sinnhorizonte, den Eintritt in eine vielversprechende Zukunft, in ein neues Zeitalter. Es ist wie bei einer »Package-Tour«: Ich brauche die Tour nicht mehr selber zu planen und entsprechende Vorbereitungen zu treffen, aber ich werde auch nicht in einen Bus mit einer nervigen Reisegruppe gepackt. Ich bekomme meine Individualtour, aber sie ist für alle, die sich das Paket kaufen, genauso zusammengestellt. Die New Age-Angebote sind die »Package-Tour« des Psychomarktes. Sie bündeln Bedürfnisse, die aus der widersprüchlichen gesellschaftlichen Matrix spätkapitalistischer Lebensbedingungen resultieren und beantworten sie mit einem in sich geschlossenen Sinnhorizont. Das verfehlt auch in der Linken seine Wirkung nicht. Hier wird die Sprache der Ökologie gesprochen, man vernimmt eine offensive philosophisch aufgemotzte Kritik an der instrumentellen Vernunft und vor allem wird ein unglaublicher Optimismus verbreitet. In einem *taz*-Artikel (26.1.1985) war zu lesen:

»Welche 'Linke' weiß schon noch, wo's langgeht; und in dieser Situation scheint es natürlich suspekt, wenn plötzlich aus völlig anderen Ecken Konzepte und Perspektiven angeboten werden, und zwar optimistische. Das draufgängerische Gefühl aus der Studentenbewegung leuchtet auf neuer — eben ganzheitlicher — Ebene wieder auf: Avantgarde-Bewußtsein, Vertrauen in eine bessere Zukunft, Selbstvertrauen, der Hang zum politischen Gesamtkunstwerk ...«

Worin besteht die Botschaft? Jede Krise ist auch eine Chance, und richtig gedeutet und genutzt stehen uns längst alle Prinzipien und Potentiale zur Verfügung. Vor allem die Naturwissenschaften und die Technikentwicklung sind längst an einem Punkt, an dem sie sich mit Spiritualität und ganzheitlichem Denken verbünden können und so den endgültigen Auszug aus dem »Gehäuse der Hörigkeit« ermöglichen. Wir stehen an der Schwelle zu einem Zeitalter, in dem Schluß sein wird mit Krieg, Gewalt und Umweltzerstörung. Vor allem das spirituelle Erwachen von immer mehr Menschen stellt die Keimzelle des Neubeginns dar. In diesem Hochgefühl der Erweckungsbewegung können auch neue technologische Qualitäten wie die Computerisierung nicht schrecken. Sie werden als positive Möglichkeiten der umfassenden Vernetzung der Keimzellen des Neubeginns gedeutet. Für die Psychologen bleibt auf jeden Fall eine Menge sinnvoller Aufgaben. Der amerikanische Zukunftsforscher John Naisbitt nennt einen seiner zehn Megatrends, mit denen er die wichtigsten Gesellschaftsveränderungen der erwartbaren Zukunft zu fassen versucht:

»Je mehr Hochtechnologie, desto größer das Bedürfnis nach Persönlich-Menschlichem ... Diese Gleichung symbolisiert im Prinzip das immer vorhandene Bedürfnis nach einer ausgeglichenen Balance zwischen unserer physikalischen und spirituellen Realität.« (1984, 79)

Der entscheidende Punkt ist der Durchbruch zu dieser spirituellen Realität, die es mir erlaubt, diese ungeahnten neuen Möglichkeiten zu erkennen und ihnen zu vertrauen. Den größten Anstoß für den »Prozeß der persönlichen Umwandlung« sieht Marilyn Ferguson, die wichtigste Figur des Aufbruchs, in den Angeboten der vielgestaltigen Psychokultur,

»die überall verfügbar sind: Pop-Psychologie, Bücher über Selbstfindung, Psychotherapie, Meditation, Traumjournale, Körpertraining, Yoga, Training für Biofeedback, Laufen, Wochenendseminare, esoterische Lehren. (...) Der heroische Pfad ist das Selbst, ist nicht länger Stoff für Legenden, sondern das Potential von Jedermann und Jederfrau.« (1984, 136)

Eine Psychologin zeigt uns, was dieser Durchbruch für sie gebracht hat:

»Capra hat darauf hingewiesen, daß die Chinesen für das Wort 'Krise' zwei Zeichen verwenden, das eine bedeutet 'Gefahr' und das andere 'Chance'. Darüber konnte ich wirklich Abschied nehmen vom Lamentieren, vom Festgefahresein in der kritischen Analyse und dem Gefühl der Hilflosigkeit. (...) Die Erfahrung ist ein In-Kommunikation-Sein, In-Verbindung-Sein. Das ist immer so, was ich erfahre, wenn ich etwas in meine Arbeit, in meine Gruppe einbringe: daß plötzlich ein Rahmen da ist, wo Menschen sagen können, »ich wünsche mir die Welt so ... und so«, so ganz einfach.« (Eilert 1985, 9).

Es gibt wieder einen »Rahmen«, sagt die Autorin dieser euphorischen Zeilen. Das alte Gehäuse, das einem so wenig hoffnungsvolle Perspektiven vermitteln konnte, das »Festgefahresein in der kritischen Analyse«, die letztlich auch immer nur »pessimistische Analysen« sind, wird überwunden. Die Alternative sind aber nicht produktive Verunsicherungen, die neues Nachdenken und Verstehen ermöglichen könnten, die aber auch »Ambiguitätstoleranz« fordern und keine Widerspruchsfreiheit anbieten können. »Furcht vor der Freiheit« hat Erich Fromm als Formel für die panische Flucht zu geschlossenen autoritären Weltbildern geprägt, die faschistischen Bewegungen und autoritären Strukturen einen sozialpsychologisch verstehbaren Zulauf sichert.

Die Faszination am »New Age« erklärt sich für mich aus seiner spezifischen Legierung von eschatologischer Fortschrittlichkeit (der so leichte Schritt ins »Neue Zeitalter«) und der Flucht vor jener Verunsicherung, die das Aufgeben bisheriger Sicherheitskoordinaten zur Folge hat. Die Deutungsangebote des »New Age« schöpfen geradezu aus der Erosion traditioneller Theorie- und Sinnssysteme, aber mit der Verkündigung »neuer Paradigmen« und geschlossener Weltbilder bieten sie neue Gehäuse an Hörigkeit mit dem Versprechen, daß damit die »alten« endgültig überwunden seien. »Neues Denken« ist dann ein fertiges Gebilde, das als Sinnpaket an die Stelle bisheriger Deutungsmuster tritt. Habermas hat in seinem neuen Buch »Nachtmetaphysisches Denken« dafür eine treffende Charakterisierung gegeben:

»Diese ernster zu nehmenden Denkbewegungen oszillieren inmitten eines surrealen Kranzes geschlossener Weltbilder, die schlecht-spekulativ aus wissenschaftlichen Theoriestücken zusammengesetzt sind. New Age befriedigt auf ironische Weise das Bedürfnis nach dem verlorengegangenen Einem und Ganzen mit der abstrakt angerufenen Autorität eines immer duchsichtiger werdenden Wissenschaftssystems. Aber geschlossene Weltbilder können sich im Meer eines dezentrierten Weltverständnisses nur auf abgeschirmten subkulturellen Inseln stabilisieren.« (Habermas 1988, 35)

Auch wenn in den philosophischen Texten des New Age häufig auf das Konzept der Selbstorganisation Bezug genommen und damit eine soziopolitische Perspektive suggeriert wird, reduziert sie sich im Schnittfeld von Psychokultur und New Age schnell zu einer psychotechnisch angeleiteten und perfektionierten Selbstmodernisierung. Die Chance zu selbstbestimmten Lebensformen, die der gesellschaftliche Freisetzungsprozess enthält, reduziert sich auf postmodern drapiertes psychologisches Biedermeier, das sich allerdings in einem Jargon der Selbstbefreiung, -erlösung und -erhöhung zu vernebeln weiß.

### **Selbstorganisation als Wiedergewinnung kollektiver Handlungsfähigkeit**

Theorien über Selbstorganisation haben Konjunktur. Die zentralen Impulse kommen aus den Naturwissenschaften. Es waren für mich als Sozialwissenschaftler zunächst fremde Namen, die da immer wieder auftauchten, und viele ihrer naturwissenschaftlichen Themen und die fachwissenschaftliche Basis ihrer mittlerweile hoch gehandelten Theorien sind mir bis heute fremd: Ilya Prigogine, Humberto Maturana, Francisco Varela, Erich Jantsch, Hermann Haken, David Bohm, Rupert Sheldrake, Manfred Eigen oder Frederic Vester. Die neuen Stichworte klangen wie die Sprache von einem anderen Stern: Die »dissipativen Strukturen«, die »Synergetik«, das »holographische Modell«, die »morphogenetischen Felder« oder die »autopquietischen Systeme«. Auch heute, da ich mit diesem Jargon schon etwas vertrauter geworden bin, habe ich die jeweiligen fachwissenschaftlichen Begründungszusammenhänge noch immer nicht wirklich verstanden. Vielleicht liegt es daran, daß ich mein heutiges Wissen im wesentlichen aus den Darstellungen des großen Vereinfachers Fritjof Capra bezogen habe oder — ich gestehe es mit leichter Scham — aus den noch einfacheren Darstellungen der New Age-Literatur (z.B. Geisler [1984], Gruber [1987] oder Schorsch [1987]). Die Lektüre des sicher gewichtigeren und doch auch für einen Nicht-Naturwissenschaftler verständlichen Buches von Erich Jantsch »Die Selbstorganisation des Universums« (1982) hat mir etwas von der faszinierenden Bedeutung der erkenntnistheoretischen Durchbrüche vermittelt, die in diesem naturwissenschaftlichen Diskurs enthalten sind. Die Frage bleibt, welchen gesellschaftstheoretischen Stellenwert diese Ansätze zu einer Theorie der Selbstorganisation im Bereich von Physik und Biochemie haben.

Die vorhandenen Transferversuche der Theorieangebote vor allem von Maturana und Varela und ihrer »biologischen Erkenntnistheorie« (1987) in die Psychologie (s. hierzu Schiepek 1987) und vor allem in die Soziologie durch Luhmann lassen Skepsis angeraten sein. Sie verdienen Sympathie insofern sie elementaristische und mechanisch-materialistische Positionen demontieren. Die bisherigen Versuche in der Psychologie sind aber noch nicht wesentlich über die Stufe der schematischen Übertragung zentraler Begriffe der neuesten Systemtheorie auf die Psychologie hinausgelangt. Was Selbstorganisation oder die »Autopoiesis« auf der Ebene psychischer Phänomene oder gar im Handlungsfeld psychosozialen Praxis bedeuten könnten, ist kaum erkennbar. Problematisch wird dieser Transfer vor allem dann, wenn das psychische System als ein sich selbstkonstruierendes und -reproduzierendes verstanden wird. Mit einem Schlag sind all die

klassischen Fragen nach jenen Vermittlungsstrukturen erledigt, die das Subjekt in der Natur-Gesellschafts-Dialektik zu verorten versuchen. Die Fragen nach gesellschaftsfunktionalen Sozialcharakteren, nach der Pathologie geltender Normalitätsmodelle, die vor allem die Psychoanalyse und die Kritische Theorie so intensiv beschäftigt haben, können im Museum für überholte Fragestellungen ausgestellt werden.

Daß dieses aus den Naturwissenschaften kommende Angebot zur neuen Theoretisierung von Selbstorganisation wenig beiträgt zu einer politischen Theorie emanzipatorischen, selbstbestimmten Handelns, wird vor allem an der Theorie von Luhmann deutlich, in der die Prinzipien von Maturanas Erkenntnistheorie zu einer Gesellschaftstheorie ausgebaut werden. Hier wird uns eine komplexe Theorie angedient, in der bewußtes gesellschaftliches Handeln, Eingreifen, Steuern durch interessierte Subjekte nicht mehr vorgesehen sind bzw. als Störfall behandelt werden. Ulrich Beck fühlt sich von dieser Theorie in Franz Kafkas Schloß versetzt, in dem es allerdings keine K.s mehr gibt, das Schloß ist menschenleer:

»Die Steigerungsform des Schlosses, die Luhmann vordenkt, ist die Emanzipation des Schlosses von seinen Bewohnern, Angestellten, Beamten, Bittstellern, Gemeindevorstehern, und die Pointe seiner Systemtheorie ganz allgemein lautet: erst in dieser Menschenleere entfaltet das Schloß seine wahre Perfektion. Nun gibt es kein Gejammer mehr, keine Verzweiflung, keinen Streit, kein Töten, Hassen, Lieben, keine Fremd- und Selbstanklagen ... Das Schloß ohne Menschen, das Schloß um seiner Selbst willen, selbstgenügsam, subjektlos und übersubjektivhaft zugleich.« (Beck 1988, 167)

Die Bürokratie erscheint als »realmetaphysisches Wirklichkeitszentrum, das durch den Mund Niklas Luhmanns, dem einzig lebendigen Schloßverwalter, den Menschen kundtut, wie grenzenlos überflüssig und unreal sie für die Systeme geworden sind« (ebd.). Diese zugespitzte Polemik trifft aber wohl den Kern einer Theorie, die unter Selbstorganisation das genaue Gegenteil von einer selbstbewußten kollektiven Handlungsfähigkeit versteht.

Der Diskurs der Selbstorganisation hat für mich einen alternativen Bezugspunkt, bei dem ich mich nicht erst durch ein Gestrüpp von Theorie-Überfrachtungen kämpfen muß. Es ist ein Feld sich entwickelnder gesellschaftlicher Praxis, in der experimentelle Schritte zur Gewinnung einer neuen kollektiven Handlungsfähigkeit gegangen werden. Die in großer Anzahl entstehenden selbstorganisierten Projekte und Selbsthilfeinitiativen (vgl. Bertels 1987) sind im weiteren für mich der empirische Ansatzpunkt für Überlegungen zur Selbstorganisation.

Ich sehe in dem sich entwickelnden Initiativenbereich eine gesellschaftlich mögliche Antwort auf den charakterisierten durchgreifenden Individualisierungsprozeß. Auf diesem Hintergrund entsteht für das Individuum der Gegenwart zunehmend die Notwendigkeit, sich sein Lebensgefüge selbst zu zimmern und neue Leitfäden für den Alltag zu erproben. Vor allem der Bereich sozialer Beziehungen, der eigene netzwerkartige Begleitschutz, wird zunehmend zur gesellschaftlich geforderten aktiven Leistung des Subjekts. Die Selbsthilfeinitiativen stellen m.E. einen solchen Versuch dar. Anknüpfend an zentrale Lebensbedürfnisse wie Gesundheit, kulturelle Entfaltung oder Abwehr von Bedrohungen bilden sich Gruppen, die nach neuen lebhaften gesellschaftlichen Handlungs-

modellen suchen. Für den einzelnen stellen sie in einer unübersichtlichen und widersprüchlichen Welt ein Projekt dar, mit dem die eigene kollektive Handlungsfähigkeit bewahrt oder wiedergewonnen werden soll. Die Alternative wäre die Single-Existenz, die sich möglicherweise unter Zurhilfenahme von Angeboten des reichhaltigen Psychomarktes ihre Stabilität »erkauft«.

Auf der anderen Seite müssen in diesem gesellschaftlichen Bereich auch zunehmend Lasten getragen werden, die ein reformunfähiger gesellschaftlicher Gesamtprozeß ständig erzeugt. Die Gefahr ist unüberschbar, daß die Wandlungsunfähigkeit des Ganzen noch dadurch gestützt wird, daß in den kleinen Welten von Selbsthilfegruppen ungeheuer Lasten übernommen werden. Eine Reihe von Gruppen sind daran gescheitert, daß sie gar nicht die Kräfte mobilisieren konnten, die notwendig gewesen wären, um das über einen längeren Zeitraum wirklich zu schaffen. Und ein erheblicher Teil der Bevölkerung traut sich diese Aktivität überhaupt nicht zu. Ihm fehlt — aus leicht nachvollziehbaren Gründen — das Vertrauen in die eigene Kraft, zu dem die Verfügbarkeit über gesellschaftliche Ressourcen unabdingbar ist.

Die vorhandene Forschungsliteratur zum Initiativbereich selbstorganisierter Projekte hat die schicht- und klassenspezifische Zusammensetzung der entsprechenden Gruppen noch kaum als Fragestellung entdeckt. Sie zeigt gleichwohl in indirekter Form, wie schwach die Selbstorganisationsressourcen gerade bei den gesellschaftlichen Gruppen ausgebildet sind, für die die materiellen und immateriellen Ziele des hochtourigen Modernisierungsprozesses gar nicht formuliert worden sind. Hier sehe ich auch die Gefahr eines Bewußtseinsdefizits der entstehenden Selbsthilfeinitiativen: Wenn von diesem Bereich »fortschrittliche« gesellschaftspolitische Perspektiven und Optionen erwartet werden, dann ist das nur in dem Maße realistisch, wie er sich nicht auf immer schon vorhandene Potentiale für selbstorganisierende Aktivitäten verläßt. Er würde damit nämlich jenen gefährlichen gesellschaftlichen »Schließungsprozeß« reproduzieren, der die Realität derer, die es »packen«, von der Lebensrealität jener abschottet, die auf der Verliererseite sind. Wenn die selbstorganisierten Initiativen als ein Experimentierfeld verstanden werden sollen, in dem emanzipatorische politische Antworten auf die Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse entwickelt werden, dann darf in unserem Bewußtseinsfeld die »alte« Klassenfrage, die Frage nach der Ungleichheit im Zugang zu Ressourcen, nicht ausgespart bleiben. Wir müssen uns deshalb der Frage stellen, wie das Prinzip der Selbstorganisation auch dort Wirksamkeit erlangen kann, wo die Voraussetzungen dafür (höchst) ungünstig sind. Die eigene Erfahrung und die uns vorliegenden Analysen zur gesellschaftlichen Aufspaltung in zwei Realitätssegmente, die voneinander kaum mehr etwas wissen bzw. sich gar nicht wahrnehmen, stimmen sehr skeptisch. Notwendig wird es sein, sozialpolitische Strategien zu entwickeln, um in den wachsenden gesellschaftlichen Randbereichen durch gezielte professionelle Ressourcenschöpfung selbstorganisierte Initiativen anzustoßen und systematisch zu fördern.

## Literaturverzeichnis

- Baethge, M., 1985: Individualisierung als Hoffnung und Verhängnis. In: Soziale Welt, 36, 299-312
- Beck, U., 1983: Jenseits von Klasse und Stand? In: R. Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Göttingen, 35-74.
- ders., 1985: Von der Vergänglichkeit der Industriegesellschaft. In: T. Schmid (Hrsg.): Das pfeifende Schwein. West-Berlin, 85-114
- ders., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- ders., 1988: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt/M.
- Bertels, L., 1987: Neue Nachbarschaften. Soziale Beziehungen in einer Neubausiedlung als Folge von Initiativenarbeit. Frankfurt/M.
- Bugenthal, J., 1985: Stufen therapeutischer Entwicklung. In: R.N. Walsh & F. Vaughan (Hrsg.): Psychologie in der Wende. München, 212-219
- Castel, R., u.a., 1982: Psychiatrisierung des Alltags. Frankfurt/M.
- Cohen, S., und L. Taylor, 1977: Ausbruchsversuche. Identität und Widerstand in der modernen Lebenswelt. Frankfurt/M.
- Cramer, M., 1982: Psychosoziale Arbeit. Stuttgart.
- Dubiel, H., 1986: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.
- Eilert, D., 1985: Faszination. In: Wechselwirkung 9, H.3
- Ferguson, M., 1983: Die sanfte Verschwörung. München
- ders., 1984: Beziehungen. In: A. Villoldo u.a. (Hrsg.): Wege ins Dritte Jahrtausend Millenium. Basel, 113-148
- Geisler, G. (Hrsg.), 1984: New Age — Zeugnisse der Zeitenwende. Freiburg
- Gross, M.L., 1984: Die psychologische Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Gruber, E., 1987: Was ist New Age? Bewußtseins transformation und neue Spiritualität. Freiburg
- Habermas, J., 1988: Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze. Frankfurt/M.
- Haug, W.F., 1986: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. West-Berlin
- Jantsch, E., 1982: Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist. München
- Lasch, C., 1980: Das Zeitalter des Narzißmus. München
- Luhmann, N., 1985: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.
- Maturana, H., und F. Varela, 1987: Der Baum der Erkenntnis. München
- Naisbitt, J., 1984: Megatrends. Bayreuth
- Negt, O., 1984: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Frankfurt/M.
- Rammstedt, O., 1985: Zweifel am Fortschritt und Hoffen aufs Individuum. In: Soziale Welt 36, 483-502
- Rieff, P., 1966: The triumph of the therapeutic. New York
- Rödel, U., und T.Guldemann, 1978: Sozialpolitik als soziale Kontrolle. In: T. Guldemann u.a.: Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Frankfurt/M., 11-55
- Rosenmayr, L., 1985: Wege zum Ich vor bedrohter Zukunft. In: Soziale Welt 36, 276-298
- Schiepek, G. (Hrsg.), 1987 Systeme erkennen Systeme. Weinheim
- Schorsch, C., 1987: Die große Vernetzung. Wege zu einer ökologischen Philosophie. Freiburg
- Simmel, G., 1957: Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft (hrsg. von M. Laudmann und M. Susman). Stuttgart
- Trilling, L., 1983: Das Ende der Aufrichtigkeit. Hamburg
- Wachtel, P.L., 1983: The poverty of affluence. A psychological portrait of the American way of life. New York
- Wallach, M.A., und L. Wallach, 1983: Psychology's sanction of selfishness. San Francisco

Richard Lichtman

## Psychoanalyse als Prototyp der Kritischen Sozialwissenschaften

### Eine Kritik an Jürgen Habermas

#### Freuds Tiefenhermeneutik

Reich und Marcuse fundierten ihre Überlegungen, jeder auf seine Weise, mit Freuds Theorie der *instinkthaften Libido*, verbanden sie mit Marx und begründeten so ihre Opposition zum Kapitalismus. Habermas dagegen lehnte Freuds Metapsychologie des biophysischen Modells der Energieverteilung als schädliches Relikt einer positivistischen Mechanik ab. Während Reich Freuds »erzählende Kur« zu einer direkten Einwirkung auf den Körperpanzer des Patienten vollkommen umgestaltete, und Marcuse Therapie als eine Kapitulation vor der gesellschaftlichen Herrschaft verurteilte, zog Habermas aus dem »therapeutischen Bündnis« das Kernstück seines hermeneutischen Ansatzes: die Stärke der Psychoanalyse liegt gerade in der Herausarbeitung des Diskurses von Patient und Analytiker.

»Die Psychoanalyse ist für uns als das einzige greifbare Beispiel einer methodisch Selbstreflexion in Anspruch nehmenden Wissenschaft relevant. (...) Die Psychoanalyse verbindet nämlich Hermeneutik mit Leistungen, die genuin den Naturwissenschaften vorbehalten zu sein scheinen.« (*Erkenntnis und Interesse*, 262f.; im folg. zit. EuI)

Habermas diskutiert die Psychoanalyse zuerst auf der Grundlage seiner Theorie der drei fundamentalen Erkenntnisinteressen (1973), die die Menschen antreiben und die drei verschiedene Arten der Beziehung zur Welt bestimmen. Diese erkenntnisleitenden Interessen sind sowohl empirisch, in menschlicher Erfahrung fundiert, als auch transzendental, d.h. unabhängig von aller Erfahrung wirksam. Die drei Interessen, das technische, das praktische und das emanzipatorische, bilden sich in drei verschiedenen Medien — Arbeit, Sprache und Macht — und bestimmen die Grundlage für drei verschiedene Wissenschaften — die empirisch-analytische, die historisch-hermeneutische und die kritische Sozialwissenschaft. Die Theorie des Erkenntnisinteresses besagt, vereinfacht dargestellt, daß die menschliche Gattung die Natur beherrscht (ihr technisches Interesse), auf Kommunikation beruhende soziale Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern herstellt (ihr praktisches Interesse) und diese Beziehungen kritischen Prüfungen unterzieht. Es gibt keine vorgegebene Welt, keinen »Objektbereich«, der unabhängig von den Erkenntnisinteressen existiert. Es ist unmöglich, auf alle Argumente einzugehen, die gegen diese Theorie vorgebracht wurden (s. Jay 1984, Held 1980, Keat 1981, McCarthey 1978, Thompson/ Held [Hrsg.] 1982). Ein Problem betrifft den Status des emanzipatorischen Interesses. Es wird dem praktischen im menschlichen Diskurs untergeordnet:

»Während das technische und das praktische Erkenntnisinteresse in tiefsitzenden (invarianten?) Handlungs- und Erfahrungsstrukturen begründet, nämlich mit den Konstituenten gesellschaftlicher Systeme verknüpft sind, hat das emanzipatorische Erkenntnisinteresse einen abgeleiteten Status.« (EuI 400)

Es ist abhängig von der Institutionalisierung der Herrschaft und dem gesellschaftlich konstituierten Interesse an ihrer Transzendenz. Es ist ein in sich selbst begründetes Interesse, nicht auf ein konsequentes Ziel bezogen, wie etwa die instrumentelle Kontrolle der Natur oder eine effektivere Kommunikation unter den Gesellschaftsmitgliedern, sondern lediglich in der Absicht gebildet, die Menschen von objektivierten



Formen der Irrationalität zu befreien. Es liegt an der selbstreflexiven Konstitution unseres Lebens, daß wir als Menschen verstehen, die Natur des menschlichen Interesses selbst genau bestimmen und dabei den Status von autonomen, selbstbestimmten Menschen erreichen können (EuI 259f.). Da das emanzipatorische Interesse jedoch mehr als nur eine idealistische Aussage über die letztendlich normative Rationalität des Menschen sein soll, ist es für Habermas entscheidend, ein real existierendes Exemplar einer solchen selbstreflexiven wissenschaftlichen Disziplin auszumachen: und dies ist die Psychoanalyse.

Habermas sieht in Freuds Theorie ein Unternehmen, das sowohl die empirisch-analytische als auch die historisch-hermeneutische Wissenschaft transzendiert. Die Psychoanalyse kann nicht mit der ersten identifiziert werden, weil sie nicht einfach nomologisches Wissen, d.h. unveränderliche Naturgesetze hervorbringt, sondern damit befaßt ist »zu prüfen, wann die theoretischen Aussagen invariante Gesetzmäßigkeiten des sozialen Handelns überhaupt und wann sie ideologisch festgefrorene, im Prinzip aber veränderliche Abhängigkeitsverhältnisse erfassen« (1968, 158). Denn in der Psychoanalyse setzt die Reflexion solcher unanzweifelbarer Gesetze einen Prozeß in Gang, der in der veränderten Anwendung eben dieser Gesetze durch das Subjekt enden kann. Sie kann auch nicht mit dem praktischen Interesse identifiziert werden, weil in ihrer besonderen Weise des hermeneutischen Verstehens Objekt und Subjekt einer Textverzerrung identisch sind: es ist das menschliche Wesen, dessen Selbstverständnis hier durch das Auseinanderbrechen des symbolischen Diskurses beeinträchtigt wird.

Die Psychoanalyse möchte den Patienten ihre Kraft zurückgeben, die gegenwärtig fremde symbolische Bedeutung ihrer eigenen Sprache, ihres eigenen Handelns und ihrer eigenen Ausdrucksweise zu verstehen. Denn unter dem Druck des eigenen unerträglich instinkthaften Verlangens hat der Patient einen Teil seiner eigenen Natur von der bewußten Wahrnehmung getrennt und so, wie es war, an das ausgeliefert, was Freud »inneres Ausland« (Freud XV 62; EuI 268) genannt hat. »Neurosen verzerren Symbolzusammenhänge in allen drei Dimensionen: den sprachlichen Ausdruck (Zwangsvorstellungen), Handlungen (Wiederholungszwänge) und den leibgebundenen Erlebnis Ausdruck (hysterische Körpersymptome).« (EuI 269)

Die Psychoanalyse überschreitet die traditionelle Hermeneutik, weil sie »nicht nur den Sinn eines möglicherweise entstellten Textes sondern den Sinn der Textentstellung selber ... rekonstruieren muß« (EuI 271). In der Tat, die Abwehr des Patienten gegen seine eigene unerträgliche Natur tritt genau dadurch auf, daß man es ihm selbst unmöglich macht, die Bedeutung seiner eigenen Intentionen zu verstehen, ein Prozeß, der durch die »Exkommunikation« der eigenen Handlungsmotive, d.h. durch die Aussperrung der Symbole und Repräsentanten der eigenen Bedürfnisse aus der öffentlichen Kommunikation entsteht. Es ist nicht das Motiv selbst, das verdrängt wird, sondern seine Interpretation, so daß das Motiv unbewußt im Es verbleibt, »gleichsam sprachlos« (EuI 274), und zwar genau deshalb, weil es aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verdrängt wurde. Das Es ist der Teil des Selbst, der der sprachlichen Artikulation beraubt ist, und so vom Ich externalisiert wurde.

In dem Moment, wo der Text unserer alltäglichen Sprachgewohnheiten unterbrochen wird, wird das Selbstverständnis des Subjekts, seine Fähigkeit, mit sich selbst zu kommunizieren, beeinträchtigt. Unsere Motive werden unverständlich, weil sie nicht mehr in einer Sprache »zu uns sprechen«, die wir verstehen. Wenn wir nicht zu stark gestört werden, können wir weiter in der sozialen Welt handeln, indem wir die vorgeschriebenen Erwartungen erfüllen. Aber für diesen öffentlichen Vorteil zahlt der Patient den privaten »Preis der Kommunikationsstörung in sich selber. (...) So ist

der *privatisierte Anteil der exkommunizierten Sprache*, zusammen mit den unerwünschten Handlungsmotiven, in der Person des Neurotikers stillgelegt und für ihn selbst unzugänglich gemacht.« (EuI 279)

Die Aufgabe der Psychoanalyse ist es, den Prozeß der Selbstentfremdung umzukehren und dem Ich zu erlauben, die verlorenen Teile der eigenen Existenz wiederzugewinnen. Während »ein zerrissenes, durch Widerstände zerklüftetes Seelenleben ...« eines Patienten analysiert wird, »wächst dieses Seelenleben zusammen, fügt die große Einheit, die wir sein Ich heißen, sich alle die Triebregungen ein, die bisher von ihm abgespalten und abseits gebunden waren.« (Freud XII, 186 u. EuI 286)

Das Entscheidende in Habermas' Darstellung ist jedoch die Art und Weise, in der die Analyse fortschreitet, dem Ich zu seiner Wiederherstellung zu helfen.

»Die analytische Behandlung kann nämlich nicht ohne Bezugnahme auf die Erklärung der Reflexion bestimmt werden.« (EuI 280) Es ist »die Bewegung der Reflexion, die einen Zustand in den anderen transformiert, die eigentümlich emanzipative Anstrengung der Kritik, die den pathologischen Zustand des Zwangs und der Selbsttäuschung transformiert in den Zustand des aufgehobenen Konflikts und der Versöhnung mit der exkommunizierten Sprache« (EuI 300).

Es liegt an der besonderen Genese des Selbstbewußtseins, daß die Psychoanalyse ihre einzigartige Funktion der »Übersetzung des Unbewußten in Bewußtes« (Freud XI 451) vorführt. Genauer gesagt, die Reflexion schreitet fort, indem sie die Lücken im Gedächtnis füllt und die Unterdrückung so weit wie möglich rückgängig macht; Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn die Widerstände überwunden werden, die die ursprüngliche Krankheit produzierten und nun ihre Gesundung verhindern. Denn es ist nicht die Unwissenheit selbst, die den Patienten beherrscht, es ist der Ursprung der Unwissenheit im Widerstand, der sie bewirkt.

Nach Habermas erweisen drei weitere Eigentümlichkeiten der Psychoanalyse die analytische Erkenntnis als Selbstreflexion:

1. Reflexion beinhaltet nicht nur ein kognitives Element, sondern auch ein affektiv motivationales. Denn »Kritik hätte nicht die Macht, falsches Bewußtsein zu brechen, wenn sie nicht durch eine *Leidenschaft der Kritik* angetrieben würde.« (EuI 286) Therapie ist nur motiviert durch das Leiden des Patienten. Das bewog Freud zu der Bemerkung, daß ein Leiden, das zu schnell überwunden wird, die besondere Absicht der Analyse selbst zunichte macht.

2. Der Patient muß die volle Verantwortung für die Krankheit übernehmen. Diese Forderung überrascht, weil man gemeinhin annimmt, Freuds Leitgedanke sei die Entlastung des Patienten von der Pathologie der irrationalen Selbstanklage. Doch »wenn ich abwehrend sage, was unbekannt, unbewußt und verdrängt in mir ist, das ist nicht mein 'Ich'«, so habe ich, sagt Freud, dadurch zu erkennen gegeben, daß ich noch nicht erfahren habe, »daß dies von mir Verleugnete nicht nur in mir 'ist', sondern gelegentlich auch aus mir 'wirkt'.« (Freud I 567 u. EuI 288) Das Ich des Patienten erkennt seine Krankheit als sein eigenes entfremdetes Selbst; nur indem es sich mit ihr identifiziert, ist es möglich, sie als sein Eigenes anzunehmen.

3. Der Analytiker muß sich derselben Art und Weise der Analyse unterziehen, auf die er sich später mit seinem Patienten einläßt, ein weiteres Zeichen dafür, daß Subjekt und Objekt der psychoanalytischen Reflexion in einem Verhältnis der dialektischen Identität stehen, eine Eigentümlichkeit der kritischen Selbstreflexion.

### Das Selbstmißverständnis der Metapsychologie

Würde Freuds System sich auf seine analytische Praxis beschränken, wären Habermas' Ausführungen unzweifelhaft positiv geblieben. Aber Freud versuchte, die

Psychoanalyse in einer Metapsychologie zu begründen, die er in Übereinstimmung mit dem positivistischen Modell einer mechanistischen Energieverteilung brachte. Habermas behauptet nun, daß Freud sich dadurch vom eigentlichen System der Selbstreflexion, das den Erfolg seines »analytischen Gesprächs« ausmachte, absetzte und damit die Bedeutsamkeit seines Beitrags schwächte. Um die Kritik von Habermas zu erfassen, ist es nötig, vorher auf seine folgenden Unterscheidungen einzugehen: 1. Metapsychologie, 2. allgemeine Interpretationen und 3. narrative Darstellung einer individuellen Geschichte.

1. Nach Habermas gibt es in Freuds *Metapsychologie* (oder »Metahermeneutik«, wie Habermas manchmal sagt) zwei entgegengesetzte Aussagen. Auf der einen Seite leitete Freud seine Metapsychologie von seinen therapeutischen Beobachtungen, der gestörten Kommunikation mit seinen Patienten, ab. »Die begrifflichen Konstruktionen Ich, Es und Über-Ich verdanken ihre Namen nicht zufällig der Erfahrung der Reflexion.« (EuI 290) Auf diese Weise behauptet Habermas, daß Freud, »ausgehend von den 'Erfahrungen der Kommunikation des Arztes mit seinen Patienten', den Begriff des Unbewußten an einer spezifischen Form der Störung umgangssprachlicher Kommunikation gewonnen« hätte (EuI 291f.). Die Bedeutung der metapsychologischen Kategorien kann nicht unabhängig vom therapeutischen Kontext erklärt werden. »Die Metapsychologie entfaltet die Logik der Deutung in der analytischen Gesprächssituation.« (EuI 310) Auf der anderen Seite jedoch entwickelte Freud eine Theorie, »die sich von dem kategorialen Rahmen der Selbstreflexion gelöst und ein auf Bildungsprozesse passendes Strukturmodell durch ein Energieverteilungsmodell ersetzt hat.« (EuI 302)

Wir können wie folgt zusammenfassen: Entweder hat Freud a) eine ursprünglich hermeneutische Metapsychologie durch ein quantitatives Energiemodell, oder b) ein implizit hermeneutisches Modell durch ein explizit mechanistisches Modell ersetzt, oder c) er reinterpretierte sein praktiziertes hermeneutisches Modell mit einer Theorie der Energieverteilung, die er der Physik entlehnte. Bei jeder dieser möglichen Vorgehensweisen unterlag Freud Habermas zufolge einem »szientistischen Selbstmißverständnis« (EuI 306f.).

2. Während die metapsychologischen Grundannahmen der Psychoanalyse »nur indirekt, am Erfolg sozusagen einer ganzen Kategorie von Forschungsprozessen bestätigt werden oder scheitern können«, sind *die allgemeinen Interpretationen* »der empirischen Überprüfung direkt zugänglich« (EuI 310f.). Grob gesprochen, enthalten die allgemeinen Interpretationen Annahmen über die psychosexuelle Entwicklung und die Bildung der Neurosen, Objektwahl und Identifikation, über Konflikte und Formen der Konfliktbewältigung. Diese Konstruktionen der Persönlichkeitsstruktur sind aus der wiederholten klinischen Erfahrung heraus entwickelt worden und gestatten bedingte Prognosen über zukünftige Entwicklungen, indem sie eine Erzählfolie (»narrative scenario«) liefern, die benutzt werden kann, um die individuellen Ereignisse des Patientenlebens zu lokalisieren. Dabei ist es wichtig festzuhalten, daß Metapsychologie und allgemeine Interpretationen zwar beide logisch eindeutig sind, aber erstere im Gegensatz zu letzterer nicht Gegenstand empirischer Untersuchungen sein kann. Die Metapsychologie geht der Entwicklung systematischer Verallgemeinerungen voraus. Denn, so Habermas, es werden »Konflikte unter dem Gesichtspunkt der Abwehr, und die Persönlichkeitsstrukturen nach dem Verhältnis von Ich, Es und Über-Ich metapsychologisch begriffen« (EuI 316).

3. Andererseits ist es genauso wichtig, die allgemeinen Interpretationen der Psychoanalyse nicht mit der allgemeinen Theorie der empirisch-analytischen Wissenschaft oder den Strukturen der sozialen Interaktion der interpretierenden (historisch-

hermeneutischen) Wissenschaften zu verwechseln. »Erfolg und Mißerfolg sind hier nicht, wie im Rahmen instrumentalen oder im Rahmen kommunikativen Handelns, je auf ihre Weise intersubjektiv feststellbar.« (EuI 325) Denn der Patient kann an der Überprüfung von allgemeinen Interpretationen nur dann teilhaben, wenn der Forschungsprozeß in die Selbsterforschung des Patienten transformiert wird (EuI 319). Interpretationen sind insofern nützlich, als sich Patienten in diesen Interpretationen wiedererkennen und sie im fortwährenden Prozeß der Selbst-Emanzipation gebrauchen.

Habermas faßt die Beziehung dieser drei Ebenen des psychoanalytischen Denkens in der folgenden Passage zusammen:

»Nur die *metapsychologisch begründete, systematisch verallgemeinerte Historie* der frühkindlichen Entwicklung mit ihren typischen Entwicklungsvarianten setzt den Arzt in stand, die im analytischen Gespräch gewonnenen bruchstückhaften Informationen so zusammensetzen, daß er die Lücken der Erinnerung rekonstruieren und die Erfahrung der Reflexion, deren der Patient zunächst unfähig ist, hypothetisch vorwegnehmen kann. Er macht Interpretationsvorschläge für eine Geschichte, die der Patient nicht erzählen kann; gleichwohl können sie nur dadurch, daß der Patient sie annimmt und mit ihrer Hilfe seine eigene Geschichte erzählt, tatsächlich verifiziert werden.« (EuI 318)

Indem die Psychoanalyse Aspekte der naturwissenschaftlichen Erklärung und kommunikative Interpretationen kombiniert, überschreitet sie diese bei der Dienstleistung, dem Patienten ein Selbstverständnis zu bieten, das selbst-transformativ ist. Tatsächlich sieht Habermas den einmaligen Beitrag in der Psychoanalyse als Prototyp für den Bereich der kritischen Sozialwissenschaften. Sie darf daher selbst auf den Bereich der sozialen Reflexion und der sozialen Praxis übertragen und als »historisch orientierte Analyse gegenwärtiger Gesellschaften zu praktischen Zwecken« angewandt werden (zit. in McCarthy 1978, 205).

## Kritik

Der großen Verdienste von Habermas um das Verständnis der psychoanalytischen Theorie zum Trotz gibt es eine Anzahl fundamentaler Probleme in seiner Freud-Auslegung, insbesondere in der Aussage, daß die Psychoanalyse »das einzige greifbare Beispiel einer methodisch Selbstreflexion in Anspruch nehmenden Wissenschaft« (EuI 262) ist.

1. Es ist die Frage, ob Habermas' eine zutreffende Darstellung von Freud geliefert oder nicht eher den psychoanalytischen Kategorien-Rahmen durch seinen eigenen ersetzt hat. Der Streitpunkt ergibt sich sofort aus Habermas' Aussage, daß Freud die begrifflichen Konstruktionen aus der analytischen Erfahrung »entwickelt« habe (EuI 290f.). Obwohl Freud dies gelegentlich geschrieben haben mag, kann diese Position nicht mit der psychoanalytischen Metapsychologie in Einklang gebracht werden. Denn die grundlegenden Freudschen Kategorien sind unbestreitbar von der Erfahrung unabhängig. Begriffe wie »Es«, »Ich« und »Über-Ich« oder »das Unbewußte« sind unmöglich durch Erfahrung zu bestimmen.

Habermas' hegelianische Lesart von Freud führt ihn zu der Annahme, daß das Andere des Ich lediglich sein entfremdetes Ich und das Es dann zum Beispiel »der Name für den durch Abwehr externalisierten Teil des Selbst« (EuI 296) sei. Aber so verstand Freud das Es nicht. »Das Ich ist doch nur ein Stück vom Es, ein durch die Nähe der gefährdenden Außenwelt zweckmäßig verändertes Stück.« (Freud XV 83) Und in einer weiteren Passage schreibt Freud:

»Die älteste dieser psychischen Provinzen oder Instanzen nennen wir das *Es*; sein Inhalt ist alles, was ererbt, bei Geburt mitgebracht, konstitutionell festgelegt ist, vor allem also die aus der Körperorganisation stammenden Triebe, die hier einen ersten uns in seinen Formen unbekannt psychischen Ausdruck finden.« (Freud XVII 67f.)

Freud läßt keinen Zweifel daran, daß das *Es* ursprünglich ist, ursprünglich im doppelten Sinne des Begriffs, sowohl zeitlich als auch funktional. Richtig ist, daß Freud auch behauptet, daß das *Es* an einem späteren Punkt unterdrückte Erfahrungen in sich aufnimmt. Aber das verletzt in keiner Weise die grundlegende Eigenschaft der Ursprünglichkeit des *Es*. Und er stellt die Wichtigkeit dieses Punktes außer Zweifel, wenn er sagt: »Die Macht des *Es* drückt die eigentliche Lebensabsicht des Einzelnen aus.« (Freud XVII 70) Freud betont den nicht-erfahrbaren Charakter des *Es*:

»... es hat keine Organisation, bringt keinen Gesamtwillen auf ... Für die Vorgänge im *Es* gelten die logischen Denkgesetze nicht, vor allem nicht der Satz des Widerspruchs. (...) Es gibt im *Es* nichts, was man der Negation gleichstellen könnte ... Im *Es* findet sich nichts, was der Zeitvorstellung entspricht, keine Anerkennung eines zeitlichen Ablaufs ..., keine Veränderung des seelischen Vorgangs durch den Zeitablauf.« (Freud XV 80)

2. Freud behauptet explizit, daß das *Es* aus der somatischen Organisation des Individuums stammt, daß es die Instinkte enthält, die sich im *Es* »in Formen, die uns nicht bewußt sind«, ausdrücken. Eine hermeneutische Interpretation des *Es* oder der Instinkte oder des Unbewußten oder irgendeines verwandten Begriffs ist in Freuds Theorie nicht möglich. Und weil das *Es* nicht durch das *Ich* ersetzt werden kann, obwohl Habermas' Theorie der idealen Gesprächssituation uns das glaubhaft machen will, bestehen die therapeutischen Implikationen in diesem Punkt darin, daß Therapie sich selbst darauf beschränken muß, das Verhältnis des *Ich* zum *Es* angenehmer zu gestalten, um dem *Ich* zu erlauben, der Befriedigung des *Es* eifriger zu dienen. Das ist schließlich das, was Freud mit dem Ausspruch meinte »Wo *Es* war, soll *Ich* werden«. Er sprach nicht von Ersatz, sondern von Dienen.

Die These, daß bei Freud eine erfolgreiche Therapie das *Es* eliminiere, geht deshalb fehl, weil Freud das *Es* somatisch (biophysically) interpretierte. Auch behauptete oder folgerte er niemals, daß der Bereich des Psychischen — einschließlich der Instinkte als Vertreter somatischer Triebe — als autonomer Gegenstand der Untersuchung oder technischer Kontrolle vorgestellt werden kann. Was einige Kritiker irritiert, ist Freuds Warnung, daß es beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Kenntnisse über die Beziehung zwischen dem Somatischen und dem Psychischen eine erfolgreichere heuristische Methode sei, das Psychische für sich genommen in den Mittelpunkt zu stellen. Aber selbst in seinen späten Schriften hörte Freud nicht auf, auf die »zweite fundamentale Annahme« der Psychoanalyse hinzuweisen: »Sie erklärt die vorgeblichen somatischen Begleitvorgänge für das eigentliche Psychische« (Freud XVII 80).

3. Ich habe schon erwähnt, daß Habermas Freud so verstand, daß die metapsychologischen Kategorien aus der therapeutischen Erfahrung *entwickelt* werden. Und trotzdem behauptet Habermas gleichzeitig, daß Freud einem »szientistisches Selbstmißverständnis« unterlag. Habermas erkennt nicht, daß das szientistische Selbstmißverständnis eigentlich als Grundlage für Freuds therapeutische Beziehungen diente und diese mechanistisch korrumpierte.

Es gibt folgende Möglichkeiten: a) Freuds mechanistische Metapsychologie diente der Grundlegung seiner therapeutischen Interpretationen, was m.E. der Fall war; b) Freud begründete die Praxis der Therapie mit einer tiefenhermeneutischen Metapsychologie oder einer Metahermeneutik; c) Freud stützte sich wirklich auf eine

Metahermeneutik, die er aus der therapeutischen Praxis »entwickelte« und mißverstand dann seine eigene Praxis, indem er sie mit Begriffen des mechanistischen Modells der Energieverteilung beschrieb.

Der erste hierbei zu klärende Punkt ist, ob irgendeine Metatheorie aus der Erfahrung »entwickelt« werden kann. Gegen den vordergründigen anti-positivistischen Impetus in *Erkenntnis und Interesse*, scheint Habermas paradoxerweise einem positivistischen Selbstmißverständnis zu unterliegen, insofern er behauptet, daß eine anscheinend reine therapeutische Erfahrung als Grundlage für den ihr selbst unterliegenden kategorialen Rahmens dient. Denn das ist der Sinn seiner Bemerkungen. Zur Untermauerung zitiert Habermas z. B.: »eigentlich (ist) die ganze psychoanalytische Theorie über der Wahrnehmung des Widerstandes aufgebaut, den uns der Patient bei dem Versuch, ihm sein Unbewußtes bewußt zu machen, leistet« (Freud XV 74 u. EuI 291).

Um den Irrtum, der hier vorliegt, besser zu verstehen, ist es hilfreich, Freuds Theorie des Widerstands genauer zu betrachten. Ursprünglich sah Freud die Kräfte, die am Widerstand und der Verdrängung beteiligt waren, als identisch an, beide gehen vom Unbewußten aus. Seine Erklärung für Widerstand beruhte auf der Hypothese, daß die Erinnerungen je nach Stärke des Widerstands um einen pathogenen Kern herum gruppiert sind. Die letztliche Quelle des Widerstands ist die »Kraft der Abstoßung«, die vom Verdrängten ausgeht (*Studien über Hysterie*). Aber indem Freud seine strukturalistische Darstellung entwickelte, kam er zu der neuen Ansicht, daß der Widerstand direkt vom Ich ausgeführt wird. Das Unbewußte ist bestrebt, den Druck, den ihm das Ich entgegenbringt, zu durchbrechen. So konnte Freud daraus schließen, daß der Widerstand aus der gleichen seelischen Kraft entspringt, die die ursprüngliche Verdrängung ausführte (*Jenseits des Lustprinzips*). Später, am Ende von *Hemmung, Symptom und Angst* unterschied Freud fünf Typen des Widerstands; drei werden dem Ich zugeschrieben, einer dem Es und der letzte dem Über-Ich, dieser entsteht aus der unbewußten Schuld und dem Bedürfnis nach Bestrafung.

Keines dieser ausgearbeiteten Konstrukte ist wahrnehmbar, obwohl jedes sehr wohl eine plausible Schlußfolgerung aus der therapeutischen Erfahrung darstellen könnte. Wenn »Wahrnehmung« »direkte Beobachtung« bedeutet, müssen wir schlußfolgern, daß wir keine »Kräfte«, »Kräfte der Abstoßung«, »einen pathogenen Kern«, oder fünf Typen des Widerstands wahrnehmen, weil sie alle von den Konzepten des »Ich«, »Es« und »Über-Ich« abhängig sind. Freud schiebt diese Tatsache beiseite mit der Bemerkung, daß es das Bestreben des Therapeuten sei, das Unbewußte bewußt zu machen. Obwohl das Unbewußte in seiner grundlegenden psychoanalytischen Bedeutung der direkten Beobachtung nicht zugänglich ist, argumentiert Freud selbst bei zahlreichen Gelegenheiten, daß das Unbewußte tatsächlich eine nützliche Schlußfolgerung sei, um die Lücken der bewußten Erfahrung zu schließen.

Wenn die Wahrnehmung hier schlußfolgernde Beurteilung einschließt, dann wird so etwas wie Widerstand wahrgenommen. Aber nur deshalb, weil Theorie als Mittel für die angemessene Beurteilung benutzt wird, was uns aber aus der unmittelbaren Erfahrung herausführt. Die Vorstellung von Widerstand ist also theoriegeleitet. Habermas verstrickt sich in ähnliche Verwirrungen, wenn er in den metapsychologischen Rahmen die »Mechanismen der Entstehung von Symptomen (so) wie der Auflösung von pathologischen Zwängen« miteinschließt, aber ständig wiederholt: »Dieser metapsychologische Rahmen ist zunächst aus Erfahrungen der analytischen Situation und der Traumdeutung entwickelt worden.« (EuI 307) Wenn der Mechanismus, der die Genese der Symptome erklärt, als Aspekt der Metapsychologie aus der Erfahrung entwickelt wurde, dürfte die Kategorie »Symptom« selbst kein Aspekt des

ursprünglichen therapeutischen Phänomens sein — eine Schlußfolgerung, die theoretisch nicht plausibel ist und die analytische Praxis unmöglich gemacht hätte.

Bezogen auf die drei o.g. alternativen Interpretationen des Verhältnisses von klinischer Erfahrung und Metapsychologie macht Habermas folgende Beobachtung:

»Freud hat in einer späteren Phase seiner Entwicklung die psychoanalytischen Grundannahmen in ein Strukturmodell eingeordnet. (...) Die begrifflichen Konstruktionen Ich, Es und Über-Ich verdanken ihre Namen nicht zufällig der Erfahrung der Reflexion. Sie sind erst nachträglich in einen objektivistischen Bezugsrahmen versetzt und uminterpretiert worden.« (Eul 290f.)

Aber was sind die »Grundannahmen«, die Freud in das *Strukturmodell* einordnete? Man hätte denken können, daß das Strukturmodell selbst eines der Grundannahmen wäre, das konsequente Interpretationen fundierte. Habermas bemerkt dazu an einer Stelle: »Es wäre sinnvoll, den Namen Metapsychologie für jene Grundannahmen zu reservieren, die sich auf den pathologischen Zusammenhang von Umgangssprache und Interaktion beziehen und in einem sprachtheoretisch begründeten Strukturmodell dargestellt werden könnten.« (Eul 310) Doch Freud muß entweder so verstanden werden, daß es ihm an jeglichen Aussagen über die Verbindung zwischen Sprache und Interaktion mangelte, oder daß er ein solches Verständnis mit einer Theorie der mechanistischen Triebe fundierte.

Die verschiedenen Argumentationsstränge, die bisher genannt wurden, führen meines Erachtens zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Freud setzte selbstverständlich einen metapsychologischen Rahmen bei der Ausübung seiner analytischen Praxis voraus;
- dieser kategoriale Rahmen wurde nicht ursprünglich aus der klinischen Erfahrung »entwickelt«, sondern diente zu ihrer Fundierung;
- die gesamte analytische Praxis ist daher von einer vorausgesetzten Metapsychologie abhängig, und
- diese Metapsychologie ist keine »Tiefenhermeneutik«, sondern ein mechanistisches Energieverteilungsmodell, das Habermas selbst ausdrücklich verworfen hat.

Freud selbst schrieb mit bewundernswerter Klarheit:

»Schon bei der Beschreibung (von Erscheinungen) kann man es nicht vermeiden, gewisse abstrakte Ideen auf das Material anzuwenden, die man irgendwoher, gewiß nicht aus der neuen Erfahrung allein herbeiholt. Noch unentbehrlicher sind solche Ideen — die späteren Grundbegriffe der Wissenschaft — bei der späteren Verarbeitung des Stoffes. ... man (verständigt) sich über ihre Bedeutung durch den wiederholten Hinweis auf das Erfahrungsmaterial, dem sie entnommen scheinen, das aber in Wirklichkeit ihnen unterworfen wird. (...) Ein solcher ... Grundbegriff, den wir ... in der Psychologie nicht entbehren können, ist der des Triebes.« (Freud X 210f.)

Anstelle der Auffassung, daß die Psychoanalyse »das einzige greifbare Beispiel einer methodisch Selbstreflexion in Anspruch nehmenden Wissenschaft« ist, kommen wir zu der Auffassung, daß im Grunde genommen die psychoanalytische Interpretation Freuds durchdrungen ist vom mechanistischen Reduktionismus. Die systematische Grundlegung dieser Theorie blieb mechanistisch, mit dem Resultat, daß nicht nur seine zugrundeliegenden theoretischen Konstruktionen, sondern seine aktuellen Ansichten solcher therapeutischen Phänomene wie Psychose, Melancholie, Aktualneurose, Abstinenzregel, Ersatzbefriedigung, Abwehr, Konflikt und Verdrängung sämtlich abhängig sind von einer ihnen zugrundeliegenden Metapsychologie, d.h. einem kategorialen Rahmen, der Vorannahmen über Konflikt, Struktur und quantifizierbare

Energie enthält. Und so sagte Freud, »daß es eine metapsychologische Darstellung genannt werden soll, wenn es uns gelingt, einen psychischen Vorgang nach seinen dynamischen, topischen und ökonomischen Beziehungen zu beschreiben« (Freud X 281).

4. Die Schwierigkeiten in Habermas' theoretischer Bestimmung des Verhältnisses zwischen Metapsychologie und klinischer Praxis führen auch zu einer praktischen Schwierigkeit. Denn wie Habermas schon in seiner Empfehlung der Psychoanalyse als einer ursprünglich selbstreflexiven Disziplin hervorhebt, muß der Patient die Natur seiner Selbstentfremdung verstehen, um solche Teile des Selbst zu reintegrieren. Aber Habermas sagt nichts über die eigentliche Prozedur dieser Reintegration, es sei denn, er meint die einzelnen Techniken, die in der Psychoanalyse selbstverständlich geworden sind. Sollte dies der Fall sein, sind wir mit einem interessanten Dilemma konfrontiert: Entweder (a) der Patient überwindet den Widerstand mithilfe derselben allgemeinen Interpretationen, die der Analytiker verwendet, oder (b) der Analytiker behält das Expertenwissen für sich, das für die Selbstveränderung des Patienten nicht nötig ist. Aber die erste Alternative stimmt nicht mit der psychoanalytischen Praxis überein und würde vermutlich als vollkommen schädlich angesehen. Die zweite Alternative, die die gegenwärtige Situation beschreibt, beinhaltet eine grundlegend autoritäre Beziehung, die unvereinbar mit dem demokratischen Ziel von Habermas' Theorie ist.

Letztlich ist es das Ideal einer ungestörten Kommunikation, die »ideale Sprechsituation«, die ihr emanzipatorisches Licht auf den analytischen Diskurs wirft, der nach kritischer Selbstreflexion strebt (McCarthy 1978, 197f.). Aber wie kann so eine Beziehung von gleichen Sprechern mit Ausschluß jeglicher Formen von Herrschaft und Kontrolle für kompatibel mit der psychoanalytischen Prozedur gehalten werden, in der der Analytiker, durch Übertragung und andere asymmetrische Modalitäten, eine schillernde und machtvolle Figur bleibt, dessen gleicher Status höchstens hervortreten kann, wenn die Analyse wirklich beendet ist. Sollte die Selbstreflexion realisiert werden, so muß das Material, das aus dem Unbewußten hervortritt, Gegenstand der Interpretation sein, und der Analytiker behält sowohl das theoretische als auch das praktische Monopol dieser Interpretationen. Es gibt nun drei Möglichkeiten:

a) der Patient weiß so viel wie der Analytiker und ist folglich nicht in der Lage, sich als Patient auf ihn zu beziehen; b) der Patient weiß weniger als der Analytiker und kann daher kein Teilhaber an der ungestörten Selbstreflexion sein, was die Psychoanalyse von der Emanzipation entfernen würde; oder c) der Patient ist erst dann zur Gleichheit im Diskurs fähig, wenn die Analyse beendet ist; eine Sichtweise, die bestenfalls die Analyse zu einem Weg zur kritischen Selbstreflexion macht, anstatt sie als kritische Selbstreflexion zu konstituieren, und die schlimmstenfalls zu scheinbar emanzipierten Patienten führt, die sich der Grundlage der Selbstveränderung nicht bewußt sind.

5. Habermas' gesamtes Verständnis der Psychoanalyse als eine »methodisch Selbstreflexion in Anspruch nehmende Wissenschaft« wird durch eine unbegründete Behauptung fundiert; er nimmt implizit als selbstverständlich an, daß die Psychoanalyse tatsächlich zur emanzipatorischen Selbstveränderung führt. Diese Behauptung bleibt ohne Beweis. Aber selbst wenn die Psychoanalyse zur Emanzipation führte, würde daraus in keinsten Weise folgen, daß dieses Ergebnis durch den selbstreflexiven Charakter dieses Unternehmens zustande gekommen wäre. (Genausowenig wie der Mißerfolg einer Therapie nicht notwendigerweise die Theorie entkräftigt.) Von Kritikern der Freudschen Doktrin wurde behauptet, daß ihr Erfolg nicht



von der kritischen Selbstveränderung herrührt, sondern eher von den nichtreflektiven Fakten wie der dominierenden Kraft des Analytikers gegenüber dem Patienten (vgl. Haley 1963). Ob die Tiefenhermeneutik eine bedeutende oder eine untergeordnete Rolle spielt, ist schwer zu entscheiden, eine Fragestellung, die in Habermas' Überlegungen nicht einmal angedeutet ist.

6. Die Frage, ob der therapeutische Erfolg auf »Einsicht« beruht, kann nur durch eine normative Bestimmung beantwortet werden, die sich auf die Funktion der Therapie bezieht. An dieser Stelle möchte ich lediglich eine kurze Anmerkung zu den normativen Aussagen der Psychoanalyse selbst machen, denn diese sind wichtig für die Einschätzung der Psychoanalyse als einer emanzipatorischen Disziplin. Wieder stoßen wir auf eine Lücke in Habermas' Überlegungen: er schließt jegliche Aussagen über die normative Verfassung der Psychoanalyse aus. So wie er es versäumt, die eigentliche Rolle von Freuds mechanistischer Metapsychologie für den kategorialen Rahmen der Psychoanalyse zu erwähnen, so vergißt er, die wirklichen sozialen, politischen und ethischen Urteile, die Freuds theoretisches und praktisches Werk durchdringen, zu notieren.

Freuds Theorie ist von normativen Bestimmungen durchdrungen, die in ihrer ideologischen Funktion so »gefroren« sind, daß sie das Verständnis der Psychoanalyse als einer emanzipatorischen Disziplin völlig unterminieren (vgl. Lichtman 1984, Kap. 5 u. 6). Seine Sichtweise etwa der vererbten Mängel der menschlichen Natur, der Geschlechterverhältnisse, der Notwendigkeit des Krieges, der Rolle der politischen Autorität und der patriarchalischen Macht, der Zwecklosigkeit der Rebellion und der Unmöglichkeit der menschlichen Selbstveränderung ist überall vertreten und häufig Bestandteil sowohl der Theorie als auch der Praxis. Nehmen wir nur den oben referierten Punkt, daß Freud das Individuum als letztlich verantwortlich für seine eigene Krankheit ansieht. Dieser vollständig mystifizierte Ausdruck der bürgerlichen Ideologie entlarvt Freuds Unmöglichkeit, die gesellschaftlichen Gründe des individuellen menschlichen Leidens zu erkennen und in sein System einzubauen. Der gesamte kategoriale Rahmen der Psychoanalyse ist ohne Sinn für soziale Strukturen, die Individuen werden in keimfreier Isolation von politisch-ökonomischen Bedingungen behandelt.

Bei all seiner Betonung der Ideologiekritik und Emanzipation versäumt es Habermas, die Beziehung zwischen der Natur des Individualismus, dem Leiden einzelner Männer und Frauen unter dem Unterdrückungscharakter der Macht des Kapitals einerseits und der Rolle der Psychoanalyse als einer ideologisch konstituierten Technik der sozialen Anpassung andererseits zu behandeln. Keiner hat die Gefahr der positivistischen Verherrlichung der instrumentellen Vernunft so betont wie Habermas, und keiner hat darauf so sehr bestanden, daß wissenschaftliche Theorien nur »innerhalb der Grenzen vorheriger Objektivation erfahrbarer Erscheinungen« (Keat 1981, 75) aufgestellt werden können. Aber es ist die instrumentelle Vernunft, wie sie konkret im Kapitalismus ausgebildet ist, die die menschlichen Erscheinungen objektiviert hat, die beide, die Objekte wie die Subjekte, den theoretischen Untersuchungen ausliefert, und die durch kritische Prüfung verfolgt werden muß, bis zu ihren Auswirkungen auf bestehende Formen des wissenschaftlichen Diskurses einschließlich der Psychoanalyse. In dieser Hinsicht folge ich Habermas' Beharren darauf, daß die Kategorien, die wir an die Natur anlegen, nicht das Produkt eines Kantischen transzendentalen Bewußtseins sind, sondern das Produkt der menschlichen Arbeit. Ich möchte nur kurz anmerken, daß das Wesen der menschlichen Arbeit selbst nicht zeitlos ist, sondern das konkrete Resultat der besonderen Form der industriellen Technologie, durch die sie ihren Ausdruck und ihre Bestimmung erhält. Weil die

Psychoanalyse den ideologischen Annahmen über das kapitalistische soziale Leben untergeordnet bleibt, bleibt ihre Praxis ein Hilfsmittel zur Realisierung der Macht des Kapitals. Eine wahrhaft selbstreflexive, emanzipatorische Disziplin muß die Voraussetzungen ihrer eigenen Kategorien ausarbeiten, eine Aufgabe, die von der Psychoanalyse nicht unternommen wurde, die aber ein Vermächtnis der marxistischen Kritik ist.

Habermas hat versäumt zu erwähnen, daß die allgemeinen Interpretationen, die Freud für das narrative Schema verwendete, das die Leben der einzelnen Patienten ordnet, von bürgerlicher Ideologie durchdrungen sind, von Bewußtseinsformen, die die Bedingungen bürgerlichen Lebens spiegeln, festigen und legitimieren. Freud ist in diesem Punkt eindeutig:

»Es ist — und gewiß mit Recht — gesagt worden, jede Erziehung sei eine parteiisch gerichtete, strebe an, daß sich das Kind der bestehenden Gesellschaftsordnung einordne, ohne Rücksicht darauf, wie wertvoll oder wie haltbar diese an sich sei. Wenn man von den Mängeln unserer gegenwärtigen sozialen Einrichtungen überzeugt ist, kann man es nicht rechtfertigen, die psychoanalytisch gerichtete Erziehung noch in ihren Dienst zu stellen. Man muß ihr ein anderes, höheres Ziel setzen, das sich von den herrschenden sozialen Anforderungen frei gemacht hat. Ich meine aber, dies Argument ist hier nicht am Platz. ... es ist nicht Sache des Analytikers, zwischen Parteien zu entscheiden. (...) Die psychoanalytische Erziehung nimmt eine ungebetene Verantwortung auf sich, wenn sie sich vorsetzt, ihren Zögling zum Auführer zu modeln. Sie hat das Ihrige getan, wenn sie ihn möglichst gesund und leistungsfähig entläßt. (...) Ich meine sogar, revolutionäre Kinder sind in keiner Hinsicht wünschenswert.« (Freud XV 162)

Während Habermas behauptet, daß Selbstreflexion einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse gehorcht, in dem »Erkenntnis um der Erkenntnis willen mit dem Interesse an Mündigkeit zu Deckung« gelangt (EuI 244), definiert Freud »Mündigkeit« so, daß er sie der Gesundheit und Leistungsfähigkeit unterordnet.

7. Ein weiterer problematischer Aspekt betrifft die Beziehung zwischen Deutungen und kausaler Determination. Freud bestimmte die Psychoanalyse immer als Naturwissenschaft (vgl. etwa Grünbaum 1984). Sein Vertrauen in ein neurophysiologisches Modell von Energiequanten und -entladung war tief verwurzelt. Genau diesen Aspekt der Psychoanalyse weist Habermas als »Selbstmißverständnis« zurück. Er insistiert darauf, wie gesagt, daß die Metapsychologie aus der Erfahrung der analytischen Situation statt aus einem physikalischen Modell psychischer Quantifizierung entwickelt wurde. Im Gegensatz zur traditionellen Hermeneutik jedoch verlangt auch die Psychoanalyse eine Synthese von Interpretation und kausaler Erklärung; wir können den Inhalt einer systematisch gestörten Kommunikation nicht verstehen, wenn wir nicht gleichzeitig den kausalen Ursprung des Symptoms selbst verstehen (vgl. McCarthy 1978, 200f.). Habermas versteht Kausalität so, daß sie im neurotischen Symptom operiert, weil der Patient einen Teil seines Selbst verdrängt hat, der nun insgeheim wie eine »zweite Natur« hinter seinem Rücken weiterwirkt. Er bezeichnet diese Situation als »Kausalität des Schicksals«, weil diese kausalen Gesetze transformiert, ja sogar eliminiert werden könnte durch die Kraft der kritischen Selbstreflexion. Mit anderen Worten: der Patient wird durch die analytische Reflexion sich seiner frühen unbewußten Triebe bewußt, und indem er diese sich in den Bereich der selbstbewußten Erkenntnis einverleibt, transzendiert er ihre zuvor unerkannte Macht. So löst die Selbstreflexion vorher »gefrorene« ideologische Mächte und ermöglicht ein Entkommen aus dem Bereich ihrer kausalen Herrschaft. »Die Therapie beruht nicht, wie die im engeren Sinne 'kausale' der somatischen Medizin, auf einer Indienstnahme der erkannten Kausalzusammenhänge, sie verdankt vielmehr ihre Wirksamkeit der Aufhebung der Kausalzusammenhänge selber.« (EuI 330)

Die entschlüsselte intentionale Struktur, die vorher privatisiert und unverständlich für das betreffende Subjekt war, wird nun den grammatischen Regeln entsprechend rekonstruiert und so ans Licht gebracht. Diese Erhellung der Bedeutung ist gleichzeitig die Entwicklung des Patienten zur selbstreflexiven Freiheit. Angenommen, diese Art der Veränderung käme wirklich in der Analyse vor, ist es dann angebracht, dies als »Aufhebung« der Kausalzusammenhänge anzusehen? Ist eine Objektivierung, die verstanden und erklärt wurde, damit schon aufgehoben? Diese Frage hat zwei Aspekte: 1. Ist die allgemeingültige Invarianz des kausalen Gesetzes aufgehoben? 2. Ist die Wirkung der kausalen Zusammenhänge für den jeweiligen Patienten aufgehoben?

Die Antwort auf beide Fragen ist negativ. Wenn ein Bedürfnis aufgrund der Unterdrückung seinen unbewußten Einfluß geltend macht, produziert es Symptome, die unverständlich und schädlich für den Patienten sind. Sie können nur durch Unterbinden der Unterdrückung und Wiedereinverleibung der verbotenen Bedürfnisse in das Ich des Patienten entfernt werden. Nun kann es nicht der Fall sein, daß, wenn eine Unterdrückung erfolgreich überwunden wurde und der Patient folgerichtig reintegriert ist, das fragliche kausale Gesetz irgendwie ungültig ist. Denn dies ist genau die Zusammenhgangsannahme des Gesetzes, und die Gesundung des Patienten ist genau der Beweis für die Gültigkeit des Gesetzes. Was verändert wurde, ist nicht das Gesetz, sondern die auslösende Bedingung. Die Emanzipation des Patienten ist eine Bestätigung des besagten Gesetzes (vgl. Grünbaum 1984, 11-15).

Die gleiche Überlegung gilt für die jeweiligen Patienten. Ihr Befreitsein haben sie durch die Annahme eines einst abgelehnten Aspekts ihres Lebens erlangt. Die Durchsichtigkeit der Deutungen, die dabei gewonnen wird, ist das vorhergesagte Ergebnis der Theorie. Die »Invarianz der Lebensgeschichte« ist aufgelöst, und der Patient ist fähig, bewußt seine Absichten zu formulieren, die nun Gegenstand selbstbewußter Untersuchungen sind. Nichts an dieser selbstbeherrschenden Veränderung paßt zu der »Aufhebung der Kausalzusammenhänge«. Statt dessen ist man von der Domäne des Unbewußten, Unterdrückten und der zwanghaften Kausalität zu einer neuen Domäne der bewußt intendierten Selbstbeherrschung gelangt. Wenn die Kausalität verschwunden wäre, könnte vom gesunden Patienten nicht gesagt werden, daß er selbstbeherrscht sei. Hier besteht Habermas' Schwierigkeit darin, daß er Freuds wissenschaftliches Selbstmißverständnis, das ganz klar auf der kausalen Determination aufbaut, gerne vermeiden möchte und so Kausalität und Deutung voneinander trennt, um sie fundamental unvereinbar zu machen. Befreitsein ist jedoch nur durch kausal bestimmte Deutungen möglich. In der Überwindung des Zwangs bewegen wir uns von der Bedingtheit, die uns entfremdete Bedeutungen aufzwingt, zur Selbstbestimmung, die wir durch durchschaubare Bedeutungen erlangen. Habermas selbst schreibt:

»... die Reflexion ... transformiert ... den pathologischen Zustand des Zwangs und der Selbsttäuschung ... in den Zustand des aufgehobenen Konflikts und der Versöhnung mit der exkommunizierten Sprache.« (Eul 300; Hervorh. R.L.)

Reflexion ist eine Kraft und dient als solche dem kausalen Modus der Selbstbestimmung.

8. Es gibt noch einen letzten Aspekt: die Natur der Bedürfnisse (desire). Während Reich und Marcuse die Freudsche Instinkt-Theorie übernahmen, ist Habermas in seiner hermeneutischen Auslegung nahe daran, den Instinkt auszutilgen. Von diesen zwei Möglichkeiten scheint mir Habermas' Alternative eindeutig die befriedigendere zu sein. Die folgende Passage zeigt einen sehr fruchtbaren Weg:

»Erst im Medium der Sprache wird das naturgeschichtliche Erbe des plastischen, in der libidinösen und der aggressiven Richtung zwar präjudizierten, im übrigen undefinierten ... Antriebspotentials in der Form *interpretierter Bedürfnisse* artikuliert.« (Eul 293)

Der Fortschritt dieser hermeneutischen Auffassung ist, daß hier Sprache, Kultur und Gesellschaft zum Bestandteil der Natur menschlicher Bedürfnisse gemacht werden, statt zu Ausdrucksformen einer vorherbestimmten instinkthaften Dynamik. Aber die Aussage der Passage im weiteren Kontext der Analyse von Habermas ist ambivalent. Man beachte zum Beispiel, daß Habermas in der oben zitierte Passage eine Präjudizierung des libidinösen und aggressiven »Antriebspotentials« einräumt. Diese Kombination der »Richtungen« erinnert natürlich an Freud, wo Eros und Thanatos als bipolarer Ursprung der menschlichen Handlungen bestimmt werden. Was Habermas mit diesen Begriffen meint, hat er nirgends klargestellt — gemäß des extrem formalen Charakters seiner Aussagen. Auch der Begriff »Antriebspotential« ist wenig hilfreich, denn all das, wozu Menschen fähig sind, könnte auf ein solches Potential zurückgeführt werden. Dabei verliert das Konzept entweder seine Bedeutung, oder es muß in Einklang mit irgendeiner angeborenen aggressiven oder erotischen Substanz gebracht werden, um bedeutsam zu bleiben. Wie das wiederum mit der Dominanz der Sprache übereinstimmen soll, ist unklar; die vergleichbaren Funktionen einer »Naturgeschichte« und einer Symboldeutung sind nicht genau geklärt.

Wenn auch einerseits dem natürlichen Antrieb zuviel Wertigkeit beigemessen wird, so scheint Habermas andererseits der Kraft der Sprache zuviel zuzutrauen. Erinnern wir uns, daß seine Auffassung der Unterdrückung von der Kapazität der zensurierenden Instanz abhing: »Sie verhindert die Umsetzung der unerwünschten Motivationen, indem sie die entsprechenden Interpretationen, nämlich Vorstellungen und Symbole aus dem Verkehr zieht.« (EuI 273) Durch die Unterdrückung werden die Motive sozusagen »entsprachlicht« oder, wie Habermas auch sagt, »privatisiert«. In beiden Fällen sind die Motivationen »dem Ich entzogen« (EuI 278). Zwei Fragen tauchen dabei auf: 1. Was ist der Status eines entsprachlichteten Motivs? Wenn ein Motiv seiner sprachlichen Interpretation beraubt ist, kann es immer noch irgendeinen menschlichen Status für sich in Anspruch nehmen. Habermas ist dabei der expliziten Auffassung, daß die unwiderstehliche Kraft der Triebe nicht verstanden werden kann, »ohne sich auf einen Kommunikationsrahmen zu beziehen« (Keat 1981, 101). Hier jedoch ist der Kommunikationsrahmen aufgehoben. 2. Wenn ein Motiv »dem Ich entzogen« wurde, wie kann es fortfahren, das Ich zu terrorisieren, so daß dieses sich dagegen verteidigt? Entweder birgt das Motiv in sich eine konstante Verweigerung aus Gründen außerhalb seiner Bedeutung, oder irgendeine Form der Kommunikation muß weiterhin funktionieren. Auf der anderen Seite kann ein gänzlich »entsprachlichtes« Motiv überhaupt nicht als Motiv in Habermas' System agieren.

Die Schlußfolgerung ist also, daß die Psychoanalyse sich als Modell der methodologischen Selbstreflexion nicht eignet. Die Psychoanalyse wird sich solange als mangelhaft und unzureichend erweisen, wie sie nicht in eine soziale, emanzipatorische Perspektive, wie etwa die des Marxismus, eingebettet wird (dazu Lichtman 1984).  
*Aus dem Amerikanischen von Dirk Lehrke*

### Literaturverzeichnis

- Freud, S., 1952: Gesammelte Werke. London, Frankfurt/M.  
 Grünbaum, A., 1984: The Foundation of Psychoanalysis. Oxford  
 Habermas, J., 1968: Technik und Wissenschaft als »Ideologie«. Frankfurt/M.  
 ders., 1973: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/M. (zit. EuI)  
 Haley, J., 1963: Strategies of Psychotherapy. Orlando/Florida  
 Held, D., 1980: Introduction to Critical Theory. Oxford  
 Jay, M., 1984: Marxism and Totality. Oxford  
 Keat, R., 1981: The Politics of Social Theory. Chicago  
 Lichtman, R., 1984: The Production of Desire. New York (Übersetzung bei *Argument* i.Vorb.)  
 McCarthy, T., 1978: The Critical Theory of Jürgen Habermas. Cambridge/Mass., London  
 Thompson J.B., u. D. Held (Hrsg.), 1982: Habermas: Critical Debates. Cambridge/Mass., London

## Intervention

### Die Grünen und die Linke

Mit den zunehmenden Wahlerfolgen der Grünen in der Bundesrepublik sahen die Linken eine Chance, auch auf der Ebene des Parlaments Alternativen zum Konservatismus und zur rechten Sozialdemokratie durchzusetzen. Die Marxisten in der SPD erhofften sich eine Erweiterung des Handlungsspielraumes durch die ökologische Kapitalismuskritik, wodurch sich »rückwirkend die sozialistischen Positionen innerhalb der Grünen profilieren« könnten (W. Elfferding). Konstatierte man noch Mitte der achtziger Jahre »Ohne die Zukunft der Grünen keine Zukunft der Linken« (F.O. Wolf), so sieht sich die Linke nach den Wahlen in West-Berlin und Frankfurt (bzw. Hessen) einerseits und durch die jüngsten Kommunalwahlen in Frankreich andererseits in die Defensive manövriert und droht, in ein Juso-Dasein innerhalb des reformistisch grün-alternativen Blocks abzugleiten. Marginalisierte schon der Duisburger Parteitag der Grünen die heterogene Linke innerhalb der Partei — wobei der »Grüne Aufbruch« um Antje Vollmer »anderen Gruppen, meist den Realos, zu Mehrheiten verhilft« (*Süddeutsche Zeitung* v. 30.3.89) —, so manifestierten die rot-grünen Bündnisse in West-Berlin und Frankfurt einen »realpolitischen Neuanfang« der Grünen und damit den Verlust der inhaltlichen Hegemonie der Linken, der die grüne Partei bis 1986 geprägt hat (U. Briefs).

Zeigt sich das bundesrepublikanische Modell nunmehr im neuen bürgerlich-reformistischen Gewand, so vollzieht sich gleichsam hinter dessen Rücken der Hegemonieverlust des eigenen Parteimodells unter den westeuropäischen Grünen: Das »nicht rechts und nicht links, sondern vorne« kehrt als politisches Konzept auf europäischer Ebene wieder: »Unsere Partei«, so Antoine Waechter von den französischen Grünen, »hat mit der Linken nichts zu tun. Wir sind keine Marxisten.« Die Atomkraft als gesellschaftspolitisches Thema der Auseinandersetzung bleibt dabei ebenso auf der Strecke wie eine »grüne Wirtschaftspolitik« als antikapitalistische Reproduktionsstrategie und die Dialektik von zentralen/dezentralen Politikformen. Dabei offenbart sich »ein Trend unter Europas Grünen, die eigene Programmatik weitgehend auf Umweltfragen zu reduzieren und darüber hinausreichende gesellschaftspolitische Dimensionen auszuklammern ... Auch bei den Grünen in Italien, Großbritannien, Irland, Schweden, Österreich und Belgien dominiert diese grün-grüne Sicht« (*taz* v. 10.4.89). Der innerparteiliche Exodus der Linken — vom »Grünen Forum« bis zu den »Ökosozialisten« — in der Bundesrepublik und die damit eingeleitete Phase der »unaufgeregten Normalität« (begrüßt von Peter Glotz bis Thomas Schmid) erhält seine Fortführung auf grün-europäischer Ebene in der Marginalisierung antikapitalistischer Grüner (wie etwa des »Grün-Progressiven Fortschritts« in Holland, der italienischen »Democrazia Proletaria«, der portugiesischen OSVerdes und MDP, der »sozialistischen Volkspartei Dänemarks u.a.m.).

Es ist daher notwendig, die Linke *neu* zu denken, ohne ständig einer Freud'schen »Überidentifizierung mit den Grünen« hinterherzulaufen (M. Stamm). Eine »konkrete Orientierung in rot-grüner Perspektive«, ohne sich gleich an eine Partei oder Tendenz zu binden (*Das Argument* 161/1987), kann vorerst nur bedeuten: Verwissenschaftlichung der Bewegung bzw. Verwissenschaftlichung des linken Diskurses, ohne schon über Partei(Neu-)gründungen zu orakeln (vgl. *Konkret* 2/89). Denn Gesellschaftsveränderung bedarf auch weiterhin theoretischer Anstrengungen, ohne dem Zwang zu unterliegen, gewonnene Erkenntnisse sogleich auf Programme

reduzieren zu müssen. Dennoch »gibt (es) die dringendsten Erfordernisse des Kampfes. Aber manchmal ist es ... *politisch dringend*, Abstand zu nehmen und sich Studien zu widmen, von denen alles abhängt. (...) Diese Zeit, die man sich dem Kampf gegenüber nimmt, kann letztlich dazu dienen, im Kampf selbst Zeit einzusparen.« (Brief L. Althussers an Régis Debray v. 1.3.67) Aber nicht nur der Zustand der grünen Partei, sondern auch die Verwirrung im Theoriezusammenhang der Linken macht es notwendig, eine *neue linke Identität* als Verbesserung der (politischen) Orientierungsmöglichkeiten zu artikulieren — Adornos »das Neue des Alten zu sehen« — hinsichtlich einer inhaltlichen und (vielleicht anschließend) organisatorischen Hegemonie in »linker Verantwortung«.

Hans G. Mittermüller (Fürstenfeldbruck)

## Dokumentation

### Überlegungen zur »Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft«

Das Werk von Peter Weiss inspiriert seit dem Welterfolg von »Marat/Sade« und besonders seit dem Erscheinen der »Ästhetik des Widerstands« eine intensive, international geführte Diskussion über Fragen des Verhältnisses von Politik und Kunst. In dieser Diskussion begegnen einander Personen aus verschiedenen Lebens- und Arbeitszusammenhängen.

Die Debatte konzentrierte sich zunächst auf die deutschsprachigen Länder und Schweden, entwickelt sich seit einiger Zeit aber auch in England, in Frankreich, in Italien und in der Sowjetunion. In Lesegruppen, an den Universitäten, in verschiedenen Zeitschriften und nicht zuletzt im Theater werden Versuche gemacht, die Zusammenhänge zwischen Kunst und Politik und die Frage des Widerstands, wie sie von Weiss artikuliert wurde, weiterzudenken. Die Zahl der Publikationen über sein Werk und der Inszenierungen seiner Stücke ist kaum noch zu überblicken. In Schweden, der DDR, der Bundesrepublik und in Österreich fanden in den letzten Jahren Kongresse über sein Werk statt, zuletzt in Hamburg mit einer großen internationalen Beteiligung.

Die »Internationale Peter-Weiss-Gesellschaft« soll die Rezeption des künstlerischen Werkes von Peter Weiss fördern. Sie soll der Zusammenarbeit aller an seinem Werk Interessierten dienen: durch die Herausgabe einer Zeitschrift, die Unterstützung von Forschungsvorhaben, Editionsprojekten, durch künstlerische Interpretationen, Bildungsveranstaltungen, Lesegruppen und Diskussionen. Auf diese Weise soll zum Projekt einer »Ästhetik des Widerstands« beigetragen werden.

Die Gesellschaft soll ein Denken im Spektrum widersprüchlicher Positionen und Wahrnehmungsweisen wie der von Gramsci und Luxemburg, von Hölderlin und Rimbaud, von Marat und de Sade, von Kafka und Neukrantz, von Brecht und Hesse, von Marcauer und Boye, von Bischoff, Hodann und Münzenberg anregen. Die Frage einer aktuellen Form der Vermittlung des Werkes und das Weiterentwickeln der künstlerischen, kulturpolitischen und politischen Positionen von Peter Weiss stehen im Zentrum der Tätigkeit der Gesellschaft.

Karlsruhe, den 23.4.1989

Die Gründungsversammlung

Informationen und Anmeldung: IPWG, c/o Ulrich Schreiber, Am Käthenbach 125, 7050 Waiblingen, Tel. 07151 / 2 87 78.

## Kongreßberichte

### 1789/1989: Die Revolution hat nicht stattgefunden.

V. Symposium der Internationalen Assoziation von Philosophinnen in West-Berlin, 6. bis 9. April 1989

Wenn die Französische Revolution Ungleichheit und Unfreiheit anprangerte, so war nur die Ungleichheit und Unfreiheit des Bürgers, nicht die der Frau gemeint. Es gab eine Frau, die dies dennoch öffentlich tat: Olympe de Gouges. 1791 verfaßte sie die »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin«, 1793 wurde sie hingerichtet. Heute, 200 Jahre nach der Revolution dürfen Frauen wählen, studieren, Berufe ihrer Wahl ausüben. Zufrieden sind sie mit ihrer Situation in dieser Gesellschaft dennoch nicht.

Können Frauen ihren Kampf um Anerkennung und Macht (noch) auf die Ideen der Aufklärung: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (!) stützen, oder sollen sie vielmehr, wie dies in den letzten Jahren angesichts der fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt gefordert wurde, Abstand nehmen von der Aufklärung und sich rückbesinnen auf ihre spezifisch »weibliche Natur«? — diese Grundfrage zog sich, wenn auch manchmal versteckt, wie ein roter Faden durch die 35 Veranstaltungen. Auf der einen Seite versuchten etwa Lieselotte Steinbrügge, Ursula Pia Jauch und Barbara Schaeffer-Hegel das emanzipatorische Potential des universalistischen Vernunftbegriffs herauszuarbeiten. Ein eher ablehnendes Verhältnis zu den Ideen der Aufklärung bekundete sich dagegen in den Vorträgen von Christine Kulke, Brigitte Weisshaupt und vor allem in der Diskussion mit den drei Vertreterinnen der »Libreria delle Donne di Milano«: den sogenannten neutralen Standpunkt gibt es nicht, das Subjekt des Diskurses ist gekennzeichnet durch die sexuelle Differenz. Diese zu negieren hieße, weibliche Identität zu unterdrücken. Was sich bisher in der Frauenbewegung als Emanzipation, als Gleichberechtigung dargestellt habe, entpuppe sich als Anpassung der Frau an männliche Standards, als Verlust der weiblichen Natur.

Die Diskussionen machten klar, daß einfache Lösungen nicht zu haben sind: Die Frauenbewegung und mit ihr die Philosophinnen sind, nach Jahren der Auseinandersetzung mit postmodernen und ökofeministischen Entwürfen zur weiblichen Natur, an einen Punkt gekommen, wo sie mit schlichten Reduktionen nicht mehr weiterkommen. Beschwörung der weiblichen Natur, Verteufelung der männlichen Rationalität, diese Konzepte greifen zu kurz. In West-Berlin war zu spüren, daß die Philosophinnen an der Schwelle zu einer neuen Phase der Reflexion stehen.

Annette Barkhaus/Angelika Krebs (Konstanz)

In der Eröffnungsveranstaltung stand das aktuelle Interesse an der französischen Revolution im Zentrum, insbesondere das für Frauen noch nicht eingelöste Versprechen nach Gleichheit. Daß es im politischen Diskurs von 1789 lediglich um Brüderlichkeit ging, arbeitete Barbara Schaeffer-Hegel in ihrem Beitrag »Die Freiheit und Gleichheit der Brüder« heraus. Die mit der Definitionsmacht ausgestatteten Männer reduzierten Menschenrechte auf ihre eigenen Rechte. Für die Frauen blieben in einem solchen Diskurs seitdem nur moralische Pflichten. Während für Männer Gleichheitsbeziehungen als Privatmänner realisierbar wurden, wurde das Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf Verwandtschaftsbeziehungen (Unterordnungszusammenhänge) reduziert. In den damaligen Emanzipationsentwürfen spielte die Eindämmung einer eigendynamisch weiblichen Entwicklung eine zentrale Rolle; Frauen waren (exemplarisch bei Rousseau) in einer relativen »Wildheit« zu halten, falls nötig, auch mit Hilfe von Zwang.

Dagegen relativierte Lieselotte Steinbrügge in ihrer Intervention zur »Vernunftkritik und Egalität der Geschlechter« den feministisch-philosophischen Versuch, die Aufklärung auf das Projekt einer kalkulierenden männlichen Ratio zu reduzieren. So würden z.B. die politischen Konsequenzen des cartesischen Ansatzes, der die Gültigkeit einer prinzipiellen Vernunftgleichheit für alle Menschen voraussetze, für die weibliche Aufklärung zu wenig ernst genommen. Sie wies auf Poulain de la Baire und Condorcet hin, die sich im Horizont der cartesischen Universalität bewegten und deren Positionen den heutigen Gleichberechtigungs-Debatten nahe stünden. In der Diskussion um beide Vorträge kam es zu einer anregenden Intervention: Feministische Philosophie müßte sich die Mühe machen, schon geleistete Aufklärungskritik zur Kenntnis zu nehmen und sie zu prüfen. Der Gedanke, man müsse von Null an anfangen, *alles-anders-zu-denken*, sei eine Illusion. Dabei drohe die Gefahr, daß z.B. Vernunftkritik in die Nähe der Positionen der Neuen Rechten komme.

Herta Nagl-Docekal gliederte in ihrem Vortrag »Was ist feministische Philosophie?« die Diskussion in drei Etappen, wobei sie betonte, daß diese sich nicht fachimmanent — sondern entlang der Frauenbewegung als politischer — entwickelt haben. Die erste war durch Interesse an Emanzipation in allen Lebensbereichen gekennzeichnet, die zweite durch die Suche nach weiblicher Identität, die auf der Andersheit der Frau beruhe. Die dritte Etappe gewinnt ihren kritischen Impuls in den achtziger Jahren aus dem kassandrischen Bewußtsein der Frauen, Komplizinnen der Gefährdung der Welt zu sein. Die aktive Veränderung der Gesellschaft und die Gleichberechtigungskämpfe rücken ins Zentrum. Dort fände sich die Motivation für eine feministische Lektüre der Aufklärung. Nagl-Docekal plädierte für eine feministische Kritik der Postmoderne mit ihrem *Tod des Subjekts*. Es müsse ein neuer Zugang zum Subjekt gefunden werden. Eine Rekonstruktion der Trennung von Vernunft und Verstand in Zeiten, wo die Verselbständigung von Vernunft rationalität zur Bedrohung geworden sei, sei unentbehrlich. Mit diesem Appell bewegte sich Nagl-Docekal innerhalb des kantischen Paradigmas vom Subjekt als vernünftigem Schöpfer seiner Handlungen. Dagegen sollte die Erkenntnis, daß gerade ein solcher Subjektbegriff nicht in der Philosophie seinen Ursprung hat, sondern das Produkt des Zusammenwirkens der herrschenden (juristischen, medizinischen, religiösen) Ideologien ist, eine feministische Rekonstruktion der Geschichte des Subjektbegriffs leiten. Der Verzicht auf den Subjektbegriff darf nicht mit dem Verlust von individueller Handlungsfähigkeit gleichgesetzt werde. Mit einer derartigen Zurechtlegung der Probleme bliebe für die Überwindung der »Krise des Subjekts« nur die als »weiblich« konzipierte Rettung des Subjekts der Ideologie.

In diese Richtung zielte der Vortrag von Brigitte Weisshaupt (»Die Schatten des Geschlechts über die Vernunft«) mit ihrem Vorschlag, die Fixierungen auf tradiertes (männliches) *Selbstsein* zu verlassen und ein Modell neuen (postmodernen) *Selbstseins* zu entwerfen. Das hieße, den Weg der klassischen Vernunftgenese durch den Nachweis eines nicht gedachten Anderen zu kritisieren. Unklar blieb ihr zentraler Begriff des »postkonventionellen« *Selbstseins der Person*, welchen sie durch das Mitdenken des Geschlechtlichen gefaßt wissen wollte.

Die meistbesuchte Abendveranstaltung war die der italienischen Frauen um die Libreria delle Donne di Milano. Sie stellten die Ergebnisse ihres seit 1966 bestehenden Projektes vor, das auf dem Konzept des *Affidamento* (das Sich-Einander-Anvertrauen von Frauen) beruht und sich mit einer entsprechenden Praxis konsolidiert hat. Die Hauptkontroverse der Diskussion machte sich an der Charakterisierung weiblicher Vertrauensverhältnisse als Beziehung zur symbolischen Mutter oder zum weiblichen Vorbild fest. Dabei geht es nicht darum, sich einer Frau anzuvertrauen,



nur weil sie eine Frau ist, sondern das mehr an Wissen, Erfahrung und Kompetenz in ein gemeinsames Projekt einzubringen. Die Erfahrung, daß die alltägliche Nicht-Anerkennung weiblicher Autorität von seiten der Frauen sich gegen das eigene Geschlecht richte und so den Männern — als einzigen Identifikationsfiguren — das Terrain überlasse, führte die Gruppe zu einer positiven Besetzung weiblicher Autorität.

Mit der These, daß der Frau das erotische Verhältnis zur Welt abhanden gekommen wäre, faßte Christina Thürmer-Rohr in ihrem Beitrag »Lust-Verlust der Frau — ein Wundmal« das Erbe der neueren Geschichte. Die Ursache hierfür findet sie im Programm der Selbstdressur der Frauen. Um sie zu Abstinenz zu führen, verbiete der Mann nicht; sie will werden, wie er will, daß sie werde. Gleichzeitig bedeute die Erfahrung der von Männern dominierten Welt für sie Gewalt, Demütigung, Heimatlosigkeit. Diese unendliche Kette von Verletzungen führe zum Lustverlust an der Welt. Und dies sei nicht unabhängig von der historischen Verdummung der Frau zu sehen. Im Hintergrund stehe ein System von Einschüchterungen mit dem Ziel, die Frau vom Eigentlichen fernzuhalten. Nach einer Art Phänomenologie des Schreckens blieb am Ende die verwundete Frau, die hinausgehend über die Empörung über die eigene Biographie, aus der Empörung über das Unrecht am Menschen Kräfte schöpft, aber die letzten Endes als Einzelgängerin mit ihrem Schrecken umgehen muß. Die lyrische Sprache von Thürmer-Rohr ist faszinierend, aber sie enthält ein großes Quantum an A-Historizität und Einseitigkeit. Denn in ihrem Bild des Schreckens und des Schmerzes, als den einzigen Verbindungen der Frauen zur Welt, fehlen die tägliche Konfrontation der Frauen mit der Idiotie der Männerwelt, die sie oft zu lustvollem Gelächter veranlassen, die alltäglichen Formen des Widerstandes und der Verweigerung, die vielfältigen Listen der Ohnmacht, die am eindimensionalen Bild der verdummten Frau rütteln.

Teresa Orozco (West-Berlin)

### **Frauenforschung und Kunst von Frauen**

Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Interdisziplinäre Frauenforschung und -studien in Bonn, 16. bis 18. Februar 1989

Was die Frauenforschung an vielfältigen und innovativen Wissenschaftsansätzen und -ergebnissen zu bieten hat, wurde auf dieser Tagung vor immerhin annähernd 600 Zuhörerinnen eindrucksvoll demonstriert. In dem zweitägigen, nahezu pausen- und diskussionslos durchgezogenen Vortragsmarathon durch einzelne Gebiete der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Kunst- und Filmwissenschaft sollte — so die Intention der Veranstalterinnen — keine Defizit-Analyse von Frauenforschung stattfinden. Annette Kuhn, Bonner Professorin für Frauengeschichte, verdeutlichte den Anspruch von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen auf öffentliche Anerkennung: »Jetzt wird es Zeit, daß wir darstellen, was auf dem Gebiet der Frauenforschung und der Kunst von Frauen geleistet worden ist.« Marianne Krüll, Bonner Soziologin und Mit-Initiatorin des Symposiums, forderte: »Es gibt eine feministische Forschung von hohem wissenschaftlichem und künstlerischem Rang. Wer diese Tatsache noch nicht wahrgenommen hat, soll unsere Wissenschaft studieren, soll unsere Bücher und Arbeiten überhaupt erst einmal zur Kenntnis nehmen.«

Wie anders Geschichte, Psychologie, Philosophie und auch die Naturwissenschaften aussehen können, wenn Frauen sie erforschen, hat die feministische Wissenschaft bislang zur Genüge aufgezeigt. Marianne Krüll: »Im Gegensatz zur herrschenden Wissenschaft und Kunst, die nur die eine Hälfte der Menschheit, eben die männliche, in den Blick nimmt und in Realität umsetzt, haben wir in unseren Werken

die Utopie einer humaneren, weil beide Hälften der Menschheit gleichberechtigt erfassenden Gesellschaft wissenschaftlich und künstlerisch vorweggenommen. « Aber immer noch gibt es an sieben von zwölf Kunstakademien der Republik keine Professorin. Bundesweit lehren nur zwölf Kunstprofessorinnen — bei einem Frauenanteil unter den Studierenden von 50 Prozent. Defizitär blieb die Analyse dort, wo Frauen erst am Anfang feministischer Wissenschaft stehen: Referentinnen aus den Natur- und Technikwissenschaften fehlten in Bonn.

Doch nicht um die gemeinschaftliche Erfahrung struktureller und offener Diskriminierung, auch nicht um Inhalte und Qualität der Beiträge wurde der »Schwesternstreit« entfacht. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand der Anspruch der Bonner Arbeitsgemeinschaft, eine bildungs- und forschungspolitische Offensive für Frauen zu initiieren und dazu ein nationales »Institut für Frauenforschung und Frauenförderung« als »Instrument zur Erneuerung von Wissenschaft und Kunst im Interesse von Frauen« in Bonn einzurichten. Die Idee war erst in der letzten Phase der Tagungsvorbereitung entstanden. Damit sollte — auch im Blick auf die Errichtung eines EG-Institutes für Frauenforschung — kein »Haus für geschlagene Wissenschaftlerinnen« geschaffen, sondern die Vernetzung von Frauenforschung intensiviert werden. Die Dortmunder Sozialwissenschaftlerin Sigrid Metz-Göckel verteidigte die Idee der Arbeitsgemeinschaft: »Das Institut soll dazu beitragen, kritische Frauenpower so zu bündeln, daß ein Stück gesellschaftlicher Macht gebündelt wird.« Es gehe nicht um ein Dach oder um Konkurrenz, nicht um einen »Superkopf der anderen klugen Köpfe«, sondern hier solle ein »Knoten« entstehen. Die Idee eines mit ca. zwei Millionen DM und zehn bis zwölf festen Stellen einzurichtenden Forschungsinstituts als »Ausdruck der Selbstdefinition feministischer Wissenschaft«, das laut Diskussionspapier »auf die Hochschule und andere Wissenschaftsinstitutionen ausstrahlen« solle, stieß nicht nur bei Vertreterinnen autonomer Frauenforschungsprojekte auf Kritik. Es ging um die wiederkehrende Diskussion um Institutionalisierung oder Autonomie, um Zentralisierung oder Dezentralisierung, auch — und ganz wesentlich — um die Machtfrage.

Insbesondere die — zum Teil nur wegen der Ankündigung der Institutsgründung nach Bonn gereisten — Berlinerinnen sprachen sich vehement gegen die Idee aus. Barbara Schaeffer-Hegel: »Wir müssen in neue, aggressive Formen der Auseinandersetzung mit den politischen Möglichkeiten treten.« Sonst drohe ein mörderischer Konkurrenzkampf, »und den können wir uns zur Zeit nicht leisten«. Eine drohende Konkurrenz für die Frauenforschungsinitiativen befürchtete auch die damals noch amtierende Berliner Senatsfrauenbeauftragte Carola von Braun. Die Initiativen dürften nicht zentralistisch und hierarchisch unter ein Dach zusammengepfertcht werden, wodurch sie in einen Wettbewerb mit den großen Forschungsinstitutionen treten würden. In Berlin sei zwei Jahre lang über ein Institut diskutiert worden. Dort haben sich die Frauen eindeutig für eine dezentrale Förderung ausgesprochen. Sie werde eine Zentralisierung mit »Zähnen und Klauen bekämpfen«. Eher pragmatisch äußerte sich NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn zu der Idee: »Warum sollen sich Frauen in ABMs plagen, warum sollen wir nicht erreichen, daß unsere Projekte in der DFG und der VW-Stiftung etabliert werden?« Gegen die Konzeption eines Institutes als zentraler »clearing-Stelle« hatte Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer keine großen Bedenken. Sie propagierte eine Doppelstrategie, denn »Frau ist verloren in den Institutionen, wenn sie sich nicht Räume draußen schafft«. Pressure group und clearing-Stelle könnten durchaus hilfreich sein.

Ein allgemeiner Konsens über weitere Strategien wurde in Bonn nicht erreicht. Die abschließend formulierten Forderungen trafen sich auf der Ebene des kleinsten

gemeinsamen Nenners: Die bislang diskutierten Entwürfe (Weiblicher Wissenschaftsrat, Lila Liste, Grundfinanzierung der autonomen Frauenforschungseinrichtungen) werden weiter ausgearbeitet.  
Brigitte Lausch (Bonn)

### Freiburger Frühling

StudentInnenkongreß in Freiburg, 22. bis 26. Mai 1989

»Was passiert, wenn Studenten den Traum von einer selbstverwalteten Universität wahrnehmen? Bricht dann das Chaos, die Anarchie aus?« Diese Titelfrage eines in der *Badischen Zeitung* erschienenen Artikels wird von der Autorin negativ beantwortet: Was da seine Frühlingsblüten trieb, war ein gut organisierter Versuch, Modelle für eine andere Universität zu entwickeln.

Zwar hat es in Freiburg keinen regelrechten Streik wie in Berlin gegeben, aber in einer ganzen Reihe von Arbeitsgruppen und umfunktionierten Seminaren waren die jetzt behandelten Oberthemen vorbereitet worden: »Frauen in Uni und Gesellschaft«, »40 Jahre BRD — 40 Jahre unbewältigte Vergangenheit«, »Neue Formen des Lehrens und Lernens« sowie »Alternativkonzepte für eine andere Universität«. In über sechzig autonomen Seminaren wurden diese Themen jeweils im Anschluß an Podiumsdiskussionen weitergeführt; abends trug man die Ergebnisse zusammen. Die Fragestellungen waren so gewählt, daß sie zugleich die gewohnten Bahnen universitärer Forschung und Lehre sprengten. Eine bunte Palette von Seminaren ist dadurch zusammengelassen: von »Frauenhandel mit der Dritten Welt« über die Aktivitäten der Deutschen Bank in Südafrika, die NS-Vergangenheit verschiedener Fachbereiche bis zum »Fortwirken Catulls in der europäischen Geistesgeschichte« und der Suche nach einem »Raum zur Rettung Mozarts«. Dabei zeigte sich, etwa im Seminar »Weibliches Schreiben, männliches Schreiben«, daß die bekämpften Klischees von den KämpferInnen selbst mit getragen werden.

In vielen Arbeitskreisen war das Diskussionsniveau überraschend hoch, wodurch produktive Auseinandersetzungen möglich wurden. Paradoxerweise galt das gerade nicht für die einführenden und als Zusammenfassung gedachten gemeinsamen Podiumsveranstaltungen. Diese waren zwar gut besucht, kamen aber über das, was längst alle schon wußten, kaum hinaus. Vor allem fehlten Vorschläge, wie die konstatierten Mängel nun praktisch zu beseitigen wären. Klar war nur, daß Bündnispartner außerhalb der Universität gesucht, die Position der Frauen an der Uni radikal verbessert und die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit allen Mitteln vorangetrieben werden müssen. Die Filbinger-Politik hat Früchte getragen: Speziell in Baden-Württemberg und in Bayern, wo es seit über zehn Jahren keine Verfaßte Studentenschaft mehr gibt, ist auch die kollektive Diskussionskultur angegriffen, wenn nicht gar zerfallen. Fragen, die alle angehen, werden in Zeiten geringerer Mobilisierung von den hochschulpolitischen Verbänden besetzt gehalten, die freilich auch die einzigen sind, die etwas tun. Dabei aber geht es ihnen dann oft in erster Linie um ihre Verbandsinteressen. Ein Beispiel hierfür ist der RCDS: Unterstützte er während der winterlichen Boykottwochen noch alle Forderungen der »Freiburger Resolution«, so zog er sich aus der Vorbereitung des »Freiburger Frühlings« frühzeitig zurück, nachdem ihm für die Schlußdiskussion kein eigener Vertreter zugestanden worden war. Die Bewegung der autonomen Seminare stärkt den unabhängigen Fachschaften den Rücken. Die Seminare sollen weiterarbeiten und künftig noch besser koordiniert werden — erste Bausteine für eine künftige Gegenuniversität?

Damit sind auch die Möglichkeiten und Grenzen dieses Kongresses klar geworden: Wer Veränderungen will, muß sich auf langwierige Auseinandersetzungen ein

stellen. Dazu gehört, daß man sich in solider wissenschaftlicher Arbeit mit den in den Arbeitskreisen angerissenen Themen weiter beschäftigt. Lieber weniger, aber besser.  
Joachim Lögler (Freiburg)

### Subjektbezogene Forschung als Basis für die Jugendarbeit

Fachtagung des Instituts für Erziehungswissenschaft I der Universität Tübingen zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung, dem Plenum kritischer PsychologInnen und PädagogInnen und der GEW-Hochschulgruppe. Tübingen, 17./18. Februar 1989

Die Tagung stellte die Arbeit zweier Forschungsprojekte vor, die in Zusammenarbeit mit der (nicht mehr existierenden, weil politisch nicht gewollten) Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften entstanden. Die Veranstalter, theoretisch auf der Kritischen Psychologie fußend, hatten ausdrücklich auch »Praktiker« der Jugendarbeit eingeladen; der Austausch mit ihnen sollte forciert werden. Nicht ins Kalkül gezogen hatten sie allerdings, daß sich ein derart komplexes Vorhaben in der verfügbaren Zeit nur unbefriedigend verwirklichen läßt. So blieben die Anregungen von *Heinz Hermann Krüger* (Grundlagen und Methoden qualitativer Jugendforschung) ebenso undiskutiert wie das Postulat der »Widerständigen Praxis« von *Josef Held*. Da die von diesem hergestellte Verbindung von Jugendforschung und Kritischer Psychologie zur Eruierung von Handlungsmöglichkeiten in den von Widrigkeiten durchdrungenen Institutionen der Jugendarbeit besonders dringlich ist, wäre eine ausführliche Erörterung mit den Praktikern am Platz gewesen — ein Austausch, der in einem Werkstattgespräch zustandekam.

Die Frage der Interessektivität im Forschungsprozeß, die *Bringfriede Scheu* im Rahmen ihrer Untersuchung zur »Subjektiven Begründung gesellschaftlichen Engagements Landjugendlicher« aufwarf, könnte der sozialpädagogischen Praxis nützliche Hinweise geben, ebenso *Rudi Leiprechts* Arbeit über die subjektive Funktionalität von Ausländerfeindlichkeit bei abhängig beschäftigten Jugendlichen. Leiprecht verdeutlichte anhand eines mit Betroffenen produzierten Films, wie subjektbezogene Forschung für die Jugendlichen eine aktivierende und erkenntnisfördernde Wirkung haben kann. *Gerhard Zimmer* (»Politisches Lernen und technologische Entwicklung«) setzte sich ideologiekritisch mit den von allen Seiten hochstilisierten »Schlüsselqualifikationen« auseinander; bleibt zu hoffen, daß dieser Thematik im gewerkschaftlichen Bereich noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. *Sylvia Stöffler* demonstrierte »Lernen mit neuen Medien in der außerschulischen Jugendarbeit«. Der mit Spannung erwartete Schlußvortrag von *Phil Cohen* zeigte anhand des Einsatzes der Photographie in der Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen, wie das Erkennen und Begreifen der subjektiven Situation durch Einordnung in objektive Zusammenhänge Initiativkräfte fördern kann. (Die Tagungsdokumentation erscheint im Herbst im Argument-Verlag)

Derartige Veranstaltungen in Kooperation zwischen Forschern, gewerkschaftlichen Funktionsträgern und sogenannten Praktikern sollten eine feste Institution werden. Der Zusammenhang von Subjektentwicklung und gesellschaftlicher Entwicklung verdient unter der Prämisse einer im Marxschen Sinne emanzipatorischen Praxis vermehrte Aufmerksamkeit; war es Zufall, daß andere an der Universität Tübingen Jugendforschung Lehrende sich dieser Auseinandersetzung weitgehend entzogen haben?

Hans Werner Horn (Tübingen)

## Jahrestagung kritische Ökologie — Boden

Bund demokratischer Wissenschaftler, Düsseldorf, 7.-8. April 1989

Anders als in *Argument* 174 (280) angekündigt, war dieser Kongreß weniger eine Jahrestagung des Gesamt-BdWi, der sich das Thema Kritische Ökologie gesetzt hätte, als vielmehr der Beginn einer jährlichen Tagungsreihe zur kritischen Ökologie, die 1990 mit dem Thema Nordsee/Wasser/Wasserressourcen in Hamburg fortgesetzt werden soll. Schwergewichtig arbeiteten vier Gruppen an Problemen und Lösungsperspektiven, wie sie sich vorrangig in der BRD in Gestalt gravierender Belastungen bis Zerstörungen des Bodens als lebendiges System ergeben haben bzw. notwendig erscheinen: Die Schwerpunkte Eigentum und Politik (vgl. *Forum Wissenschaft* 1/1989) waren dagegen den Einleitungsreferaten vorbehalten und wurden leider im abschließenden Plenum kaum wiederaufgenommen.

Der ausgezeichnete Ansatz Edgar Gärtners zum Verständnis kritischer Ökologie als eines interdisziplinär integrierten Versuchs der Erarbeitung realistischer Alternativszenarien zur gegenwärtigen Vergeudungs- und Raubbauwirtschaft hätte als Leitlinie dienen können, um Problem- und Lösungskataloge unter Berücksichtigung regionaler und lokaler Besonderheiten zu erörtern. Leider wurde sein Beitrag nicht zentral zur Diskussion gestellt — ein Mangel, der auch durch die nachgetragenen, auf kritische Bodenkunde zugespitzten Thesen von Helmuth Arnold zum selben Thema nicht wettgemacht wurde. Der Umschlag von Kritik in Alternativformulierungen gelang vor allem Hermann Priebe an Fragen der Agrarpolitik (von der Förderung der Agrotechnik zur Agrarkultur) sowie Hermann Hübler in bezug auf städtische Bodenschutzpolitik, wo er auf die Arbeit einer Berliner Enquete-Kommission verweisen konnte. Ohne die Qualitäten dieser Vorträge ausloten zu können, wurden ihnen Referate zweier Politiker (Axel Wernitz, SPD; Gerhard Hirn, Die Grünen) nachgestellt, die aus den Zwängen ihres Praxisfeldes nur referieren konnten, was schon beschlossene Sache fortschrittlicher Bodenpolitik war. Eine Konfrontation mit Vertretern der EG-nahen Positionen (Pascal Kromarek) unterblieb hier leider.

Der Bodenkundler Günther Mielich referierte aus dem Hamburger Mikrokosmos symptomatische Brechungen zwischen Ökologie und behördlicher Praxis. Die von da aus benannte Aufgabe der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse hätte eine nicht nur behördliche Perspektive verdient. Es war ja durchaus strittig, ob alles umweltrelevante Wissen schon vorhanden und nur die Umsetzung in administratives Handeln gefordert ist. Die letzte Umweltagung des BdWi 1981 hatte immerhin noch die Frage gesellschaftlicher Träger fortschrittlicher Politik systematisch aufgeworfen und zur Weiterarbeit vorbereitet (vgl. *BdWi Forum* 47, 51/52, sowie K.H. Tjadens Aufsatz in: *Argument* 133). — Die etwa 35 Einzelbeiträge der Tagung werden im Juli 1989 veröffentlicht.

Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

## Eisler-Tage

Lund (Schweden), 10. bis 11. März 1989

Es ist kein Zufall, daß diese Eislerstage gerade in der kleinen Universitätsstadt Lund stattfanden: Es gibt hier ein außerordentlich reges kulturelles Leben, das von einer ganzen Reihe von Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen und anderen Projekten getragen wird. Einem von Jugendlichen selbstverwalteten Kulturhaus (das aus einem Milchladen entstanden ist) kommt darin entscheidende Bedeutung zu.

Zu den Hauptorganisatoren dieser Tage gehörte das »Kommunistische Blasorchester Lund«. Vorträge und Seminare wechselten sich ab mit Konzerten, Festen und Filmvorführungen (darunter »Kuhle Wampe«). Der Musikprofessor Jan-Roar Bjorkvold

aus Oslo zeichnete ein packendes Bild von Leben und Werk Eislers: Vor allem hob er das prägende Erlebnis der Oktoberrevolution, die Revolutionierung des musikalischen Materials durch den Lehrer Schönberg sowie die besondere kulturelle Konstellation in der Weimarer Republik hervor. Indem er am Klavier Stücke vorführte, machte er die Eislersche Musikaarbeit und damit die mögliche gesellschaftliche Bedeutung des Musikers praktisch nachvollziehbar.

Dank des »Kommunistischen Blesorchesters« wurde Eisler an diesen Tagen auch auf den Straßen und Plätzen der Stadt lebendig. Trotz des nebligen Wetters freuten sich die Leute über die Eislerschen Rhythmen, die mit Zirkusmusik und Melodien aus Bolivien, Nicaragua und anderen Ländern durchsetzt waren.

José Pacheco (Lund)

### Der wirkliche Antonio Gramsci

Die Klassenzusammensetzung und die Organisationsfrage. Veranstaltet von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburg, 29. bis 30. April 1989

Dem Pionier Gramsci geht es wie seinen berühmten Vorfahren: Seine Schriften werden durch unterschiedliche, ja sogar verfeindete Richtungen im Marxismus beansprucht. Die Frage nach dem »wirklichen Antonio Gramsci« hat daher nur Sinn vom Standpunkt einer in die Deutungskämpfe selbst verwickelten Linie, die von sich allein die rechtmäßige Verwaltung des Erbes behauptet. Bei dieser Tagung, zu der etwa 200 Menschen gekommen sind, gab die KPI-gegnerische, in der Tradition des »Operaismus« stehende Richtung den Ton an. Diese theoretisch-politische Bewegung, die zu Beginn der sechziger Jahre entstand und u.a. mit den Namen Panzieri und Tronti sowie der Zeitschrift *Quaderni rossi* (Rote Hefte) verbunden ist, setzte ihre sozialistischen Hoffnungen vor allem auf die Aktion des sogenannten »Massenarbeiters« in den modernen Fabriken. Von heute auf morgen sollten aus den massenhaft in den industrialisierten Norden gekommenen Bauern und Landarbeitern Arbeitskräfte werden, fähig und bereit, sich der eisernen Arbeitsdisziplin am Fließband zu unterwerfen. In dieser Situation entsteht der Operaismus. Gerade weil dem »Massenarbeiter« jede Einsicht in den Zusammenhang des Produktionsprozesses verwehrt ist, und er seiner Arbeit verständnislos gegenüberstehen muß, vermutet der Operaismus in ihm eine nicht korrumpierbare und daher unmittelbar revolutionäre Kraft. Umfang und Militanz der damals in Italien ausbrechenden Streikbewegung schienen ihm Recht zu geben. Unbemerkt blieben die Verzweiflung und Hilflosigkeit, die in dieser Militanz steckten: Was soll man tun, wenn das Wissen nur zum Abschalten des Fließbands ausreicht? Diesen Hintergrund muß man präsent haben, wenn es im folgenden vor allem um den Gramsci der Turiner Rätebewegung von 1919/20 und seine Fordismus-Analysen geht, denn in Hamburg haben es die Anhänger des Operaismus unterlassen, ihre Voraussetzungen transparent zu machen.

Cesare Bermiani gehört zu den Initiatoren der »oral history« in Italien. Seit Beginn der sechziger Jahre befragte er Zeitzeugen, die immer wieder fasziniert von Gramscis Fähigkeit berichten zuzuhören, von seiner genauen Kenntnis des Arbeitsalltags bei Fiat, seiner Aufmerksamkeit für Leserbriefe von Arbeitern, die er als Herausgeber des *Ordine Nuovo* oft bearbeitete, um sie zu veröffentlichen — eine Arbeit, die ihm so wichtig war, daß er sie keinem anderen überlassen wollte. So verdienstvoll die von Bermiani unternommene Spurensicherung ist, so grotesk überzeichnet wollte er seine Arbeit als Kritik des »geschichtswissenschaftlichen Stalinismus« von Togliattis Gramsci-Bild verstanden wissen. »Stalinismus« verkommt hier zur handlichen Formel, die all das bündelt, wogegen man ist, den Beweis des Behaupteten aber schuldig bleibt.

Sergio Bologna und Giorgio Baratta (siehe seinen Aufsatz »Gramsci befreien«, in: *Argument* 162/1987) beschäftigten sich mit Gramscis Fordismus-Auffassung. Bologna vertrat die These, daß mit der Einführung der tayloristischen Arbeitsorganisation in den modernen Produktionsstätten von Fiat in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die »erste Generation des Massenarbeiters« entstanden sei. Baratta pflichtete dem bei und glaubte in Gramsci den »Vorahner« der »Epoche des Massenarbeiters« erkennen zu können. Der Einschnitt zwischen dem Fließbandarbeiter der zwanziger und dreißiger Jahre und dem theoretisch ausgearbeiteten und mit Revolutionshoffnungen aufgeladenen Begriff des »Massenarbeiters« wurde eingegeben. Der kreditwürdige Gramsci wurde so zur Projektionsfläche von Vorstellungen, die einer ganz anderen historischen Lage entstammen. Am Ende stand die Entgegensetzung einer Tradition Gramsci und Panzieri contra Togliatti und Negri. Der Preis für dieses duale Geschichtsbild ist ein zweigeteilter Gramsci: der »Syndikalist« steht gegen den »Leninist«, der Gramsci des *Ordine nuovo* gegen den Parteimann.

Andrea Catone betonte in seinem Vortrag über »Taylorismus in der Sowjetunion«, daß Lenin die Vorteile des Taylorsystems — die Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, die Einführung der richtigen Arbeitsmethoden und der besten Systeme der Rechnungsführung — strategisch in die Überwindung der Arbeitsteilung einzubinden versuchte: in eine »vom ganzen Volk getragene Rechnungsführung und Kontrolle von unten« (Lenin, »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«, April 1918, LW 27, 241). Während der kapitalistische Taylorismus von der Enteignung des Produktionswissens einer qualifizierten Arbeiterklasse zehren kann, machte sich in der rückständigen und ausgebluteten Sowjetunion das Fehlen einer solchen Arbeiterklasse bitter bemerkbar. Es wäre wichtig gewesen, von hier Rückfragen an die operaistischen Erfahrungen zu stellen: Wenn es stimmt, daß allein eine qualifizierte Arbeiterklasse der Trennung von leitenden und ausführenden Tätigkeiten wirksam den Boden entziehen kann, müssen die Hoffnungen auf die Aktion des »Massenarbeiters« nicht spätestens dann scheitern, wenn dieser mit der »dauerhaften Lösung der Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu steigern«, konfrontiert ist (ebd., 247)? — Karin Priester sollte die Taylor-Ford-Debatte in der deutschen Rätebewegung mit der Diskussion in Italien vergleichen. Sie mußte feststellen, daß es eine eigentliche Debatte in Deutschland gar nicht gegeben hat.

Joseph Buttigieg, der Herausgeber einer US-amerikanischen Gramsci-Ausgabe, stellte die Gramsci-Rezeption durch die amerikanische Neue Linke vor. Die seit einiger Zeit außerordentlich breite Beschäftigung mit Gramsci verlaufe allerdings in einer nahezu vollständigen Isolation von der tatsächlichen Politik. Ob der von einem konservativen Intellektuellen in einem Wirtschaftsmagazin geschriebene Artikel mit dem warnenden Titel »Die Gramscianer kommen« einen Umschwung andeutet? Die Hinwendung zu Gramsci greife jedenfalls die dominierende Stellung der Frankfurter Schule an, deren elitäres Kulturkonzept die Auseinandersetzung mit der Kultur der Ghettos, der Jazz-Musik usw. und damit die Verbindung der linken Intellektuellen mit den »Einfachen« blockierte. Als besonders verdienstvoll wurden die Arbeiten von Stuart Hall, Cornel West und Edward Said hervorgehoben.

Sabine Kebir kritisierte in ihrem Überblick über die Gramsci-Rezeption in der BRD, der DDR und der Sowjetunion, daß die ökonomischen Analysen Gramscis bislang so gut wie keine Berücksichtigung gefunden hätten. Ungläubiges und amüsiertes Erstaunen rief sie hervor, als sie von W.F. Haugs These berichtete, wonach sich die nennenswerten Impulse Gramscis heute in der Theorie und Praxis der Perestrojka aufgehoben finden. Diese These wurde vom Publikum weitgehend als Tabubruch empfunden: der kompromißlose Kritiker des Stalinismus Gramsci wurde zum

Kritiker der kommunistischen Partei schlechthin gemacht, so daß ein Gramscianer Gorbatschow eine abwegige Vorstellung schien.

Weil die Überprüfung der historischen Leistungen des Operaismus fehlte, blieben die aktualisierenden Versuche hilflos. Dies gilt nicht nur für Karl Heinz Roths abschließende »Thesen« zur »Abkehr der linken Intelligenz vom neuen Proletariat« der prekär Beschäftigten und Arbeitslosen. Immer noch die alte Hoffnung auf ein bestimmtes Segment der Arbeiterklasse, das allein aufgrund seiner spezifischen Position im Produktionsprozeß für antikapitalistisch gehalten wird. Gramscis Fundamentalkritik des Ökonomismus ist noch nicht angekommen. Sein Hegemoniebegriff gibt den Subalternen keine Vorschußlorbeeren auf ihre transformatorische Kraft. Nur eines ist revolutionär: Die Entwicklung von Fähigkeiten der Planung und Leitung, das Sich-Hinaufarbeiten auf die Höhe der Probleme der Zeit, »sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen« (Gramsci). Peter Jehle (West-Berlin)

## Ankündigung

### Zum 100. Geburtstag von Willi Münzenberg (1889-1940)

Tagung der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich, 8.-10. September 1989. *Informationen:* Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich, Tel. 01/271 80 22.

## Das Gesamtwerk des großen Denkers und Humanisten Erich Fromm im dtv



Herausgegeben von Rainer Funk

Das gesamte Werk Erich Fromms in einer wissenschaftlich zuverlässigen und kommentierten Taschenbuch-Edition. Sie enthält die zwanzig Werke Fromms und über achtzig Aufsätze - darunter einige, die erstmals in der Gesamtausgabe zugänglich wurden. Die folgerichtige thematische Zusammenstellung gibt dem Leser Gelegenheit, Fromms geistiges Umfeld, seine Auseinandersetzungen und alle Facetten seines Menschenbildes und seines Wirkens kennenzulernen.

10 Bände mit insgesamt  
4896 Seiten. dtv 59003/DM **198,-**



## Besprechungen

### Philosophie

**Farias, Victor: Heidegger und der Nationalismus.** Aus dem Spanischen und Französischen von Klaus Laermann. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1989 (439 S., Ln., 39,80 DM)

**Ott, Hugo: Martin Heidegger.** Unterwegs zu seiner Biographie. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (355 S., Ln., 48,- DM)

**Schwan, Alexander: Politische Philosophie im Denken Heideggers.** Zweite, um einen »Nachtrag 1988« erweiterte Auflage. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989 (278 S. br., 36,- DM)

Rechtzeitig zum 100. Geburtstag ist die deutsche Ausgabe von *Heidegger et le Nazime* erschienen — eine überarbeitete und erweiterte Fassung der französischen. Abgesehen von der Veränderung des Titels, den nun die irreführende Selbstbezeichnung des Nazismus schmückt, wurden zahlreiche philologische Unzulänglichkeiten beseitigt, mit Quellen und Fundorten wird sorgfältiger umgegangen. Dennoch enthält der Text immer noch eine Verquickung von problematischen Thesen, ungenauer Materialarbeit und schlampiger Zitierweise: z.B. soll auf S. 164 Heideggers wachsender Einfluß in der NS-Studentenschaft bewiesen werden; das ausgewertete Material belegt das Gegenteil. Wenn in Anm. 102 auf eine Zeitschrift von 1934 verwiesen wird, kann es nachfolgend — die Anm. 103 bezieht sich auf eine Ausgabe von 1933 (es ist lediglich ein August-, nicht ein August/Septemberheft, die Seitenzahl muß 23f. lauten) — nicht »Wenige Monate später« heißen. Mit einem Verweis auf den Baumler-Mitarbeiter Holfelder — dessen Beitrag nicht im Dezember, sondern bereits in der Augustausgabe erschienen ist — wird die »Bedeutung« der Rektoratsrede für die Studenten nicht nachweisbar, denn »Positionen aus Heideggers Rektoratsrede« lassen sich schwerlich zeigen. Wünschenswert bleiben nach wie vor ein Namensregister und ein Literaturverzeichnis.

Hinzugekommen sind vor allem mehrere Kapitel, in denen Farias die Darstellung der biographischen Entwicklung durch weitere Analysen der Heideggerschen Philosophie kommentiert und so, vor allem auf spätere Vorlesungen über Nietzsche, Parmenides und Heraklit bezogen, die Mär vom 'Widerstand' zurückweisen kann. Daneben werden aus der Zeitschrift *Der Akademiker* bislang noch unbekannte Texte Heideggers, die Vorlesung *Einführung in die Metaphysik* und — jetzt in einem separaten Abschnitt — Heideggers Hauptwerk *Sein und Zeit* vorgestellt.

Die Organisation des historischen Materials ist weiterhin problematisch. Thomas Sheehan (*The New York Review*, 16. Juni 1988, 39) hatte u.a. bemängelt, daß Farias seine Behauptung (vgl. 65), Heideggers früher Aufsatz über Abraham a Sancta Clara enthalte bereits die für seine Entwicklung entscheidenden Elemente, nicht einlöst. Diese und ähnliche Kritik (vgl. Hugo Ott, *NZZ* 27.11.87, 39) blieb weitgehend unberücksichtigt. Nach wie vor verweist Farias ohne weitere Erläuterung auf Abraham als Alter Ego Heideggers (vgl. z.B. 187, 299), so daß ein Anfangs- und Schlußkapitel unter dieser Thematik dem Stoff als strukturierender Rahmen nicht gewachsen ist. Z.B. klingt mehrfach an (vgl. 100, 248), daß Heidegger zum katholizismusfeindlichen Ideologen der NS-Studentenschaft wurde, doch bleibt offen, wie sich frühere Einflüsse wie die »autoritäre ... Tradition« (40) der katholischen Herkunft, der Konflikt mit dem Altkatholizismus, seine theologischen Studien mit der späteren Entwicklung — der akademischen Laufbahn als Philosoph und der Hinwendung zum

Protestantismus — verzahnen. Ähnliches gilt für den Versuch, Heidegger mit der Zuordnung zur Röhm-Fraktion eine politische Heimat innerhalb der 'Bewegung' zu geben (vgl. 40, 153). So plausibel die These — etwa vom verbindenden Gedanken einer 'zweiten Revolution' her (vgl. 204) — auch sein mag, belegbar wird sie mit den unzureichenden Recherchen über die Kräfteverhältnisse in der NS-Studentenschaft und durch die Konstruktion einer persönlichen Beziehung Heideggers zum Studentenschaftsführer Stäbel als Bindeglied zur SA nicht (vgl. 134, 152f., 197f., 246, 249f.; zur Kritik Ott, *NZZ*).

Eigentümlich beziehungslos zum vorgestellten Material stehen die Antworten da, die Habermas im Vorwort auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Politik und Philosophie gibt. *Sein und Zeit* könne auf Grund seines »eminenten Stellenwert(s) im philosophischen Denken unseres Jahrhunderts« durch Heideggers faschistisches Engagement nicht »diskreditiert werden« (14). Die Faschisierung seiner Philosophie vollziehe Heidegger erst Anfang der dreißiger Jahre mit der Preisgabe dessen, was Habermas das »individualistische Erbe der Existenzphilosophie« (21) nennt. An dessen Stelle trete ein kollektives »Wir«. Hingegen gewinne die Konzeption der »Seinsgeschichte« — Resultat der vieldiskutierten 'Kehre' — erst später im Zuge einer »Enttäuschungsverarbeitung« Gestalt (21, 23). Farias zeichnet ein anderes Bild: Die kollektive Überantwortung an höhere Daseinsmächte als Form der eigentlichen Existenz ist schon in *Sein und Zeit* enthalten (vgl. IIIff.), und die Seinsgeschichte mit ihrem charakteristischen Unterwerfungspathos ist als Forderung zu hoffnungsvollem 'Fügen' in den im griechischen 'Anfang' gespiegelten nazistischen 'Aufbruch' bereits in der Rektoratsrede herausgebildet (156).

Der Historiker Hugo Ott will die »Größe« von Heideggers Philosophie gar nicht erst anzweifeln. Er hat seine im Zeitraum 1983 bis 1988 veröffentlichten Aufsätze mit weiteren Nachforschungen in einen biographischen Zusammenhang gestellt, der »Heideggers Mentalität« (10) zu ergründen sucht. Obwohl primär nicht am Verhältnis Heideggers zum NS interessiert, liegt der Schwerpunkt auf diesem Zeitabschnitt, konzentrierte sich doch gerade hier jenes »abwegige(s) Verhalten«, das Ott von »innen her zu erschließen« beabsichtigt (12). Mit dem Begriff des »Advents« (26ff.) — in seinen Modifikationen ein zentrales Motiv Heideggerscher Philosophie — läßt er anklingen, daß dessen 'Abwegigkeit' und »Ambivalenz« (131) aus einem »Seins-Gehorsam« (40) resultierte, angesichts dessen herkömmliche moralische Kategorien ihre Gültigkeit verlieren.

Heideggers spezifische Formgebung der 'Seinsfrage' — darüber besteht in der Forschung Konsens — verdankt sich unter anderem intensiver Beschäftigung mit der katholischen Theologie. Ott beleuchtet die biographische Rückseite dieser Prägung: frühzeitig karrierebewußt, liefert Heidegger sich den Abhängigkeiten und Demütigungen der katholischen Hierarchien aus, bleibt er unfähig, einen endgültigen Bruch zu vollziehen. Es entsteht das andere Erscheinungsbild des »Seins-Gehorsams«, der »Opportunismus« (91), dem wiederum die 'Autonomie' eines philosophischen 'Realismus' korrespondiert, die es Heidegger zeit lebens ermöglichte, der 'Seinsvergessenheit' gegenüber, »apodiktisch festzulegen, 'was gegenwärtig ist' und zu sein hat« (Schwan, 6). So sehr Ott immer wieder auf Heideggers problemgewordene Katholizität rekurriert (vgl. II, 42, 119, 233), für die Analyse seines Verhaltens im NS — beispielsweise zum Verständnis seiner »eigentümliche(n) Sehnsucht nach Härte und Schwere« (146), mit der er das soldatische Umfeld der Rektoratsrede charakterisiert — wird sie nicht in Anschlag gebracht. Hier hätte sich ein Rückgriff auf die schon bei Farias erwähnten Texte des jungen Theologiestudenten mit ihrer Kritik am neuzeitlichen Libertinismus angeboten (vgl. 62ff.). Soll der Katholizismus aus den

Konstitutionsbedingungen des Nazismus herausgelöst werden? Vordergründig besteht Otts Unterlassung darin, die Bedeutung von Heideggers »weltanschaulicher Kehre« zu verkennen (III, vgl. 253f.). Keineswegs wird dabei mit dem ideologischen Gefüge des Katholizismus gebrochen, auch wenn Heidegger während der NS-Zeit — nicht zuletzt um die Konkurrenz auszuschalten (vgl. 255ff.) — eine offen »anti-katholische Haltung« (233) bezieht. Dessen Vergesellschaftungskraft wird in einer Transformation der Begriffe und unter Verzicht auf störendes ethisches Beiwerk (vgl. II, 159f.) modernisiert, radikalisiert, sprich: faschisiert. Problematisch auch Otts Wertung der Heideggerschen Philosophie (das nachfolgende Beispiel gilt Heidegger selbst als Beweis seiner Gegnerschaft zum NS): 1942 droht die Veröffentlichung des Aufsatzes »Platons Lehre von der Wahrheit« in einem von den italienischen Faschisten protegierten Jahrbuch des Heidegger-Schülers Ernesto Grassi an einem nicht der Sprachregelung des Amtes Rosenberg entsprechenden Humanismusbegriff zu scheitern. In seiner Wertung unterschlägt Ott, daß es dabei weniger um inhaltliche Kriterien ging (Heidegger bestimmt den Humanismus als 'seinsvergessene' Verfallsstufe der Philosophie), als darum — wie es im deutschen Einspruch heißt —, »die Ansprüche«, die »von italienischer Seite heute auch der deutschen Fachwissenschaft gegenüber erhoben werden«, abzuwehren (zit. n. 271). Statt dessen konstatiert er, daß über einen »Vergleich« der Begriffe »die Unvereinbarkeit der primitiven NS-Ideologie und des Denkens Heideggers schärfer nicht gesehen werden kann« (271f.). Die »Banalität der Bewegung«, die »Geister des Mittelmaßes« (240), all das hilft Heideggers Philosophie aus dem NS heraus. Ein Schluß, der sich durchaus mit Otts Fazit in der Einleitung deckt: Heideggers »Bemühen, seine Zeit als Rektor bis zur Winzigkeit herunterzuholen und sie gleichsam vergessen zu machen angesichts einer 'Widerstands'-Haltung, muß als gescheitert gewertet werden«. Dieses »Bemühen« entspreche freilich »nicht der Größe seines philosophischen Denkens« (15).

Unter den kritischen Arbeiten zum Verhältnis zwischen Heideggerscher Philosophie und den darin implizierten politischen Strukturen kann Alexander Schwans 'Klassiker' von 1965 nach wie vor als materialreichste und fundierteste gelten. Das Vorwort und der aktuelle Nachtrag (»Um einen Heidegger von innen bittend«) weisen Farias' These von einer »totalen und (lebens)lang anhaltenden Identifikation« mit dem NS als »pauschale Kritik« (5, vgl. 221) ab. Schwan zieht sich (ähnlich wie Ott) auf die Anmerkung zurück, Heideggers Denken habe mit der »national-sozialistischen Ideologie, insbesondere ihren rassenbiologischen, überaus primitiven Grundlagen, nichts gemein« (214, vgl. 6). Dieser apologetische Standardtrick funktioniert unter der Bedingung, daß man das komplexe faschistische Herrschaftssystem auf eine seiner Ideologien reduziert. Für einen Politikwissenschaftler ist das eigentlich zu simpel, aber Schwan weiß sich mit Heidegger einig in dem Anliegen, »menschliche(s) Zusammenleben« in »Herrschaftsverhältnisse(n)« (10, vgl. 224) zu denken, und im theoretischen Ausgangspunkt: Politik wird unter Rückgriff auf antike Traditionen als »Werk der Wahrheit« (14, vgl. 10f.) bestimmt. Beider Differenz resultiert dann daraus, wie diese »Wahrheit« als »zuhöchst Seiende(s)« einer Ontotheologie« (10) in der Geschichte ausgelegt wird. In Heideggers Philosophieren erscheine sie als »unbedingt-geschichtliche, als verborgen-'unwahr'« und als epochal-beirrende« (12). Damit werde dem »bisherigen metaphysischen Gründen der Politischen Philosophie« der »sichere Boden« entzogen (II). Mit der in Heideggers Spätphilosophie vollzogenen »radikalen Vergeschichtlichung« der »Wahrheit« als Prozeß der »Irre«, die ihr den Charakter einer »metageschichtlichen Autorität« raubt (166, vgl. 45f., 95, 105, 107ff.), steht für Schwan die ideologische Vergesellschaftung durch »verlässliche Ordnungskriterien« (175) auf dem Spiel.

Schwans Konzentration auf die Wahrheitsproblematik — besonders durch ihre Verknüpfung mit den neu hinzugekommenen Kapiteln des »Nachtrags« (vgl. 225ff.) — leistet eine Korrektur zu Habermas' recht oberflächlicher Interpretation der 'inneren' Entwicklung der Heideggerschen Philosophie. Deutlich wird auch der Zusammenhang zwischen dem in den dreißiger Jahren »entfaltete(n) Wahrheits- und Werkverständnis« (94) und den »Schaffenden« (78) — eine explizite Begründung des Führer-Gefolgschafts-Staates (vgl. 89ff., 240ff.). Problematisch wird der Versuch insofern, als gezeigt werden soll, daß das, was Heidegger in die »Übereinkunft« (101) mit dem NS treibt — die anfängliche Verzahnung von »Wahrheit« und »Irre« — ihn auch wieder in eine, wenn auch »(verhaltens)«, »Distanz« (5) bringt, bis hin zur »Abkehr« von der Politik »in allen ihren Formen überhaupt« (105, vgl. 101, 252ff.): Heideggers »Vorbehalte begannen genau dort«, wo er »mit dem totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Ideologie konfrontiert wurde« (94f., vgl. 101). Was hiermit als Basis der »Überwindung« (101) in den Blick kommt, ist ein Verständnis des NS aus einem »einheitlichen Wesen« der Gegenwart, der »Gleichförmigkeit« (144, 129). Indem Heidegger diese Zeit als »äußerste und ausweglose Unwahrheit und Irre« qualifiziert, hat für Schwan »sein Denken die weiteste Distanz« gewonnen (144).

So bietet Schwan in weiten Teilen eine modifizierte Reproduktion dessen, was er als Heideggers »'Verwindung'« (11) seines nazistischen Engagements zu einem »seinsgeschichtlichen — 'Irrtum'« (106) charakterisiert, die Innenperspektive einer völligen Unfähigkeit, »sich selbst zu denken« (Pierre Bourdieu in *Argument* 171, 724). Denn von 'außen' stellt sich die Genese der Heideggerschen Philosophie komplexer dar. Danach hätte beispielsweise die Subsumtion des NS unter die 'Technik' (vgl. 126ff.) weniger mit der inneren Logik des Heideggerschen Denkens zu tun als mit der Aufwertung der Naturwissenschaften im Zuge der Kriegsvorbereitung, in der der von Heidegger denunzierte Chemiker Staudinger zu Ehren kommt, während er selbst ins Abseits gedrängt wird.

Rainer Alich (Salzburg)

**Horkheimer, Max (Hrsg): Gesammelte Schriften.** Band 14: Nachgelassene Schriften 1949-1972. 5. Notizen. Hrsg. von Gunzelin Schmid Noerr. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1988 (556 S., br., 29,80 DM; Ln. 78,- DM)

Über die keineswegs nur kritische, sondern kompromißlos feindselige Haltung Adornos und Horkheimers gegenüber der internationalen Studentenbewegung der Jahre 1968/69 ist viel geschrieben worden. Der Band dokumentiert sie mit dramatischer Deutlichkeit. »Wohlbekannt ist ... der Konservatismus im späten politischen Denken Horkheimers, der in mancher Hinsicht vom Geist der Adenauer-Ara geprägt scheint,« lautet das Resumé des Herausgebers im Nachwort. Die zeitdiagnostischen Äußerungen, die teilweise von Friedrich Pollock mitgeschrieben und unter dem Titel »Späne« (172-547) gesammelt worden sind, könnten aber nicht nur von biographischem Interesse sein. Sie bezeugen eine neue Art und Weise, zentrale Kategorien und Motive der Kritischen Theorie im Sinne eines kulturphilosophischen Neokonservatismus funktionieren zu lassen.

Horkheimers Invektiven gegen die Studentenbewegung speisen sich einerseits aus den totalitarismustheoretischen Vorurteilen der Adenauerzeit, andererseits aus der in der Tradition der deutschen Linken verwurzelten Annahme, daß jede radikale Bewegung von links »objektiv« der politischen Rechten nütze (vgl. 412, 444, 472, 501, 504f., 512). Für diejenigen, die sich erinnern, mit welcher »Gefühlsmischung aus Ehrfurcht, Hochgefühl und Scham« (R. Reiche, in: L. Baier u.a., *Die Früchte der Revolte*. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Westberlin 1988, 46) im Berliner *Argument*-Club 1963 die ersten hektographierten

Kopien von Horkheimers frühem Essay »Die Juden und Europa« verteilt wurden, müssen dessen heute zu lesende Auslassungen über den »Fanatismus« und »Faschismus« der Studenten etwas Irrwitziges und Bestürzendes haben. »Daß der Unglücksfall Ohnesorg als politischer Mord hochgespielt wird und daß das Knüppelschwingen der aufs äußerste provozierten Polizei als nicht zu rechtfertigende Brutalität hingestellt wird, zeigt, daß die Leiter der Bewegung in der Wahl ihrer Mittel genauso bedenkenlos sind wie die Herren auf der äußersten Rechten ...« (459). Und wie nennt der ehemalige Direktor des Instituts für Sozialforschung den Aufruhr in den amerikanischen Ghettos während der schwarzen Bürgerrechtsbewegung? — »Negerkrawalle«! (367)

Die Äußerungen zur Studentenbewegung und zum SDS überschreiten jedoch die Ebene des persönlichen Ressentiments, indem sie in den theoretisch begründeten Generalvorwurf des »Positivismus« münden: »Wenn man von der ideologischen Verbrämung absieht, den allgemeinen und konfusen Zielsetzungen einer von jeglichem Zwang befreiten, gerechten neuen Ordnung, dann laufen ihre Forderungen darauf hinaus, daß man nichts gelten läßt, was sich nicht beweisen läßt. Sie sind gegen alles, was mit Tradition und den überkommenen Einrichtungen zusammenhängt. Jedes Motiv, daß nicht 'wissenschaftlich' begründet werden kann, ist für sie Romantik, Muff usw.« (512). Der Positivismus-Vorwurf richtet sich nicht nur gegen das Wissenspathos, sondern auch gegen die proklamierte Ermächtigung der Phantasie und die damit einhergehende Verletzung des politisch-theologischen Bilderverbots, das Horkheimer im Anschluß an Adorno für das »ganz Andere« der bestehenden Gesellschaft verbindlich machen will (507-509). Das Bilderverbot hat einen guten, sprachkritischen Sinn, insofern es den Anspruch verwirft, einen »anderen Zustand« der Gesellschaft ausschließlich mit den Mitteln der konventionellen Verkehrssprache zu vergegenwärtigen. Insofern ließe es sich interpretieren als eine Maßnahme zum Schutz des utopischen Impulses von sozialen Bewegungen vor ihrer allzu raschen Re-Banalisation und Re-Akademisierung. Horkheimer geht jedoch einen entscheidenden Schritt weiter, indem er das Bilderverbot in ein prinzipielles Politikverbot ummünzt. Denn alles, so läßt sich allgemeingültig formulieren, was der Sprache und der sprachlichen Erfindungskunst entzogen wird, entzieht sich eo ipso der politischen Kunst des Handelns.

Die bereits in der »Dialektik der Aufklärung« wirksame Skepsis gegen den Mann, der, wie es in Anlehnung an ein Schiller-Zitat heißt, hinausgeht ins feindliche Leben, um dort zu wirken und zu streben (vgl. Ges. Schriften Bd. 5, 280), steigert sich beim späten Horkheimer zu einem apolitischen Affekt, dessen Intensität — auf Grund der eigentümlichen Unentrinnbarkeit des Politischen — selbst wiederum einen politischen, das heißt frontbildenden Charakter annimmt. Im Januar 1969 vertritt er die Auffassung, »daß die Studentenbewegung nur im Rahmen der zugrundegehenden westlichen Kultur zu verstehen ist und selbst einen Teil dieses Untergangs darstellt« (512). Damit ist das Stichwort genannt, das in die bewegende Mitte von Horkheimers spätem Denken führt: Trotz allem »behält Spengler recht: Das Abendland geht unter« (365).

Horkheimer teilt mit seiner Dekadenzthese die Prämissen der von Herbert Marcuse genährten Hoffnungen auf eine Subversion der politischen Strukturen durch libidinöse Enthemmungsstrategien, gelangt jedoch zu einem entgegengesetzten Werturteil. Ähnlich wie Daniel Bell, der in den siebziger Jahren von einem »hedonistischen Einbruch« sprechen wird, betrachtet er die durch neuartige Verhütungsmittel gestützte sexuelle »Enttabuisierung«, die »Freisetzung von libidinösen Impulsen« und die »schamlose« Frauenmode (501, 138, 423) als kulturelle Niedergangssymptome.

»Nichts Heiliges ist mehr, es lösen/Sich alle Bande frommer Scheu«, scheint er wie einst Schiller zu klagen. Mit diesem kulturpessimistischen Lamento angesichts des vermeintlichen Mangels an Vernunftkontrolle über die innere Natur der Subjekte wirft Horkheimer einen beträchtlichen Teil der Einsichten über Bord, die bis heute den theoretischen Wert — und den eigentümlichen Charme — der »Dialektik der Aufklärung« ausmachen.

Tatsächlich vertritt Horkheimer seit den fünfziger Jahren die gänzlich konventionelle und von ihm selbst in frischeren Jahren kritisierte Auffassung, daß allein die hierarchische »Koordinierung von Vernunft und Trieb« (226) den Bestand der Kultur verbürgen könne. Seine späte Zeitdiagnose, die er exemplarisch an der enormen Bewegungslokomotive des »Mai 68« durchführt, zielt auf lauter Phänomene, die eine sub-rationale Verselbständigung der physischen Faktoren des Zusammenlebens zu signalisieren scheinen: die »Politik der Ekstase« (Timothy Leary) mittels halluzinogener Drogen, wie sie von Teilen der amerikanischen Studentenbewegung propagiert wurde, läuft auf eine Verselbständigung von Wahrnehmungsleistungen gegenüber Wahrheitskriterien hinaus (265, 451); die »Pille«, die »Emanzipation der Frau« und die sexuelle Enttabuisierung führen zu einer Verselbständigung der Sexualität gegenüber Liebesansprüchen (495f., 537); schließlich führt der Verlust der väterlichen Autorität zu Vandalismus und »Freude am Krawall« (501, 512). Horkheimer nimmt hier den selbstmystifikatorischen Diskurs der studentischen Bewegungsakteure beim Wort, die unter dem »Pflaster« den »Strand« vermuteten. Die um sex, drugs und rock'n roll angesiedelten Emanzipationsvorstellungen beruhten wie Horkheimers kulturpessimistische Zeitdiagnostik auf der Unterstellung von organischen Potentialen, die nicht produziert, sondern einfach »freigesetzt« bzw. »unterdrückt« werden: auf einem naiven Dualismus von Natur und Kultur.

Die von Horkheimer zu Dekadenzphänomenen stilisierten Phänomene bilden heute den Anlaß für neokonservative Anrufungen des »Bürgersinns« und verschiedene politische Re-Idealisierungsstrategien. In diesem Zusammenhang ist die starke paternalistische Komponente bei Horkheimer bemerkenswert. Sie korrespondiert mit der sozialphilosophischen Dekadenzthese und bildet zusammen mit dieser die diskursive »Fähre« (Utz Maas) zwischen depotenzierter Kritischer Theorie und neokonservativem Zeitgeist. Horkheimer und Adorno hatten stets die Neigung, das zu tun, von dem sie behaupteten, daß es die »Kulturindustrie« tue: nämlich »alles mit Ähnlichkeit zu schlagen« (vgl. Ges. Schriften Bd. 5, 144). Das gilt auch für Marcuses Eindimensionalitäts-These. Die Neigung, überall »das Eine« (die Dekadenz) wirken zu sehen, gewinnt in der späten Reflexion Horkheimers die Oberhand gegenüber jeder Form der kritischen Scheidekunst.

Bereits im Odysseus-Kapitel der »Dialektik der Aufklärung« fällt auf, daß Horkheimer und Adorno eine Allegorie wählen, in der jede Dialektik von Herr und Knecht, Kommandant und Ruderern suspendiert ist. Die Wahl dieser Allegorie mag gute zeitgeschichtliche Gründe gehabt haben; beim späten Horkheimer jedoch wird sie transformiert in ein sentimentales Klassenidyll, in dem Odysseus — um im Bild zu bleiben — zwar den Ruderern Gehör schenkt, aber nur unter der Bedingung, daß sie weiterrudern. »Menschen, die gezwungen sind, in den unteren Schichten der Gesellschaft zu leben, sind in der Regel nicht fähig, einen wahren Gedanken zu denken«, notiert Pollock im September 1967 eine Mitteilung Horkheimers. Und wieder folgt ein (nicht ganz korrektes) Schiller-Zitat: »Im engen Raum verengert sich der Sinn« (441). Es ist nicht ohne Pikanterie, daß Horkheimer das hohe Lied der »treuen Magd« anstimmt, das einst auch Odysseus sang, als er von seiner ruhelosen Reise zurückkehrte: »Die treue Magd der vergangenen Weltperiode, die der Zeit nicht

achtete, hat in ihrer Dummheit dem organisierten Lohnarbeiter, der geschickt mit der Minute geizt, die Demut gegen das Leben voraus, ohne die der Sozialismus eine neue Form des Wahnsinns ist. Ihre naive Bereitschaft zur Arbeit, ihre Beglückbarkeit, ihr dummer Sinn für Gerechtigkeit sind Elemente, die in die bessere Zukunft weisen« (Ges. Schriften Bd. 12, 286).

Horkheimers offene Schwärmerei für den vermeintlichen oder tatsächlichen Glanz des 19. Jahrhunderts, für das »Hereinragen der Feudalität ins Bürgertum« (479, 61), wirft auch ein weiteres Licht auf seine Dekadenzthese: War es nicht seit jeher typisch für das Bürgertum, mit einer Mischung aus Verachtung und Barmherzigkeit auf das sinnliche Treiben der Unterklassen herabzublicken, auf die angebliche »Promiskuität« und die »Verschwendungssucht der Proletarier«?

Volker Heins (Frankfurt/M.)

## Soziologie

**Sachverständigenkommission Arbeit und Technik: Arbeit und Technik.** Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1988 (204 S., br., 29,80 DM)

»Am 5. Juni 1984 hat der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst auf Vorschlag des Rektors der Universität Bremen eine Sachverständigenkommission »Arbeit und Technik« berufen und diese beauftragt, ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm zum Problemfeld« (5) zu erarbeiten. Das vorliegende Buch ist der Abschlußbericht dieser vierjährigen Arbeit. Entsprechend ist es kein Werk mit neuen theoretischen oder/und empirischen Ergebnissen, sondern eine Art Sondierung der Forschungslandschaft ergänzt um Vorschläge, wie weiterzuarbeiten sei. Da eine Reihe von Disziplinen der Human- und Naturwissenschaften und unterschiedliche wissenschaftspolitische Richtungen beteiligt waren, hat das Ganze Kompromißcharakter und ist als Buch im Grunde nur lesbar, wenn man auch in der Lage ist, einen größeren Forschungsbereich zu institutionalisieren, oder wenn man wissen will, was heutzutage politisch und auf kooperativer Ebene in der Wissenschaften möglich ist. Ziel ist die Einrichtung eines Zentralinstituts »Arbeit und Technik« in Bremen, welches Leitbild sein soll für zukünftige Forschungskultur und Modelle für Technikgestaltung ausarbeiten möchte. Bis ins einzelne sind die Vorschläge konkret: was die Mittel angeht (4 Millionen pro Jahr), die Anzahl der Professoren (2), der wissenschaftlichen Mitarbeiter (2-4) und die Rahmenthesen, die von Fragen der Wirtschaftlichkeit über Alltag und Staat bis zur Sozialverträglichkeit von Technik gehen. Ausgangspunkt ist, daß die Mikroelektronik ein so grundsätzlich anderes Verhältnis von Menschen zur Arbeit und Umwelt gebracht hat, daß die Wissenschaften rings um Arbeit anders gefordert sind, wenn sie gestaltend tätig werden wollen. Die wichtigsten Einsichten sind, daß Technik selbst als sozial konstruiert begriffen werden muß und insofern Eingriffe in den Arbeitsprozeß vor der technischen Innovation, diese mitbestimmend, nötig werden, statt sich im Nachhinein mit den Folgen zu beschäftigen. Entsprechend wird es dringlich, mit den Ingenieuren den Dialog aufzunehmen. Dies wurde während der Kommissionsarbeit praktisch versucht. Aus dieser Erfahrung wurde der Schluß gezogen, daß es nicht darum gehen kann, eine große Metawissenschaft für den Mensch-Arbeitsbereich zu begründen, sondern daß auf Dauer eine fruchtbare Zusammenarbeit organisiert werden sollte.

Im einzelnen wird dafür plädiert, Technik historisch zu erforschen, um als Erfahrung zu verankern, daß der heutige Stand kein notwendiger, sondern eine bestimmte

Alternative ist, selbst Resultat von Herrschaftsinteressen. Leider wird in diesem Kontext verabsäumt (z.B. 94f.), den Forschungsblick auf die bestimmende Rolle von Rüstung und Militär bei der Entwicklung von neuer Technologie zu richten.

Es gibt auch Vorschläge für die Untersuchung der Art und Weise, wie die neuen Produktivkräfte die Arbeitstätigkeiten bestimmen (45ff.); leider sind hier die einzelnen Annahmen von der Logik des »nicht mehr« gezeichnet, so daß für die spezifisch neue Weise der Aneignung der Mikroelektronik durch die arbeitenden Menschen einiges offen bleibt. So fehlt trotz offensichtlichen Engagements für die Arbeitenden selber und ihre Zukunft (bis auf eine Nebenbemerkung, 126) ein Forschungsdesign, welches diese systematisch in die Forschung einbezieht. Sollte man nicht davon ausgehen, daß die Arbeiten mit den neuen Produktivkräften so sind, daß die Erforschung der eigenen Arbeitstätigkeit zur notwendigen Grundlage wird, wenn die einzelnen den Prozessen nicht unterworfen werden sollen?

Ein ähnlicher Mangel zeigt sich auch bei den Versuchen, alternatives Technikerverhalten zu bestimmen. Die Kommission geht offenbar davon aus, daß es notwendig wird, in den Erfindungsgeist mäßigend einzugreifen. So wird richtig darauf verwiesen, daß den Technikern ein Standpunkt eigen ist, von dem her sie die arbeitenden Menschen wesentlich als Störquelle im Produktionsprozeß begreifen, die ausgeschaltet werden sollte. Es fehlt aber umgekehrt der Schluß, daß es notwendig wäre, die spezifisch menschlichen Fähigkeiten zu erkennen und die technische Einrichtung von Arbeitsplätzen entsprechend zu handhaben. Dies würde eine Zusammenarbeit von Psychologen und Ingenieuren in ganz anderer Weise herausfordern.

Angedeutet wird, daß der Zusammenhang von Arbeit und Familie sich verändert — in diesem Kontext wird auf die Frauenforschung als Quelle wichtiger Einsichten verwiesen. Wäre es nicht notwendig, auch hier eine systematische historische Forschung zu diesen beiden »Gemeinwesen« — Fabrik und Familie — einzuplanen, da ihr Schicksal ganz fundamental für die vorherrschenden Produktionsverhältnisse ist?

Sehr überzeugend sind die Hinweise auf die Veränderung der »Subjektbedingungen«, die Erfahrungen, Ängste, Faszinationen, Krankheiten durch neue Technologie. Hier würden die Forschungsvorschläge noch gewinnen, wären die durch die Produktionsverhältnisse und die sie stützende Kultur hervorgerufenen Widersprüche systematischer berücksichtigt. So wird etwa (104ff.) wieder und wieder darauf verwiesen, daß die Mikroelektronik einen Verlust an sinnlicher Nähe mit sich bringe und »Basisfähigkeiten« lahmgelegt würden — hinter solchem Blick aber verschwindet ganz die »Abstraktion«, die die Arbeit am fremden Eigentum mit sich führt, und welche »Basisfähigkeiten« durch das Fehlen kollektiver Selbstbestimmung außer Kraft gesetzt sind. Im Grunde tauchen die Produktionsverhältnisse wesentlich da auf, wo man ihnen entkommen zu können scheint, im Begriff des »Spielraums« (11), der für Gestaltung genutzt werden soll. Eine solche Sicht ist zweifellos pragmatisch nützlich; aber auch hier wird der Zwang, der von den neuen Technologien ausgeht, die Arbeitenden tatsächlich als Menschen und nicht bloß als Kraftverausgaber einzu beziehen, nicht ausreichend genutzt.

Die verschiedenen Einwände sollen das Vorhaben nicht herabwürdigen. Der Versuch, die unterschiedlichen Disziplinen zusammenzubringen und für die Gestaltung der Zukunft haftbar zu machen, ist selbst so utopisch — im positiven Sinn —, daß alle Kraft daran gesetzt werden sollte, ihn gelingen und Schule werden zu lassen.

Frigga Haug (West-Berlin)



**Brecher, Deborah L.: Go Stop Run.** Das Frauencomputerbuch. Orlanda Frauenverlag, West-Berlin 1988 (259 S., br., 44,- DM)

Die Autorin arbeitete über 20 Jahre in der Computerbranche: als Operatorin, als Vorgesetzte von 1000 Angestellten in der Datenverarbeitungsabteilung einer Behörde, schließlich als Selbständige einer Computerberatungsfirma. »... ab einem gewissen Punkt genügte mir das Erreichte nicht mehr. Ich wollte meine Kenntnisse gesellschaftlich sinnvoller einsetzen und gründete daher die National Women's Mailing List, ein Datenkommunikationsprojekt auf Computer-Basis.« (16) Mit einem transportablen PC reiste Brecher ein halbes Jahr durch die USA, besuchte verschiedene Frauenprojekte und stellte ihnen vor, wie sie ihre Arbeit durch Einsatz eines Computers erleichtern könnten. Sie entwickelte ein zweitägiges Kursprogramm und gründete in San Francisco eine Computerschule für Frauen.

Das Buch stellt im wesentlichen das Kursprogramm vor. Im ersten Kapitel wird in die Terminologie eingeführt, die einzelnen Systemkomponenten und die Funktionsweise eines Computers werden »von Grund auf« erläutert. Bei der Standardsoftware geht Brecher auf Textverarbeitung, Datenbankverwaltung und Tabellenkalkulation ein. Sie nennt Vorteile und Mindestoptionen, die das jeweilige Programm bieten sollte, und vertritt konsequent den Standpunkt, daß man nicht alles braucht, was möglich ist. Im Unterschied zu vielen anderen Handbüchern werden auch kritische Punkte erwähnt. So der Umstand, daß durch Büroautomation »eine neue Form der Fließbandarbeit« (126), d.h. die Zerstückelung bisher zusammengehörender Tätigkeiten (z.B. Schreiben von Texten und Korrigieren) entstand. Als Schattenseite der Datenbankverwaltung zählt sie auf, daß immer mehr Daten erhoben werden, daß diese in falsche Hände geraten können, daß Dossiers über Personen erstellt werden ohne deren Wissen, daß Informationen zunehmend nur noch gegen Geld zu haben sind usw. (146 ff.).

Das Kapitel »Ein Gesamtbild« ist auch für die interessant, die schon länger mit dem Computer arbeiten, jedoch mehr über technische Hintergründe wissen wollen. Brecher zeigt hier z.B. Unterschiede der verschiedenen Prozessortypen (vgl. auch die Übersicht über Baureihen, 196), von denen auch die Softwarekompatibilität abhängt, sie verweist auf den Zusammenhang von Arbeitsspeichergreife und eingesetztem Betriebssystem. Sie erklärt, wovon die Arbeitsgeschwindigkeit eines Computers abhängt und macht so Unterschiede zwischen einem XT, einem AT und einem Großrechner deutlich. Sie erläutert, welche Bedeutung Programmiersprachen haben und wie die von ProgrammiererInnen geschriebenen Anweisungen in den Maschinencode übersetzt (kompiliert) werden.

Bevor IBM den Computermarkt beherrschte, gab es eine Vielzahl von Herstellern, die PCs mit unterschiedlichen Prozessoren und typenspezifischen Betriebssystemen bauten. Brecher erwähnt dies, geht jedoch auf die Kämpfe zwischen den Herstellern in der Branche und auf die Monopolisierung nicht ein. Vom Standpunkt der Benutzerin sieht sie lediglich den Vorteil, den die Standardisierung von Systemen und Programmen hat.

Im letzten Kapitel geht Brecher auf die Bedeutung von Computerkenntnissen für Erwerbchancen ein. Ehemaligen Schülerinnen ihrer Kurse wurden Jobs angeboten, die sie ohne PC-Kenntnisse nie erhalten hätten. Sie informiert über neue Aufgabengebiete und die erforderlichen Qualifikationen — z.B. Autorin technischer Bücher, Computer-Ausbilderin, Spezialistin für die Kommunikation zwischen Programmiererinnen und Anwenderinnen, Qualitätskontrolleurin — und gibt Anregungen, wie und wo Frauen sich als Unternehmerin mit ihrem PC selbständig machen könnten.

Für die deutsche Ausgabe (die amerikanische erschien 1985) resümiert Brecher Reaktionen auf ihr Buch. Sie begründet, weshalb sie sich speziell an Frauen richtet. »Die meisten Männer sind relativ leicht in der Lage, ein bestimmtes Verfahren zu befolgen, selbst wenn sie es nicht verstehen. Sie sind bereit, nach dem Prinzip Versuch und Irrtum zu lernen und sind überzeugt, durch Ausprobieren herauszufinden, wie und warum ein Computer funktioniert. Frauen dagegen wollen meist zuerst verstehen, was sie am Gerät machen ... Erst wenn sie ein holistisches Verständnis für die Hintergründe der Regeln erlangt haben, macht ihnen das Ausprobieren des Computers ebenfalls Spaß.« (12) Brecher hält ein solches ganzheitliches Lernen für frauenspezifisches Lernen, ohne dies weiter zu begründen. Meine Erfahrungen aus dem EDV-Unterricht bestätigen diese These so schematisch nicht: es gibt sowohl Männer als auch Frauen, die von Beginn an, d.h. ohne weitere Grundkenntnisse, ein experimentelles Verhältnis zum Personalcomputer haben. Richtiger scheint es mir daher, unterschiedliche Aneignungsweisen auf dem Hintergrund unterschiedlicher individueller Aneignungsbedingungen — und hier würde das Geschlecht sicherlich eine Rolle spielen — zu untersuchen. Undeutlich ist auch, was ein holistisches (=ganzheitliches) Verständnis konkret beinhaltet. Ein weiteres Spezifikum ihres Buches — und hier zielt sie selbst auf unterschiedliche Aneignungsbedingungen ab — sieht Brecher in der Verwendung von Vergleichen und Analogien aus frauentypischen Erfahrungsbereichen: »Auf Männer ausgerichtete Bücher über Technik sind die Norm. Es werden männliche Pronomen verwendet, und die Beispiele stammen hauptsächlich aus dem Erfahrungsbereich der Männer. Die Autoren verwenden nie einen Titel wie zum Beispiel *Handbuch des Maschinenbaus für Männer*. Das ist nicht nötig, denn männliche Erfahrung wird stillschweigend vorausgesetzt.« (25)

In einem Nachwort reiht Renate Wielpütz das Buch in die bundesdeutsche Computerliteraturlandschaft ein, indem sie betont, daß es dem Bedürfnis von Frauen nach »geschlechtshomogenen« Lernangeboten nachkomme. Inhaltlich unterscheidet sich das Buch von herkömmlichen EDV-Einführungen kaum — das Bemühen um Verständlichkeit ausgenommen. Es erreicht aber sicherlich — u.a. auch dadurch, daß es in einem Frauenverlag erschien — andere LeserInnenkreise und leistet so einen Beitrag dazu, Frauen und Technik »zusammenzubringen«.

Sünne Andresen (West-Berlin)

**Libreria delle donne di Milano: Wie weibliche Freiheit entsteht.** Eine neue politische Praxis. Aus dem Italienischen von Traudel Sattler. Orlanda Frauenverlag, West-Berlin 1988 (188 S., br., 29,- DM)

»Jedesmal haben wir aufs neue wiederholt, daß unser Vorschlag einfach lautet, sie [Frauen] sollten ihr spontanes Verhalten anderen Frauen gegenüber in soziale Formen übersetzen.« (147) Diese Aussage kann die Rezensentin bestätigen, denn das Buch besteht aus der einfachen Wiederholung dieser Botschaft. Sie hat auch einen Namen: *affidamento*. »Der Name 'affidamento' ist schön, er trägt in sich die Wurzel von Wörtern wie *fede* (Glaube), *fedeltà* (Treue), *fidarsi* (Vertrauen), *confidare* (Anvertrauen).« (20)

Die Autorinnen (36 an der Zahl) sind ein Mailänder Frauenbuchladenkollektiv, die — so verspricht das Vorwort — nicht bloß eine Dokumentation, »sondern *die Analyse der Entwicklung der Frauenbewegung*« (9) produzierten. Claudia Bernardoni unterläßt es im Vorwort, den deutschen Leserinnen etwas über die Lage der Frauenbewegung in Italien mitzuteilen oder doch zumindest einige Eckdaten zu vermitteln. Zum Beispiel, daß das große Frauen-Zentrum in Rom (Virginia Woolf) von kulturellem und baulichem Verfall bedroht ist, weil kaum noch Kurse angeboten

werden; daß es nur noch zwei Frauenbuchläden in Italien gibt; daß die Politik der »doppelten Militanz« nicht durchgehalten werden konnte und die Frauenbewegung dezimierte. Die Autorinnen selbst sagen kein Wort darüber. Sie dokumentieren einen Ausschnitt aus der Geschichte vieler kleiner Frauengruppen, Diskussionsverläufe um die Bewegung initiiierende und sie tragende Probleme (u.a. Abtreibung, Gewalt, Selbsterfahrung).

Die wenigen theoretischen Versatzstücke, mit denen operiert wird, erlangen den Status von letzten Wahrheiten; so wenn gegen das von linken Frauen vorgeschlagene »Vergewaltigungsgesetz« das allmächtige »Gesetz des Vaters« ins Feld geführt wird, um jede Art von Politik im Rechtsraum ad absurdum zu führen. Ein ähnliches Schicksal erfahren die Kämpfe um Gleichheit; sie seien obsolet, weil die »Differenz« der Geschlechter so ausgelöscht würde. »Sexuelle Differenz« ist — wie *affidamento* — der Schlüsselbegriff für die Politikvorstellungen der Autorinnen: Sie soll sichtbar gemacht, vermittelt und anerkannt werden. »Die Politik der sexuellen Differenz kommt nicht *nach* der Verwirklichung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, sondern sie ersetzt die Politik der Gleichberechtigung, die zu abstrakt und oft widersprüchlich ist. Sie bekämpft jede Form der sexistischen Unterdrückung vom Ort der weiblichen Freiheit aus, die über soziale Beziehungen zwischen Frauen erobert und aufgebaut wurde.« (177)

»Sexuelle Differenz« ist die Basis, von der aus der Opferstatus verlassen wird. Die Autorinnen betrachten die Setzung: »alle Frauen sind Opfer« als Sackgasse. Das ist sicher eine gute Idee, die sich jedoch wieder aufhebt, indem gleichzeitig unterstellt wird, daß nur das Benennen von Frauen-Unterdrückung schon die Anerkennung des Opfer-Status bedeute. Daraus wird dann eine »Verantwortungslosigkeit« gegenüber der Gesellschaft abgeleitet: »Wir fühlen uns nicht verantwortlich einer Welt gegenüber, die von Männern oder von ihrem Gott entworfen und regiert wird«(154). Statt dessen fordern die Schreiberinnen, daß eine Schuld abgetragen werden solle, indem Frauen dankbar sind. »Eine einzelne Frau, die einer anderen gegenüber Dankbarkeit zeigt, weil diese ihr etwas gegeben hat, ist für die Befreiung des weiblichen Geschlechts mehr wert als eine Gruppe oder eine ganze feministische Bewegung, in der diese Dankbarkeit fehlt.« (156) Die heftigste Dankbarkeit sollte der Mutter gegenüber gezeigt werden: »Die symbolische Schuld der Mutter gegenüber muß für alle sichtbar, öffentlich, vor aller Augen, vor Frauen und Männern bezahlt werden.« (156)

Die Autorinnen schlagen sich gradlinig auf die Seite von Frauen; der Anlaß für dieses Buch ist daher ernst zu nehmen: bei der Vielzahl von Möglichkeiten, in traditionelle Verhältnisse zurückzukehren, sich die Welt über einen Mann (oder viele) aufzuschließen, erkämpfte Positionen aufzugeben, ist es richtig, die Qualität der Frauen-Zusammenschlüsse zum Thema zu machen. Die Bewegung braucht Freundschaften, Selbstachtung, Stolz, kulturelle Netze, in denen Waghalsiges erprobt werden kann. Ein bloßes »Opfer«-Verständnis von sich selbst könnte all dies nicht ermöglichen. Aber wer — wie die Autorinnen — die Selbstunsicherheit von der sozialen Ungerechtigkeit (158) abkoppelt und nur auf die psychische Seite baut, wird irgendwann an der fehlenden Menschlichkeit unter Frauen verzweifeln und keinen Ausgang finden; in den Frauenzusammenhängen zeigen sich kapitalistisch-patriarchalische Verhältnisse im besten Fall als gemeinsam zu bekämpfende: als Selbst- und Gesellschaftsveränderung.

Kornelia Hauser (Bielefeld)

**Farge, Arlette, und Michel Foucault: Familiäre Konflikte: Die »Lettres de cachet«.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (293 S., br., 16,- DM)

Nicht nur der »familiäre Frieden« trägt zur Reproduktion von Herrschaft bei, sondern auch Konflikte zwischen Eheleuten sowie Eltern und Kindern. Arlette Farge (Leiterin einer Forschungsgruppe am Centre National de la Recherche Scientifique in Paris) und Michel Foucault wollen Einblicke geben in das Alltagsleben der unteren Schichten, der kleinen Kaufleute, der Lastenträger und Trödler, im Paris des 18. Jahrhunderts — »der Zeit der absoluten Monarchie« (10). Sie dokumentieren und bearbeiten Bittschriften an den »Polizeileutnant oder an die Kanzlei des Königs« (9), eine »Lettre de cachet«, eine königliche Order, zu erhalten, um die Inhaftierung in Gefängnis oder Irrenhaus oder die Verbannung in die Kolonien einer Person zu erwirken, wobei die BittstellerInnen für den Unterhalt der Inhaftierten aufzukommen hatten. Der Vorteil der »Lettres de cachet« hätte in der Umgehung der Justiz einer korrupten, kompromittierenden Institution gelegen, während das Geheimnis, das man dem König anvertraut, gewahrt bleibt und keine Schande macht« (30), aber dennoch die »Störenfriede« ihrem Wirkungskreis entzog. Indem die BittstellerInnen den König anriefen, ließen sie sich helfen und bestätigten zugleich seine Herrschaft. Sie machten zum Teil sogar Vorschläge zur Gestaltung der Haftbedingungen im Rahmen der knappen, ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Entweder hätten sie eine Person für immer los sein oder sie lehren wollen, Reue zu zeigen und sich zu ändern. Oft mußten mehrere Bittschriften verfaßt werden, eine, um jemanden inhaftieren zu lassen, und eine, um ihn oder sie später wieder frei zu bekommen. Die einzelnen hätten so am Staat mitgebaut und zugleich die Glaubwürdigkeit des Herrschers durch den potentiellen Mißbrauch, »Unschuldige« festsetzen zu lassen, untergraben, so daß die Möglichkeit, eine »Lettre de cachet« zu erhalten, 1790 (nach der Revolution) ihr Ende finden mußten.

Farge/Foucault fanden vor allem Familienkonflikte so geregelt. Wir wissen wenig über das Alltagsleben gerade der unteren Schichten vergangener Jahrhunderte. Die Untersuchung der Bittschriften vermittelt einen Eindruck davon, welche Vorstellungen sich »das Volk« von einem idealen Familienleben im Sinne der Obrigkeiten machte. Um eine »Lettre de cachet« zu erhalten, war es nicht nur notwendig, sich untertänig gegenüber dem Monarchen zu artikulieren, einen Schreiber zu finanzieren und ihn einzuweihen, sondern auch das Verhalten des zu verhaftenden Familienmitgliedes so darzustellen, daß es der »Familienehre« zuwiderliefe und/oder öffentliches Ärgernis hervorrief. Hier gerieten die privaten Affären und interpersonellen Beziehungen an eine breite Öffentlichkeit; um glaubwürdig zu sein, zog man Nachbarn, Pfarrer, Polizisten, Kaufleute und Verwandte als Zeugen heran. Sie alle mischten sich ein, ergriffen Partei für oder gegen ein Mitglied ihrer näheren Umgebung, manchmal wurden Nachbarn oder andere aktiv, um dem (vermeintlichen) Mißbrauch eines Bittstellers oder einer Bittstellerin entgegenzuwirken. Ehe und Familie existieren in einem sozialen Geflecht, wo jede(r) über jede(n) Bescheid weiß, fassen die Autoren zusammen.

»Die Konfrontation zwischen Mann und Frau hat hier den gleichen Status wie Hochverrat und Ketzerei.« (56) Das intime Geheimnis macht »eine wunderbare Reise: Weil es bis zum König — der höchsten Autorität — dringt, bleibt es in der Familie« (280). Der private Bereich konnte sich, nach Farge/Foucault, installieren, indem die öffentliche Verhandlung privater Probleme möglich wurde, die Obrigkeit auf Wunsch einschritt, um intime Konflikte zu lösen, durch Isolierung Unsittlicher. »Unsittlich verhält sich alles in allem der oder die, welche(r) sich anderen Dingen 'widmet' als seiner Arbeit, seinem Zuhause oder der Mehrung seines Vermögens.« (35) Auffällig

für Farge/Foucault waren weniger die sich kaum unterscheidenden »Delikte«, die Männer ihren Frauen ankreideten und vice versa, auch die häufige physische Gewaltanwendung der Männer gegenüber Frauen erstaunt nicht, sondern die Art der Inanspruchnahme von Zeugen. So hätten Männer eher auf verwandtschaftliche Zeugnisaussagen zurückgegriffen, um ihre Frauen festsetzen zu lassen, während Frauen eher die Aussagen der Nachbarn in Anspruch genommen hätten, um ihren Bittschriften Glaubwürdigkeit zu verleihen. Hier zeichnete sich für die Autoren die geschlechtsspezifische Trennung der Bereiche ab, die zum Ende des Jahrhunderts im Übergang der autoritären männlichen Familienherrschaft gipfelte, wobei die Frauen die öffentliche Bühne verlassen mußten.

Sie konstatieren zudem eine zunehmende Pädagogisierung in den Bittschriften von Eltern wider ihre (zumeist) volljährigen Kinder, diese sollen durch Inhaftierung nicht nur dem elterlichen Wirkungskreis entzogen werden, sondern sich durch die Haft bessern und bereuen, um dann wieder zurückzukehren und sich anzupassen. Die Volljährigkeit der betroffenen Kinder zeigt den großen Einfluß der Eltern auf die Zukunft ihrer Söhne und Töchter, worin sie der Staat stützte.

Der Aufbau des Buches ist zunächst verwirrend, die Analyseergebnisse der Autoren sind den Quellen vorangestellt. Diese Anordnung erweist sich letztlich als produktiv, indem man als LeserIn geneigt ist, Widersprüchliches zur Analyse der Autoren zu finden, ihnen damit immer stärker zustimmt und sich schließlich selbst auf die Suche macht. Hierbei wirken die vielen Fallbeispiele anregend. Es lassen sich implizit (von Farge/Foucault angedeutete) Hinweise auf heutige Unterdrückungsformen finden, wenn zum Beispiel intime Eheerlebnisse ausgebreitet werden müssen, um Erfolg beim König zu haben, aber durchgehend sexuelle Gewaltanwendung seitens der Männer von den Frauen nur als unaussprechliche Unzucht angedeutet wird: die Quälereien »sind so zahlreich und in den Einzelheiten so furchtbar, daß sie hier von den Augen Ihrer Gnaden nur einen kleinen Teil davon ausbreiten kann« (95). Jede(r) scheint zu wissen, was gemeint ist und trägt so dazu bei, daß die sexuelle Unterdrückung der Frauen durch die Männer (in der Ehe) nicht analysiert, sondern als in der Geschlechterbeziehung unveränderbar hingenommen wird, zum Teil bis heute.

Oder man erfährt von der Prostitution des »Fräulein Le Blanc«, das die Eltern einsperren lassen wollen, was ihnen nicht gelingt, weil sich im Verlaufe des Verfahrens (u.a. durch die Fürsprachen einiger Bordellbesitzerinnen) herausstellt, daß die Tochter ihren Lebenswandel als Prostituierte mit dem Einverständnis der Eltern begann. So werden die Eltern festgesetzt, nicht weil sie die Prostitution billigten, sondern weil sie die Obrigkeit belogen; die Prostitution der Tochter ist Anlaß für staatlichen Eingriff zur Erhaltung familiärer Ordnung, schafft aber nicht die Möglichkeit, weibliche Körper anzubieten ab, sondern »erzwingt« den Gehorsam der Kinder gegenüber den Eltern, auch lange nach der Volljährigkeit. So kann Prostitution zugleich geahndet werden und erhalten bleiben.

Obwohl die Geschlechter die Hilfe des Königs für ähnliche Vergehen ihrer Ehepartner anrufen, richtet sich die Wirkung im Effekt gegen die Frauen. Ähnlich wie heute war es damals nicht die Bedienung der Gesetze und Regeln, sondern es waren die unterschiedlichen Voraussetzungen, mit denen Männer und Frauen vor die staatliche Obrigkeit traten. So kann ich Farge/Foucault nicht ganz folgen, wenn sie festhalten, über die »Lettres de cachet« und den daraus resultierenden Widerwillen der Obrigkeiten habe sich eine patriarchale Familienordnung in den unteren Schichten herausgebildet (57). Das männliche Familienoberhaupt erhielt nicht erst die Macht vom König, als der keine Lust mehr hatte, sich mit dem familiären »Kleinkram« zu beschäftigen, sondern hatte es sie nicht schon vorher, indem es seinen Lohn in der

Familie abgab? Und was wissen wir über die vielen geschlagenen Ehefrauen, die es nicht wagten, an den König zu schreiben, aus Angst — wo doch Schläge »die männliche Waffe schlechthin« (37) waren — oder aus finanziellem Mangel?

Dennoch — ein anregendes und zu Widerspruch aufrufendes Buch für alle, die sich mit der Reproduktion von Macht, mit den Zusammenhängen von Familie und Staat und den Geschlechtern — und Generationenverhältnissen im 18. Jahrhundert auseinandersetzen wollen. Hierzu liefert es eine Fülle empirischen Materials, worauf wir in deutscher Sprache sieben Jahre warten mußten.

Barbara Ketelhut (Hamburg)

**Schenk, Herrad: Freie Liebe — wilde Ehe.** Über die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe. Verlag C.H. Beck, München 1987 (274 S., br., 34,- DM)

Die Liebe »verträgt sich nicht mit dem statischen Charakter der Institution« Ehe (236), entscheidend für die Paarbeziehung sei ihr Prozeßcharakter. Schenk stellt die historische Entwicklung der Ehe und der »informellen Ehevarianten« (wozu sie alle nicht legalisierten heterosexuellen Paarbeziehungen zählt) beginnend mit dem römischen Reich in Westeuropa und der UdSSR (unmittelbar nach der Revolution) dar. Sie richtet ihren Blick auf das Paar, dessen Zusammenhalt und die sich verändernden Funktionen des Paares für die Ökonomie, das Überleben, den Arbeitsprozeß ...

Bis 1900 (der Entstehung des BGB) durften nicht alle Angehörigen vor allem der unteren Schichten heiraten. Schenk zeigt die Umkämpftheit sowohl der Ehe als auch der Liebe. »Die Idee von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der leidenschaftlichen Liebe mit der Ehe hat seit dem Mittelalter das Denken und Fühlen im Abendland geprägt, jedenfalls in den Oberschichten, die Zeit und Muße hatten, eine Liebeskultur zu entwickeln und zu pflegen.« (60) Der Einfluß der Kirche auf die Ehe (im 16. Jahrhundert) hätte den Heiratswilligen mehr Autonomie durch eine »freie« Partnerwahl gebracht, die unabhängiger als bis dahin vom Willen der Eltern geworden sei; zugleich habe die Kirche die Wollust aus der Paarbeziehung vertrieben. Viele Literaten hätten im 18. Jahrhundert für die Liebe überhaupt und in der Ehe gekämpft, zum Beispiel Schiller in seinem oft rezipierten Gedicht »Die Glocke«, und förderten so geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen, während der erste Familiensoziologe Riehl (1855) »die gottgewollte Ungleichheit, die Abhängigkeit der Frau und die 'natürliche Obervormundschaft' des Vaters akzentuiert habe (99).

Schenk vertritt nicht nur die These, daß Ehe und Familie sich immer mehr voneinander abkoppelten, wobei sie Familie als Zusammenleben von Erwachsenen mit ihren Kindern definiert, sondern auch, daß die Emanzipation von Frauen mit der Vorstellung der Liebesehe einherginge. Selbst die Forderungen nach »freier Liebe« (wie sie z.B. A. Kollontai vertrat) seien Forderungen nach einer Liebesehe (z.T. mit sukzessiver Monogamie) gewesen. »Es ist auffällig, daß sich besonders viele Frauen in der Zeit des Vormärz zu Wort meldeten und eine freigewählte Liebesehe oder ein selbstbestimmtes Leben allein, als echte Alternative zur Zwangsehe, verlangten.« (132) Für Schenk hängen Frauenbefreiung und der Einzug der Liebe in die Ehe eng zusammen: »Nicht nur die großen sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Feminismus und Sozialismus, machten sich zu Anwältinnen der Sache der Frauen, sondern nahezu alle Sozialreformer, die die Institution Ehe im Namen der Liebe kritisierten« (156).

Indem sich Schenk für die entwickelte Liebe zwischen den Geschlechtern einsetzt, verliert sie Frauenunterdrückung und Geschlechterdifferenz immer mehr in ihren Betrachtungen, je weiter sie in die Gegenwart reichen. Dies liegt meines Erachtens daran, daß sie mit der Verfolgung der Spuren auf den Liebespfaden bei der Studenten-

bewegung aufhört. Doch hebt sie noch die Leistung der Feministinnen hervor, die vor allem die sexuelle Unterdrückung von Frauen in den Beziehungen thematisierten und kritisierten. Die Liebe zwischen Mann und Frau habe sich bis heute dahingehend verändert, daß sie nicht nur die Ehe überflüssig gemacht habe, nichts Statisches mehr sei, das formal abgesichert werden müsse, sondern heute käme es auf die individuelle Entwicklung beider Individuen an. Liebe wird so zu einem Prozeß ohne Ziel und ohne Richtung.

»Eine dauerhafte Gemeinschaft entsteht dann, wenn es den beiden Menschen gelingt, in der Anfangsphase aus ihren komplizierten und widersprüchlichen Bedürfnissen nach Nähe und Distanz, nach Verschmelzung und Abgrenzung ein sich selbst tragendes soziales System zu bauen.« (225) Doch wofür brauchen die Geschlechter dauerhafte Beziehungen, wofür Nähe und Distanz? Die Liebe, die die Ehe fast ersetzt habe, sei sich selbst genug, hätte sich selbst zum Thema, es ginge weder darum, zusammen finanziell zu überleben, noch zu arbeiten, noch seien die Frauen in der Regel ökonomisch abhängig. Folgen wir Schenk zum Endpunkt dieser Entwicklung, stellt sich die Frage, was zum Beispiel in den letzten 20 Jahren aus der sexuellen Unterdrückung der Frauen geworden ist. Müßte die Partnerschaft, gerade wenn davon ausgegangen wird, daß sie vieler Aufgaben entkleidet ist, auf Grund der Unmittelbarkeit, mit der die Geschlechter aufeinandertreffen, nicht ein Herd von Widersprüchen und Konflikten sein, wenn wir uns vorstellen, daß Frauen, wie Schenk auch schreibt, die Bedingungen, unter denen sie leben, mitreproduzieren, Männer nicht ohne weiteres bereit sind, gewohnte Privilegien aufzugeben und die Geschlechter überhaupt mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Partnerschaft eingehen? Auch der Verlust der ökonomischen Abhängigkeit der Frauen von den Männern ist nicht ganz einleuchtend oder kann nicht für alle Frauen gelten, da sich die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen in den letzten 100 Jahren kaum verändert hat.

Schenks historische Ausführungen sind ansonsten nachvollziehbar und informativ, sie vermitteln einen Überblick über die Entwicklungen und Diskussionen zu den Themen Ehe und Liebe und fassen den Stand der Diskussionen zusammen. Die Ausparung der gegenwärtigen Entwicklungen liegt sicher zum Teil an der vorhandenen Literatur. Zeitgenössische Romane aber, die sie für das 19. Jahrhundert in ihre Überlegungen miteinbezieht, hätten allerdings auch für die letzten Jahrzehnte zur Verfügung gestanden. Hier weitere Fragen an die Entwicklung von Partnerschaften zu stellen, wäre notwendig gewesen, um der bloßen Befürwortung des Bestehenden zu entgehen. Indem Schenk auch solchen konservativen Ansätzen (wie u.a. den von Berger/Berger) in der Annahme folgt, innerhalb der bestehenden Gesellschaft individuell gestaltete Nischen errichten zu können, frei von gesellschaftlichen Problemen aus den unterschiedlichsten Bereichen, verliert sie die Orientierung für Frauenbefreiung und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt.

Barbara Ketelhut (Hamburg)

## Erziehungswissenschaft

**Gieseke, Wiltrud, u.a.: Professionalität und Professionalisierung.** Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbronn 1988 (155 S., br., 17,- DM)

Das Buch ist dem Professionalisierungsproblem der Erwachsenenbildung gewidmet. Es behandelt die Frage der beruflichen Sozialisation (*Gieseke*), das Problem einer theoretischen Fundierung erwachsenenpädagogischer Professionalität (*Tietgens*) und den Grenzbereich zur Sozialen Arbeit (*Müller*). Gezielte Berufseinführung

(*Venth*) und selbstorganisierte Qualifikation in der Praxis (*Schäffler*) werden als weiterführende Strategien diskutiert. Ein zentraler Argumentationsstrang geht in folgende Richtung: De facto gebe es einen hohen Grad an Professionalität in der Praxis. Jedoch seien die Hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiter (HPM) in erstaunlicher Weise nicht im Stande, ihr Tun als professionell zu deuten und pädagogische Komponenten angemessen zu beschreiben (so *Gieseke*, *Tietgens* und *Venth*). Dies scheint für diejenigen, die sich theoretisch mit Professionalität in der Erwachsenenbildung befassen, sehr irritierend zu sein.

*Gieseke* (»Durch berufliche Sozialisation zur Professionalität?«, 11-27) arbeitet im wesentlichen auf der Grundlage einer Kriterienorientierung und in Anlehnung an die Strukturen der klassischen Profession. So stellt sie zunächst zwar fest, daß die Struktur der Tätigkeit Erwachsenenbildung und ihr gesellschaftlicher Stellenwert »durchaus die Bedingungen für eine professionelle Entwicklung« hergeben (11); das Argument führt jedoch zu Defizitdiagnosen für die Praxis. Zudem fehle »eine von allen akzeptierte und praktizierte Bezugswissenschaft, die handlungsleitend ist und identitätsstiftende Funktion übernimmt. (...) Erwachsenenpädagogik ist aber nicht die allen gemeinsame Bezugswissenschaft.« (Ebd.) *Gieseke* hat sich im Rahmen von Fallstudien auch mit der »beruflichen Sozialisation von Erwachsenenpädagogen« (27) befaßt. Ein Ergebnis: »Sie [die HPM; Anm.d.Verf.] erleben sich den Kursleitern gegenüber in einer ambivalenten Rolle; einerseits wollen sie eine gute kooperative Beziehung aufbauen, andererseits haben sie Kontroll- und Aufsichtsfunktionen, für die sie sich selber nicht kompetent fühlen. (...) Pädagogisches Fachwissen wird also nicht wie selbstverständlich als professionelles Handeln auf die verschiedenen Situationen angewandt.« (16f.) Sie reizt mit ihrer Argumentation das traditionelle soziologische Professionsverständnis zwar bis an seine Grenzen aus; allerdings kann sie zwei wesentliche Probleme nicht in den Blick bekommen: Es wäre zunächst nötig, die Struktur pädagogischer Professionalität als eigenen Typus professionellen Handelns aufzuweisen; dann erst wären solche allgemein-pädagogischen Überlegungen für die Erwachsenenbildung zu spezifizieren.

*Tietgens* (»Professionalität für die Erwachsenenbildung«, 28-75) sieht als Grund und Problem der Professionalisierungsdebatte den Umstand, daß die Erwachsenenbildung einen analytischen Begriff als Kampfbegriff benutzt habe (30). Inhaltlich wäre demgegenüber »Professionalität als situative Kompetenz« zu bestimmen (37). Professionalität würde demnach bedeuten, »vielfältige abstrahierte Kenntnisse in konkreten Situationen angemessen anwenden zu können. Oder ... in eben diesen Situationen zu erkennen, welche Bestandteile aus dem Wissensfundus relevant sein können. Es geht also darum, im einzelnen Fall das allgemeine Problem zu entdecken.« (37) Die Praxis der professionellen Selbstdeutung der HPM sehe allerdings anders aus. »Was bleibt, ist der Eindruck, permanent kurzatmigen Anforderungen unterschiedlichster Art zu erliegen, wobei hier der Manager, da der Fachexperte und dort der Therapeut gefragt ist« (ebd.). Kritikwürdig findet er den Umstand, daß bei den Praktikern sehr wenig von Inhalten und pädagogischen Tätigkeiten die Rede sei. Die Ursache sieht er darin, daß die begriffliche Fassung für das, was man tut, fehle, weil das Pädagogische offenbar nur für die unmittelbare Interaktion reserviert sei (49). Dies deckt sich mit den Ergebnissen von *Gieseke*. Auch *Venth* (»Berufseinführung und Fortbildung als Elemente professioneller erwachsenenpädagogischer Berufsausübung«, 118-132) diagnostiziert diesen Hiatus in der Selbstrepräsentanz der HPM. Sie zieht daraus die Konsequenz einer »ein- und weiterführenden Bildung für hauptberuflich pädagogisch Tätige« (123).

*Schäfflers* Ziel ist es, grundsätzlich von normativen Vorstellungen pädagogischer



Professionalität loszukommen (»Bildungsexperten der Praxis. Selbstorganisiertes Erschließen von Tätigkeitsfeldern in der Erwachsenenbildung als Weg zur Professionalisierung«, 76-117). So will er eine Theoriebildung vermeiden, die auf der Grundlage von Defizithypothesen aufgebaut ist. Das hindert ihn aber nicht, den Praktikern eine »Kritik der pädagogischen Larmoyanz« (76) entgegenzuhalten. Sie fänden ihre Identität mit sich und den Kollegen nur im Leiden am Beruf. Darüber würde vergessen, Erfolge zu sehen und die Institution als handlungsermöglichenden Kontext zu erkennen (77). Dem ist zwar zuzustimmen, man kommt allerdings kaum umhin, darin eine Defizithypothese zu sehen. Sein Therapievorschlag besteht im berufsbezogenen »Herausbilden eines positiven Selbstkonzepts von Pädagogen« (ebd.). Die Bestimmung der tätigkeitsfeldspezifischen Kompetenzen dürfe sich dabei nicht »an extern entwickelten Qualifikationsanforderungen orientieren, sondern hat sich auf die Beschreibung alltäglicher Fähigkeiten zu beziehen« (81). Instrukтив sind entsprechende Überlegungen zur Entstehung von Handlungskompetenz in der Erwachsenenbildung. Hier geht er von der »Organisation des Kontextwechsels« (82) aus, die bei Berufsanfang als »Initiation« (ebd.) erkennbar sei und als Krise erlebt werde. Vorgängige Erfahrungen seien dabei als neu zu strukturierendes Material zu interpretieren, das einem neuen Funktionsprimat unterworfen werde (ebd.).

Der vorliegenden Band repräsentiert theoretische und praktische Konsequenzen aus der Debatte um die Professionalisierung der Erwachsenenbildung zwischen Interaktions- und Organisationsdimension und zeigt forschungspraktische und professionspolitische Wege auf.

Bernhard Koring (Hamburg)

**Harney, Klaus, Dieter Jütting und Bernhard Koring (Hrsg.): Professionalisierung der Erwachsenenbildung. Fallstudien — Materialien — Forschungsstrategien. Studien zur Erwachsenenbildung, Band 1. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York 1987 (560 S., br., 95,- DM)**

Die die Erwachsenenpädagogik seit den sechziger Jahren begleitende Debatte über Fragen der Professionalisierung rückt in den letzten Jahren zunehmend mehr in den Mittelpunkt. Das Professionalisierungsthema wird zum Fokus für eine inzwischen verstärkt geführte Grundlagendiskussion, die sich vor allem auf drei Problemkreise erstreckt: die Frage der Identität der Wissenschaft von der Erwachsenenbildung als erziehungswissenschaftliche Teildisziplin und ihre Abgrenzung von den Bezugswissenschaften; die Frage der Ausbildungsaufgabe der Erwachsenenpädagogik und damit das Theorie-Praxis-Verhältnis; und die Frage der pädagogischen Identität eines sich ausweitenden und zugleich diffuser werdenden Praxisfeldes.

Es macht Anspruch und Reiz dieses Readers aus, daß die darin versammelten Beiträge den Bogen entsprechend weit spannen und stärker als üblich auch theoretische Zugänge zur Frage der Professionalisierung der Erwachsenenbildung aus der Perspektive von Nachbardisziplinen eingebracht und zur Diskussion gestellt werden. Dahinter steht die eher skeptisch akzentuierte Frage nach der theoretischen Fundierbarkeit des Autonomieanspruchs der Erwachsenenbildung, der sich mit ihrer »Verselbständigung aus anderen Formen der Sozialität«, in die sie, historisch gesehen, zunächst eingebunden war, entwickelt hat. Es wird die These vertreten, daß sich dieser Autonomieanspruch theoretisch nur aufrechterhalten läßt, wenn die »Handlungsvollzüge der Erwachsenenbildung als professionell abstützbare Handlungsvollzüge beschrieben werden können« (1). Der Autonomieanspruch der Erwachsenenbildung wird damit als eine »im Kern professionstheoretische Frage« (1) begriffen.

Die Themen der Beiträge lassen sich in drei Bereiche untergliedern. Im ersten geht es um eine Bestandsaufnahme. In zwei Beiträgen sichtet Jütting den Forschungsstand

und die Literatursituation zur Mitarbeiterfrage in der Erwachsenenbildung. Und zusammen mit Scherer zeichnet er als wissenschaftsorganisatorischen Hintergrund der Professionalisierungsfrage den Prozeß der Institutionalisierung des Diplomstudiengangs Erziehungswissenschaft, Schwerpunkt Erwachsenenbildung, nach. Einen zweiten, empirisch-historischen Bereich bilden die Beiträge von Dräger und Scherer. Scherer analysiert die Situation der freien Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung. Er rückt damit den Blick auf eine gegenüber den hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern bislang eher im Hintergrund stehende Gruppe. Dräger untersucht den Bibliothekar als historischen Vorläufer des heutigen Erwachsenenbildners, mit der Absicht, das Feld der Erwachsenenbildung wieder über die Grenzen der seit Etablierung der Erwachsenenpädagogik als erziehungswissenschaftliche Teildisziplin als typisch geltenden Institutionen zu erweitern. Einem dritten, professionstheoretischen Bereich gehört die Mehrzahl der Beiträge zu. Zunächst erörtert Stichweh vom Wissenschaftssystem her den allgemeinen Rahmen, in dem die Professionalisierungstheorie steht, indem er die Differenzierung von Disziplinen und Professionen, Wissenschaft und Praxis historisch-systematisch darstellt. Vor diesem gesellschaftlich-institutionellen Hintergrund stehen die Beiträge, die unmittelbar auf die Kernthese des Readers bezogen sind, indem sie das Problem der Professionalisierung der Erwachsenenbildung im Blick auf die für sie maßgeblichen Handlungsverläufe und Handlungsstrukturen beleuchten. Schorr stellt aus systemtheoretischer Sicht die Möglichkeit der Professionalisierung von Erwachsenenbildung in Frage. Gewissermaßen im Gegenzug konstruiert Buschmeyer unter Rekurs auf Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns einen normativen Begriff des Handelns von Erwachsenenbildnern. Daß die Lösung der Professionalisierungsfrage an die Möglichkeit der (Re-)Konstruktion eines allgemeinen pädagogischen Handlungskerns gebunden ist, davon geht auch der Beitrag von Koring aus. Er greift dazu auf Oevermanns Konzept der stellvertretenden Deutung zurück und reformuliert es für die Erwachsenenbildung. Demgegenüber geht der Beitrag von Harney und Markowitz gar nicht erst von einem quasi normativen Anspruch aus, das Handeln der Erwachsenenbildner nun als primär pädagogisches Handeln zu rekonstruieren. Das von ihnen vorgeschlagene Konzept des geselligen Klientelismus soll den Aufbau von Teilnehmungsformen und Lernzusammenhängen gleichermaßen erklärbar machen.

Ein Beitrag von Tenorth schließt den Reader ab, indem er dessen Überlegungen auf die generelle Frage der Einheit des Erziehungssystems bezieht; ein Abschluß der zugleich noch einmal die Offenheit und den weiter bestehenden Klärungsbedarf in der Professionalisierungsdebatte formuliert: »Ich finde in diesem Band keine Lösungen, aber ich bin mir — durch die Beiträge dieses Bandes belehrt — jetzt sicher, daß wir bisher in der Analyse pädagogischer Arbeit zu wenig scharf gefragt und zu wenig intensiv geforscht haben. Deshalb waren wir verwirrt, und wir sind es immer noch, 'but on a higher level'.« (558)

Jochen Kade (München)

**Kade, Jochen: Erwachsenenbildung und Identität.** Eine empirische Studie zur Aneignung von Bildungsangeboten. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1989 (346 S., br., 62,- DM)

Der Titel suggeriert eine systematische Auseinandersetzung um das Verhältnis von Erwachsenenbildung und Identität. Dies leistet Kade nicht. Es ist auch nicht die Absicht seiner Studie. Vielmehr versucht Kade, den Identitätsbegriff aneignungstheoretisch zu reinterpreten, um dann das bislang ungeklärte Verhältnis von Teilnehmer und Erwachsenenbildung formulieren zu können. Die empirische Untersuchung wird in ihren methodologischen Positionen und in ihrem methodischen Vorgehen

erläutert und begründet. Den Hauptteil nehmen die Einzelfallinterpretationen von neun Kursteilnehmern/-innen einer Veranstaltung an einer großstädtischen Volkshochschule ein. Zentrum der interpretatorischen Anstrengung von Kade ist die Herausarbeitung der allgemeinen Formen individueller Aneignung von Erwachsenenbildung bei diesen interviewten Teilnehmer/-innen. Überzeugend belegt wird die Bedeutung, die Erwachsenenbildung für die Teilnehmer/-innen im Zusammenhang ihrer je besonderen Lebenslage hat. In bezug auf einen gesellschaftlichen Integrationszusammenhang wird dies als Aspekt der Individualisierung von Lebenslagen und Identität herausgearbeitet.

In einem kurzen, mehr programmatischen Abschnitt werden diese Ergebnisse der Untersuchung der Handlungsperspektive von Kursleitern entgegengestellt. Dabei konfrontiert Kade seine Befunde mit der zu problematisierenden und allseits unterstellten Formel, daß Erwachsenenbildung in ihrem Kern als Lehr-/Lerngeschehen zu begreifen ist. Diese Position, die ja letztlich primär die Relevanz und die Prominenz des Kursleiterhandelns suggeriert, erschüttert er durch seine Analyseergebnisse: Relativ unabhängig von dem durch das Kursleiterhandeln vermittelten Angebot, eignen sich die Teilnehmer die Veranstaltung weitgehend autonom und auf ihre je spezifische, lebenslagenbezogene Art und Weise an. Damit stellt sich die Frage nach Identität und Professionalität an die Kursleiter/-innen. Wenn die Leute in die Volkshochschule gehen, weil sie je unterschiedliche Problemlagen ihres Lebens durch das jeweilige Erwachsenenbildungsangebot zu balancieren glauben bzw. sich Unterstützung bei diesem Balanceakt versprechen, dann ist eine professionelle Stabilisierung jener, die die Veranstaltungen leiten, über ihre inhaltliche Kompetenz äußerst brüchig. Die Volkshochschule, so die (unzulässige) Verallgemeinerung der Untersuchungsergebnisse von Kade durch den Rezensenten, ist eine soziale Bewegung zur Bearbeitung individueller Problemlagen. Diesbezüglich besteht kein Zweifel, daß sie eine moderne Institution ist und daß sie um ihre Zukunft sich nicht zu sorgen braucht. Eher müssen sich jene um ihre Zukunft Sorgen machen, die meinen, die Welt bestünde aus einer immensen Ansammlung von Lehr-/Lernprozessen. Mit dem Programm des lebenslangen Lernens wird auch die Illusion propagiert, daß dies mit lebenslanger Wirksamkeit von *Lehr*prozessen verbunden sei. Diese Illusion hat Kade gründlich zerstört.

Karlheinz A. Geißler (München)

**Schwänke, Ulf: Der Beruf des Lehrers. Professionalisierung und Autonomie im historischen Prozeß.** Juventa Verlag, Weinheim, München 1988 (302 S., br., 38,- DM)

Lehrerarbeitslosigkeit und die kritische Haltung der Öffentlichkeit zur pädagogischen Arbeit stimmen heute ebenso nachdenklich wie die erziehungswissenschaftlichen Diskussionen um die Grenzen und Möglichkeiten pädagogischer Professionalität. Der Optimismus aus den Zeiten der Bildungsreform gibt für die Reputation der Pädagogen heute keine nennenswerte Stütze mehr ab.

In dieser nicht gerade verheißungsvollen Zeit fragt Schwänke nach dem Stand und den Perspektiven der Professionalisierung des Lehrerberufs. Das geht nicht ohne die Bestimmung dessen, was Professionalität in der Pädagogik allgemein und beim Lehrer im Besonderen bedeuten soll. Dieses Kernproblem wird aber von ihm nur marginal behandelt. Statt dessen operiert er mit konventionellen Kriterien für Professionalisierung (wissenschaftliche Grundlage, lange Spezialausbildung, klientenbezogene, altruistisch orientierte Ausübung, Selbstkontrolle von Ausbildung und Praxis, Autonomie und organisierte Verbände; vgl. 25f.). Diese Kriterien sind schon in der amerikanischen Tradition derart kontrovers diskutiert und angegriffen worden, daß sie

kaum Möglichkeiten für einen Neuansatz der Professionalisierungsdebatte bieten. Auch die Differenzierung von Professionsbezug versus Klientenbezug (20ff.) im Prozeß der Professionalisierung führt kaum weiter, weil der deskriptive Charakter der (zu einfachen) Dichotomie moralisch gedeutet wird. Wie könnte man sich gegen klientenbezogene Professionalisierung aussprechen?

Im zweiten Kapitel plädiert Schwänke für eine wissenschaftliche Basis der Tätigkeit, stellt aber zugleich fest, daß die Erziehungswissenschaft sicher nicht die Bezugswissenschaft der Lehrer sei, sondern erst noch »das für den Lehrer zutreffende Modell wissenschaftsorientierten Handelns zu entwickeln« habe (46). Von diesem »Konglomerat von Theorien« (216) — der Erziehungswissenschaft — dieses zu erwarten, erscheint zweifelhaft. Als weiteres, nicht erfülltes Professionskriterium nennt er das Fehlen einer codifizierten Ethik auf der Ebene der Berufsverbände. Diesen hält er zu Recht kritisch entgegen, daß ihr Hauptinteresse in einer professionsbezogenen Professionalisierungsstrategie liege und die Dignität der professionellen Tätigkeit sowie die Klientenproblematik sekundär sei. Die Frage der professionellen Autonomie behandelt er differenziert, indem er Institutionseinbindung, Verrechtlichung und Beamtenstatus nicht nur als restriktive, sondern auch als Handeln ermöglichende Komponenten diskutiert.

Im dritten Kapitel befaßt sich Schwänke mit den institutionellen und gesellschaftlichen Grenzen einer Professionalisierung des Lehrerberufs. Positiv ist die detaillierte, bürokratiethoretische Behandlung der Frage »Professionalisierung in der Bürokratie?« zu bewerten (151ff.). Neben alternativen, konkreten Bürokratiemodellen wird auch eine überzeugende Lesart der Verrechtlichungsfrage vorgestellt, bei der sich Verrechtlichung und Professionalität nicht ausschließen. Die Problematik einer angemessenen Struktur der Lehrerausbildung diskutiert der Autor zunächst an Hand von Luhmann/Schorrs Vorschlag für ein neues Curriculum der Lehrerausbildung, in dem technische Ebene, Lernebene und Reflexionsebene als Phasen der Entwicklung professioneller Kompetenz vorgestellt werden. Diesem Vorschlag wirft Schwänke zu Unrecht ein »rein technokratisches Unterrichtsverständnis« (192) vor, weil — wie Schwänke auch bemerkt — Luhmann/Schorr explizit ein Technologiedefizit konstatieren. Zu Recht aber weist er auf die verhaltenstheoretischen Schwächen des Modells der »competency-based teacher education« hin (192ff.).

Schwänkes Fazit kann man zwar nicht widersprechen, es führt aber auch nicht über den Stand des bisher schon Bekannten hinaus: »Je mehr es gelingt, wissenschaftliche Grundlagen und Praxisbezug der Ausbildung miteinander zu verbinden, das Berufsethos zu stärken, die Autonomie der Lehrer und die Selbständigkeit der Schulen zu vergrößern und ein angemessenes Bürokratiemodell für die Schule zu entwickeln, desto weiter wird sich die Professionalisierung vorantreiben lassen.« (224)

Bernhard Koring (Hamburg)

## Geschichte

**Küttler, Wolfgang (Hrsg.): Marxistische Typisierung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft.** Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin/DDR 1986 (317 S., br., 20,- DM)

**Kocka, Jürgen (Hrsg.): Max Weber, der Historiker.** Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1986 (286 S., br., 48,- DM)

**Mommsen, Wolfgang J., und Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Max Weber and his Contemporaries.** The German Historical Institute / Allen & Unwin, London, Boston, Sydney 1987 (XIV u. 591 S., Ln., 30,- £)

Max Weber (1864-1920) ist »in«. Der große bürgerliche Soziologe, dessen wissenschaftliches Werk derzeit in einer monumentalen historisch-kritischen Gesamtausgabe publiziert wird, ist in den letzten Jahren auch zum Gegenstand einer intensiven Auseinandersetzung zwischen Fachhistorikern gemacht worden. In dieser Debatte geht es im wesentlichen um die Frage, welche Bedeutung Weber, der ja kein Fachhistoriker im engeren Sinne war, für die Geschichtswissenschaft hat, d.h. inwieweit die Themen, Erkenntnisse, Einsichten und Anregungen seines Œuvres heute noch verbindlich sein könnten. Weber verbindet in sonst kaum bekannter Weise eine gewaltige empirische Fülle mit scharfsinniger Analyse und kritischer Reflexion; nicht zu Unrecht gilt er als »bürgerlicher Marx«: Weber nimmt in der Ahnengalerie der modernen Geschichtswissenschaft westlicher Prägung (die sich als »Historische Sozialwissenschaft« versteht) einen zentralen Platz ein; die Beschäftigung mit seinem Werk dient der wissenschaftstheoretischen Selbstvergewisserung.

Im Mai 1984 wurde in Berlin (DDR) ein internationales Kolloquium zum Thema *Probleme der Typisierung historischer Prozesse* veranstaltet, auf dem Webers methodischer Ansatz im Mittelpunkt stand (vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32/1984, 1102f.); vom Deutschen Historischen Institut in London wurde im September 1984 eine Tagung über *Max Weber and his Contemporaries* abgehalten (vgl. German Historical Institute London, Bulletin Nr. 18/1985, 11-20); und schließlich gab es auf dem letzten Internationalen Historikertag (Stuttgart 8/1985) eine eigene Sektion über *Max Weber et la méthodologie de l'histoire*. Die überarbeiteten Referate liegen, zum Teil, vermehrt durch ausformulierte Diskussionsbeiträge, inzwischen in drei Sammelbänden publiziert vor. Die von Küttler und Kocka edierten Bände präsentieren die Beiträge durchgängig in deutscher Sprache, unabhängig davon, in welcher Sprache die Referate ursprünglich gehalten worden sind, der von Mommsen und Osterhammel besorgte Band bietet englischsprachige Fassungen der Londoner Vorträge (eine deutschsprachige Fassung ist inzwischen bei Vandenhoeck & Ruprecht erschienen). In den drei Bänden finden sich insgesamt 82 Beiträge von gut 70 Autoren, wobei es nur teilweise zu thematischen Überschneidungen gekommen ist. Auf der Tagung in OstBerlin dominierten Forscher aus der DDR und den staatssozialistischen Ländern (es waren aber auch führende bundesdeutsche Historiker beteiligt: W.J. Mommsen, J. Kocka, J. Rüsen); die Londoner Konferenz wurde durch Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und aus Großbritannien maßgeblich bestimmt (die übrigen Teilnehmer kamen aus dem westlichen Ausland), während die Stuttgarter Weber-Sektion wahrhaft international besetzt war, unter anderem auch zahlreiche Forscher aus Asien einschloß.

Der Küttler-Band enthält 23 Aufsätze, die ihrerseits auf 16 vorbereitete und 35 ad-hoc-Referate zurückgehen. Der Band ist recht heterogen: Es finden sich Beiträge zur allgemeinen Wissenschaftstheorie sowie zu Grundproblemen der Geschichtstheorie, ferner wissenschaftshistorische Beiträge und solche zur fachwissenschaftlichen

Praxis; die Fragen historischer Typenbegriffe und typisierender Methoden des Historikers finden große Aufmerksamkeit; sie werden von unterschiedlichen Seiten aus angegangen. Der Vergleich zwischen einer marxistischen Geschichtswissenschaft und einer solchen, die sich Weber stark verpflichtet fühlt, zieht sich als roter Faden durch den gesamten Band. Dabei bleibt festzuhalten, daß Weber von den maßgebenden marxistischen Geschichtstheoretikern (Küttler, G. Lozek, H. Schleier, J. Kudrna, J. Topolski) nicht länger als Exponent einer dekadent-irrationalistischen spätbürgerlichen Ideologie interpretiert und kategorisch verworfen wird, sondern daß nun endlich eine ernstgemeinte Auseinandersetzung mit seinem Œuvre begonnen hat (auch wenn einige orthodoxe Vertreter des Marxismus-Leninismus unbeirrt an überkommenen Positionen festhalten).

Mit Recht stand die Diskussion des Typusbegriffes, insbesondere des Weberschen »Idealtypus«, im Mittelpunkt der Tagung. Denn die Arbeit mit Typen gehört zum Alltagsgeschäft eines jeden Historikers: Er benutzt — freilich oft genug, ohne sich dessen bewußt zu sein — Typen, etwa um den Stoff zu systematisieren oder um gegenstandsspezifische Begriffe zu bilden. Letztlich haben Typologien mit der Theoriefähigkeit von Geschichte und der Spezifik von Theorien in der Geschichtswissenschaft zu tun. (Siehe hierzu prägnant Rüsens Essay *Zur Funktionsdifferenzierung historischer Theorien.*) Weber zufolge wird der »Idealtypus« durch die »einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandener Einzelercheinungen ... zu einem in sich einheitlichen Gedankengebilde« gewonnen: Er beruht also auf Konstruktion und Abstraktion, er bildet die begriffliche Vorarbeit historischer Erkenntnis. Der logische Status des Weberschen Idealtypus — ob nominalistisch oder realistisch — ist umstritten (dieser Streit beherrschte auch die Berliner und Stuttgarter Tagungen).

Küttler hat in seinem programmatischen Aufsatz über die *Grundlagen geschichtswissenschaftlicher Typisierung* erstmals von der Position des Marxismus-Leninismus aus eine Theorie des Typus zu entwickeln versucht. Dabei hat er sich auch mit Webers Konzeption des Idealtypus auseinandergesetzt: Er hat den Idealtypus als eine spezifische Form theoretisch reflektierten Zugangs zur Geschichte zwar durchaus positiv gewürdigt, gleichwohl grundsätzliche Vorbehalte angemeldet. Der Dollpunkt ist dabei unzweifelhaft die Webersche Interpretation der Vergangenheit als einer chaotisch erscheinenden Vielfalt unterschiedlicher Phänomene (Küttler hielt demgegenüber an der These eines gesetzmäßigen Verlaufs der Weltgeschichte fest): Webers Methodologie — so sein Fazit — sei widersprüchlich, und seine Typen hätten auch nur eine sehr lose Entsprechung in der objektiven gesellschaftlichen Realität. Küttler bezog sich damit vor allem auf Webers theoretische Schriften; dessen empirische bzw. die empirisch gesättigten soziologischen Arbeiten blieben indes weitgehend unberücksichtigt. — Die Gegenposition haben Kocka und Mommsen bezogen. Sie haben betont, daß das Verhältnis von Idealtypen und zu erforschender historisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit sich keineswegs so vollkommen dezisionistisch gestaltet habe, wie man nach Webers programmatischen Aussagen glauben könnte; sie haben gerade die Offenheit der idealtypischen Begriffsbildung hervorgehoben.

In der Weber-Sektion des Stuttgarter Historikertages, die einigen Teilnehmern als eine mehr politische denn wissenschaftlich ertragreiche interkulturelle Show erschienen ist, wurden in drei halbtägigen Sitzungen insgesamt neun Referate gehalten und zum Teil kontrovers diskutiert. Die offiziellen Kongreßbände enthalten sowohl die Kurzfassungen der Vorträge (Comité International des Sciences Historiques:

XVI<sup>e</sup> Congres International des Sciences Historiques, Bd. 1, Stuttgart 1985, 240-81) als auch denjenigen Teil der Diskussionsbeiträge, der von den Betreffenden im Nachhinein ausformuliert worden ist (Bd. 3, Stuttgart 1986, 87-121); Kockas Sammelband vereinigt nun die Langfassungen der neun Referate, ausgesuchte Diskussionsbemerkungen, darüber hinaus weitere Statements sowie einen Essay von D.J.K. Peukert über die Weber-Rezeption in der bundesdeutschen Fachhistorie. Die einzelnen Beiträge beschäftigen sich zum einen mit der Weberschen Methodologie, zum anderen mit seinem Geschichtsbild; schließlich geht es auch um Webers historische Verortung. Alle drei Fragestellungen sind vielfältig miteinander verknüpft. Kocka hat in seinem Einleitungsaufsatz *Max Webers Bedeutung für die Geschichtswissenschaft* ausgelotet, wie wichtig Weber für die aktuelle Theoriediskussion ist; und er interpretiert dessen Werk, sowohl was das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als auch von sozialwissenschaftlicher Erkenntnis (bzw. Theoriebildung) und empirischer Realität betrifft, als eines »zwischen Dogmatismus und Dezisionismus«. P. Rossi hat in seinem grundlegenden Beitrag *Max Weber und die Methodologie der Geschichts- und Sozialwissenschaften* unter anderem das Objektivitäts-Problem, das Verhältnis von Verstehen und Erklären sowie den Weberschen Idealtypus systematisierend behandelt. Die meisten Beiträge verzichten allerdings auf einen streng systematischen Zugriff und diskutieren statt dessen Grundsatzprobleme an ausgewählten Fallbeispielen. Hier ist vor allem K. Schreiners tiefeschürfende Untersuchung hervorzuheben, inwieweit Webers Typologie der Stadt für die moderne Mediävistik fruchtbar gemacht werden könnte. Diese Abhandlung läuft auf ein begeistertes Plädoyer für den methodischen Ansatz Webers hinaus, während dagegen S. Munshi in seinem Aufsatz *Max Weber über Indien* gerade die Befangenheit Webers im Eurozentrismus aufzeigt. Solch unterschiedliche Einschätzungen, die in diesem Falle allerdings unterschiedliche logische Ebenen betreffen (einerseits die Frage der Brauchbarkeit der Methodologie bzw. andererseits die Richtigkeit der von Weber vorgelegten Ergebnisse), ziehen sich durch den ganzen Band; bewußt werden die kontroversen Positionen scharf und entschieden gegenübergestellt. Besonders deutlich wird dies in den beiden Aufsätzen, die Küttler und Lozek bzw. H.-U. Wehler zum selben Thema, nämlich zur Frage des Klassen-Begriffes bei Weber, verfaßt haben, und die die Überlegenheit des Marxschen Klassen-Begriffes behaupten bzw. entgegengesetzt gerade die systematischen und pragmatisch-historischen Vorzüge der Weberschen Konzeption plausibel machen.

Der von Mommsen und Osterhammel herausgegebene Sammelband schließlich druckt 35 der 40 seinerzeit in London gehaltenen Referate ab; dazu kommen eine ausführliche Einleitung Mommsens und ein Beitrag von D. Henrich über *Karl Jaspers: Thinking with Max Weber in Mind*. Der Band deckt die gesamte Spannweite des wissenschaftlichen und politischen Œuvres ab: Er beschreibt Webers intellektuelle Position innerhalb der Sozialwissenschaften, der Geschichte, der Theologie, der Philosophie und in der zeitgenössischen politischen Kultur. Es ist damit eine gute, wenn auch nicht absolut vollständige Rekonstruktion des zeitgenössischen Diskussionszusammenhanges gelungen, wie sie bisher in der Weber-Forschung noch nicht geleistet war. Gut die Hälfte der Beiträge sind für das Thema »Max Weber und die Geschichtswissenschaft« unmittelbar relevant. In diesem Zusammenhang sind die Beiträge, die das Verhältnis von Weber zu Nietzsche, zur südwestdeutschen philosophischen Schule (Windelband, Laske, Rickert) und zu Croce analysieren, ebenso zu nennen wie die kurze Studie von S. Whimster über Webers Position im Lamprecht-Streit und die vergleichenden Betrachtungen R. Chickering über das so unterschiedlich motivierte nationalpatriotische Engagement Dietrich Schäfers und

Webers im Alldeutschen Verband. Der instruktive Vergleich Kockas über die »Bürokratie« (als Typus und als Forschungsproblem) bei Otto Hintze und bei Weber greift das Thema seines bekannten Aufsatzes (Historische Zeitschrift 133/1981, 65-105) auf und faßt dessen Thesen zusammen. F.W. Graf untersucht die für beide Beteiligten so außerordentlich fruchtbare *Friendship between Experts: Notes on Weber and Troeltsch*. Der aber wohl innovativste Beitrag stammt von F.H. Tenbruck: *Max Weber and Eduard Meyer*, der wieder einmal eingefahrene Thesen der Historiographiegeschichte zurechtrückt.

Webers Werk sei zutiefst historisch, und dieser sei in seiner intellektuellen Entwicklung entscheidend durch die Fachhistorie geprägt worden, wobei eine wichtige Rolle dem Althistoriker Ed. Meyer zukomme: Weber sei erst durch Meyers Kritik an K. Büchers deterministischem Stufenschema der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung angeregt worden, sich mit theoretischen und methodologischen Fragen zu beschäftigen und dergestalt eine eigene Wissenschaftslehre fragmentarisch zu entwickeln. Seine kritische Auseinandersetzung mit Meyers Historik sei bei aller Detailkritik doch von Hochachtung diesem gegenüber geprägt und richte sich nicht so sehr gegen die gängige Wissenschaftspraxis als vielmehr gegen das wissenschaftstheoretische Selbstverständnis der Disziplin. (Denn Meyer habe, wie die Mehrzahl seiner Fachkollegen, eine ganz unzureichende Vorstellung von der Wichtigkeit gehabt, die theoretischen Konstrukten — in Webers Terminologie: den Idealtypen — im Forschungsprozeß zukomme.) Die theoretische Einleitung, die Meyer unter dem Titel *Elemente der Anthropologie seiner Geschichte des Altertums* vorweggeschickt habe, habe für Webers posthum erschienenen Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* ebenso Vorbildfunktion gehabt, wie Weber etwa seine berühmte soziologisch-universalhistorische Kategorie der »charismatischen Herrschaft« in Kenntnis von und in Auseinandersetzung mit Thesen Meyers entwickelt habe, unter anderem mit Ausführungen in dessen *Mormonen*-Buch. — Mit diesem wichtigen Beitrag zur Weber-Forschung gelangte Tenbruck zu einer Neueinschätzung der deutschen Historie im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert: Diese sei keineswegs so theoriefeindlich und abweisend gegenüber systematisierenden Zugriffen gewesen, wie gemeinhin unterstellt werde.

Alle drei Bände haben ein nützliches Autorenverzeichnis, die Bände II und III auch ein Personenregister, der Kocka-Band darüber hinaus sogar ein detailliertes Sachregister. Das Bemühen, aus einer Fülle von einmal gehaltenen Vorträgen (bei deren Planung und Einwerbung ja nicht immer klar gewesen sein dürfte, ob die Referenten die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen würden) einen konzeptionell befriedigenden Sammelband zu schaffen, der auch für Nichtbeteiligte hinreichend interessant ist, ist insbesondere dem II. und III. Band deutlich anzumerken. Der letztgenannte Band verzichtet auf fünf Referate und bringt die einzelnen Beiträge auch in eine bessere Reihenfolge. Kocka ist mit seinem Band sogar noch einen Schritt weitergegangen. Was die Dokumentation der Diskussionen betrifft, so ist von den drei Bänden seiner unzweifelhaft der spannendste. Die beiden Bände über die Londoner und die Ostberliner Tagung versuchen die Diskussion nicht bzw. nur sporadisch einzufangen, was sehr schade ist; dieser Gesichtspunkt nimmt aber bei Kocka eine wichtige Rolle ein. Dabei ist Kocka, wie der Vergleich mit dem offiziellen Kongreßband zeigt, sehr selektiv vorgegangen, und dies mit Recht. (Ich wüßte von den 21 der bei ihm nicht abgedruckten Diskussionsbemerkungen jedenfalls keine zu nennen, die unbedingt in seinen Band hineingehört hätte.) Kocka hat auch die Reihenfolge der einzelnen Beiträge umgestellt sowie weitere Beiträge eingeworben; eine ergänzende Diskussionsbemerkung von Lozek zu seinem Gemeinschaftsvortrag mit Küttler ist nun in die schriftliche Fassung des Referates eingeflossen.



Die Aufsätze und Kommentare, die in den drei Bänden versammelt sind, decken ein breites Themenspektrum ab; sie fassen den Forschungsstand zusammen und führen ihn zum Teil auch erheblich weiter. Sie betreffen zunächst die Weber-Forschung, dann die Wissenschaftsgeschichte und nicht zuletzt die aktuelle geschichtswissenschaftliche Theoriediskussion. Dabei sind viele Fragen kontrovers beantwortet worden, was allerdings nicht verwunderlich ist, weil Weber — auch dies macht seine Bedeutung aus — nach wie vor ein Politikum darstellt. Dies zeigt sich namentlich in der Gegenüberstellung mit Marx, wobei dieses Verhältnis sehr unterschiedlich bewertet wird. Freilich findet sich hier noch viel Polemik. Tendenziell aber geht es, wie auch Lozek festgestellt hat, »um einen konstruktiven Vergleich, nicht um eine kontradiktorische Entgegensetzung«; in der Tat — so hat E.J. Hobsbawm zurecht betont — ergänzten sich Marx und Weber eher, als daß sie einander ausschlossen: Sie gäben verschiedene Antworten auf ähnliche, zentrale Fragen; Marxisten und Weberianer könnten nur voneinander lernen.

Diese Kontroverse zwischen Marxisten und Weberianern hat sicherlich den Blick auf viele Gemeinsamkeiten verstellt: Die entschiedene Abgrenzung von einer ganz traditionalistisch verfahrenen (»historistischen«) Historie z.B. hat die moderne, theoriebewußte Geschichtswissenschaft westlicher Prägung jedenfalls näher an marxistische Konzeptionen herangeführt, als deren Vertreter noch derzeit lieb zu sein scheint. Wie auch immer, die Nützlichkeit, ja die Notwendigkeit des offenen Dialogs auch zwischen Historikern unterschiedlicher Weltanschauungen bildet freilich die Grundannahme und Voraussetzung dieser neu in Gang gekommenen internationalen Theoriedebatte. Man darf gespannt sein, wohin sie führen wird, wenn von marxistischer Seite aus demnächst auch die empirischen Arbeiten Webers systematisch aufgearbeitet werden. Dabei kann es natürlich nicht um eine Weber-Hagiographie gehen — den »ganzen Weber« sollte man ohnehin den Spezialisten überlassen —, sondern vor allem um die beiden Fragen, inwieweit Webers methodisches Vorgehen für die moderne Geschichtswissenschaft eine Vorbildfunktion beanspruchen kann, und inwieweit seine Kategoriensysteme und Interpretationsmodelle Lösungsstrategien für aktuelle Forschungsprobleme bereitstellen. Auch wenn sich weiterhin einzelne Aussagen Webers als zeitbedingt und bedenklich erweisen sollten, so bleibt doch noch genauer zu untersuchen, inwieweit seine Methodologie davon unmittelbar und mittelbar betroffen ist. Hier kann und wird eine intensive Einzelforschung ansetzen. Mit Blick auf die Frage, inwieweit Webers Werk eurozentrisch eingefärbt und deshalb in seiner analytischen Kraft bei der Erfassung außereuropäischer Kulturen entscheidend gehemmt sei, bemerkte Kocka überaus treffend im Schlußwort zur Stuttgarter Weber-Sektion: »Es könnte sein, daß diese Kontroverse an Bedeutung gewinnt, und es ist wahrscheinlich, daß Marxisten und Weberianer sich in dieser Debatte in ein und demselben Boot wiederfinden.«

Horst Walter Blanke (Bielefeld)

**Vovelle, Michel: Die Französische Revolution — Soziale Bewegungen und Umbau der Mentalitäten.** Mit einem Nachwort des Autors zur deutschen Ausgabe und einer Einführung von Rolf Reichardt. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 1987 (170 S., br., 10,80 DM)

Nicht nur das Thema Französische Revolution hat derzeit Konjunktur, sondern auch der Begriff oder das Programm der Mentalitätsforschung. Beides in Titel und Untertitel zu vereinen, verspricht hohe Auflagen. Also ging der Fischer-Verlag keinerlei Risiko ein, als er nach 1985 erneut den bereits in unveränderter Fassung 1982 bei Oldenbourg in München aufgelegten Band von Vovelle in zweiter bzw. dritter Auflage auf den Markt brachte. Michel Vovelle, Jahrgang 1933, der Albert Soboul

auf den Sorbonner Lehrstuhl für Geschichte der Französischen Revolution nachgefolgt ist, war lange Jahre Ordinarius in Aix-en-Provence, wo er sich unter anderem mit Forschungen über das Ancien Régime sowie mit der Sozialgeschichte der Mentalitäten und Kulturen beschäftigte. Nicht nur im universitären Feld Frankreichs liegt Aix am äußersten Rand. Und wird berücksichtigt, daß in Sachen Französische Revolution für gewöhnlich das Zentrum Paris den Ton angibt, erscheint es nur allzu plausibel, daß die ursprüngliche Fassung des vorliegenden Textes zuerst 1979 in Italien herauskam. Das mag auch damit zu tun gehabt haben, daß aus Paris über lange Jahre nur Dissonanzen zu hören waren, die dem oft lauten Streit zwischen der marxistischen Revolutionshistoriographie Albert Sobouls und den der »Annales«-Schule zuzurechnenden François Furet und Denis Richet entstammten, so daß sich ein Außen-seiter wie Vovelle kaum Gehör verschaffen konnte.

Indem Vovelle, wie es in der Vorbemerkung heißt, »an Hand der Mentalitätsgeschichte eines der wichtigsten Arbeitsfelder der neueren Revolutionsforschung« (9) vorstellt, bezieht er sich sowohl auf Thesen kritisch-marxistischer Revolutionstheorie als auch auf die Arbeiten der »Annales«-Schule. Zunächst werden die Ereignisse zwischen 1789 und 1799 skizziert. Vovelle interpretiert diese Jahre »als eine mit Unterstützung der Volksmassen vollzogene bürgerliche Revolution« (51) mit Merkmalen der »Regression zu elementarsten Formen der Volksrebellion« (49). Sodann folgt eine knappe Zusammenfassung der bereits mit Edmund Burke 1790 einsetzenden und bis heute anhaltenden politisch motivierten Analysen und Interpretationen. Ob es sich bei den Ereignissen um einen Klassenkampf zwischen Adel und Bürgertum, das auf die Unterstützung des Volkes und der Bauernschaft zurückgriff, um diese dann später wieder unter die Knute zu nehmen, handelte — so die vereinfachte Diktion des orthodox-marxistischen Revolutionsverständnisses —, oder ob in eingeschränkter Form nur von einer parlamentarisch-institutionellen Revolution gesprochen werden kann, da die städtischen und ländlichen Volksmassen sich auf revoltierende Aktionsmuster nach dem Vorbild der Rebellion des Ancien Régime beschränkten — so die Sichtweise von Furet und Richet —, Vovelle entzieht sich diesen politischen Frontlinien und argumentiert parteiübergreifend: »Zwar handelt es sich um eine bürgerliche Revolution in bezug auf Ziele, Maßnahmen und Ablauf, aber diese bürgerliche Revolution hat auf Grund der sozialen Bedingungen Frankreichs am Ende des 18. Jahrhunderts und der Heftigkeit der gegen das Ancien Régime geführten Kämpfe nur dadurch siegen können, daß sie von städtischen und ländlichen Volksmassen unterstützt wurde. (...) Gegenüber der Vergangenheit unterscheidet sich diese Erfahrung von den 'Rasereien' ... der Bauernrevolten der frühen Neuzeit«, weil sie »Formen revolutionärer Praxis ausprobiert und im Kampf ständig dazugelernt« hat (72f.).

Gegenüber Fernand Braudel und dessen These von den kollektiven Mentalitäten als den »Gefängnissen der langen Dauer« heißt es bei Vovelle: »Damit würde nämlich die schöpferische Macht des Augenblicks negiert, der plötzliche Umbruch, in dem sich die Vergangenheit, manchmal auch die Zukunft, gewiß aber eine intensiv erlebte Gegenwart miteinander verbinden.« (84) Zu den sehr unterschiedlichen Aspekten der Mentalitäten während der Revolution werden Erfahrungen der Angst, der Masse, der Gewalt und des Autodafés geschildert, die als Ausdrucksformen der verdrängten Volkskultur während der revolutionären Öffnung des sozialen Raumes auftauchten und selbst in ihren zerstörerischen Aspekten auf die konkrete Utopie der Revolution verwiesen. Neue Werte wie der positiv gewendete Begriff des Volkes, die Gleichheit und das Glück sowie der »Militantismus des Kramladens und der kleinen Werkstatt« (117) werden von Vovelle in ihren Ausdrucksformen des revolutionären Festes und

einer »neuen« Religion nicht als kurzfristige irrational-messianische Welle skizziert, sondern als auf Traditionen basierende kollektive Gefühle, die »im Laufe der Kämpfe gereift und dann auch zerbrochen« (109) sind. Neue Wahrnehmungsweisen des Raumes und der Zeit durch die Einführung des Dezimalsystems und die Verschiebung der sozialen und politischen Horizonte beeinflussen den Alltag in Familie, Liebe und Tod. »Die Revolution wird nicht nur gemacht, sondern auch 'durchgemacht'.« (133)

In seinem Nachwort geht Vovelle auf die in jüngster Zeit gestellte Frage ein, ob kollektive Mentalitäten eher für Widerstände in der Geschichte stehen oder für Anomien im Sinne von »Gefängnissen der langen Dauer«: »Man muß diese Schemata durchbrechen und nach einem mentalitätshistorischen Ansatz suchen, der sowohl die Kontinuitäten, die Erbschaften und die Widerstände, aber auch die Veränderungen begrifflich macht, indem er die Mentalitäten in das gesamte Netzwerk einordnet, das sie erklärt, prägt und umgekehrt — im dialektischen Austausch — auch durch sie geformt wird. Denn mit Mentalitäten ist nicht zwangsläufig Unbeweglichkeit gemeint.« (151) Eine Bibliographie sowie eine Zeittafel (1787-1799) schließen den Band ab. Abgesehen von den durchaus neuen Aspekten der Geschichte der Französischen Revolution, wie sie insbesondere in Teil 3 dargelegt werden, drängt sich als Fazit die Frage auf, was denn nun eigentlich mit kollektiven Mentalitäten genau gemeint ist. Eine befriedigende Antwort kann auch Vovelle nicht geben. Dies mag mit der anhaltenden Tendenz zusammenhängen, wissenschaftliche Begriffe und Programme entgegen jeder Erfahrung fachspezifisch besetzt und abgeschottet zu halten. Demgegenüber impliziert nun gerade der Paradigmenwechsel zur Mentalitätsforschung eine Fülle von methodologischen Problemen, deren langfristige Lösung nur interdisziplinär vorstellbar ist. Einzubeziehen wären unter anderem Ansätze wie die nicht nur aus historiographischer Sicht grundlegenden Arbeiten von E.P. Thompson, die mit dem Begriff des Habitus operierenden kulturosoziologischen Studien Pierre Bourdieus sowie die Forschungen des Birminghamer CCCS über kulturelle Produktion. Und nicht zuletzt wäre erneut nach den für die Mentalitätsforschung produktiven Anteilen der in deutscher und angelsächsischer Tradition stehenden Psychoanalyse und Soziologie (Fromm, Erikson, Geiger, Elias u.a.) zu fragen.

Heiko Geiling (Hannover)

**Babeuf, François Noël: Die Verschwörung für die Gleichheit.** Rede über die Legitimität des Widerstands. Mit Essays von Herbert Marcuse und Albert Soboul. Junius Verlag, Hamburg 1988 (180 S., Ln., 16,80 DM)

Vor nicht allzu langer Zeit hat das Urteil aus den Reihen der KPI, die Oktoberrevolution habe — sieben Jahrzehnte danach — ihre Kraft eingebüßt, zu einer kontroversen Diskussion in der europäischen Linken geführt. Die jüngeren Ereignisse in der Sowjetunion selbst, Gorbatschows Verständnis der Perestrojka als »zweite russische Revolution« haben dieser Diskussion — für viele von unerwarteter Seite — neue Nahrung gegeben. Dagegen scheint in der öffentlichen Debatte die ungebrochene Ausstrahlung jener anderen großen Umwälzung unbestritten zu sein. Jedenfalls deutet darauf der Aufwand hin, mit dem das 200jährige Jubiläum der Französischen Revolution begangen wird.

Der Hauptteil des vorliegenden Bandes besteht aus der — erstmals in Deutsch veröffentlichten! — Verteidigungsrede Babeufs vor dem Sondergericht in Vendôme 1797, dem von Sylvain Maréchal 1796 verfaßten »Manifest der Gleichen«, einem Brief Babeufs an den Sekretär der Akademie von Arras, Dubois de Fosseux, aus dem Jahre 1787 sowie Aufsätzen von Albert Soboul (»Babeuf: erlebte Erfahrung und Forderung nach sozialer Gleichheit«) und Herbert Marcuse (»Nachdenken über die

Verteidigung Gracchus Babeufs«). Dazu kommt eine Einleitung von John Anthony Scott (»François-Noël Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit«), die auf die wichtigsten zeitgeschichtlichen Zusammenhänge hinweist. Was diesen schmalen Band gerade jetzt politisch so bedeutsam werden läßt, ist, daß er jenen Aspekt klar herausarbeitet, den die offiziellen Gedenkfeierlichkeiten mit Bedacht außen vor lassen: nämlich die Tatsache, »daß die französische Revolution von 1789 mehr als eine nur bürgerliche Revolution war« (Jean-Marie Vincent). Wie bei keiner der so zahlreichen bedeutenden Persönlichkeiten der Französischen Revolution kommt dieser (auch) plebejisch-proletarische Charakter der Revolution von 1789 in der Person, der politischen Tätigkeit und den theoretischen Äußerungen Babeufs exemplarisch zum Ausdruck.

1760 in St. Quentin geboren, arbeitete Babeuf zunächst als Verwalter herrschaftlicher Urkunden und Grundbücher und wurde so mit den Bedingungen der Ausbeutung der Bauern in der Picardie vertraut, die durch die feudale Konzentration und die Entwicklung des Manufakturwesens schärfer wurde. Schon damals trat er für »wirkliche Gleichheit« ein. Nach dem Sturm auf die Bastille kurzzeitig und dann ab 1793 ständig in Paris, spielte er eine bedeutende Rolle auf dem radikalen Flügel der Revolution. Bereits vor dem Thermidor (dem Sturz Robespierres im Juli 1794) dreimal im Gefängnis, Gegner der Diktatur Robespierres, wurde er schnell zu einem noch entschiedeneren Gegner der Thermidorianer, unter deren Herrschaft sich die soziale Lage der Massen immer mehr verschlechterte. Babeuf engagierte sich gegen die private Bereicherung und für eine Kontrolle der Preissteigerungen. Wie kaum ein anderer sah er, daß der revolutionäre Elan der Massen durch die sich verschlechternden Lebensbedingungen nachließ und diese von den — scheinbar republikanisch-revolutionären — Autoritäten verantwortete Entwicklung monarchistischen Tendenzen Auftrieb gab. Neben einer unermüdlichen Propaganda- und Poesietätigkeit legte Babeuf das ganze Gewicht seiner Arbeit ab 1795 auf die Organisierung der entschlossensten Revolutionäre und die »Verschwörung für die Gleichheit«, d. h. die Vorbereitung eines bewaffneten Umsturzes. Im Mai 1796, kurz nach Veröffentlichung des »Manifestes der Gleichen«, wurden Babeuf und die anderen Führer der Verschwörung verhaftet, zum Tode verurteilt und im Mai 1797 hingerichtet.

Im Kampf gegen das Privateigentum liegt der Kern von Babeufs politisch-theoretischer Konzeption und Tätigkeit. Die Herrschaft des Privateigentums hat für ihn vor allem die »drei Wurzeln der öffentlichen Mißstände« (63) hervorgebracht: »die Erbllichkeit, die Veräußerlichkeit und die unterschiedliche Bewertung, die die Willkür allein den verschiedenen Produktionsarten zugesteht« (64). Das Privateigentum ist ihm folgerichtig Diebstahl am Gemeinwesen. Dagegen entwickelt er sein Projekt einer Gesellschaft der radikalen Gleichheit, deren Zweck das Gemeinwohl ist, die also allen Gesellschaftsmitgliedern ein Auskommen unabhängig von glücklichen und unglücklichen Umständen garantiert. Diese Vorstellung wird im »Manifest der Gleichen« in der Forderung nach einer Republik der Gleichen, die auf Gemeingut bzw. Gütergemeinschaft basiert, zusammengefaßt. Voraussetzung zur Erreichung dieser Republik ist zum einen eine umfassende politische Freiheit — Babeuf engagiert sich sein ganzes Leben lang für die Meinungs-, Presse- und Diskussionsfreiheit. Zum anderen setzt sie die gleiche Bildung aller Gesellschaftsmitglieder voraus, um zu verhindern, daß sie für einen Teil der Gesellschaft zu einem »Arsenal von Waffen« wird, »mit denen dieser eine Teil den anderen bekämpft, der unbewaffnet ist und daher leicht unterworfen ... werden kann« (67f.). Dem entspricht seine Forderung nach gleicher Bewertung von Hand- und Kopfarbeit: »Es ist unsinnig und ungerecht, eine größere Entlohnung für denjenigen zu beanspruchen, dessen Arbeit mehr Intelligenz,

Genauigkeit und Konzentration erfordert — dies vergrößert die Aufnahmefähigkeit des Magens keineswegs. (...) Die Intelligenten waren es, die die Produkte ihrer Gehirne so hoch veranschlagten; hätten die Starken es ihnen gleich getan, hätte sich zweifellos herausgestellt, daß die Leistung der Arme der des Kopfes ebenbürtig ist, daß die Ermüdung des ganzen Körpers die seines nur grübelnden Teils aufwiegt.« (65) Gegen die neue herrschende Klasse der Privatbesitzer, die ihre Herrschaft durch eine vom Volk frei angenommene Verfassung legitimiert sah, insistierte Babeuf auf den sozialen Inhalten als dem eigentlichen Zweck der Revolution: »Ziel der Revolution ist es, die Ungleichheit zu beseitigen und das Wohl aller wiederherzustellen. Die Revolution ist nicht zu Ende, weil die Reichen alle Güter an sich reißen und allein herrschen, während die Armen als wahre Sklaven arbeiten, im Elend dahinsiechen und im Staate nichts sind.« (58)

Im zweiten Teil seiner Verteidigungsrede zitiert Babeuf ausführlich die wichtigsten vorrevolutionären Denker und Utopisten Frankreichs: vor allem Rousseau, aber auch Morelly, Mably, Collignon, Diderot, Helvétius — nicht nur aus taktischen Gründen, um durch Berufung auf die auch im nachrevolutionären Frankreich hochgeschätzten philosophischen Autoritäten einem strengen Urteil zu entgehen. Babeuf hat diese Denker studiert und steht ganz bewußt in ihrer Tradition. (Darauf weist besonders Soboul in seinem Aufsatz hin; hilfreich sind hier auch die vom Verlag verfaßten »Biographischen Anmerkungen«.) Doch gleichzeitig geht er weit über sie hinaus. So kritisiert er den von ihm geschätzten Rousseau als »Träumer«, dessen Ziel es sei, »uns ... in die Wälder zurückzuschicken, um uns unter einer Eiche zu sättigen, am erstbesten Bach unseren Durst zu stillen und unter derselben Eiche zu ruhen, unter der wir unsere Nahrung gefunden hatten« (113f.). Dies entspreche nicht den Anforderungen des modernen Gesellschaftslebens. An Collignon, Verfasser einer 1786 erschienenen Gesellschaftsutopie, übt er Kritik, weil dieser nichts über die Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung sage. »Nicht mehr in den *Gesinnungen* muß die Revolution gemacht werden, nicht mehr hier ist ihr Gelingen zu betreiben, sondern in den *Dingen* muß endlich ganz und gar diese Revolution erfolgen, von der das Wohl des Menschengeschlechts abhängt.« (97)

Soboul und Marcuse bleiben in ihren Beiträgen nicht bei einer historischen Rekonstruktion stehen, was schon für sich von Bedeutung ist angesichts der Tatsache, daß *diese* Seite bei den offiziellen Feiern weitgehend fehlt. Kritik formulieren sie an Babeufs Vorstellungen von der Organisation der Arbeit, an seinem Kommunismus als einer »primitiven, sogar repressiven Form des Egalitarismus« (Marcuse, 160), schließlich an seiner Gleichsetzung des Volkes mit dem armen Volk.

Ist die Kraft der Französischen Revolution also auch nach zwei Jahrhunderten nicht aufgezehrt? Zumindest nicht in bezug auf die uneingelösten Inhalte, die Babeuf so unmißverständlich formulierte, sein Verständnis von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ...

Werner Mackenbach (Frankfurt/M.)

**Boehncke, Heiner, und Harro Zimmermann (Hrsg.): Reiseziel Revolution. Berichte deutscher Reisender aus Paris 1789-1805. Rowohlt Verlag. Reinbek 1988 (314 S., br., 16,80 DM)**

»Die Französische Revolution«, versichert einer ihrer Zeitgenossen, der Historiker und Publizist Archenholtz, »verdrängt durch ihr gewaltiges Interesse alles, die besten Gedichte bleiben ungelesen, man greift nur noch nach Zeitungen und solchen Schriften, die den politischen Heißhunger stillen« (13). Kein anderes Genre hat das Bedürfnis nach Informationen aus dem revolutionären Frankreich besser befriedigt als die Reiseliteratur. »Wer wissen möchte, wie die Deutschen am säkularen Um-

bruch in Frankreich teilgenommen haben, mit welchen Erwartungen, Hoffnungen, Sehnsüchten, aber auch Irritationen, Ängsten, Abwehrhaltungen usw. sie auf die mächtigste politische Eruption der Zeit reagierten, kommt nicht umhin, sich mit der Reiseliteratur dieser Zeit vertraut zu machen.« (15)

Der vorliegende Band dokumentiert und erläutert publizistisch-literarische Texte deutscher Parisbesucher aus der Zeit von 1789 bis 1805, der Phase einer »aufklärerischen« Revolutionsrezeption. Schriften von Campe, Oelsner, Forster, Reichardt, Kerner, Arndt, Kleist, Seume und anderen liefern das Quellenmaterial, aus dem die Herausgeber Auszüge ausgewählt und mit charakterisierenden Überschriften versehen haben. Neben begeisterten Huldigungen des Befreiungsaktes und seiner menschheitsgeschichtlichen Bedeutung enthält der Band skeptische und resignative Äußerungen, emphatische Formen der Verteidigung stehen heftigen Verurteilungen der »französischen Freiheitsraserei« gegenüber. Reflexionen über die Verfassung, die Funktion der Presse, die Öffentlichkeit, Berichte über die Hinrichtung des Königs oder das Ende Robespierres wechseln sich ab mit Schilderungen des Alltags und der Feste in der Revolutionsmetropole.

An Dokumentationen der zeitgenössischen deutschen Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution besteht zwar kein Mangel. Die hier vorgelegte Sammlung setzt aber durchaus eigene Akzente, indem sie Vorstellungen präsentiert, die den »Mythos Revolution« prägen. Fast alle der hier versammelten Autoren verwenden Bilder, Vergleiche, sinnbildliche Szenen und Mythisierungen (die Revolution als Schauspiel oder als Naturereignis, die Warnung vor den Sirenenstimmen der Freiheit, die Guillotine als Symbol, Paris als das neue Babylon), die den Ereignissen unterlegt werden. Gerade die subjektivierende Darstellungsweise bedingt, wie die Herausgeber mit Recht feststellen, die Popularität und nachhaltige Wirkung der Revolutionsbilder deutscher Pariskorrespondenten. Zu den Verdiensten des Bandes zählt, daß neben Namen, die man in einer Publikation zu diesem Thema erwarten wird, auch weithin unbekanntere Autoren vertreten sind (z.B. Christian Ludwig Lenz, Ulrich Hegner, Kaspar Heinrich Graf von Sierstorff, Karl Woyda).

Methodische Bedenken ruft die »Aufbereitung« der Quellen hervor. Das Nebeneinander zahlreicher kurzer Textauszüge läßt die Historizität und den Charakter der Beiträge nur schwach hervortreten. Auch die Erläuterungen bieten in dieser Hinsicht kaum Hilfestellung. Es ist verwirrend, Abschnitte der »Briefe aus Paris« (1790) von Campe und ein Teilstück der drei Jahre später, auf dem Höhepunkt der Revolutionskrise, verfaßten »Parisischen Umrisse« Forsters unter der Überschrift »Paris: die Freiheit am irdischen Ort« zu vereinen. Während die in der Frühphase der Revolution entstandenen Briefe Campes sich die erregte Aufbruchstimmung zu eigen machen, verteidigt der letztgenannte Text vor dem Hintergrund der Diktatur des Wohlfahrtsausschusses vehement die Notwendigkeit des Umwälzungsprozesses, ohne doch das Freiheitsversprechen für eingelöst zu halten. Erweist sich die isolierte Wiedergabe von Textauszügen, so aufschlußreich diese hinsichtlich bestimmter Gesichtspunkte sein mögen, schon als problematisch, so gilt das um so mehr für einige der zitierten Passagen. Deren Bedeutung erschließt sich nämlich nur, wenn man ihre Stellung im Rahmen der Gesamtkomposition sowie »methodische« und ästhetische Gesichtspunkte berücksichtigt. So stellt beispielsweise ein »Der Magen der Revolution« betitelter Abschnitt nicht die »letzte abgeschlossene literarische Arbeit« (294) Forsters dar, sondern ist Teil seiner letzten unvollendeten Schrift. Fehl geht auch die Annahme, dieser habe sich »selbst dann noch um objektive Berichte bemüht, als er einsam und krank die Herrschaft des Schreckens aus nächster Nähe hatte verfolgen müssen« (306). Eine Negierung persönlicher Leiderfahrung und politischer Des-

illusionierung zugunsten objektiver Berichte liegt Forster fern. Der philosophisch-politische Gehalt der »Parisischen Umriss«, aus denen hier fünf Abschnitte dokumentiert werden, gründet gerade in der subjektiven Mischung von Empirie und Teleologie, die in der einem szenischen Prinzip verpflichteten Abfolge von Briefen ästhetische Wirkung entfaltet. — Die Kritik soll die Qualitäten nicht vergessen lassen. Das ausgebreitete Material macht den Band für Laien und Kenner ebenso interessant wie für Unterrichtszwecke geeignet. Michael Ewert (Marburg)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Löwy, Michael: Marxismus in Lateinamerika 1909 bis 1987.** Erweiterte Ausgabe, Isp-Verlag, Frankfurt/M. 1988 (108S., br., 14,80 DM)

»Der Marxismus ist in Lateinamerika schon immer zwei entgegengesetzten Versuchungen ausgesetzt gewesen: dem indoamerikanischen Exotismus und dem Eurozentrismus« (10). Ansätze, die beiden »Versuchungen« widerstanden, wurden zwar entwickelt, blieben aber lange Zeit verdrängt. Löwy macht vor allem den Eurozentrismus für die Blockierung bei der Entwicklung revolutionärer Strategien in Lateinamerika verantwortlich. So wurde der »Wirklichkeit der lateinamerikanischen Agrarstrukturen« (55) das Modell des europäischen Feudalismus übergestülpt und hatte eine antihegemoniale Politik zur Folge. So wurde »das lokale Bürgertum als progressiv, wenn nicht gar revolutionär eingestuft«, dagegen nahm man von den Bauern an, »sie zeigten sich gegenüber dem kollektivistischen Sozialismus zurückhaltend« (11).

Hatten in der revolutionären Periode der zwanziger Jahre marxistische Denker (deren hervorragendster Mariátegui war) einen »konkret-dialektischen Standpunkt« (14) eingenommen, auf Grund dessen sie das spezifisch lateinamerikanische Element und das internationale Element in einer fruchtbaren Synthese zusammenführten, setzte in den dreißiger Jahren ein »Prozeß der Verkümmern des marxistischen Denkens in Lateinamerika ein, der mehrere Jahrzehnte lang andauerte« (35). Erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg begann »eine rasche Aufwärtsentwicklung von Forschungen, vor allem auf dem Gebiet marxistischer Wirtschaftsgeschichte« (35).

Eurozentrismus und Stagnation der revolutionären Theorie und Praxis sieht Löwy in einem Zusammenhang mit dem »Prozeß der 'Stalinisierung' der kommunistischen Parteien« (36). Vermittelt über die Komintern vollzogen die lateinamerikanischen kommunistischen Parteien alle Wendungen der sowjetischen Ideologie und Politik mit. Volksfrontpolitik, Hitler-Stalin-Pakt, Allianz von USA und UdSSR, Kalter Krieg und die Doktrin der friedlichen Koexistenz bestimmten nacheinander die Orientierungen. In der kubanischen Revolution sieht Löwy dann den »wesentlichen Wendepunkt in der Geschichte des lateinamerikanischen Marxismus und in der Geschichte Lateinamerikas überhaupt« (59). Sie bewies praktisch, »daß der bewaffnete Kampf ein wirksamer Weg zu Zerstörung einer reaktionären und proimperialistischen Macht« (61) und daß eine sozialistische Revolution in Lateinamerika möglich ist. Castristen und Trotzisten entdeckten das revolutionäre Erbe der zwanziger Jahre wieder, beriefen sich auf Revolutionäre wie José Martí, Julio Antonio Mella und Mariátegui, entwickelten neue Kampfformen (Guerillabewegung, später Stadtguerilla) und stimulierten die marxistische Sozialwissenschaft.

Die revolutionäre Periode dauert an, und die sandinistische Revolution war ein erneuter Beweis für die in der »Verschmelzung des Marxismus mit den Volkstraditionen des sozialen und antiimperialistischen Kampfes« (82) liegende revolutionäre

Sprengkraft. Diese Verschmelzung wird von der Theologie der Befreiung nachhaltig bereichert. Denn die marxistischen Christen »verleihen der revolutionären Bewegung vielfach eine moralische Sensibilität und bringen ihre Erfahrung in der 'Basisarbeit' im Volk und einen utopischen Anspruch ein« (87).

Das theoretische Gerüst des Textes ist einfach: These und Antithese (Eurozentrismus und Exotismus) müssen in einer Synthese des (lateinamerikanischen) Besonderen und des Allgemeinen zusammengeführt werden. Leider ist die Seite des »Exotismus« ungenügend ausgeführt. Nicht nur, daß der Begriff wie Löwy ihn gebraucht, einen eurozentristischen Blick verrät; das einzige von Löwy angeführte Beispiel der peruanischen APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) ist unpassend. Er selbst bezeichnet sie als populistische Partei (64), ihr Gründer Haya de la Torre setzte auf eine »nachholende Entwicklung« im Rahmen des Kapitalismus.

Der Text erschien ursprünglich als Einleitung einer von Löwy in Frankreich herausgegebenen Anthologie. Diese Sammlung hätte auch den deutschsprachigen LeserInnen zugänglich gemacht werden sollen, denn durch die isolierte Veröffentlichung des Einleitungstextes, wenn auch in erweiterter Form, wird das in der Anthologie angelegte Vorhaben sabotiert: Die Namen der Revolutionäre und Theoretiker verbinden sich nicht mit deren Kampf bzw. theoretischen Leistungen, sondern drohen, wieder in (eurozentrische) Vergessenheit zu geraten.

Susanne Lettow (West-Berlin)

**Guevara, Ernesto Che: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik.** Hrsg. von Horst-Eckart Gross (Ausgewählte Werke Bd. 3). Weltkreis im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988 (176 S., br., 14,80 DM)

Am 1. Januar jährte sich zum dreißigsten Mal der Sturz des Batista-Regimes. Dieser Jahrestag fiel in eine Periode der »rectificación«, d.h. der Berichtigung von Fehlern vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, die bereits vor einiger Zeit von der politischen Führung Kubas eingeleitet wurde. In dieser Situation erleben Ches Beiträge zu ökonomischen Fragen, die etwa die Hälfte seiner Arbeiten ausmachen, auf Kuba geradezu eine Renaissance. Sie stellen den Versuch dar, eine politisch-ökonomische Theorie (und Praxis) des Übergangs eines vom Imperialismus abhängigen Landes zu einer selbständigen Entwicklung unter sozialistischen Vorzeichen zu entfalten.

Der Band enthält die wichtigsten Schriften, die Che während der berühmten ökonomischen Debatte in Kuba in den Jahren 1962 bis 1965 veröffentlichte, sowie Auszüge aus der Ansprache Fidel Castros vom 8. Oktober 1987. Diese Debatte fand unter Bedingungen statt, die der Situation Nicaraguas heute sehr ähnlich waren: Kuba war ein Land im Kriegszustand, einem kontinentalen Embargo unterworfen, wurde ausschließlich vom RGW beliefert und mußte Riesensummen für militärische Zwecke ausgeben. Che bekleidete seit dem Sieg der Revolution verschiedene wichtige Wirtschaftsfunktionen: ab September 1959 Leiter des Instituts für die Agrarreform INRA, ab November Präsident der Nationalbank, ab Februar 1961 Industrieminister. Schon während des revolutionären Krieges hatte er sich für eine radikale Agrarreform ausgesprochen. Das unter seiner Beteiligung ausgearbeitete Gesetz vom 17. Mai 1959 sah die Enteignung der Latifundien vor, orientierte aber nicht auf Kleinbesitz, sondern die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Entgegen der späteren Legende von Che als »Bauernführer« spiegeln sich darin bereits zwei seiner grundlegenden Positionen: Erstens seine Ablehnung des bäuerlichen Individualismus und Konservatismus. Zweitens seine Überzeugung, daß die Entwicklung Kubas aus der Abhängigkeit nur in scharfer Konfrontation mit dem Imperialismus vor allem der USA stattfinden, d.h. die Agrarreform nur im Rahmen des Übergangs



zu sozialistischen Produktionsformen durchgeführt werden konnte. Was sah Che als Voraussetzung für einen solchen Entwicklungsprozeß an?

1. Che tritt (in erstaunlicher Parallele zu den Vorstellungen Preobraschenskij's Anfang der zwanziger Jahre in der SU) für einen beschleunigten autonomen Industrialisierungsprozeß und für die industrielle Umwandlung der ökonomischen Ressourcen der Insel ein. Das verhaßte koloniale Erbe der Zuckermonoproduktion soll durch Diversifizierung, Ausweitung der Produktion für den Konsumgütermarkt, eine Politik der Vollbeschäftigung überwunden werden. Dazu gehören die Rationalisierung der Produktion, die Eindämmung der Verschwendung und verstärkte Bemühungen um den Aufbau einer eigenen wissenschaftlichen Forschung. (s. »Gegen den Bürokratismus«, »Wirtschaft und Außenhandel in der heutigen Welt«)

2. Die Verwirklichung dieser Ziele ist in einem so rückständigen Land wie Kuba nur denkbar, wenn alle menschlichen Ressourcen mobilisiert werden, moralische Anreize die Wirtschaftstätigkeit bestimmen und der »neue Mensch« entsteht. Hier liegt der Kern der ökonomischen Debatte, der berühmten Auseinandersetzung um die Gültigkeit des Wertgesetzes in der Übergangsphase zum Sozialismus. Che negiert die Gültigkeit der Warenkategorien für die Übergangswirtschaft: Würde das Wertgesetz die Investitionen bestimmen, dann wäre nicht nur jede Planung unmöglich, sondern auch alle »unterentwickelten« Länder dazu verdammt, auf ewig in der Abhängigkeit zu verharren, da die bestehende Struktur der abhängigen Wirtschaft nach Kriterien des Wertgesetzes immer rentabler sei. Che beharrt schließlich darauf, daß mit dem Absterben der Warenkategorien die Entfremdung des Arbeiters aufgehoben, eine neue Beziehung Produzent — Produkt hergestellt werden müsse (s. »Betrachtungen über die Kosten«, »Über den Begriff des Wertes«, »Über das Haushaltsmäßige Finanzierungssystem«, »Das Bankwesen, der Kredit und der Sozialismus«, »Die Bedeutung der sozialistischen Planung«, »Ansprache beim zweiten Wirtschaftsseminar der afroasiatischen Solidarität«).

3. Beim Wirtschaftsseminar der afro-asiatischen Solidarität in Algier z.B. forderte Che eine brüderlich/schwesterliche Beziehung auf internationaler Ebene als Voraussetzung für die Entwicklung der befreiten Länder, die Ausschaltung des Wertgesetzes und damit des ungleichen Tauschs in den Beziehungen mit den nicht-kapitalistischen Ländern, den Transfer technologischer Unterstützung, eine Wirtschaftsplanung mit dem Ziel der Regionalisierung der Produktion, d.h. eine neue internationale Arbeitsteilung: »Die sozialistischen Länder haben die moralische Pflicht, ihre stillschweigende Komplizenschaft mit den westlichen Ausbeutungsländern zu beenden.« (162)

4. Che vertritt eine zentralistische Orientierung in der Wirtschaftspolitik. Die entscheidende Rolle muß die Planung spielen; er spricht sich gegen die finanzielle Autonomie der Betriebe aus (vgl. 47). Gleichzeitig tritt er für größtmögliche Demokratie der Produzenten, Bestimmung über den Plan ein. Besondere Bemühungen unternimmt er zur Entwicklung von Formen der Selbstbestimmung der Arbeiter. Schließlich zieht er unablässig gegen jede Form des Bürokratismus, der Entwicklung einer neuen bürokratischen Schicht zu Felde und fordert Gegenmaßnahmen wie umfassende technische Qualifizierung, Rücktritt der Alten, Förderung der Jugend (s. »Gegen den Bürokratismus«).

5. All dies ist letztlich kein rein ökonomischer Diskurs, sondern ein politischer: es geht um menschliche Ressourcen, außergewöhnliche Mobilisierung, neue internationale Beziehungen, Entwicklung sozialistischen Bewußtseins — Faktoren, die materielle Auswirkungen haben. Che sieht also keine technischen, finanziellen, rein wirtschaftlichen »Wunder« als Lösung, sondern die Schaffung des »neuen Menschen«.

Auch seine ökonomischen Vorstellungen werden also von einer Konzeption bestimmt, die als Ches revolutionärer Humanismus bezeichnet wurde.

Eine Bilanz dieser Konzeption nach einem Vierteljahrhundert scheint nur negativ ausfallen zu können: Das Problem der Entwicklung der kubanischen Industrie ist ungelöst, die internationale Ausbreitung der Revolution ist steckengeblieben. Die Beziehungen zwischen RGW und sich befreienden Ländern sind weit von Ches Vorstellungen entfernt. Demokratisierung und Planung wurden ausgehöhlt. Eine wirkliche Bilanzdiskussion müßte jedoch tiefer gehen, die schwierigen Bedingungen Kubas vor allem in den sechziger Jahren und ihre materiellen Auswirkungen einbeziehen und berücksichtigen, daß Che ab 1965 nicht mehr an den ökonomischen Entscheidungsprozessen beteiligt war und die kubanische Führung einen anderen Kurs einschlug.

Nicht von ungefähr werden seine Vorstellungen in Kuba heute wieder öffentlich diskutiert — eine Diskussion, die auch als Kontrast zu den neuerlichen marktwirtschaftlichen Experimenten unter Gorbatschow von Interesse ist.

Der Band liefert wichtiges Material für eine solche Auseinandersetzung. Allerdings weist er bedauerliche Schwächen in der Edition auf. Er fehlen nicht nur genaue Quellenangaben, wie Zeitschriften etc., eine Einführung mit zeitgeschichtlichen Hinweisen oder zumindest eine Darstellung der wichtigsten Kontroversen und Teilnehmer der Debatte, sondern auch zentrale Artikel zum Schwerpunkt Industrialisierung (z.B. »Der erste Wirtschaftsplan« — Radiovorträge von 1961; »Industrielle Aufgaben der Revolution in den kommenden Jahren«, 1961) und zum jugoslawischen Modell. Ebenso vermißt man die von *il manifesto* 1969 veröffentlichten »Unterredungen im Industrieministerium« von 1964. Schließlich ist im Artikel »Betrachtungen über die Kosten« eine peinliche Auslassung aus der kubanischen Ausgabe (1977) übernommen, die die Funktion des Geldes betrifft: »Das ist eines der Probleme der sozialistischen Wirtschaft«, heißt es auf S. 39, der zweite Teil des Satzes fehlt: »... in der das Geld die Funktion des Wertmessers erfüllt und wo sich die Preise nur in ideeller Weise, in arithmetischem Geld ausdrücken« (Zit. n. *Nuestra Industria*, 6/1963). Alles in allem bringt der Band gegenüber den 1968 und 1969 erschienenen Auswahl-Bänden wenig Neues. Damit wurde eine Chance vertan, Ches ökonomischen Beitrag einigermaßen umfassend zu edieren. Hier dürften noch einige Schätze zu heben sein.

Werner Mackenbach (Frankfurt/M.)

**Didion, Joan: Miami.** Simon und Schuster, New York 1987 (238 S., Ln., 17,95 \$)

Die Autorin ist in ihrer Heimat bekannt durch Politik und Zeitgeschichte einbeziehende Romane (zuletzt »Democracy« über die Endphase des Vietnam-Krieges) oder durch Reportagen (zuletzt über die mittelamerikanische Republik des Präsidenten Duarte: »Salvador«). Handlungsort dieser zugleich journalistisch professionell recherchierten und in unterkühlter, aber doch anmutiger Sprache geschriebenen Studie ist diesmal Miami, das uns als Paradies der wohlhabenden Rentner aus dem Norden und auch der (aus der bizarren Fernsehserie »Miami Vice« unrühmlich bekannten) Drogenszene vertraut zu sein scheint. Doch Didion kümmert sich weder um die Kokain-Händler noch um die alten Millionäre, sondern ausschließlich um die Bürger lateinamerikanischer Herkunft, die jetzt bereits gut 46 Prozent der Einwohnerschaft der Palmetto-Metropole ausmachen. Die überwältigende Mehrheit dieser »Hispanos« stammt aus Kuba. Didion schreibt einleitend: »Havannas Eitelkeiten werden in Miami zu Staub. (...) Viele Havanna-Epiloge wurden in Florida gespielt und auch einige Prologe. Florida ist jener Teil der kubanischen Bühne, wo die Helden mit großen Deklamationen abtreten oder wo der politische Kuhhandel stattfindet. Florida ist

der Platz, wo der Chor wartet, um die Handlung zu kommentieren oder manchmal sogar in sie einzugreifen. Der aus seiner Heimat vertriebene José Martí [kubanischer National-Held; E.N.] ging seine Landsleute, die Tabakarbeiter in Key West und Tampa um Geldspenden an und versuchte im Jahre 1884, nördlich von Jacksonville eine Invasions-Expedition zu starten. Der Exilierte Fidel Castro Ruz kam 1955 nach Miami, um dort Geld zu sammeln, mit dem sich die Bewegung des 26. Julio in der Sierra Maestra festsetzen sollte, und er bekam es von Carlos Prío. Fulgencio Batista mußte aus Florida heimkehren, um Havanna 1952 dem Carlos Prío zu entreißen. Aber 1958 gelang es Castro mit dem Geld von Carlos Prío, Havanna wiederum Fulgencio Batista abzunehmen, worauf der ehemalige Premierminister des Präsidenten Prío eine dritte Streitmacht in Camagüey Province landen lassen wollte. Dieses katastrophal ausgehende Unterfangen war von der CIA befürwortet und von dem zu dieser Zeit bereits in Miami Beach lebenden Carlos Prío finanziert worden.

Das alles ist instruktiv. In der andauernden Oper, die selbst von jenen Kubanern, die den größten Teil ihres Lebens in den USA zugebracht haben, »el Exilio«, also das Exil genannt wird, haben Zusammenkünfte in den Privathäusern von Miami Beach Konsequenzen. Die Handlungen von einzelnen Menschen scheinen das Geschehen direkt zu beeinflussen. Revolutionen und Konterrevolutionen werden im Privatsektor zusammengebastelt, und der jeweilige Apparat der Staatssicherheit ist nur dazu da, um von dem einen oder anderen privaten Akteur eingesetzt zu werden.« (11-13)

Haßliebe oder, genauer noch, das Gefühl, von den Yankees umworben zu sein und dann doch immer wieder aus schwer zu eruierenden Gründen verraten zu werden — dies ist laut Didion die emotionale Grundeinstellung der Exilkubaner zu den Einheimischen. Bereits unmittelbar nach der kubanischen Revolution begann die CIA, ehemalige Batista-Anhänger und andere Oppositionelle für Anschläge gegen das Castro-Regime anzuheuern. Und schon damals, also vor dreißig Jahren, entstand das, was im schwer übersetzbaren Jargon der US-Geheimdienste das »disposal problem« — also etwa das Problem der Entsorgung genannt wird.

So hat der damalige Geheimdienstchef Allen Dulles einige Zeit vor der Landung in der Schweinebucht seinen Chef, also Präsident Kennedy, danach gefragt, was mit den kubanischen Söldnern im Falle eines Fehlschlags zu geschehen habe. Und unmittelbar vor der von der CIA geplanten Invasion Kubas soll dann Kennedy seinem Betrater und späteren Biographen Arthur M. Schlesinger zynisch erklärt haben: »Wenn wir uns dieser 800 Männer entledigen müssen, ist es sehr viel besser, sie in Kuba als in den USA los zu werden, besonders da sie ja dort hingelangen wollen.« Anekdoten wie diese machen verständlich, warum die Exilkubaner Kennedy noch heute hassen und sie erklären auch, warum Gerüchte umgehen und auch plausibel klingen, wozu Kennedys Ermordung am 22. November 1963 in Dallas von diesen lanciert worden sei.

Unter diesen Bedingungen ergeben sich zusätzliche Konflikte aus der geradezu zwangsläufigen Mehrdeutigkeit aller CIA-Instruktionen. So ist Didion bei ihren Nachforschungen auf einen 1967 verfaßten und auf Interviews der Beteiligten beruhenden Bericht des Generalinspektors der CIA gestoßen, in dem auf die vom Geheimdienst geplanten und samt und sonders gescheiterten Attentatsversuche gegen Castro Bezug genommen wird. Dort heißt es wörtlich: »Da ist noch ein letzter Punkt, den die von uns direkt Interviewten zwar nicht erwähnen, der jedoch aus den Gesprächsprotokollen und Akten eindeutig hervorgeht. Es handelt sich dabei um die verschiedenen Versuche einer Synekdoche, also der Erwähnung eines Teils, mit dem das Ganze verständlich gemacht werden soll oder umgekehrt. So begegnen wir mehrfach Redewendungen wie 'die Beseitigung von Castro', was im engeren, buch-

stäblichen Sinn seine Ermordung heißt, während es eigentlich vom Leser in einem breiteren Sinn als die 'Beseitigung des Castro-Regimes' verstanden werden soll. Auf der anderen Seite der Münze wiederum stößt man auf Leute, die vage davon reden, 'daß man doch etwas gegen Castro unternehmen müsse', wobei man dabei eindeutig im Sinn hat, ihn zu ermorden. In einer Situation, in der die Sprecher nicht wirklich das gemeint haben dürften, was sie eindeutig sagten oder umgekehrt nicht das gesagt haben, was sie tatsächlich meinten, können sie nicht erstaunt sein, wenn ihr jeweils mündliches Kürzel anders als beabsichtigt interpretiert wird.« (95)

Den kubanischen Emigranten wird die Integration im wohlhabenden Miami natürlich auch durch die Fremdenfeindschaft der Einheimischen erschwert. Einige Geschäftsleute allerdings suchen sich bei jenem nicht geringfügigen Teil der Exilierten immer wieder in gute Erinnerung zu bringen, die in ihrer alten Heimat zur Oberschicht gehörten, und denen es schon Jahre vor der Flucht gelungen war, ein Großteil ihres Vermögens auf US-amerikanische Banken zu transferieren. So hat Didion beispielsweise in der Tageszeitung *Miami Herald* eine Anzeige des Johnson Hotels unweit des Flughafens entdeckt, in dem es unter dem Werbetitel »Programm für Freiheitskämpfer« heißt, »Guerilla können im Rahmen eines Sonderangebots Zimmer für nur 17 Dollar täglich erhalten«. Dies rief die Konkurrenten von der Hotelkette Holiday Inn auf den Plan. Zum 26. Juli 1985, d.h. zum Jahrestag des Angriffs der Castro-Partisanen auf die Kasernen von Moncada, also zu einem Nationalfeiertag des heutigen Kuba, lud der Manager zu verbilligten »Cuba libres« in die Hotel-Bar ein. Als sich die Emigranten verständlicherweise durch diese Huldigung der Revolution provoziert fühlten und deshalb massenhaft protestierten, erklärte die Hotelleitung gegenüber der Presse: »Das war wohl ein Fehler. Der dafür Verantwortliche stammt aus Minnesota [in den Nordstaaten; E.N.].«

Der innerstädtische Friede wird zudem durch die überdurchschnittliche Kriminalitätsrate der Exilierten bedroht. Hierfür ist zum einen der unter dem Titel »Mariel« geläufige Exodus von rund 125 000 Kubanern verantwortlich, die man im April 1980 auf seiten der US-Behörde als Freiheitskämpfer eingeschätzt hatte, von denen jedoch etwa jeder fünfte in der Heimat schon einmal straffällig geworden war. Zum anderen wird dies durch die schwer nachvollziehbaren, aber letztlich politisch motivierten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den exilkubanischen Gruppen heraufbeschworen.

Didion berichtet in diesem Zusammenhang über die in Miami in spanischer Sprache erscheinende Emigrantenzeitschrift *Réplica*, die in den Jahren von 1981 bis 1985 gleich fünfmal Opfer von Bombenanschlägen geworden war, weil die Redaktion in den Beziehungen zum Castro-Regime an Stelle von Mord und Totschlag einen »politischen Ansatz« oder gar »Verhandlungen« befürwortet hatte. (108)

Erik Nohara (West-Berlin)

**Ernst, Werner W.: Legitimationswandel und Revolution.** Studien zur neuzeitlichen Entwicklung und Rechtfertigung politischer Gewalt. Duncker & Humblot Verlag, West-Berlin 1986 (354 S., br., 128,- DM)

Die Revolutionen der Neuzeit von der englischen bis zur chinesischen bieten viel Stoff für eine »ideengeschichtliche wie auch realgeschichtliche Befassung mit politischer Gewalt« (9). Es sei vorweg gesagt: Ernst ist dieser Stofffülle erlegen. Sein Buch kann das erklärte Vorhaben, »die politischen Theorien der Neuzeit ... analog zum realgeschichtlichen Politikgeschehen immanent zu kritisieren« (5), nicht einlösen, denn das verlangte, die Theorien über die Gesellschaft vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Prozesse zu betrachten und zu untersuchen, welchen

Anteil die Theorien ihrerseits an diesen Prozessen haben. Bei Ernst werden gesellschaftliche und theoretische Entwicklungen, von Kapitel zu Kapitel, von einer Revolution zur anderen, beziehungslos nacheinander abgehandelt. Der Versuch, Beziehungen darzustellen, erschöpft sich weitgehend in dem formelhaften Hinweis auf den einen oder anderen »Zusammenhang«, auf den »später noch zurückgekommen« werde (123 pass.) Mitunter hat jede zweite oder dritte Seite diesen Hinweis nötig, und das ist mehr als eine stilistische Grobheit, es weist auf eine konzeptionelle.

Das 4. Kapitel »Französische Aufklärung, Rousseau und die Französische Revolution« mag ein Beispiel dafür geben, wie Ernst vor seinem Material kapituliert. Nach einem längeren Rousseau-Referat und einem Gewalttritt durch die (Vor-)Geschichte der Großen Französischen Revolution heißt es: Die »ins Auge springende Ähnlichkeit« (!) der radikalen jakobinischen Position »mit der theoretischen Grundlegung des Sozialkontrakts bei J.J. Rousseau gibt ... einiges zu denken auf« (155) — was, verrät Ernst nicht, und der Leser fragt sich, wozu all die fleißigen Exzerpte aus den einschlägigen Handbüchern gut sein sollen, wenn ihre Kompilation nicht auch einmal einen ausgesprochenen Gedanken mit sich bringt.

Ernsts Thema ist das Verhältnis von Denken und Macht; da liegt es nahe, daß er an Adornos Philosophem des »Gedankens als Gewalt« (zit. 20) erinnert. Während Adorno auf eine »zweite Reflexion« setzt, um die »Suprematie des Denkens über sein Anderes« (Negative Dialektik) zu brechen, schwebt Ernst eine wie auch immer gartete »'liebvolle' Unterscheidung« (31) der Besonderheiten vor. Da diese aber angesichts der universellen »Gewalt des Tauschwertprinzips« (29) nicht möglich sei, stehe jede Untersuchung der Macht schon unter dem Bann der Macht (vgl. 20). Hieraus zieht Ernst den Schluß, die Frage nach der Aufhebbarkeit gesellschaftlicher Macht im Rahmen seiner Studie gar nicht sinnvoll stellen zu können, und er verbannt ausdrücklich alles, was zur »subjektiven Bezugsebene« (27) gehört, in die Einleitung, um den Gang im »Hauptteil« nicht zu stören. Damit gehen Ernst die Fragen verloren, die seine Studie leiten könnten, und das Ergebnis ist eine Stoffhuberei, die mit horrenden 128 Mark wahrlich zu hoch bezahlt ist. Herbert Albrecht (Marburg)

**Keane, John (Hrsg.): Civil Society and the State. New European Perspectives.** Verso, London, New York 1988 (426 S., br., 10,95 £)

Der Aufsatzband zeigt die Ursachen auf, die für das aktuelle politische und wissenschaftliche Interesse am Verhältnis von Staat und nicht-staatlichen Formen der Vergesellschaftung (»civil society«) verantwortlich sind. In Westeuropa legte die Krise der kapitalistischen Wirtschaft die strukturelle Instabilität des Wohlfahrtsstaates bloß. Der verringerte Umverteilungsspielraum und die steigenden Ansprüche der Opfer der Umstrukturierung der Weltwirtschaft an den Staat führten zum Zusammenbruch des wohlfahrtsstaatlichen Projekts. Die neo-konservative und neo-liberale Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft fordert nun an Stelle staatlicher Eingriffe zur Korrektur krasser sozioökonomischer und soziopolitischer Ungleichheiten und Benachteiligungen den Rückzug des Staates von der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zugunsten privater, über den Markt geregelter Versorgung. »Entstaatlichung« wird jedoch auch zunehmend von sozialen Bewegungen (z.B. Frauen- und Umweltbewegung) gefordert, die außerhalb »offizieller« politischer Institutionen operieren und den Staat als Herrschaftsverhältnis begreifen, das die Entwicklung individueller und gesellschaftlicher Autonomie verhindert. In Osteuropa stellt sich die Frage, ob eine Reformpolitik, die den Verteilungsmechanismus des Marktes auszubauen versucht, nicht auch notwendigerweise die Autonomie anderer gesellschaftlicher Bereiche fördern oder akzeptieren muß. Zugleich wird das

Verhältnis von Staat und Gesellschaft von Intellektuellen und Dissidenten sowie von sozialen Bewegungen (z.B. Solidarność) thematisiert, die gegen einen autoritären, bürokratischen Überwachungsstaat protestieren, der jedwede gesellschaftliche Opposition als staatsfeindlich einschätzt.

In acht der insgesamt vierzehn Aufsätze wird auf diese Problematiken Bezug genommen. Die Autoren, die sich mit der Relevanz des Konzepts »civil society« im westeuropäischen Kontext beschäftigen (Rosanvallon, Hinrichs/Offe/Wiesenthal, Melucci), teilen mit ihren »osteuropäischen« Kollegen (Rupnik, Vajda, Pelczynski, Havel) das Plädoyer für die Etablierung autonomer sozialer Institutionen jenseits von Staat und Markt. Man mag dies je nach eigener politischer Überzeugung als Zielvorgabe gutheißen; es sollte jedoch dann auch gezeigt werden, wie die Autonomie gesellschaftlicher Institutionen gegen staatliche und (markt-)wirtschaftliche Machtstrukturen durchgesetzt werden kann. Die meisten Autoren wenden sich dieser Frage aber nicht zu. Agnes Heller allerdings votiert für die Errichtung bzw. Aufrechterhaltung formal-demokratischer Strukturen, in denen Staatsbürger- und Menschenrechte, politischer Pluralismus, Vertragsfreiheit und Vertretungsrechte garantiert sind. Nur eine solche Struktur ermögliche die politische Flexibilität, auf die historisch geformten und sich wandelnden Bedürfnisse und Anforderungen der »civil society« zu reagieren (129-145). Aber auch Heller vermeidet eine Antwort auf die Frage, mittels welcher politischer Strategien und konkreter Aktionen diese normative Vorgabe realisiert werden könnte. Dies erscheint jedoch um so wichtiger, als auch die »civil society« durch Machtverhältnisse bestimmt und ein einheitliches Interesse also nicht gegeben ist.

In einem brillanten Aufsatz argumentiert z.B. Carole Pateman, daß die Vertragstheoretiker des 17. und 18. Jahrhunderts bei ihren Angriffen auf die patriarchalische politische Theorie vom Ausschluß der Frauen aus der »civil society« und ihrer Begrenzung auf die private Sphäre des Haushalts ausgingen. Der »Fraternal Social Contract« (Pateman) etablierte die Freiheit und Gleichheit der »Brüder« gegenüber den »Vätern« unter Aufrechterhaltung der Männerherrschaft. Pateman verweist zu recht darauf, daß auch gegenwärtig in den Hauptströmungen der politischen Philosophie diese systematisch verkürzte Sichtweise dominiert (101-127). Die anderen Autoren gelangen nicht zu einer systematischen Bestimmung weiterer Konfliktlagen innerhalb der »civil society«, da sie keine analytisch klare Bestimmung des Begriffs der »civil society« (oder ggf. alternativ: des Staates) versuchen. Es besteht damit die Gefahr, daß eine Gesellschaftsanalyse auf der Grundlage der Unterscheidung von Staat und »civil society« sich einer pluralistischen Analyse annähert, der alle Konflikte — seien sie etwa ökonomischer, religiöser, ethnischer oder politischer Art — gleich bedeutsam sind und die systematische gesellschaftliche Widersprüche nicht zu denken vermag.

Aber auch die begrifflich präzise Fassung von »civil society« reicht meines Erachtens nicht hin für eine adäquate Analyse gesellschaftlicher Prozesse. Folgt man der Argumentation der »osteuropäischen« Autoren, so ist die Widerstandsfähigkeit der »civil society« für die Reformversuche in Polen und Ungarn verantwortlich. Die Widerstandsfähigkeit wird auf die lange demokratische Tradition jener Länder zurückgeführt (vgl. z.B. M. Vajda, *East-Central European Perspectives*, 333-360, und J. Szűcs, *Three Historical Regions of Europe*, 291-332). Aber nur ein raum-zeitlicher Vergleich würde erlauben, zu bestimmen, welcher Erklärungswert dieser Tradition zugemessen werden muß im Unterschied etwa zu dem Druck, der von westlichen Staaten im Zusammenhang mit Krediten an den polnischen Staat ausgeübt wird; oder auch im Unterschied zur Bedeutung der neuen sowjetischen internationalen Politik

für den Gestaltungsspielraum der ungarischen Reformen. Aber die »gesellschaftsinterne« Perspektive (Staat/»civil society«) darf nicht einfach durch eine »internationale« Perspektive ersetzt werden. Wie in Ungarn und Polen gibt es auch in dem Gebiet der heutigen Tschechoslowakei eine lange demokratische Tradition (v.a. in Böhmen). Gleichwohl blieben Reformen nach 1968 aus — trotz politischer Dissidenten und ähnlicher internationaler Konstellationen. Dies macht deutlich, daß eine angemessene Gesellschaftsanalyse sowohl die Ebene interner (sozio-ökonomischer und politischer) Machtstrukturen wie auch die internationaler (weltwirtschaftlicher und geopolitischer) Machtstrukturen und deren wechselseitige Determinierung untersuchen muß.

Roland Axtmann (London)

## Ökonomie

**Matzner, Egon, Jan Kregel und Alessandro Roncaglia (Hrsg.): Arbeit für alle ist möglich.** Über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. edition sigma, West-Berlin 1987 (379 S., br., 29,80 DM)

**Scharpf, Fritz W.: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa.** Das »Modell Deutschland« im Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1987 (358 S., br., 38,- DM)

**Schmidt, Manfred G.: Der schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung.** Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1985 (151 S., br., 30,- DM)

**Therborn, Göran: Why Some People are More Unemployed Than Others.** The Strange Paradox of Growth and Unemployment. Verso Editions, London 1986 (181 S., br., 6,95 £)

Da trotz und zum Teil auch wegen der anhaltenden Krise der kapitalistischen Ökonomie jegliche sozialistische Alternative in weite Ferne gerückt ist, gewinnt die Frage nach den Möglichkeiten kapitalistischer Krisenbekämpfung auch im Rahmen einer kritischen politischen Ökonomie an Bedeutung. Daß es auch innerhalb des Kapitalismus möglich ist, der krisenbedingten Freisetzung von Arbeitsplätzen politisch entgegenzuwirken, beweisen — zumindest für den Zeitraum der letzten 14 Jahre — Länder wie Japan, Norwegen, Österreich, die Schweiz und vor allem Schweden. In all diesen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit unterhalb der Schwelle von fünf Prozent.

Die Erklärung des Sachverhalts, warum einige Länder der Arbeitslosigkeit weitgehend die Stirn bieten konnten, während die meisten Länder hinsichtlich dieses Ziels versagten, ist das Thema einer in jüngster Zeit zunehmenden Anzahl komparativer, überwiegend von einem politisch-institutionellen Ansatz ausgehender Studien. Besonders hervorgetreten ist dabei der *Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung des Wissenschaftszentrums Berlin*, dem bzw. dessen Umkreis auch die hier zu besprechenden Schriften zuzuordnen sind. F.W. Scharpf war Direktor des IIMV (Internationales Institut für Management und Verwaltung) von 1973 bis 1984, E. Matzner ist es seit 1985, M. Schmidt verfaßte seine Monographie während eines Forschungsaufenthaltes am IIMV, und G. Therborn, eher bekannt als marxistischer Macht- und Ideologietheoretiker, beruft sich in seiner Studie auf die seines Erachtens wegbereitenden Arbeiten von Scharpf und Schmidt.

Der von Matzner u.a. herausgegebene Band hebt sich etwas ab von den drei anderen Schriften. In diesem Band sind 30 Beiträge versammelt, die im Oktober 1985 auf

einer Konferenz des IIMV zur Debatte standen. Zentrales Anliegen dieser Beiträge ist nicht die komparative Analyse der Beschäftigungsentwicklung, sondern zunächst einmal die Absteckung eines konzeptionellen Rahmens der Arbeitsmarktanalyse. Eher am Rande werden auch einige konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (G. Schmidt: Arbeitsmarktpolitik, D. Soskice: flexibler Korporatismus, B. Schefold: Umweltinvestitionen) gemacht.

Obwohl auch einige neoklassische Kommentare aufgenommen sind, ist der Tenor des Bandes einer der Kritik der neoklassischen Standardökonomie. Explizit sind dieser Kritik die Beiträge der beiden Mitherausgeber A. Roncaglia und J. Kregel gewidmet. Ersterer argumentiert dabei aus der neo-ricardoianischen Sichtweise Sraffas, letzterer eher von einem traditionellen keynesianischen Ansatz her. Verworfen werden in diesem Sammelband aber nicht nur das Modell des markträumenden Gleichgewichts sowie der mikroökonomische Ansatz der Neoklassik, demzufolge es grundsätzlich immer die Löhne bzw. die Arbeitskosten sind, die Ungleichgewichte und damit Arbeitslosigkeit herbeiführen. Abgewiesen wird überhaupt der mit der Standardökonomie einhergehende Alleinerklärungsanspruch der ökonomischen Wissenschaft in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Der wirtschaftliche Zusammenhang ist strukturell störungsanfällig, Unsicherheit — hinsichtlich des Absatzes, der Beschäftigungseffekte, Einkommenseffekte, Einkommensentwicklung usw. — ist eine seiner zentralen Bestimmungsgrößen. Die Wirkung und die Interaktion der Institutionen, die, wie Gewerkschaften, Sozialstaat, Fiskal- und Geldpolitik, Unsicherheit begrenzen sollen, sind daher ein integraler Untersuchungsgegenstand der Analyse der Beschäftigungsentwicklung. Die »Erschütterung der Standardökonomie«, sagt Matzner in seinem Ausblick (372), ist eine Bedingung solch breit angelegter Forschung.

In den Rahmen eines umfassenden, forschungsanleitenden Programms paßt auch der regulationstheoretische Ansatz, der im vorliegenden Band von R. Delorme und R. Boyer repräsentiert wird. Delormes Thema ist das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Beschäftigung, während Boyer das regulationstheoretische Argument einer vor allem auch technologisch bedingten Krise des Fordismus vorträgt. Ohne ein neues »Régime de Régulation« oder mit anderen Worten, ohne neue »institutionelle Arrangements«, so kann man seinen Beitrag zusammenfassen, ist eine neue kapitalistische Wachstumsphase mit Vollbeschäftigung nicht möglich. Vorläufig jedoch »(tappen) die hochindustrialisierten kapitalistischen Länder ... auf ihrer Suche nach einem neuen Organisationssystem jenseits des Fordismus im Dunkeln«.

Erwähnenswerte Beiträge dieses insgesamt lesenswerten Bandes sind noch P. Davidsons monetarismuskritische Erörterung des Einflusses internationaler Finanzmärkte auf Investitionen und Beschäftigung, A. Gugers und E. Walterskirchens Analyse der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege im Lichte der Vorstellungen von Keynes und Kalecki sowie schließlich R. Meidners Darstellung des »schwedischen Modells« und dessen Probleme in jüngster Zeit. Die Themen des Bandes sind weit gestreut. Eine allgemeine Kritik ist daher schwerlich möglich. Ein Beitrag zum Weltmarkt und den internationalen Konkurrenzverhältnissen hätte diesem Sammelband zum Thema möglicher Beschäftigungsentwicklung gut angestanden.

Einen Versuch umfassender Erklärung der Massenarbeitslosigkeit bietet der Band ebensowenig wie die Arbeiten von Scharpf, Schmidt und Therborn. Diesen Autoren geht es vor allem darum, in einem gemeinsamen Globalzusammenhang die nationalen Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit herauszuarbeiten. Therborn ist hierbei am anspruchsvollsten, denn er vergleicht nicht weniger als 16 OECD-Staaten. Scharpf dagegen beschränkt sich neben der Bundesrepublik auf



Großbritannien, Österreich und Schweden, hat aber andererseits den Anspruch, außer dem Schwerpunkt Arbeitsmarkt das Wesentliche der gesamten »sozialdemokratischen Krisenpolitik« dieser Länder zu erfassen. Schmidts Studie ist nur aus dem Kontext dieser breiter angelegten Arbeiten zu begreifen, die sie mit Details über die schweizer Situation ergänzt.

Was bei Therborn beim bloßen Durchblättern schon ins Auge sticht, ist der hohe statistische Informationsgehalt seines Buches. Therborn spezifiziert die Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Altersgruppen, und er berücksichtigt die Ausländer. Zudem korreliert er die Beschäftigungsentwicklung unter anderem mit der Höhe des BIP-Wachstums, der Inflation, der Staatsausgaben, der Staatsschulden, der Arbeitskosten, der Profite sowie mit dem Grad der Mikroelektronisierung (gemessen an Hand der Anzahl der industriell eingesetzten Roboter) und gelangt dabei zu dem Ergebnis, daß die von der in den meisten Ländern tonangebenden neoliberalen Interpretation der Wirtschaft unterstellten Zusammenhänge von statistischen Vergleichen nicht bestätigt werden.

Berücksichtigt man mit Therborn auch noch die Entwicklung des Arbeitsangebotes und das totale Partizipationsniveau, dann ergibt sich, daß das jährliche BIP-Wachstum in der Periode 1973 bis 1984 in nur drei der fünf »Vollbeschäftigungsländer« — Japan (3,9 %), Norwegen (3,9 %) und Österreich (2,4 %) — über dem OECD-Durchschnitt lag. Schweden (1,7 %) und die Schweiz (1,1 %) dagegen lagen auf einem mittleren Niveau bzw. sogar deutlich darunter (zum Vergleich BRD 1,7 %). Demgegenüber hatte Japan aber im Verhältnis zu den sechziger Jahren den weitaus stärksten Wachstumseinbruch zu verzeichnen und Norwegen mit 20,8 % eine überdurchschnittliche Zunahme des Arbeitsangebots zu verzeichnen (Japan 11,2; Österreich 5,6; Schweden 10,5; Schweiz -5,9; BRD 0,9 %). Zusammengenommen bedeutet dies, daß die Bedingungen der Beschäftigungsentwicklung in den »Vollbeschäftigungsländern« (registrierte Arbeitslosigkeit 1984 in Japan 2,7; Österreich 2,7; Norwegen 3,0; Schweden 3,1; Schweiz 1,1 % — zum Vergleich BRD 8,0 %) mit Ausnahme vielleicht Norwegens (relativ hohes Wachstum und hohe Staatseinkünfte durch die Ölproduktion) kaum günstiger waren als beispielsweise in der BRD. Darüber wie und auf Grund welcher Maßnahmen sowie mit welchen Effekten die Massenarbeitslosigkeit in einigen wenigen Ländern verhindert wurde, in den meisten anderen aber nicht, informiert Therborn allerdings nur spärlich. Daß die Schweiz den Leitsätzen »Ausländer raus« und »Frauen an den Herd« huldigte und in Schweden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine enorme Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst die Arbeitslosigkeit niedrig hielten, wird dem aufmerksamen, polit-ökonomisch interessierten Weltbürger ohnehin nicht gänzlich unbekannt sein. Die komplexere Situation in den anderen Ländern kommt aber einfach zu kurz in Therborns Buch.

Therborns Anspruch ist vor allem zu erklären, *warum* es zu den genannten Unterschieden in den Profilen und Effekten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kam. Seine Hauptthese lautet: »The existence or non-existence of an institutionalized commitment to full employment is the basic explanation for the differential impact of the current crisis.« (23) Diese institutionelle Verpflichtung und insbesondere auch ihre historische Verwurzelung unterscheidet die fünf Länder mit wenig Arbeitslosigkeit von den anderen. Die Institutionalisierung ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Von einer institutionalisierten Priorität der Vollbeschäftigungspolitik kann dann gesprochen werden, wenn diese Priorität »had been embodied in a wide-ranging set of politico-economic institutions and had become part of the 'common sense' of politicians, voters, trade unionists and businessmen« (111).

Für Länder wie Norwegen, Österreich und Schweden, die traditionell sozialdemokratisch (mit-)regiert werden, die starke Gewerkschaften kennen und wo selbst — wenigstens bezüglich Schwedens — von sozialdemokratischer Hegemonie die Rede ist, hat Therborns Erklärung einen hohen Plausibilitätsgrad. Schließlich ist Vollbeschäftigung immer eines der zentralen Ziele der Arbeiterbewegung gewesen. Japan und die Schweiz sind jedoch »bürgerliche« Länder. Woher kommt die Verpflichtung auf die Vollbeschäftigung hier? Therborn zufolge muß sie durch ein konservatives Interesse an »Ordnung und Stabilität« (24) erklärt werden.

Während die Oberflächlichkeit der Aussagen zu den einzelnen Ländern noch mit deren Vielzahl entschuldigt werden kann, ist die dürftige empirische Untermauerung seiner Hauptthese deutlich ein Schwachpunkt in Therborns Studie. Daß konservative Interessen die Grundlage der Vollbeschäftigungspolitik in Japan und in der Schweiz bilden, belegt er nirgends. Und die Insitutionalisierung der Priorität der Vollbeschäftigungspolitik kann man nicht durch Verweise auf programmatische Dokumente illustrieren. Solche Dokumente gibt es in allen Ländern. Eine »historisch« fundierte Analyse, die Therborn für sich beansprucht und die seinen Ansatz von demjenigen Scharpfs unterscheiden soll (11f.), müßte demonstrieren, wie und getragen von welchen gesellschaftlichen Kräften das Vollbeschäftigungsziel institutionalisierte Priorität erlangte und wieso in anderen Ländern neoliberale Strategien sich durchsetzten.

Die politische *Analyse* kommt zu kurz bei Therborn. Unterbelichtet bleibt aber auch der Zusammenhang zwischen »politics of full employment« und »politics of economic adjustment« (92). Wo, so muß man fragen, ist die geringe Arbeitslosigkeit eine Folge der gesamten Wirtschaftspolitik, und wo und inwieweit ist sie einer speziellen Beschäftigungspolitik zu verdanken? Ein Vergleich Österreichs und Schwedens, wie Scharpf ihn vornimmt, wäre hier beispielsweise aufschlußreich gewesen, aber zu Österreich erfährt man von Therborn beinahe gar nichts. Und schließlich informiert Therborn seine Leser nicht über die Finanzierung und die Kosten der Vollbeschäftigungspolitik, weder im Sinne der direkten Beträge und Träger (man denke an den schwedischen »Sozialismus in einer Klasse«) noch im Sinne der sozialen und sozialstrukturellen »Vorleistungen« zu einer »erfolgreichen« Beschäftigungspolitik (man denke an Japans ärmliches soziales Sicherungssystem sowie an die dort zahlreichen individuellen Selbständigen, die nach europäischen Normen Sozialhilfeempfänger wären).

Daß die Schweiz eigentlich nicht in die Reihe der Vollbeschäftigungsländer gehört, illustrieren bereits Therborns Angaben. Mit der Abschiebung ausländischer Lohnabhängiger wird die Arbeitslosigkeit lediglich exportiert, und die Herabdrückung der ökonomischen Partizipationsrate der Frauen ist hinsichtlich des vergangenen Jahrzehnts einzigartig in der westlichen Welt. Die Schweiz »löste« das Beschäftigungsproblem, indem sie das Arbeitsangebot drastisch drosselte. Die Hintergründe dieses Prozesses zu erklären und zu untersuchen, ob noch weitere Ursachen für die geringe schweizer Arbeitslosigkeit angeführt werden können, diese Aufgaben hat sich M. Schmidt, der bereits durch mehrere Arbeiten zur vergleichenden Politikforschung und zum »Politics does matter«-Ansatz hervorgetreten ist, in seinem Buch gestellt.

Während der dramatischen konjunkturellen Talfahrt von 1974 bis 1976 fielen auf die Ausländer zwei Drittel des Beschäftigungseinbruches und auf die Einheimischen ein Drittel. In der nächsten Rezession von 1982/83 waren die Relationen umgekehrt (29,31). Von den Einheimischen waren neben den Frauen vor allem ältere Arbeitnehmer betroffen, die sich für die Frühpension »entschieden«. Ohne die sogenannte

»Fremdarbeiterpolitik« hätte die Arbeitslosigkeit einer Minimalrechnung zufolge 1976 bereits 4,2 statt 0,7 % betragen und einer Maximalberechnung entsprechend sogar 7,9 % (63f.). Berücksichtigt man weiter die in der »stillen Reserve« verschwundenen Frauen und die frühzeitig Pensionierten, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch einmal um 3 bis 4 % höher gewesen (123f.). Ausführliche Angaben zum »Umgang« mit den weiblichen und älteren Lohnabhängigen fehlen aber bei Schmidt. Dieses Manko steht in einem krassen Mißverhältnis zu der extensiven Beschreibung all jener, von ihren Effekten her oft nur bescheidenen Maßnahmen wie der Kurzarbeit, der Konjunktur- und Strukturpolitik und der Förderung der Ausbildung und des Lehrlingswesens, die — mit nationalen Spezifika, aber grundsätzlich ähnlich wie in allen anderen Ländern — eine noch schlechtere Beschäftigungsentwicklung verhinderten.

Detailliert ist allerdings Schmidts Beschreibung der »Fremdarbeiterpolitik«, die ausgeht von der Leitlinie des »prioritiven Schutzes der einheimischen Arbeitskräfte« (31, 52). In einem Kontext, wo der Kündigungsschutz nur schwach (41) ist und wo eine obligatorische Arbeitslosenversicherung erst seit 1977 besteht (43), wird dieser »Schutz« gewährt durch die Regulierung der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. Das »Vier-Klassen-Einwanderungsrecht« (55) sowie »Einwanderungskontingentierungen« (57) machen die Ausländer zu einer industriellen Reservearmee ganz besonderer Art. Betroffene sind allerdings allein die »Jahresaufenthalter«, die Saisonarbeiter und die »Grenzgänger«, deren Anzahl erheblich gesunken ist, während die Kategorie der »Niedergelassenen« sogar angewachsen ist. Waren 1973 noch 27,5 % aller Erwerbstätigen ausländischer Herkunft, so sank ihr Anteil bis 1977 auf 22,1 %, um dann bis 1982 wieder auf 24,4 % anzusteigen (61). Die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die diese »Fremdarbeiterpolitik« möglich gemacht haben, unterzieht Schmidt keiner eingehenden Betrachtung. Insgesamt ist der analytische Gehalt seines Buches nur gering. Damit unterscheidet er sich deutlich von Scharpfs hier zu erörterndem Beitrag.

Während Therborn, dessen Buch hier die meisten Parallelen zu Scharpf aufweist, sich mit seiner Studie auf ein für ihn neues Terrain wagt, ist Scharpfs Buch eher als Abrundung langjähriger Arbeit am Thema Beschäftigung und Wirtschaftspolitik zu sehen. Der Publikation von *Sozialdemokratische Krisenpolitik ...* sind denn auch viele Artikel und Buchbeiträge vorausgegangen, die dessen Kernaussagen bereits enthalten oder zumindest andeuten. Was Scharpf unterscheidet von den meisten Autoren der komparativen Diskussionsrunde über die Entwicklung von kapitalistischem Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt in der Krise ist erstens seine nur beschränkte Wertschätzung des statistischen Ansatzes, worin die Berechnung von Korrelationskoeffizienten die Basis der Argumentation ist. Zweitens sind seine Arbeiten ausgezeichnet durch eine größere wirtschaftstheoretische Kompetenz, die seines Erachtens auch notwendig ist, da ökonomische Probleme nicht unmittelbar durch Machtverhältnisse und Institutionen beeinflusst werden, »sondern durch die ergriffenen Maßnahmen« (829).

Da Scharpf zufolge Vergleiche von Unvergleichlichem vermieden und unterschiedliche Prioritäten und Situationsdeutungen (32) berücksichtigt werden müssen, beschränkt er sich auf die vier sozialdemokratisch (mit-)regierten Länder Bundesrepublik (bis 1982), Großbritannien (bis 1979), Österreich und Schweden. In der Sozialdemokratischen Krisenpolitik hat die Erhaltung von Vollbeschäftigung deutlich Priorität, denn mit dem Erreichen oder Nicht-Erreichen dieses Ziels steht oder fällt die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Reformismus. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg war dieser Reformismus durch die »Symbiose« von Sozialdemo-

kratie und Keynesianismus in eine neue Phase eingetreten. Der Keynesianismus hatte für lange Zeit den Glauben in die Regulierbarkeit der kapitalistischen Entwicklung begründet und der sozialdemokratischen Strategie sogar »hegemoniale Plausibilität« verliehen (42ff.).

Scharpfs Thema sind die Möglichkeiten und Restriktionen nationaler, sozialdemokratischer Vollbeschäftigungspolitik in der internationalen Krise. In einer Diskussion neoklassischer und keynesianischer Thesen gelangt er zu dem Ergebnis, daß die Vollbeschäftigung zumindest in den siebziger Jahren hätte erhalten werden können, wenn eine expansive Fiskal- und eine daran angepaßte Geldpolitik zur Steigerung der Nachfrage mit einer moderaten Lohnpolitik der Gewerkschaften zur Drosselung der Inflation verbunden worden wäre (58ff.). Tatsächlich war dies die österreichische Strategie, und einzig hier waren auch die institutionellen Bedingungen dafür vorhanden. Korporatismus und Proporzsystem erbrachten die notwendige Koordination zwischen Politik, Notenbank und Gewerkschaften. In der BRD scheiterte diese Koordination an der — von unbegründeten Ängsten vor einer inflationstreibenden Lohnpolitik der Gewerkschaften eingegebenen — restriktiven monetären Politik der eigenständigen Bundesbank und am prozyklischen Haushaltsgebaren von Ländern und Gemeinden, in Großbritannien an den zersplitterten und wenig kooperationsbereiten Gewerkschaften, und in Schweden waren in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre weder die bürgerliche Regierung noch die Gewerkschaften zu einer »konzertierten Politik« fähig (294).

Ohne daß Scharpf selbst dies deutlich herausstellt, kann aus dem Vorhergehenden geschlossen werden, daß die niedrige Arbeitslosigkeit in Schweden *trotz* einer nicht überdurchschnittlich leistungsfähigen »Krisenpolitik« erhalten wurde und daß sie daher gänzlich der Beschäftigungspolitik (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ausweitung des öffentlichen Dienstes) zugeschrieben werden muß. Eine Beschäftigungspolitik, die nicht durch Wachstum finanziert wurde, sondern letztlich nur durch die »solidarische Einkommenspolitik« und zunehmende Haushaltsdefizite (die institutionellen Mängel der zunächst durchaus aufwendigen, aber im Vergleich zu Schweden wenig effektiven bundesrepublikanischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschreibt Scharpf übrigens auch). Nur in Österreich wurde die Arbeitslosigkeit relativ erfolgreich durch eine auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik bekämpft, wengleich auch hier die Abschiebung ausländischer Arbeitskräfte von erheblicher Bedeutung war und die Beschäftigungseffekte der Subventionen des umfangreichen verstaatlichten Sektors nicht unterschätzt werden dürfen.

Es ist allerdings zu fragen, ob die »österreichische Strategie« bei vergleichbaren institutionellen Voraussetzungen auf die anderen Länder übertragbar gewesen wäre. Wie Scharpf einräumt, kann man dies nicht testen. Eine ausführlichere Analyse der unterschiedlichen nationalen ökonomischen Strukturen und Abhängigkeiten vom Weltmarkt hätte hier vielleicht mehr Aufschluß bringen können. Aber wie dem auch sei, für die achtziger Jahre erachtet Scharpf auch die österreichische Strategie nicht mehr als erfolgversprechend. Die zwar gestiegenen, aber immer noch niedrigen Arbeitslosigkeitsraten in Österreich und Schweden betrachtet er nicht so sehr als Ausfluß einer diesem Ziel gewidmeten Strategie, denn als Spätfolgen der Politik der siebziger Jahre sowie der seit 1982/83 anziehenden internationalen Konjunktur. Angesichts der gerade in den »Vollbeschäftigungsländern« auftretenden Strukturprobleme, der zugenommenen Haushaltsdefizite (vor allem in Schweden, wo auch die soziale Basis der solidarischen Einkommenspolitik ins Wanken geraten ist) und des Verlustes der »nationalen Zinssouveränität« (302) konstatiert er rundum »Ratlosigkeit« und in der Sozialdemokratie einen Streit »über nicht konsensfähige Lösungen« (307f.).

Tatsächlich gibt es Scharpf zufolge »keine plausible keynesianische Strategie mehr« (335), weder national noch international und auch nicht in einer EG-Version (319ff., 327ff.). Wegen der Strukturprobleme und der im Rahmen der Zinsentwicklung zugenommenen »durchsetzbaren Verteilungsansprüche der Kapitaleite« (335) plädiert Scharpf für eine »sozialdemokratische Angebotspolitik« sowie für die Umverteilung der Arbeit (Arbeitszeitverkürzung u.a.), deren Hauptlast unter den gegebenen Machtverhältnissen dann allerdings »von den Arbeitnehmern getragen werden« muß (333). »Vollbeschäftigung, steigende Arbeitseinkommen, steigende Sozialtransfers und eine bessere Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und Diensten sind derzeit nicht zugleich erreichbar« (335).

Abgesehen von den Fragen nach der Richtigkeit von Scharpfs Situationsdeutung und nach dem spezifischen Charakter sozialistischer Angebotspolitik, schlägt seine Analyse hier allzu abrupt in Politikberatung um, die einzig orientiert ist am derzeit Machbaren. Daß aus einer »sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politik, die ihren masochistischen Stolz darein setzen muß, die ökonomisch notwendige Umverteilung zugunsten des Kapitals effektiver zu organisieren, als die Kapitalisten alleine dies könnten, ... eine plausible, integrationsfähige Zukunftsvision ... gewiß nicht mehr« abzuleiten ist (314), unterstreicht er selber. Ein dialogisches Herangehen hätte diese Widersprüchlichkeit vielleicht vermieden und auch Denkansätze bieten können, die die Veränderung der die gegenwärtigen Handlungsmöglichkeiten bestimmenden Verhältnisse thematisieren. Trotz dieser Kritik hat Scharpf mit seinem Buch aber einen Maßstab gesetzt, der weiteren Untersuchungen als Ausgangspunkt dienen sollte.

Uwe Becker (Amsterdam)

FORSCHUNGSJOURNAL

*Neue Soziale Bewegungen*

## Zündstoff für neue Diskussionen:

**Medien und Bewegungen -  
Bewegungen und Medien** Heft 1/89

**Alternativökonomie zwischen  
Utopie und Realität** Heft 2/89

**Institutionalisierung von Neuen  
Sozialen Bewegungen** Heft 3/89

**Gegenexperten in der Risiko-  
gesellschaft** Heft 4/89

*Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. Viermal pro Jahr auf 76 Seiten.*

Ich bestelle:

- Jahres-Abonnement des Forschungs-journals NSB (DM 35,- gegen Rechnung)
- Einzel exemplar Nr. \_\_\_\_\_ /89 (DM 9,70 per Scheck oder in Briefmarken)
- Einzel exemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,70 per Scheck oder in Briefmarken)
- Geschlechterverhältnis in den NSB
- Parteien und NSB

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

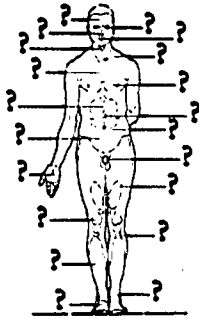
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_ 02/89

Coupen einsenden an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

---

# Kritik des Gesundheitswesens



## Der ganze Mensch und die Medizin

### Argument

#### *Der ganze Mensch und die Medizin*

Die Medizin-Reihe des Argument-Verlags wird als »wichtiges Forum der kritischen und oppositionellen Bewegung im Gesundheitswesen« gewürdigt. Der neue Band setzt sich kritisch mit verschiedenen, in sich sehr heterogenen Strömungen auseinander, die sich, bei aller Widersprüchlichkeit, unter dem Begriff »Ganzheitliche Medizin« zusammenfassen lassen. Trotz der teilweise gravierenden Unterschiede ist dieser Richtung doch ein distanzierendes Verhältnis zur naturwissenschaftlich orientierten Schulmedizin und ein mehr oder minder kritisches Verhältnis zur gegenwärtigen Gesundheitspolitik eigen.

Die »ganzheitlich« ausgerichteten Medizinrichtungen verstehen sich in der Regel nicht als gesell-

schaftswissenschaftlich begründet, vielmehr formulieren sie — oft von den Naturwissenschaften herkommend — ein umfassendes, alle Aspekte des menschlichen Daseins berührendes Theoriegebäude.

Einige Autoren des Bandes führen die Auseinandersetzung gerade unter gesellschaftstheoretischen Aspekten und versuchen auf diese Weise, den oszillierenden Begriff »Ganzheitsmedizin« einzuordnen.

Die erkenntnistheoretischen Ergebnisse des chilenischen Neurobiologen *Maturana* werden — stellvertretend für andere Entwürfe dieser Art — eingehend untersucht.

Eine weitere Diskussionsebene dieses Bandes ist die augenblickliche »Praxis der Medizin«. Plakativ gefragt: Was bedeutet es konkret, nicht mehr die Krankheit, sondern das Kranksein zu behandeln? Dabei rücken besonders das Arzt-Patient-Verhältnis und die Frage nach dem Stellenwert allgemeinmedizinischer Erkenntnis in den Vordergrund.

Aus dem Inhalt: F. Hartmann, Was kann ganzheitliche Medizin sein? — J.-U. Niehoff und R.-R. Schrader, Ganzheitliche Medizin — Perspektive oder Irrweg? — T. Brocher und C. Sies, Maturana und Psychologie — B. Guthke und E. Göbel, Gesundheit — ein Stiefkind der Arbeitskultur.

AS 162, ca. 180 S., DM 18,50

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

## Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

*Albrecht, Herbert*, 1952; M.A., Philosophie. A: Sozialphilosophie

*Alisch, Rainer*, 1952; M.A., Studium der Philosophie an der FU Berlin. A: Philosophie im Faschismus

*Anders, Günther*: siehe *Argument* 173

*Andresen, Sünne*: siehe *Argument* 174

*Axtmann, Roland*: siehe *Argument* 175

*Barkhaus, Annette*, 1961; wiss. Mitarbeiterin an der Univ. Konstanz, FG Philosophie. A: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie

*Becker, Uwe*, 1951; Dr.rer.pol., Universitätsdozent an der Univ. van Amsterdam. V: *Kapitalistische Dynamik und politisches Kräftespiel* (1986); *Class Theory and the Social Sciences*. In: *Politics & Society*, H. 1 (1989). A: Gesellschaftstheorie, politische Ökonomie, Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Blanke, Horst Walter*, 1954; Dr.phil., Wiss.Ass. (Geschichte) an der Univ. Bielefeld. V: *Von der Aufklärung zum Historismus* (Mithrsg., 1985). A: Geschichte der Geschichtswissenschaft, Geschichtstheorie, 18. Jahrhundert, Geschichte und Film

*Czeskleba-Dupont, Rolf*, 1944; Ph.D., M.Sc., Ass.Prof. f. Geographie am Roskilde Universitätscenter. V: *Ökologische Kritik*, SH 50 (1981); *Strukturanalysen Schwalm-Eder-Kreis* (Mitautor, 1986); *Farligt Affald og Offentlighed* (Gefährliche Abfälle und Öffentlichkeit) (1988). A: Dioxinforschung, Energie und Umwelt, Regionalentwicklung. M: BdWi

*Ewert, Michael*, 1955; Doktorand (Germanistik) an der Univ. Marburg. A: Spätaufklärung, Vormärz, Georg Forster

*Geiling, Heiko*, 1952; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter am Institut f. pol. Wissenschaften der Univ. Hannover. V: *Die moralische Ökonomie des frühen Proletariats* (1985). A: Sozialgeschichte, Neue Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialstrukturanalyse

*Geißler, Karlheinz*, 1944; Dr.rer.pol., Dipl.-Hdl., Prof. f. Wirtschaftspädagogik an der Univ. der Bundeswehr, München. V: *Anfangssituationen* (1987); *Die Opfer der Qualifizierungsoffensive* (Hrsg., 1988). A: Berufsbildungsforschung, Erwachsenenbildung

*Haug, Frigga*: siehe *Argument* 174

*Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, 1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, 1975); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur* (1980); *Der Zeitungsroman* (Realsatire, 1980); *Pluraler Marxismus* (1985/87); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986); *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt* (1987); *Gorbatschow — Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken* (1989). M: GEW

*Hauser, Kornelia*, 1954; Dr.phil., wiss. Assistentin an der Univ. Bielefeld, Mitglied der *Argument-Frauenredaktion*. V: *Strukturwandel des Privaten?* (1987); *Viele Orte überall?* (Hrsg., 1987); *Küche und Staat*, AS 180 (Mithrsg., 1989). A: Erfahrung und Theorie, weibliche Vergesellschaftung. M: ÖTV

*Heins, Volker*, 1957; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der Univ. Frankfurt. V: *Basis und Überschuß. Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie* (1989). A: Politische Theorie, Neue Technologien

*Heubrock, Dietmar*, 1958; Dr.phil., Diplom-Psychologe, Lehrbeauftragter an der Univ. Bremen. V: *Die reformierte gymnasiale Oberstufe im Schülerurteil* (1979); *Utopie und Lebensstil* (1988). A: Utopieforschung, Lebensstile, materialistische Psychologie. M: ÖTV, BdWi

*Horn, Hans-Werner*, 1953; Dipl.-Päd., Betriebsrat/Sozialpädagoge beim Internationalen Bund für Sozialarbeit. M: ÖTV

*Jehle, Peter*, 1954; 2. Staatsexamen Französisch/Deutsch, Redakteur des *Argument*. V: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (Mitautor, 1987). A: Deutsche Romanisten im Faschismus

*Ketelhut, Barbara*: siehe *Argument* 174

- Keupp, Heiner**, 1943; Dr.med., Prof. f. Sozialpsychologie an der Univ. München. V: *Psychosoziale Praxis im gesellschaftlichen Umbruch* (1987); *Riskante Chancen* (1988); *Versicherungen* (Mithrsg., 1989). A: Gemeindepsychologie, soziale Netzwerke, Analyse der Psychokultur. M: GEW, DGSP, DGVT
- Koring, Bernhard**, 1955; Dr.phil., Priv.-Doz., Dipl.Päd., Hochschulassistent f. Erziehungswiss. an der Univ. Hamburg. V: *Eine Theorie pädagogischen Handelns* (1989); *Professionalisierung der Erwachsenenbildung* (Mithrsg., 1987). A: Allg. Päd., Erwachsenenbildung, Professionalisierung der Päd., Methodologie
- Krebs, Angelika**, 1961; M.A., wiss. Mitarbeiterin an der Univ. Konstanz, FG Philosophie. A: Ökologische Ethik, Bedeutungstheorie, Vernunftkritik
- Labica, Georges**, 1930; Prof. für Philosophie an der Univ. Paris X, Leiter der Forschungsstelle Sozialphilosophie am CNRS. V: *Le statut marxiste de la philosophie* (1976); *Le marxisme-léninisme / Eléments pour une critique* (1984); *Dictionnaire critique du marxisme* (Hrsg., 1985). A: Marxistische Theorie
- Lausch, Brigitte**, 1959; Politologin M.A. Journalistin für Frauenpolitik und Bildungspolitik in Bonn. M: Arbeitsgemeinschaft Frauenforschung der Univ. Bonn
- Lettow, Susanne**, 1965; Studium der Philosophie an der FU Berlin
- Levine, Norman**; Prof. f. Geschichte an der University of Columbia, Maryland/USA. V: *The Tragic Deception: Marx Contra Engels* (1975); *Dialogue Within the Dialectic* (1984); *The Hegelian Foundations of Marx's Method* (erscheint 1991). A: Marxistische Theorie
- Lichtman, Richard**; Dozent für Philosophie an der Univ. Berkeley/Cal. (USA). V: *The Production of Desire* (1984)
- Mackenbach, Werner**, 1951; Politologe, z.Zt. Verlagslektor und Übersetzer. V: *Das KOR und der »polnische Sommer«* (Hrsg., 1982); *Die Demokratischen Sozialisten* (Mitautor, 1989). A: Theorie und Geschichte des Marxismus, Osteuropa. M: IG Medien
- Mittermüller, Hans G.**, 1954; M.A., Freier Journalist. V: *Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer »ökologischen Philosophie«* (1987). A: Marxismus, (Ökologische) Philosophie
- Nohara, Erik**: siehe *Argument* 173
- Orozco, Teresa**, 1959; Studium der Philosophie an der FU Berlin
- Pacheco, José**, 1959; Sprachlehrer, Studium der Theaterwissenschaft und Soziologie in Lund/Schweden. A: Brecht, Kulturelle Initiativen
- Rehmann, Ruth**, 1922; Schriftstellerin, Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Musik (Konzertreihe in Geige). V: *Die Leute im Tal* (1969); *Der Mann auf der Kanzel* (1982); *Abschied von der Meisterklasse* (1985); *Die Schwaigerin* (1987). M: PEN-Club, Grüne
- Søndergaard, Dorte Marie**, 1957; Dipl.Psych., Klinische Psychologin an der Univ. Kopenhagen. V: *Die Frauenbewegung in Dänemark*, in: AS 150 (1988); *Kvindestrog og Reproduktion* (1986). A: Psychologie, Politik, Frauenforschung. M: Dansk Psylogforening; Akademikernes Centralorganisation
- Weberling, Anja**, 1965; Studium der Geschichte und Psychologie



# links

Sozialistische Zeitung

5'89

*Kommentar*

W. Bruckmann: Nuklearnationalisten

*Aktuell*

U. Menzel: China: Mr. Science and Mr. Democracy

Chinesische Studenten/BRD: Offener Brief an die chinesische Regierung

Spendenaufwurf für Dr. Theissen

M. Creydt: Kritik und Nüchternheit

*Hintergrund*

M. Wiczorek: IWF: Die Schuldenfalle funktioniert noch

J. Schnappertz/W. Bruckmann: Raus aus der NATO?

*Thema*

K. Segbers: Perestroika im Jahre 5

H. Knabe: Ungarn auf dem Weg zum Mehrparteiensystem

J. Gieseke: »Von der Sowjetunion lernen heißt wählen lernen«

*International*

Ch. Reinprecht: Braunhemd in Blau?

links-Interview: Weiße Opposition gegen Apartheid

I. Kadaré: Den Chauvinismus vergraben

*Kontrovers*

AutorInnenkollektiv SifKI: Ein Fall für die Titanic?

B. Detobel: Freude durch Kraft

19. Jg. 1989

Redaktion: N. Apostolidou, P. Bonavita-Lindloff, H. Burgwinkel, M. Brumlik, D. Behrens, D. Diner, P.E. Jansen, D. Claussen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch, P. Kern, B. Krampe, L. Lodovico, D. Maier, R. Pusch, S. Reinfeldt, F. Schneider, R. Spiss, R. Staudhammer, A. Werle. - Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1. - Erscheint monatlich, Einzelheft DM 5,-, Jahresabo DM 54,-, incl. Versand. - Verlag 2000 GmbH, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie  
und Sozialismus

7'89

1789 — Sind Frauen Menschen?

J. Strasser: Ein Rückblick mit gemischten Gefühlen

E. Bahr: Willy Brandt in Norwegen

W. Geiger: 1789-1989: Geschichte und Mythos

G. Schmid Noerr: Bürgerliche Revolution und Historischer Materialismus

U. Gerhard: Menschenrechte auch für Frauen. Der Entwurf der Olympe de Gouges

W. Uellenberg: Interview mit François Furet

P. Jauch: Männliches Sittengesetz — weibliche Sitz-Samkeit: akute Reflexion zu einem philosophischen Dauerbrenner

A. Maihofer: »Männerrechte — Frauenrechte«

G. Konrád: Europa der Individuen

H.-H. Paetzke: Ein System wird beerdigt. Ungarn auf dem Weg zum Mehrparteiensystem

Interview mit Jan Jozef Lipski

K. Bloemer: Finnisches Design

Rezensionen

36. Jg. 1989

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Eugen Kogon †, Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl †, Hans Schumacher (verantwortl.). - Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 zzgl. Versand; Jahrsabo 66,- DM zzgl. Versand. - Verlag Neue Gesellschaft, Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

# psychosozial

Zeitschrift für Analyse,  
Prävention und Therapie  
psychosozialer Konflikte  
und Krankheiten

## 36'89

*Die Vergangenheit ist gegenwärtig*

S. Fetscher: Der Dünkel der Betroffenheit.  
Die moralische Stellung der Nachgeborenen  
zum Dritten Reich

Th. Bauriedl: Vergangenheitsbewältigung in  
Psychotherapie und Politik

D. v. Westermhagen: Die Kinder der Täter.  
Das Dritte Reich in Familienkonflikten

E. Brocke: Gespräche mit jüdischen Überle-  
benden, ihren Kindern und Enkeln

H. Becker u. S. Becker: Die Legende von  
der Bewältigung des Unerträglichen

H.-J. Wirth: Der Fall Jenninger

M. Leuzinger-Bohleber: »Ich will leben und  
meine Katze auch«. Überlebensstrategien in  
der »Katastrophe«

*Aus Forschung und Praxis*

A. Köpcke-Duttler: Sanitätsdienst und  
Kriegsdienst

H. J. Sandkühler: Die Menschenrechte als  
Grundlage des Wissenschaftsethos

H.-E. Richter: Zur Konzeption zukunfts-  
sichernder sozialwissenschaftlicher Projekte

P. Parin: Sozialwissenschaftler für eine le-  
benswerte Zukunft

Rezensionen

Hrsg. von H. Becker, D. Beckmann, I. Fetscher, H. Fried-  
rich, A. Köhl, A. Overbeck, H.-E. Richter, H. Strotzka,  
A. Uchtenhagen, E. Ulich, J. Willi, H.-J. Wirth. — Erscheint  
viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl.  
Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940  
Weinheim. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300  
Gießen

# rote blätter

## 6'89

*Frauen von heute an die Unis von gestern*

M. Jansen: Feminisierung

ZOFF für Frauen. Interview mit Ulrike  
Loida

H. Nietsch: Frauenfraktion GAL Hamburg

Ch. Renz: Was bringt Lesben die Feminisie-  
rung?

O. Woronina: Feminisierung im Sozialismus

B. Rohr: »Ich bekleide ein Herrschaftsamt«

»Bei gleicher Qualifikation«: Frauenförder-  
richtlinien an der Uni Bremen

*Hochschule*

Mit Erasmus nach Florenz. Infos über ein  
EG-Programm

F. Zantopp: »Glottz nicht so romantisch.«

*Politik*

A. Bühl: China im Aufruhr

F. Hitzer: Glasnost und die Deutschen

»Hitler und Stalin — Mordgesellen?«: V. Be-  
reschkow (Dolmetscher Stalins)

F. Iver: Die NATO wird 40. Geburtstag oder  
Begräbnis?

»Die Partei züchtet Spaltpilze.« Die SDAJ  
vor ihrem Bundeskongreß

W. Rügemer: Kölner MASCH-Konferenz

*Kultur*

F. Zantopp: Bilderstreit in Köln

B. Schwedler: Filme sowjetischer Frauen

19. Jg. 1989

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Re-  
daktion: Manfred Confurius (verantwortlich), Vera Kissel,  
Michael Rittmeier (Gestaltung). — Erscheint monatlich  
(außer März und August). — Einzelheft 2,50 DM, Jahres-  
abo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach  
2006, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag:  
Plambeck & Co, Xantener Str. 7, 4040 Neuß



## 46'89

*Europhorie '92*

P.Bartelheimer u. F.O.Wolf: EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«

O.Demele: Konsequenzen des EG-Binnenmarktes aus gewerkschaftlicher Sicht

U.Rehfeldt: Konvergenz der Gewerkschaftsstrategien in Westeuropa?

F.Schlupp: »Europa« als Hegemonialprojekt. Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien

H.-J.Axt: Griechenland und der EG-Binnenmarkt

*Rot-Grün*

A.Wehr: Rot-Grün in Berlin

D.Dehm: Frankfurter Kommunalwahlergebnis

*SPD-Programmdebatte*

K.Neumann: Glasnost — Wider publizistisches Nebelwerfen

R.Rünker: Über das Subversive der Eigenarbeit und die Reichweite von Wirtschaftsdemokratie

*Grüne*

J.Maier: Die Grünen nach Duisburg

*Geschlechterverhältnisse*

E.Henk: Zur Diskussion um die »Feminisierung der Lohnarbeit«

*Geschichte der Arbeiterbewegung*

P.Brandt: 1918/19: Sozialisierung und Räte

D.Lehnert: War Bebel der fundamentalistische Anführer einer Massensekte?

12. Jg. 1989

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Klaus Thüsing, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: J.Blume, J.Günther, F.Heidenreich, S.v.Ingersleben, M.Karnatz, D.Scholz, A.Wehr, H.-W.Weinzen, A.Westphal. — spw erscheint 1988 in 6 Hefen, Jahresumfang 576 S. — Einzelheft: 9,50, Jahressabo 7,50, DM zzgl. Vers. Bestellungen: spw-Vertrieb, Grafecstr. 71, D-1000 Berlin 61

# tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

## 167'89

B.Kreis: Architekturtheater

H.Hirdina: Das »offene Prinzip« im DDR-Design

Ch.Friemert: Gestalten für die Serie. Design in der DDR

M.Nungesser: Arbeitsrat für Kunst

H.Moldenshardt: Stadtgestalt und Heimatgefühl. Zu einem Buch über den Wiederaufbau von Freudenstadt

Architektur und Stadtbilder: drei Ausstellungskataloge

W.Marschall: Gotik-Interpretationen. Ein Literaturbericht

N.Hepp: Denis Stuart Rose — Plastiken gegen die Unmenschlichkeit

R.Hiepe: Nacht über Deutschland. Clément Moreau ist tot

D.McEwan: Sein Kampf. Der Zeichner Otto Flatter (1894-1988)

W.Timm: Hans Fronius und das Attentat von Sarajevo

M.Nungesser: Die Ausstellung der Ausstellungen? Rückblick auf die »Stationen der Moderne« in West-Berlin

R.Hiepe: Rundschlag. *tendenzen*-Umfrage in Sachen »Kunst heute«

Ausstellungen/Bücher  
Meldungen/Kommentäre

Redaktion: E.Antoni, H.Erhart, W.Grape, R.Hiepe; U.Krempel, Th.Liebner, W.Marschall (verantwortl.), C.Nissen, C.Schellermann, G.Sprigath, G.Zingerl. — *tendenzen* erscheint in 4 Nummern jährlich. Jahrsabonnement 32 DM (inkl. MWSt und Porto); Lehrlings-, Schüler-, Studenten-Abo 27 DM. — Redaktionsanschrift: Hohenzollerstr. 146 Rg, 8000 München 40. — Verlag: Pahl-Rugenstein, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# TEXT+KRITIK

---

**102'89**
*B.Traven*

B.Sterchi: B.Traven: Abenteuerschriftsteller enigmatischer Herkunft?

H.Boehncke: Arbeit und Abenteuer

R.Matzker: »Das Totenschiff« — Medium der Metaphysik und transzendentalen Reduktion? Anmerkungen zur Traven-Biographie

J.Dragowski: B.Traven und die »Büchergilde Gutenberg«. Einige Bemerkungen zu einer Interessengemeinschaft auf Zeit

M.L.Baumann: Ein kleiner Mensch

P.Lübbe: B.Traven und der Kommunismus

Ch.Hohnschopp: Der »Eigene« im Prokrustesbett des Marxismus. Über die Traven-Rezeption in der DDR

K.S.Guthke: Auf den Spuren eines Unbekannten namens B.Traven. Abenteuer eines Biographen

A.Machinek: Die Travenologie

Vita B.Traven

B.Traven-Bibliographie

Notizen

# vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

---

**4'89**
*200 Jahre Französische Revolution*

G.Haupt: Revolutionsfeiern in Frankreich

F.Benseler: Revolution ohne Bewußtsein?

M.Buckmiller: Die »Muttermale des Jakobinismus«

K.Rehbein: Französische Revolution und die Verwahrlosung der Bildung

A.-A.Guha: Die Irrtümer der Revolution

J.Perels: Soziales Erbe an bürgerlichen Menschenrechten?

**3'89**
*40 Jahre Herrschaft der Exekutive*

F.Werkentin: Von der Angst vor dem Volk und dem Schutz der Verfassung

W.Langhorst: Berufsbeamtentum und Art. 131 GG

H.Lietzmann: Die Angst vor dem Chaos. Das Bundesverfassungsgericht und die deutsche Nachkriegspolitik

M.Kutscha: Der flexibilisierte Rechtsstaat

G.Rosenthal: Leben mit der NS-Vergangenheit heute

C.v.Braunmühl: Über Utopie, Revolution, Zivilcourage und das Suchen nach Neuem

28. Jg. 1989

---

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Ingrid Laurien, Otto Lorenz, Angelika Machinek, Ulrich Pokern und Michael Tösteberg. — Erscheint viermal jährlich, Abopreis 38 DM zzgl. Versand. — Redaktion: Tuckermannweg 10, 3400 Göttingen — Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

# WECHSEL WIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

## 41'89

*Einleiten — Maßnahmen statt Dreck  
Deponie Nordsee*

B. Illmann: Meereskiller vor Gericht. Nordsee-Tribunal

A. Ahrens: Algenblüte, Robbensterben, Badeverbot ... Thesen zu einer langfristigen Umweltpolitik

R. Ostermann: Lehren aus dem Robbensterben

D. Großmann: Bleibende Werte. Schwermetalle in der Umwelt

J. Lohse: Aus den Augen — aus dem Sinn. Chlorierte Kohlenwasserstoffe in der Nordsee

C. Alsen u. O. Wassermann: Die gesellschaftliche Relevanz der Umwelttoxikologie

J. C. Bongaerts: Chemiepolitik

M. Beileites: Pechblende. Der Uranabbau in der DDR und seine Folgen

D. Graf u. a.: (Der) Weg ist das Ziel? Eine Zwischenbilanz nach sechs Jahren Wissenschaftsladen Gießen

A. Jacobs: Impfung gegen »Überbevölkerung«? Einsatz immunologischer Verhütungsmittel rückt in greifbare Nähe

D. Franke: Menschengerechter Stadtverkehr?

10. Jg. 1988

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrrens, Barbara Orland, Ralph Ostermann, Rainer Schlag, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahressabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

# wiener tagebuch

marxistische  
monatsschrift

## 6'89

Tabu

Noch einmal Kádár (G. Dalos)

Kosovos' traditioneller Moralkodex (B. Zü-  
nec)

Bürokratische Vernunft (P. R.)

Österreichische Ärzte gegen Atomkrieg

H. Kögl: Mein Tagebuch

L. Spira: Ideologische Monatsschau

H. Thalberg: Neutralität als Identität

E. Berger: Mord im Krankenhaus

E. Galeano: Uruguay: Graues Land, grüner  
Busch

H. Rosenstrauch: Jenseits von Zionismus und  
kommunistischer Ideologie. Amira Hass im  
Gespräch

I. Fetscher: Was ist Demokratie? Demokra-  
tietheorie und Französische Revolution II

P. Parin: Die Beschädigung der Psychoanaly-  
se in der Emigration

C. L. Cergoly: Triest mein Atem. Gedichte.  
Aus dem Italienischen von P.-H. Kucher

K.-M. Gauß: Ich wollte gerne frei sein, und  
meine Wege säumten Wächter dicht. Miklós  
Radnóti (1909-1944)

... buch

Briefe

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. —  
Chefredakteur: Leopold Spira, Redakteur: Christof Rein-  
precht. — Erscheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 35,-;  
Jahressabo ÖS 320,- (Ausland ÖS 400,-/DM 60,-); Studenten  
ÖS 200,- (Ausland ÖS 250,-/DM 40,-). — Verlags- und Re-  
daktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

★  
**PSYCHOLOGIE &  
GESELLSCHAFTS  
KRITIK**

49/50

ISBN 3-925007-49-0

**Frauen & Psychologie III**

**NEUERSCHEINUNG**



**INHALT**

**THEMATISCHE BEITRÄGE**

Christiane Schmerl

Die Frau im Mond: weit entfernt, doch klar sichtbar.  
Feministische Psychologie in der BRD

Birgit Rommelspacher

Die Sucht, zu sehr zu lieben: die neue Krankheit der Frau?

Ruth Großmaß

Nicht die Mutter ist schuld, sondern „nur“ ihr Geschlecht -  
Nancy Chodorovs Analyse weiblichen Mutterns

Virginia Davidson

Das namenlose Problem der Psychotherapie -  
Sexualität zwischen Therapeuten und Patientinnen

Renate Kahle

„Frauen ran an die Computer!“?

Technikangst und Technikdistanz von Frauen in Computerkursen.

Christiane Schmerl

Erfahrungen von Feministinnen mit dem Psychologiestudium

Kordula Langhof

Alice Rühle-Gerstel, (1884 - 1943) - ein Portrait

**REZENSIONEN**

**AKTUALITÄTEN / TERMINE**

Eine psychologiekritische Zeitschrift für Psycholog/inn/en, Pädagog/inn/en, SozialwissenschaftlerInnen in Theorie und Praxis.

Hrsg.: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V.

Einzelheft 12,- DM / Doppelheft 18,- DM / Jahresabonnement 40,- DM /

Student/inn/en, Arbeitslose u.ä. 34,- DM; jeweils zzgl. Porto.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei der Redaktion der P & G,  
Bürgerbuschweg, 47, D-2900 Oldenburg, Telefon: (04 41) 6 41 26 oder 50 30 93.

## Summaries

### Georges Labica: The Concept of Revolution

The editor of the *Dictionnaire critique du marxisme* provides a short sketch of the politico-cultural situation in France. Parisian intellectuals have committed a »betrayal«, as he says with reference to Julien Benda, insofar as they have accepted talk of the unavoidability of the »crisis«. Labica assumes a position against the polyphonic discourse of human rights, which hides the real inhumanity of societies that are polarizing into »winners« and »losers«. He holds to the undiminished relevance of the concept of revolution.

### Norman Levine: Jacobinism and the European Revolutionary Tradition

The article emphasizes the plebeian democratic traditions of Robespierre. After Babeuf's failure, two Jacobin traditions existed: Right wing Jacobinism preached minority conspiratorial putschism and lived on in Blanqui and Tkachev, the founder of Russian Jacobinism. Left wing Jacobinism lived on in Lenin. Any attempt to stigmatize Lenin as a conspirator or Russian Jacobin is based upon the mistaken idea that only right wing Jacobinism exists.

### Anja Weberling: The Politics of Women in the French Revolution

The legal demands of Olympe de Gouges are not alone in having reached issues in present-day feminist politics. Women from the people's movement made efforts to lay claim to a decisive voice in the resolution of social issues, and to combine political actions with political learning.

### Wolfgang Fritz Haug: Perestroika as Revolution — against what? against whom?

The article is taken from the author's recently published book, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken* (Argument). He examines the reality of Gorbachev's claim that perestroika represents a revolution. Where is the antagonism that drives the revolution forward? If Marx wrote in *German Ideology* that the proletariat must overthrow the state in order to realize its individuality, »thus perestroika now learns that it cannot push the state's apparatus out of its position of administrative authority, without realizing the individuality of the workers«.

### Dorte Marie Søndergaard: Where do We Want a Gender Revolution to Take Us?

What visions of future society form the basis of our demands for equality? The author shows the consequences the control of individual reproduction has for the formation of the society as a whole. The struggle just for positions in the production arena, without at the same time attacking the dominant roles for production and reproduction, remains inadequate.

### Dietmar Heubrock: Arguments for Materialistic Utopia Research

The author reviews present positions, especially Marxist, in the sociological discussion on utopia. In particular, the political impact of utopian ideas is highlighted, with reference to materialistic theory of culture, psychological theory of action (Leontjew), and some empirical approaches to utopia research.

### Kornelia Hauser: Socialism is Inconsolable. Thoughts on Christa Wolf's *Sommerstück*

Individual modes are shown for working through a socialism that has not yet opened the way for the production of democracy. *Sommerstück* can be understood as an admonition: When intellectual energies are excluded from the shaping of the future, they lose the future and thus themselves.

### Heiner Keupp: The Crazy Hunger for Psychology: On the Discussion over Psychoculture and New Age Thinking

A merely ideology-critical denunciation of psychoculture and New Age Thinking comes up short. It is necessary to find analysis which can make the growing »hunger for psychology« plausible. An analysis of the current social processes of detraditionalization of lifespaces and their interpretation schemes is required. In this process, there are significant chances for an emancipatory self-organization.

### Richard Lichtman: Psychoanalysis as Prototype of Critical Social Sciences. A Critique of Jürgen Habermas

In his book *Knowledge and Interest* (1973), Habermas develops the thesis that psychoanalysis is the one social science that methodologically employs self-reflection. Lichtman shows, however, that a hermeneutical interpretation of psychoanalytical categories is not possible.

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Löwy, Michael: Marxismus in Lateinamerika 1909-1987 (S.Lettow)</i> . . . . .	649
<i>Guevara, Ernesto Che: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik (W.Mackenbach)</i> .	650
<i>Didion, Joan: Miami (E.Nohara)</i> . . . . .	652
<i>Ernst, Werner W.: Legitimationswandel und Revolution. Studien zur neuzeitlichen Entwicklung und Rechtfertigung politischer Gewalt (H.Albrecht)</i> . .	654
<i>Keane, John (Hrsg.): Civil Society and the State. New European Perspectives (R.Axtmann)</i> . . . . .	655

**Ökonomie**

<i>Matzner, Egon, Jan Kregel und Alessandro Roncaglia (Hrsg.): Arbeit für alle ist möglich. Über ökonomische und institutionelle Bedingungen erfolgreicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik (U.Becker)</i> . . . . .	657
<i>Scharpf, Fritz W.: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das »Modell Deutschland« im Vergleich (U.Becker)</i> . . . . .	657
<i>Schmidt, Manfred G.: Der schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik (U.Becker)</i> . . . . .	657
<i>Therborn, Göran: Why Some People are More Unemployed Than Others. The Strange Paradox of Growth and Unemployment (U.Becker)</i> . . . . .	657



## Perspektiven des Demokratischen Sozialismus

Sozialwissenschaftliche Vierteljahresschrift der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

Hrsgg. v. Iring Fetscher, Leo Kißler, Jiri Kosta, Norbert W. Kunz und Karl Theodor Schuon.

### Heft 2/1989

#### Feminismus-Sozialismus

Vera Konieczka: Sprechversuche - Feminismus, Sozialismus und sexuelle Gewalt gegen Frauen / Gisela Wuttke: Frauenpolitik und Männlichkeit / Dagmar Richter: Konkurs der Koedukation / Ute Sperling: Moral Economy auf feministischer Basis?

### Heft 3/1989

#### Regionale Strukturpolitik

### Heft 4/1989

#### Globale Krise

80 Seiten, Einzelheft DM 7,50; Jahresabo DM 28,-  
SP - Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg